

---

# Pressefreiheit in Belarus – Eine qualitative Inhaltsanalyse ausgewählter deutscher und internationaler Presseberichterstattung

Bachelorarbeit zur Erlangung des Bachelor-Grades  
*Bachelor of Arts* im Studiengang „Online-Redaktion“  
an der Fakultät für Informationswissenschaften  
der Technischen Hochschule Köln

vorgelegt von: Annika Lobergh

Erstgutachterin: Birgit Pieplow, LL. M.  
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Petra Werner

Datum: 18.06.2022

## Abstract

**Titel:** Pressefreiheit in Belarus – Eine qualitative Inhaltsanalyse ausgewählter deutscher und internationaler Presseberichterstattung

**Gutachterinnen:**

Birgit Pieplow, LL. M. (TH Köln)

Prof. Dr. Petra Werner (TH Köln)

In Belarus kam es nach der gefälschten Präsidentschaftswahl 2020 zu Massenprotesten, die mit Polizeigewalt begegnet wurden. Inländische und ausländische Medien wurden bei dem Versuch, von der Lage zu berichten, massiv behindert. Die Arbeit geht der Frage nach, wie die deutsche und internationale Presse über die Pressefreiheit in Belarus seit der Präsidentschaftswahl berichtet hat. Basierend auf einer qualitativen Frame-Analyse mit anschließender Cluster-Analyse wurden die gefundenen Frames aus den vier Medien „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „The Guardian“ sowie „The New York Times“ systematisch analysiert. Die Berichterstattung der untersuchten Medien zeigte, wie ernst die Lage der Pressefreiheit in Belarus ist. Viele Frames befassten sich mit den Repressionen gegen die Medien und den Festnahmen einzelner Journalist\*innen und Medienschaffenden.

**Stichwörter:** Pressefreiheit, Belarus, Meinungsfreiheit, Diktatur

After the falsified presidential election in 2020 in Belarus, there were mass protests, which were met with police violence. Domestic and foreign media were massively obstructed in their attempt to report on the situation. This bachelor thesis explores how the German and international press has reported on press freedom in Belarus since the presidential election. Based on a qualitative frame analysis with subsequent cluster analysis, the frames found from the four media “Süddeutsche Zeitung”, “Frankfurter Allgemeine Zeitung”, “The Guardian” and “The New York Times” were systematically analyzed. The reporting of the examined media showed how serious the situation of freedom of the press in Belarus is. Many frames dealt with the repression of the media and the arrests of individual journalists and media workers.

**Keywords:** freedom of the press, Belarus, freedom of speech, dictatorship

# Inhalt

<b>Abstract</b> .....	<b>I</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b> .....	<b>III</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	<b>IV</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>V</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2 Pressefreiheit</b> .....	<b>3</b>
2.1 Rechtlicher Rahmen .....	3
2.2 Kriterien .....	5
<b>3 Pressefreiheit in Belarus und Europa</b> .....	<b>8</b>
3.1 Pressefreiheit in Belarus .....	8
3.2 Pressefreiheit in Europa.....	13
<b>4 Präsidentschaftswahl 2020 in Belarus 2020: Reaktionen und Folgen</b> .....	<b>15</b>
<b>5 Methodische Herangehensweise</b> .....	<b>19</b>
5.1 Qualitative Inhaltsanalyse .....	19
5.2 Framing.....	20
5.2.1 Arten von Frames .....	21
5.2.2 Frame-Elemente .....	22
5.2.3 Explizite und implizite Grundannahmen des Framing-Ansatzes .....	24
5.2.4 Methoden zur Erfassung von Medien-Frames.....	25
5.3 Untersuchungsmethodik und -material .....	27
5.3.1 Auswahl der Methodik.....	27
5.3.2 Datenauswahl .....	28
<b>6 Analyse deutscher und internationaler Berichterstattung</b> .....	<b>30</b>
6.1 Untersuchungsergebnisse der Frame-Analyse.....	30
6.2 Ergebnisse und Interpretation der Cluster-Analyse .....	38
<b>7 Pressefreiheit in Belarus: Gesamtheitliche Betrachtung</b> .....	<b>44</b>
<b>8 Fazit</b> .....	<b>51</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>55</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>58</b>
<b>Erklärung</b> .....	<b>132</b>

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Relevante Treffer für die Analyse der SZ nach Suchbegriffen. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.....	29
Tabelle 2: Relevante Treffer für die Analyse der FAZ nach Suchbegriffen. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.....	29
Tabelle 3: Relevante Treffer für die Analyse von TG nach Suchbegriffen. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.....	29
Tabelle 4: Relevante Treffer für die Analyse der NYT nach Suchbegriffen. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.....	30
Tabelle 5: Codes für die identifizierten Cluster. Quelle: Eigene Darstellung, 2022....	41

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Frames und Artikel nach Medium. Quelle: Eigene Darstellung, 2022...	31
Abbildung 2: Artikel pro Monat nach Medium. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.....	32
Abbildung 3: Frames pro Monat nach Medium. Quelle: Eigene Darstellung, 2022 ...	32
Abbildung 4: Frames pro Monat gesamt. Quelle: Eigene Darstellung, 2022 .....	33
Abbildung 5: Relative Verteilung der Frames auf identifizierte Cluster in Prozent gesamt. Quelle: Eigene Darstellung, 2022. ....	42
Abbildung 6: Relative Verteilung der Frames auf identifizierte Cluster in Prozent nach Medium. Quelle: Eigene Darstellung, 2022. ....	43

## Abkürzungsverzeichnis

AFP	Agence France-Presse
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BAJ	Belarussische Journalistenvereinigung
BBC	British Broadcast Corporation
BT	Belorusskoe Televidenie
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DW	Deutsche Welle
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
epd	Evangelischer Pressedienst
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
IISEPS	Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies
KGB	<i>Komitet Gosudarstvennoy Bezopasnosti</i> ; Komitee für Staatssicherheit
NGO	<i>Non-Governmental Organisation</i> ; Nichtregierungsorganisation
NYT	The New York Times
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PiS	Prawo i Sprawiedliwość (Partei)
RFE/RL	Radio Free Europe/Radio Liberty
RFI	Radio France Internationale
RSF	<i>Reporters sans frontières</i> ; Reporter ohne Grenzen
SZ	Süddeutsche Zeitung
TG	The Guardian
UDHR	Universal Declaration of Human Rights
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; Sowjetunion

# 1 Einleitung

Die international tätige Nichtregierungsorganisation (NGO) „Reporter ohne Grenzen“ (RSF) veröffentlicht jedes Jahr eine Rangliste, in der die Presse- und Informationsfreiheit in 180 Ländern bewertet wird. Im Jahr 2021 schneidet Belarus von den europäischen Staaten des Subkontinents Europa am schlechtesten in dieser Rangliste ab und befindet sich auf Platz 158. Damit ist das Land im Vergleich zum Vorjahr um fünf Rangpunkte abgestiegen. (Vgl. Reporter ohne Grenzen 2021b: 8)

Belarus ist ein autoritärer Staat, in dem Wahlen laut der Organisation „Freedom House“ offen gefälscht und die bürgerlichen Freiheiten stark eingeschränkt werden. Nachdem die belarussische Regierung im Rahmen ihrer Bemühungen um bessere Beziehungen zur Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) abweichende Meinungen in ihrem Land zugelassen hatte, ging sie 2020 gegen eine massive Anti-Regierungs-Protestbewegung vor, die durch eine gefälschte Präsidentschaftswahl ausgelöst worden war, und schränkte die grundlegenden bürgerlichen Freiheiten sowie die Pressefreiheit stark ein. (Vgl. Freedom House 2021)

Die Situation der Journalist\*innen in Belarus hat sich seit 2020 verschlechtert: Drei Tage lang, beginnend am Wahltag der Präsidentschaftswahlen, schaltete die Regierung während des Höhepunkts der Massenproteste für Demokratie das Internet fast flächendeckend im ganzen Land ab. Damit wurden die Möglichkeiten der Reporter\*innen, die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß zu informieren, eingeschränkt. Im Jahr 2020 haben Sicherheitskräfte in Hunderten von dokumentierten Fällen ausländische und belarussische Journalist\*innen geschlagen, verhaftet und mit Geldstrafen belegt. Vor und insbesondere nach den Präsidentschaftswahlen 2020 haben die Behörden die Arbeit unabhängiger Journalist\*innen von in- und ausländischen Medien systematisch behindert, 477 Journalist\*innen verhaftet und 9 strafrechtlich verfolgt. (Vgl. Freedom House 2021)

Vor dem Hintergrund der massiven Einschränkungen der Pressefreiheit in Belarus geht diese Bachelorarbeit der Frage nach, wie die deutsche und internationale Presse über die Pressefreiheit in Belarus seit der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 bis und mit dem 23. Februar 2022, unmittelbar vor Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022, berichtet haben und wie sich dies in die Gesamtbetrachtung der Pressefreiheit in Belarus einordnen lässt. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, anhand der Berichterstattung verschiedener Medien aus inner- und außereuropäischen Staaten die Situation der Pressefreiheit in Belarus seit der als gefälscht eingestuften Präsidentschaftswahl 2020 zu analysieren und interpretieren. Die Arbeit beleuchtet in einer qualitativen Inhaltsanalyse anhand des Framing-Ansatzes Beiträge der vier Zeitungen Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian sowie The New York Times.

Hierbei werden Medien-Frames zum Thema „Pressefreiheit in Belarus“ anhand ausgewählter deutscher und ausländischer Presseberichterstattung untersucht und an-

schließlich interpretiert. Dazu wurde der Framing-Ansatz gewählt, weil er sich für die Analyse der Medienberichterstattung eignet (vgl. Matthes 2014: 13).

Die Einleitung führt in die Thematik ein und definiert Schlüsselbegriffe. Hier wird ein kurzer Überblick über den Forschungsstand gegeben, um die Relevanz des Themas zu begründen. Es folgt eine theoretische und rechtliche Einführung in Grundlagen der Pressefreiheit, gefolgt von einem Kapitel zur Pressefreiheit in Belarus, das sich aus wissenschaftlicher Literatur sowie aus Quellen verschiedener Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen wie Reporter ohne Grenzen, Freedom House oder „Viasna“ zusammensetzt. Nach einem kurzen Einblick in die aktuelle Lage der Pressefreiheit in Europa werden die Entwicklungen in Belarus nach der als gefälscht eingestuften Präsidentschaftswahl behandelt, damit die spätere Analyse thematisch besser eingeordnet werden kann. Anschließend wird die methodische Herangehensweise der qualitativen Inhaltsanalyse im Rahmen des Framing-Ansatzes erläutert. Dafür wird ein qualitativer Ansatz gewählt, bei dem die sogenannten Medien-Frames induktiv erhoben werden. Im methodischen Kapitel werden auch die Datenauswahl und der festgelegte Zeitraum der Datenerhebung begründet. Es folgen die Ergebnispräsentation und -interpretation der qualitativen Inhaltsanalyse der vier untersuchten Zeitungen in einem gemeinsamen Kapitel. Um die Ergebnisse aus der Frame-Analyse zu standardisieren und übersichtlicher zu gestalten, werden die Frames anhand identifizierter Cluster zugeordnet. Aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen sowie jenen aus den Kapiteln 3.1 und 4 sämtliche Informationen in einer Gesamtbetrachtung der Pressefreiheit in Belarus zusammengeführt. Das Fazit fasst die wichtigsten Erkenntnisse der Frame- und Cluster-Analyse sowie der gesamten Arbeit zusammen.

## 2 Pressefreiheit

Die Pressefreiheit hat zwei grundlegende Dimensionen: Die ökonomisch-unternehmerische Dimension meint das Recht, Medienunternehmen zu gründen und in diesen zu drucken. Die publizistisch-inhaltliche Dimension hingegen betrachtet das Recht, als Medienunternehmen Informationen sowie Meinungen zu veröffentlichen. Die Medienfreiheit und das jeweilige politische System, in dem sich die Medien befinden, beeinflussen sich gegenseitig. In Demokratien fungieren Medien als kulturelles und wirtschaftliches Gut. Informationsmedien nehmen hierbei eine wichtige Rolle ein: Sie sollen die Bevölkerung informieren und aufklären, mit dem Ziel, dass jede Person ihr Wahlrecht wahrnehmen kann. (Vgl. Prinzing 2016)

### 2.1 Rechtlicher Rahmen

Das erste Gesetz zur Abschaffung der Zensur und damit der damit einhergehende Beginn der Pressefreiheit erfolgte 1695 in England. Durch die Amerikanische Revolution wurde die Pressefreiheit auch in den USA ein Grundrecht. Die Französische Revolution und die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte legte zwar im Jahr 1789 auch in Europa den Grundstein für die Pressefreiheit, doch erst im 20. Jahrhundert etablierte sich diese auf dem europäischen Kontinent. Dabei entwickelten sich die Staaten bezogen auf die Pressefreiheit jedoch nicht gleich: In einige Staaten wurden die Medien im Zuge einer faschistischen oder kommunistischen Episode kontrolliert oder für Propagandazwecke ausgenutzt. Die garantierte Medienfreiheit weitete sich auf die meisten Staaten in Europa aus, nachdem der Faschismus 1945 zusammenbrach und sich die Sowjetunion 1991 auflöste. (Vgl. Prinzing 2016)

In der EU sowie in einigen weiteren europäischen Staaten befindet sich die Medienfreiheit auf einem sehr hohen Niveau. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich in einer Vielzahl europäischer Staaten entwickelt, welche sich durch Staatsferne und Gebührenfinanzierung auszeichnen. Vorbild dafür war die britische Rundfunkanstalt „British Broadcast Corporation“ (BBC). Im Jahr 1950 wurde die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) vom Europarat entwickelt, welche auch das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie auf Medienrecht garantieren soll. Die 47 Mitgliedsstaaten des Europarats unterzeichneten damals die Konvention. Dazu gehören neben den EU-Ländern die Schweiz, Liechtenstein, Norwegen, Island, Albanien, Mazedonien, Serbien, Montenegro, die Türkei, Russland, die Ukraine, Bosnien und Herzegowina, Aserbaidschan, Armenien, Georgien sowie die Republik Moldau. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat mit seinen Rechtsprechungen in zahlreichen Fällen die Pressefreiheit in verschiedenen europäischen Staaten gestärkt. Sämtliche Mitgliedsstaaten des Europarats sind dazu verpflichtet, die Urteile des EGMR umzusetzen. Doch auch in Europa wird die Pressefreiheit heutzutage in einigen Ländern eingeschränkt. Die Art und Weise, wie dies erfolgt, gibt Hinweise auf die Medienkultur und das politische System eines Landes. Die Zensur der Medien wird in Diktaturen genutzt, um das Unrecht und

die Willkür der Regierung bzw. der Machthabenden zu verschleiern und damit die Verantwortlichen zu schützen. (Vgl. Prinzing 2016)

Kommunikationsgrundrechte wie die Meinungs- und Pressefreiheit orientieren sich am Kommunikationsfreiheitsprinzip und fungieren als politische Grundrechte (vgl. Epping et al. 2019: 108). Sie werden für die Demokratie als konstitutiv erachtet: „Eine Demokratie ohne freie Meinungsäußerung und freie Presse ist schlechthin nicht denkbar.“ (Epping et al. 2019: 108) In Deutschland ist die Pressefreiheit in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert (vgl. Czepek et al. 2018: 18.), in der Europäischen Union in Artikel 11 der EU-Charta der Grundrechte (vgl. Europäische Union 2012: 398). Hier wird neben der Medienfreiheit auch der Medienpluralismus vorausgesetzt (vgl. ebd.). Im globalen Rahmen ist das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Universal Declaration of Human Rights (UDHR)) verankert, dem Grundlagendokument der internationalen Menschenrechtsnormen, welches von den Vereinten Nationen erstellt wurde (vgl. United Nations 1948: 5).

Zum Recht der Meinungsfreiheit sowie der freien Meinungsäußerung gehört auch die Freiheit, Informationen und Ideen aller Art in jeder Form und unabhängig von Medien auszudrücken und zu vermitteln und diese an andere weitergeben zu können. Unter diesen Begriff fallen ebenfalls Informationen und Ideen, die von Behörden oder der gesellschaftlichen Mehrheit als kritisch oder umstritten angesehen werden. Beispiele für Äußerungen, die unter das Recht auf freie Meinungsäußerung fallen, sind Kommentare zu eigenen oder öffentlichen Angelegenheiten, Journalismus, Diskussionen über Menschenrechte, Wahlwerbung, wissenschaftliche Forschung, Werbung, Unterricht, künstlerischer Ausdruck sowie Ausdruck ethnischer, kultureller, sprachlicher und religiöser Identität. (Vgl. Rat der Europäischen Union 2014: 4)

Die Pressefreiheit, Medienfreiheit, sowie das Recht auf Zugang zu Informationen leiten sich alle aus der Anerkennung der Meinungsfreiheit ab und sind wesentliche Voraussetzungen für einen öffentlichen Dialog, der auf dem freien Austausch von Informationen und Meinungen beruht (vgl. European University Institute 2021: 22). Darüber hinaus „ermöglicht“ die Meinungsfreiheit auch andere Rechte, nämlich das Recht auf Versammlungsfreiheit, einer politischen Partei beizutreten oder das Wahlrecht (vgl. ebd.). Ihr Schutz ist somit das Herzstück einer jeden demokratischen Gesellschaft (vgl. Rat der Europäischen Union 2014: 1). Der Rat der Europäischen Union schreibt dazu in seinen Richtlinien zur Meinungsfreiheit:

„Free, diverse and independent media are essential in any society to promote and protect freedom of opinion and expression and other human rights. By facilitating the free flow of information and ideas on matters of general interest, and by ensuring transparency and accountability, independent media constitute one of the cornerstones of a democratic society. Without freedom of expression and freedom of the media, an informed, active and engaged citizenry is impossible.“ (Rat der Europäischen Union 2014: 1)

Durch die Arbeit von Journalist\*innen wie das Aufdecken von Korruption und Machtmissbrauch oder das Infragestellen der vorherrschenden Meinung sind diese laut dem Rat der EU einer erhöhten Gefahr in Form von Einschüchterung und Gewalt ausgesetzt.

Solche Einschüchterungen und Angriffe gehen häufig mit der Weigerung der staatlichen Behörden einher, wirksame Ermittlungen durchzuführen und die Straffreiheit für solche Taten zu beenden. Sie stellen daher nicht nur einen Angriff auf das Opfer dar, sondern können auch die Fähigkeit der Öffentlichkeit einschränken, Informationen, Ideen und eine Vielfalt von Meinungen zu erhalten. Die Bemühungen um den Schutz von Journalist\*innen sollten sich nicht nur auf offiziell als solche anerkannte Journalist\*innen beschränken, sondern auch Hilfspersonal und andere Personen wie „Bürgerjournalist\*innen“, Blogger\*innen, Aktivist\*innen in den sozialen Medien sowie Menschenrechtsverteidiger\*innen einschließen, die neue Medien nutzen, um ein Massenpublikum zu erreichen. Die Bemühungen zur Beendigung der Straffreiheit für Verbrechen gegen Journalist\*innen und andere Medienschaffende müssen laut dem Rat mit dem Schutz und der Verteidigung von Menschenrechtsverteidiger\*innen einhergehen. (Vgl. Rat der Europäischen Union 2014: 2)

Journalist\*innen und andere Akteur\*innen im Bereich der Medien sind diejenigen, die in einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft die öffentliche Debatte anregen und sicherstellen, dass die Öffentlichkeit über alle Angelegenheiten von öffentlichem Interesse informiert wird. Indem sie zur öffentlichen Debatte beitragen, beeinflussen Journalist\*innen die öffentliche Meinung und letztlich die Wahlentscheidungen der Wähler\*innen und die Rechenschaftspflicht der Politiker\*innen. (Vgl. European University Institute 2021: 30)

## 2.2 Kriterien

Die Pressefreiheit wird weltweit und für Europa von verschiedenen Akteur\*innen beobachtet und bewertet, um negative Entwicklungen sowie Repressionen von Journalist\*innen frühzeitig erkennen und bekämpfen zu können. Zu den Akteur\*innen zählen Funktionsträger\*innen internationaler Organisationen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), nationale und internationale Verbände von Journalist\*innen sowie NGOs wie Freedom House oder Reporter ohne Grenzen (RSF). RSF veröffentlicht jährlich Ranglisten und Einschätzungen zur Meinungs- und Informationsfreiheit der Staaten weltweit und geht dabei auch auf die Repression und Gewalt gegen Journalist\*innen ein. Kategorisiert wird dabei nach Medienunabhängigkeit, Medienpluralismus, Rechtsrahmen, Selbstzensur, Transparenz sowie Infrastruktur. Die Ranglisten lassen sich jährlich vergleichen und bieten damit eine zuverlässige Tendenz der Medienfreiheit einzelner Länder und Regionen. (Vgl. Prinzing 2016)

In Europa gibt es laut Prinzing (2016) drei Gefährdungsarten der Medienfreiheit. Die Erste ist staatlicher Druck durch Übergriffigkeiten wie juristische Strafverfahren, Zwangsübernahmen oder Zensur. Bei der zweiten Gefährdungsart wird der Druck von der Wirtschaft ausgeübt: Hier stellen Medienkonzentration und Werbeboykotte eine Gefahr für die Medienfreiheit dar. Die dritte Variante entsteht aus Unsicherheiten und Ängsten in der Bevölkerung, die zu gesellschaftlichem Druck auf die Medienfreiheit führt. Ausgelöst werden diese zum Beispiel durch Terroranschläge oder große Mengen an einreisenden

Geflüchteten. Die Ängste können aber auch durch eine langsam heranwachsende Skepsis oder Misstrauen zum Beispiel gegenüber der EU oder durch beliebter werdenden Populismus hervorgerufen werden, die gezielt die Medien schlecht reden und das Misstrauen weiter anfachen. Dies kann zur Folge haben, dass Medienschaffende selbst unsicher und zurückhaltender in ihrer Berichterstattung werden oder sogar Selbstzensur betreiben. (Vgl. Prinzing 2016)

RSF bewertet jedes Jahr die Situation der Presse- und Informationsfreiheit in 180 Staaten weltweit. Ziel dieser Rangliste ist es, den Grad der Freiheit darzustellen, unter dem Medien, Journalist\*innen und Blogger\*innen arbeiten und berichten. Darüber hinaus bewertet die Organisation auch die Anstrengungen der Staaten, die freie und ungehinderte Arbeit von Medienarbeitenden zu gewährleisten und unabhängige Berichterstattung zu respektieren und zu schützen. Die Erstellung der Rangliste basiert auf einem detaillierten Fragebogen, den RSF an mehrere Hunderte Expert\*innen weltweit versendet. Unter den Expert\*innen befinden sich Korrespondent\*innen des eigenen Netzwerkes, Journalist\*innen, Partnerorganisationen, Menschenrechtsaktivist\*innen, Wissenschaftler\*innen sowie Jurist\*innen. Die Umfragen anhand der Fragebogen sind dabei laut der Organisation nicht repräsentativ im Sinne der wissenschaftlichen Gütekriterien. In der Umfrage werden insgesamt 71 qualitative Fragen gestellt und dabei in die sechs Kategorien Medienvielfalt, Unabhängigkeit der Medien, journalistisches Arbeitsumfeld und Selbstzensur, rechtliche Rahmenbedingungen, Produktionsinfrastruktur sowie institutionelle Transparenz eingeteilt. Im Fragebogen werden nicht nur staatliche Verletzungen der Medienfreiheit berücksichtigt, sondern auch Bedrohungen durch andere Instanzen wie Interessensgruppen, bewaffnete Milizen oder Untergrundorganisationen. (Vgl. Reporter ohne Grenzen 2021c)

In demokratischen Staaten gehören die publizistische Pluralität und die Garantie der informationellen Selbstbestimmung der Bürger\*innen zu den Kriterien, an denen sich die staatliche Regulierung der Medien orientiert (vgl. Lange 2008: 51). Ein freies und pluralistisches Medienumfeld beruht auf der freien Ausübung des journalistischen Berufsstandes (vgl. European University Institute 2021: 17). Dies bedeutet, dass der Zugang zu diesem Beruf offen sein sollte, dass Journalist\*innen menschenwürdige Arbeitsbedingungen genießen und ohne Einschränkungen oder Zwänge arbeiten können (vgl. ebd.).

RSF beschreibt den Medienpluralismus als wichtige Komponente von demokratischen Gesellschaften:

„Unabhängige Medien und eine vielfältige Medienlandschaft sind Grundpfeiler einer gesunden Demokratie. Nur sie garantieren eine professionelle Berichterstattung, die auch Kritik und Kontrolle staatlicher Gewalt einschließt. Medienpluralismus ist überall dort in Gefahr, wo die Macht über Medieninhalte und damit die öffentliche Meinung in den Händen einiger Weniger liegt und deren Interessen dient.“ (Reporter ohne Grenzen o. J.)

Beim Medienpluralismus ist zwischen dem internen und externen Pluralismus zu unterscheiden. Die Vielfalt von Meinungen, Perspektiven und Inhalten innerhalb einer konkreten Publikation wird als interner Medienpluralismus bezeichnet. Der externe Medienpluralismus hingegen bezieht sich auf die Gesamtheit der Vielfalt innerhalb eines

Medienmarktes. Hierbei sind sowohl die Zahl der Anbieter\*innen als auch die Diversität dieser entscheidend, um dem Medienpluralismus gerecht zu werden. Wenn die Anzahl und Diversität gering sind, spricht man von einer Medienkonzentration. Diese kann sowohl im internen als auch im externen Bereich auftreten und den jeweils anderen Bereich sogar beeinträchtigen. Für eine Gesellschaft kann dies demokratiegefährdend werden, wenn die Konzentration von Medienbesitz, Medieninhalt oder Mediennutzung zu hoch wird. Wenn wenige Marktteilnehmer\*innen mit ihrem Einfluss auf die Meinung der Öffentlichkeit dominieren und für neue Anbieter\*innen die Eintrittshürden zu hoch sind, kann dies ein Risikofaktor für die Demokratieentwicklung sein. Gleiches gilt für Medieninhalte, die in einer Gesellschaft sehr gleich gestaltet sind und somit einige Meinungen oder sogar bestimmte Teile der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Das dritte Risiko, die Konzentration der Mediennutzung, ist ein nutzerseitiges Problem: Hierbei gibt es gegebenenfalls zwar ein vielfältiges Medienangebot, es werden jedoch vom Publikum nur wenige Medien genutzt. (Vgl. Reporter ohne Grenzen o. J.)

### 3 Pressefreiheit in Belarus und Europa

Im Folgenden wird ein umfassender Einblick in die Medienlandschaft und die Pressefreiheit in Belarus gegeben. Anschließend folgt ein kurzer Blick auf die Situation der Pressefreiheit Europa laut der Einschätzung von RSF. Die Erkenntnisse aus dem Kapitel 3.1 werden zu einem späteren Zeitpunkt mit den Ergebnissen aus der Frame- und Cluster-Analyse zusammengeführt.

#### 3.1 Pressefreiheit in Belarus

Die Kommunikations- und Medienwissenschaftlerin Barbara Thomaß (2007: 238) beschreibt Belarus (auch: Weißrussland) als offene Diktatur, in welcher Präsident Alexander Lukaschenko<sup>1</sup> als Staatsoberhaupt die Inhalte und seine Darstellung im Fernsehen und Hörfunk nach seinen Kriterien und Wünschen beeinflussen und gestalten kann.

„In Weißrussland und Russland, vor allem aber in den asiatischen postkommunistischen Staaten ist der gesellschaftliche Wandlungsprozess noch zu labil, als dass eine Demokratie fördernde Funktion der Mediensysteme in nächster Zukunft zu erwarten ist.“ (Thomaß 2007: 241)

In Belarus können landesweit keine privaten Fernseh- oder Radiosender empfangen werden: Insgesamt wurden zwar 39 nicht-staatliche Fernsehsender bei mehr als 50 Fernsehsendern oder -programmen im Land beim belarussischen Informationsministerium registriert, allerdings sind viele von den nicht-staatlichen Kanälen nie auf Sendung gegangen (vgl. Jarolimek 2009: 113). Eine öffentlich-rechtliche Rundfunkordnung wurde in Belarus laut Kommunikationswissenschaftler Stefan Jarolimek „nie ernsthaft in Erwägung gezogen“ (2009: 114). Die Inhalte von staatlichen Fernseh- und Radioprogrammen werden von den Direktor\*innen und Administrator\*innen des belarussischen Präsidenten kontrolliert. Diese Posten werden vom Präsidenten persönlich ernannt (vgl. Jarolimek 2009: 114). Der erste belarussische Fernsehkanal „Belorusskoe Televidenie“ (BT) wurde 1956 zum ersten Mal ausgestrahlt (vgl. ebd.). Als Belarus noch der Sowjetunion (UdSSR) angehörte, war das belarussische Fernsehen noch der Rundfunkkommission unterstellt (vgl. ebd.). Nach der Auflösung der UdSSR erfolgten Ende der 1990er-Jahre Veränderungen, wodurch der Kanal BT dem Präsidenten unterstellt und stärker kontrolliert wurde (vgl. ebd.). Auch bei anderen Kanälen ließ sich diese Entwicklung erkennen (vgl. ebd.). Die Darstellung von Lukaschenko als Präsidenten sowie seiner Politik nimmt den größten Anteil der Nachrichten des staatlichen Fernsehsenders BT ein (vgl. Jarolimek 2009: 117). Auf lokaler und regionaler Ebene hingegen sind die meisten Fernsehsender teilweise bis komplett privatisiert (vgl. Jarolimek 2009: 115). Sie stellen kaum ein Risiko für die belarussische Regierung in Minsk dar, da in den Nachrichtensendungen jener Sender höchstens kommunale Politik thematisiert wird (vgl. ebd.). Journalist\*innen lokaler und regionaler Sender in Belarus sind dabei häufig nicht professionell ausgebildet

<sup>1</sup> Aus Gründen der Einheitlichkeit und besseren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit die am häufigsten genutzte deutsche Übersetzung osteuropäischer Namen verwendet.

(vgl. ebd.). Zwar gibt es ausländische Organisationen, die Seminare und Trainings für diese Journalist\*innen anbieten, diese Organisationen wurden in Belarus jedoch allmählich verboten (vgl. ebd.).

Der polnische Fernsehsender „Belsat TV“ strahlt seit Dezember 2007 mittels eines Satelliten sein Programm in belarussischer Sprache in Belarus aus. Es handelt sich bei dem Sender um ein Projekt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Polens und soll Belarus\*innen eine Alternative zum staatlichen Fernsehen in ihrem Land bieten. Die Nachrichten von Belsat TV können auch auf der dazugehörigen Website ([www.belsat.eu](http://www.belsat.eu)) gelesen werden. Minsker Journalist\*innen, die von Belarus aus für den polnischen Sender arbeiten, wurden in ihrer Arbeit von Beginn an behindert, zum Beispiel durch das Konfiszieren von Equipment. Des Weiteren ergab sich das Problem, dass Belsat TV seine Inhalte über den Satellitenbetreiber „ASTRA“ überträgt, weil die Antennen aufgrund der kleinen Nutzer\*innenschaft eher auf andere Programmanbieter ausgerichtet werden. (Vgl. Jarolimek 2009: 116f.)

Laut einer Umfrage des Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies (IISEPS) von 2011 schauten 91,2 % der Belarus\*innen russisches und 89,6 % belarussisches Fernsehen, während der ausländische Sender Belsat TV nur von 9,8 % der Befragten geschaut wird (vgl. Manaev 2014: 226). Beliebte Sender hingegen sind laut einer weiteren Umfrage des IISEPS 2009 die russischen Fernsehsender „Pervyj Kanal“, „RTR“ und „NTV“ und die belarussischen staatlichen Fernsehsender BT, „ONT“ und „STV“<sup>2</sup> (vgl. Manaev 2009: 141).

In Belarus bevorzugen Belarus\*innen die Abendnachrichten russischer Fernsehsender von Pervyj Kanal und ONT vor den Nachrichten des belarussischen BT (vgl. Jarolimek 2009: 117). Die Sendung der russischen Abendnachrichten wird in zwei Hälften aufgeteilt: In der ersten Hälfte wird Pervyj Kanal aus Moskau ausgestrahlt, wo vor allem internationale Berichte behandelt werden (vgl. ebd.). In der zweiten Hälfte wird dann zu ONT in Minsk gewechselt, das hauptsächlich über belarussische Themen in russischer Sprache berichtet (vgl. ebd.). Zeitgleich wird bei Pervyj Kanal in der zweiten Hälfte vor allem über innerrussische Nachrichten berichtet (vgl. ebd.). Diese sind dann in Belarus nicht zu sehen, sodass Belarus\*innen nicht mitbekommen, falls der Sender aus Moskau im zweiten Teil Kritik an der Arbeit des Präsidenten oder andere heikle Themen des Landes berichten sollte (vgl. ebd.). Jarolimek beschreibt die Lage der Fernsehlandschaft in Belarus zusammenfassend folgendermaßen:

„Das Fernsehen in Belarus ist somit technisch und inhaltlich nahezu völlig in Staatshand, wenn man von einigen unpolitischen Privatsendern absieht, die sicherlich kaum ernsthaft die Pluralität einer belarussischen politischen Öffentlichkeit wirksam unterstützen. Inwieweit neue ausländische Initiativen wie *Belsat TV* Einfluss nehmen können, wird sich noch erweisen müssen.“ (Jarolimek 2009: 118; Hervorh. im Original)

<sup>2</sup> Zu den russischen Fernsehsendern RTR und NTV sowie zu den belarussischen Fernsehsendern ONT und STV wurde bei der Recherche keine Aufschlüsselung der Abkürzungen gefunden. Aus diesem Grund tauchen diese nicht im Abkürzungsverzeichnis auf.

Beim Hörfunk bevorzugen viele Belaruss\*innen ebenfalls russische Sender wie Radio Majak und Radio Rossija vor belarussischen Angeboten. Auch hier sind kritische Angebote, die auf Belarussisch ausgestrahlt werden, eine Seltenheit. Die privaten Radiosender veröffentlichen vor allem unterhaltende Inhalte anstatt informierender Beiträge. Die landesweit verbreiteten staatlichen Hörfunksender werden durch den belarussischen Staat sowie durch Werbung finanziert und senden bis zu 18 Stunden täglich. (Vgl. Jarolimek 2009: 118)

Auch im Hörfunk haben sich ausländische Sender entwickelt, die das Programm nach Belarus hinein verbreiten: Im November 1999 wurde der polnische Sender Radyjo Racyja gegründet. Die Studios in Polen befinden sich in Bialystok und Warschau, wo ein Großteil der belarussischen Minderheit Polens lebt. Von dort wird ein oppositionelles, kulturelles und politisches Programm entwickelt und verbreitet und durch Spender\*innen sowie durch Hilfsorganisationen finanziert. Aus finanziellen Gründen wurde das Programm ab 2003 eingeschränkt, konnte jedoch durch finanzielle Hilfen der polnischen Regierung wieder normal weiterlaufen und besitzt seitdem auch eine Website ([www.racyja.com](http://www.racyja.com)). Seit 2006 wird außerdem das Projekt „European Radio for Belarus“ von der EU finanziert. Mit Sitz in Warschau wird das Programm auch über das Internet ausgestrahlt (<https://euroradio.fm/>) und von Journalist\*innen in Warschau und Minsk entwickelt. Auch die „Deutsche Welle“ startete 2005 ein Hörfunkprogramm für Belarus, das aus den Nachbarstaaten sendet. Zunächst strahlten sie Nachrichten nur in russischer Sprache aus. Nach Kritik von oppositionellen Intellektuellen in Belarus fing die Deutsche Welle an, Beiträge auch in belarussischer Sprache zu senden. Auch der belarussische Radiosender „Radio Free Europe/Radio Liberty: Radyjo Svaboda (Radio Freiheit)“ (RFE/RL) lässt das Programm aus dem Ausland nach Belarus ausstrahlen: Die Inhalte werden von Mitarbeitenden in Minsk erstellt und schließlich nach Prag gesendet, von wo es dann ausgestrahlt wird. Die Minsker Redaktion des Senders arbeitet illegal und ist somit nicht in Belarus registriert. (Vgl. Jarolimek 2009: 118f.)

Laut Jarolimek ist weder im Fernsehen noch im Hörfunk mit kritischer Berichterstattung zu rechnen, da diese systematisch bekämpft wird (vgl. Jarolimek 2009: 119). Lediglich aus dem Ausland ausstrahlende Rundfunksender betreiben kritische Berichterstattung (vgl. ebd.). Diese senden jedoch im Falle des Kabelfernsehens häufig nicht in belarussischer Sprache und haben beim Hörfunk eine geringe Reichweite (vgl. ebd.). „Einzigster Hoffnungsträger bleibt das Internet, das in Belarus einem einzelnen, staatlichen Provider untersteht.“ (Jarolimek 2009: 119)

Doch die belarussische Regierung macht auch vor dem Internet nicht Halt: Die Regierung ist Eigentümerin von „Beltelecom“, dem einzigen Internetanbieter des Landes, und kontrolliert das Internet mit rechtlichen und technischen Mitteln (vgl. Freedom House 2021). Die offizielle Definition von Massenmedien umfasst auch Websites und Blogs und unterstellt diese der Aufsicht des Informationsministeriums (vgl. ebd.). Der Monopolist Beltelecom bestimmt die Preise und Genehmigungen von Sub-Providern im Land, so dass alle Kommunikationsnetze von diesem Provider abhängig sind (vgl. Jarolimek

2009: 119). Die meisten Sub-Provider, die im Internet tätig sind, gehören mehrheitlich staatlichen Institutionen wie dem Bildungsministerium oder der Nationalen Akademie (vgl. ebd.). Daher gibt es mit Beltelecom nur einen Provider in Belarus und dieser untersteht dem Ministerium für Telekommunikation der belarussischen Regierung (vgl. ebd.). Die Regierung scheut sich nicht, Websites zu sperren oder abzuschalten (vgl. ebd.: 121). So wurden bereits bei vorangegangenen Präsidentschaftswahlen wie 2001 in Belarus mehrere Seiten von unabhängigen Medien, Menschenrechtsorganisationen oder politischen Parteien für kurze Zeit deaktiviert (vgl. ebd.).

Belarus verabschiedete 2008 ein neues Mediengesetz, das 2009 in Kraft trat (vgl. Manaev 2014: 212). Das Gesetz schuf eine weitere Reihe von Hindernissen für unabhängige Journalist\*innen und Medienunternehmen und verkürzte die Liste der journalistischen Rechte (vgl. ebd.). Journalist\*innen müssen demzufolge ein dreistufiges Akkreditierungsverfahren durchlaufen, dessen Ergebnis die Verweigerung der Akkreditierung ohne Begründung sein kann (vgl. ebd.). Auch die Befugnis zur Bestrafung von Journalist\*innen und Massenmedien wird durch das neue Gesetz gestärkt (vgl. ebd.). Hier reichen vage Gründe wie z. B. die angebliche Verbreitung ungenauer Informationen, die den staatlichen und öffentlichen Interessen schaden könnten, und die Konsequenz für Journalist\*innen können Geldstrafen sowie das Aussetzen oder die Beendigung der Tätigkeit von Medienunternehmen sein (vgl. ebd.). Weitere Sanktionen drohen Medienunternehmen, wenn festgestellt wird, dass Medienmaterial gegen die Anforderungen an die Übereinstimmung mit der Realität verstößt. Außerdem mussten sich alle Print- und Rundfunkmedienunternehmen nach Inkrafttreten des Gesetzes beim Informationsministerium neu registrieren (vgl. ebd.). Mindestens einem halben Dutzend unabhängiger Medien wurde dabei die Registrierung verweigert (vgl. ebd.). Darüber hinaus wurde in dem Gesetz festgelegt, dass das ausländische Eigentum an Medien auf maximal 30 % beschränkt sein muss (vgl. ebd.).

Das Mediengesetz von 2008 sichert laut Freedom House somit ein staatliches Monopol auf Informationen über soziale, politische und wirtschaftliche Angelegenheiten (vgl. 2021). Verleumdung in der Öffentlichkeit ist sowohl ein zivil- als auch ein strafrechtliches Vergehen und das belarussische Strafgesetzbuch enthält Bestimmungen zum Schutz der Ehre und Würde hochrangiger Beamt\*innen (vgl. ebd.). Die meisten unabhängigen Journalist\*innen arbeiten in der Annahme, dass sie vom Komitee für Staatssicherheit (KGB) überwacht werden (vgl. ebd.). Journalist\*innen werden für ihre Arbeit mit Geldstrafen, Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung belegt (vgl. ebd.). Darüber hinaus hat die Regierung die Antiextremismus-Gesetzgebung genutzt, um die Medienarbeit weiter einzuschränken (vgl. ebd.).

Auch nach der als gefälscht eingestuften Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 versuchte das Regime in Belarus von Machthaber Alexander Lukaschenko unabhängige Berichterstattung über die Lage in seinem Land mit Gewalt und Repressionen zu unterdrücken (vgl. Reporter ohne Grenzen 2021a). Die belarussische Regierung schaltete insgesamt drei Tage lang vom Wahltag an beginnend das mobile Internet in großen Teilen des

Landes ab, um die Möglichkeit, wahrheitsgemäß über die Lage im Land zu berichten, einzuschränken (vgl. Freedom House 2021). Auch der Zugang zu verschiedenen sozialen Medien und Websites wurde laut der Menschenrechtsorganisation Viasna am Wahltag und danach eingeschränkt (vgl. Viasna 2021: 12f.). Im August verweigerte das belarussische Außenministerium zahlreichen ausländischen Journalist\*innen die Akkreditierung und widerrief am 29. August die Akkreditierungen mehrerer Journalist\*innen von RFE/RL, BBC, „Associated Press“, der deutschen Rundfunkanstalt ARD, „Agence France-Presse“ (AFP), Reuters, Deutsche Welle und „Radio France Internationale“ (RFI) (vgl. ebd.). Ebenfalls Ende August 2020 weigerte sich die staatliche Druckerei, die Zeitungen „Komsomolskaya Pravda v Belarusi“, „Narodnaya Volya“, „Svobodnye Novosti Plus“ und „Belgazeta“ zu drucken, die alle für ihre unparteiische und unbefangene Berichterstattung über die Proteste bekannt waren (vgl. ebd.: 13). Drei von vier dieser Zeitungen wurden gezwungen, ihr Erscheinen als Printmedien einzustellen, nachdem der staatliche Pressevertrieb „Belsayuzdruk“ und der belarussische Postdienst „Belposhta“ sich geweigert hatten, Zeitungen zu vertreiben, die nicht in der staatlichen Druckerei herausgegeben wurden (vgl. ebd.). Infolgedessen ging die Zahl der unabhängigen Printmedien weiter zurück (vgl. ebd.). Am 3. Dezember 2020 entschied das Wirtschaftsgericht von Minsk, dem führenden Nachrichtenportal des Landes „Tut.by“ den Medienstatus zu entziehen (vgl. ebd.). Das Gericht stützte sich bei dieser Entscheidung auf eine Klage des Informationsministeriums, welches Tut.by in vier Mahnungen beschuldigt hatte, ungenaue Informationen zu veröffentlichen, die den staatlichen Interessen schaden würden (vgl. ebd.). Menschenrechtsaktivist\*innen sind laut Viasna davon überzeugt, dass die tatsächlichen Gründe für das Gerichtsurteil politisch motiviert seien und über die zulässigen Einschränkungen der Meinungsfreiheit hinausgehen (vgl. ebd.).

Bis Ende 2020 inhaftierten belarussische Sicherheitskräfte insgesamt mehr als 400 Medienschaffende, schwere Misshandlungen im Gefängnis wurden später von Betroffenen berichtet (vgl. Reporter ohne Grenzen 2021a) Einige von ihnen wurden laut Viasna der Koordinierung von Protesten oder der Teilnahme an nicht genehmigten Veranstaltungen angeklagt und mit hohen Geldstrafen und kurzen Haftstrafen belegt (vgl. 2021: 12). Die Haftstrafe von unabhängigen Journalist\*innen wird seitdem immer häufiger auf mehrere Jahre angesetzt (Vgl. Reporter ohne Grenzen 2021a). Darüber hinaus entzog das Regime im Oktober 2020 sämtlichen ausländischen Korrespondent\*innen ihre Akkreditierungen und sperrte Dutzende Nachrichtenseiten (vgl. ebd.). Auch gegen die unabhängige „Belarussische Journalistenvereinigung“ (BAJ) ging die Regierung gezielt vor (vgl. ebd.). Bis heute (Stand Mai 2022) sind 20 Journalist\*innen (Reporter ohne Grenzen 2022b), 5 Medienmitarbeiter\*innen, fast alle Mitarbeitenden von Tut.by (Reporter ohne Grenzen 2022c), sowie 3 Blogger in Belarus in Haft (Reporter ohne Grenzen 2022a).

Im Mai 2021 wurde laut der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ ein Ryanair-Flugzeug unter dem Vorwand einer terroristischen Bedrohung von belarussischen Behörden zur Landung gezwungen. Diese verhafteten dabei Roman Protassewitsch, den ehemaligen Chefredakteur des führenden oppositionellen Telegram-Kanals „Nexta“, den Belarus als extremistisch eingestuft hatte. Auch seine russische Freundin Sofia

Sapega wurde festgenommen. In den Wochen nach ihrer Verhaftung veröffentlichten staatliche Fernsehsender Interviews mit Protassewitsch, in denen er – offensichtlich unter Zwang – gestand, Massenunruhen organisiert zu haben und seine angeblichen Kompliz\*innen nannte. Das Paar wurde im Juni 2021 in den Hausarrest verlegt. Im Laufe des Jahres 2021 verurteilten belarussische Gerichte vier Journalist\*innen von Belsat TV, Tut.by und „Pieršy Rehijon“ wegen ihrer Berichterstattung über die Proteste gegen Lukaschenko zu Haftstrafen zwischen 6 und 24 Monaten. Auch 2021 nahmen die Behörden Dutzende Journalist\*innen als Zeug\*innen und Verdächtige in erfundenen Strafverfahren ins Visier und setzten sie Hausdurchsuchungen, Verhöre und Schikanen aus. Mindestens vier Journalist\*innen berichteten hierbei über Schläge und Misshandlungen während ihrer Haft, einschließlich unmenschlicher Haftbedingungen und Verweigerung medizinischer Hilfe. (Vgl. Human Rights Watch 2021)

Belarussische Behörden gingen laut Human Rights Watch auch im Jahr 2021 gegen Online-Medien vor, die über Proteste berichteten und Menschenrechtsverletzungen aufdeckten. Das Regime entzog ihnen die Medienlizenzen, sperrte ihre Websites, verbot einige der Medien als extremistisch und führte Razzien in den Büros und den Wohnungen der Mitarbeitenden durch. Besonders brutal sei das Vorgehen gegen Tut.by und den in Polen ansässigen Sender Belsat TV gewesen: Sie wurden von den Behörden als extremistisch eingestuft und Dutzende ihrer Mitarbeitenden unter straf- und verwaltungsrechtlichen Anschuldigungen durchsucht und festgenommen. Darüber hinaus weigerten sich belarussische Staatsdruckereien 2021 bei mindestens fünf unabhängigen Zeitungen, die Auflagen zu drucken. Im Juni 2021 trat außerdem eine Reihe von Änderungen des Gesetzes über die Massenmedien in Kraft, mit denen die offiziellen Gründe für den Entzug von Akkreditierungen und die Sperrung von Medien-Websites weiter ausgeweitet wurden. Mit den Änderungen wurden auch Livestreams von nicht genehmigten Massenprotesten verboten und Veröffentlichungen untersagt, die den Staat diskreditieren würden. Dadurch sei laut der Menschenrechtsorganisation jegliche Form von Kritik praktisch verboten. (Vgl. Human Rights Watch 2021)

### 3.2 Pressefreiheit in Europa

In Europa sind die meisten Staaten als Demokratien angelegt und streben eine freie und unabhängige Presse an (vgl. Prinzing 2016). Doch laut Prinzing ist die Freiheit der Medien auch in den europäischen Staaten fragil (vgl. 2016). Auch innerhalb des Kontinents gibt es große Unterschiede in der Medienfreiheit (vgl. ebd.). Der unabhängige Journalismus in der EU sowie auf dem Balkan ist laut RSF im Jahr 2021 mit deutlich mehr Aggressivität und Gewalt konfrontiert worden als in den Jahren zuvor (vgl. Reporter ohne Grenzen 2021a). Der Indikator der Organisation, der die Intensität und Anzahl von Übergriffen misst, hat sich im Vergleich zu den Vorjahren mehr als verdoppelt (vgl. ebd.).

In Deutschland und Italien wurden viele Reporter\*innen beim Versuch, von Corona-Demonstrationen zu berichten, von Demonstrant\*innen tätlich angegriffen (vgl. Reporter ohne Grenzen 2021a). Im Nachbarland Frankreich wurden Reporter\*innen vor allem auf

Demonstrationen gegen das sogenannte globale Sicherheitsgesetz sowie gegen ein neues Polizeigesetz von Polizist\*innen angegriffen (vgl. ebd.). Durch das Sicherheitsgesetz wurde die Möglichkeit des Verbreitens von Foto- oder Videomaterial von Polizist\*innen in Frankreich drastisch eingeschränkt (vgl. ebd.). Die Flüchtlingskrise auf den griechischen Inseln führte zu mehreren Festnahmen von Reporter\*innen, die sich die Situation selbst ansehen wollten (vgl. ebd.). Auch in Spanien wurde Reporter\*innen die Arbeit bei der Berichterstattung über Geflüchtete erschwert: Die Behörden gaben keine Informationen über vom Wasser gerettete Geflüchtete preis und schirmten die Betroffenen so ab, dass eine Berichterstattung über ihre Situation nicht möglich war (vgl. ebd.). Der Wikileaks-Gründer Julian Assange sitzt seit 2 Jahren in Großbritannien im Gefängnis (vgl. ebd.). Dies sei laut Reporter ohne Grenzen „ein verheerendes Zeichen für die Pressefreiheit“ (ebd.).

Die ungarische Regierung ließ das größte Nachrichtenportal des Landes „Index.hu“ sowie den kritischen Radiosender „Klubrádió“ ausschalten, wodurch zwei weitere wichtige unabhängige Medien des Landes ihre Arbeit nicht fortführen konnten (Vgl. Steger 2021). Darüber hinaus dürfen unabhängige Medien nicht mehr in medizinischen Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Impfzentren über die Corona-Pandemie berichten (vgl. ebd.). Das öffentliche Fernsehen in Polen berichtet mittlerweile parteilich, und unabhängigen Medien wird die Werbung entzogen, außerdem werden diese juristisch schikaniert (vgl. ebd.). Die polnische Regierung ist außerdem mit ihrem Projekt der „Repolonisierung“ der privaten Medien vorangekommen: Die regierende Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) will das ausländische Kapital aus dem Medienmarkt drängen (vgl. ebd.). Der staatliche Ölkonzern Orlen hat die Polska Press aufgekauft, die bis dahin zur deutschen Verlagsgruppe Passau gehörte (vgl. ebd.). Vorbild dieser Handlungen der PiS-Partei ist vor allem in Bezug auf die Medienkontrolle das Land Ungarn (vgl. ebd.). Das Land dient sowohl Polen als auch Slowenien als Vorbild: Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša diffamiert in der Öffentlichkeit sogar kritischen Journalismus, fokussiert dabei vor allem Journalist\*innen und bedient sich parteilicher Schutz- sowie Hetzkampagnen gegen diese (vgl. Reporter ohne Grenzen 2021a). Um die öffentlich-rechtlichen Medien zu beseitigen, möchte er diese finanziell austrocknen und die Kontrolle über die Aufsichtsgremien durch Neubesetzungen erlangen (vgl. ebd.)

Das Vorgehen der Staaten Albanien, Serbien und Montenegro ist ebenfalls gegen kritische und investigativ arbeitende Journalist\*innen ausgerichtet: Die Staaten bedienen sich der Justiz, der Regierung sowie regierungsnaher Medien, um jene Personen mit Drogenvorwürfen zu belasten. Dies gilt ebenfalls für kritische Sender, die die Staaten unter Kontrolle bringen wollen. Im Kosovo sowie in Serbien kam es aufgrund von Corona-Berichterstattung zu Festnahmen der beteiligten Medienschaffenden. Das am schlechtesten platzierte Land bezogen auf die Pressefreiheit bleibt innerhalb der EU weiterhin Bulgarien: Auf Drohungen und Gewalt wird seitens der Behörden kaum bis zögerlich reagiert und die bulgarische Regierung ist zu einer ernsthaften Debatte über die Lage der Pressefreiheit sowie Maßnahmen zur Verbesserung dieser nicht bereit. Das Parlament in Russland verabschiedete 2020 mehrere Gesetze, die eine Einschränkung

der Pressefreiheit direkt zur Folge hatten sowie die Online-Überwachung der Gesellschaft verstärken. Die russische Medienaufsichtsbehörde „Roskomnadsor“ wird von RSF mittlerweile als einer der größten Internet-Feinde auf der Welt eingestuft. (Vgl. Reporter ohne Grenzen 2021a)

## 4 Präsidentenwahl 2020 in Belarus 2020: Reaktionen und Folgen

Die Massenproteste in Belarus wurden durch die Präsidentenwahl am 9. August 2020 ausgelöst, in welcher der amtierende Präsident Alexander Lukaschenko laut belarussischen Angaben mit 80 % der Stimmen wiedergewählt wurde. Dies wurde von großen Teilen der Bevölkerung jedoch kritisiert mit dem Vorwurf der Wahlfälschung. Auch die EU-Institutionen sowie die EU-Mitgliedsstaaten erkannten diese Wahl sowie Alexander Lukaschenko als rechtmäßigen Präsidenten von Belarus nicht an. Demokratische Staaten weltweit haben sich geweigert, Lukaschenkos Legitimität anzuerkennen. Nach der Bekanntmachung der Wahlergebnisse demonstrierten in der belarussischen Hauptstadt Minsk zwischenzeitlich bis zu 200.000 Menschen gegen Lukaschenko und sein Regime, der bis zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 25 Jahre lang regiert hatte. Die Ehefrau des festgenommenen Oppositionskandidaten Sergej Tichanowski, Swetlana Tichanowskaja, trat stellvertretend für ihren Mann bei der Präsidentenwahl an und beansprucht bis heute den rechtmäßigen Wahlsieg für sich. Neben den Vorwürfen der gefälschten Wiederwahl von Lukaschenko gingen die Menschen auch auf die Straßen, um gegen die massive Polizeigewalt gegen Demonstrierende sowie oppositionelle Kräfte zu protestieren. (Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2021)

Lukaschenko wurde erstmals 1994 in der einzigen demokratischen Wahl des Landes gewählt. Der Wahlkampf 2020 wurde von den Behörden stark kontrolliert: Sie erlaubten nur 15 von insgesamt 55 Bewerber\*innen die Registrierung als Kandidat\*innen. Die Regierung verhaftete vor den Wahlen die beiden wichtigen Kandidaten Sergej Tichanowski und Viktor Babariko und zwang den Kandidaten Waleryj Zepkala vor dem Wahltag zur Flucht aus dem Land. Zahlreiche Aktivist\*innen wurden in Belarus auf ähnliche Weise verhaftet oder flohen aus dem Land. Swetlana Tichanowskaja und Veronika Zepkalo, die die größten Oppositionskundgebungen im Land seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion anführten, wurden beide zu beliebten Kandidat\*innen für die Präsidentenwahl, nachdem ihre Ehemänner verhaftet oder zur Flucht gezwungen worden waren. Beide Kandidatinnen wurden von den Behörden stark unter Druck gesetzt. Im August kündigte Maria Kolesnikowa, die zusammen mit Babariko und Tichanowskaja Wahlkampf gemacht hatte, die Gründung einer neuen Partei mit dem Namen „Together“ an. Eine Woche später wurde Kolesnikowa jedoch entführt und später festgenommen, was das Ende der Initiative bedeutete. Ebenfalls im August gründeten Tichanowskaja und andere Aktivist\*innen sowie unter anderem die im Jahr 2015 gekürte Literaturnobelpreisträgerin Svetlana Alexijewitsch den Koordinierungsrat der Opposition, in dem sich ein

breites Spektrum zivilgesellschaftlicher und politischer Führungspersonen zusammengeschlossen hatten, die nach den Wahlen einen Dialog und friedliche Verhandlungen mit der Regierung zur Lösung der Krise forderten. Die belarussische Regierung reagierte auf die Gründung der Gruppe mit der Verhaftung und strafrechtlichen Verfolgung mehrerer ihrer Anführer\*innen, da sie angeblich versuchten, die Macht illegal an sich zu reißen und eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellten. Im September ließ sich Lukaschenko inmitten anhaltender massiver Proteste und wachsender Forderungen nach einer Wiederholung der Wahlen in einer geheimen Zeremonie in sein Amt einführen. Bis zum Herbst wurden zahlreiche Aktivist\*innen und Oppositionsführer\*innen, darunter Tichanowskaja und Zepkalo, des Landes verwiesen oder mussten fliehen. (Vgl. Freedom House 2021)

Laut veröffentlichten Zahlen der Menschenrechtsorganisation „Libereco“ wurden im gesamten Jahr 2020 mehr als 33.000 Menschen aus politisch motivierten Gründen festgenommen und saßen zumindest zeitweise in Haft (Vgl. Libereco 2021). In den meisten Fällen waren die Festnahmen von friedlichen Demonstrierenden willkürlich, zum Teil wurden sogar unbeteiligte Passant\*innen festgenommen (vgl. ebd.). Dabei haben belarussische Menschenrechtsorganisationen wie Viasna mehr als 1.000 Fälle dokumentiert, in denen Menschen gefoltert wurden (Vgl. Viasna 2021: 2). Die Analyse dieser dokumentierten Zeugenaussagen deutet laut der Menschenrechtsorganisation darauf hin, dass es sich bei den Folterungen um weit verbreitete, systematische und gut organisierte politisch motivierte Strafmaßnahmen handelt, die von den Behörden zur Einschüchterung der belarussischen Öffentlichkeit durchgeführt wurden (vgl. ebd.). Die Repressionen im Jahr 2020 seien außerdem beispiellos in der belarussischen Geschichte und zeugten von einer tiefgreifenden Menschenrechtskrise, die zur internationalen Isolation von Belarus und zu wiederholten Sanktionen durch die EU, USA und das Vereinigte Königreich geführt hätten (vgl. Viasna 2021:3). Die einzige Reaktion der belarussischen Behörden und des Regimes auf die Forderungen der gesellschaftlichen Mehrheit nach einem politischen Wandel im Land seien die Verschärfung der Repressionen und die Imitation eines nationalen Dialogs über die sogenannte „Verfassungsreform“ (vgl. ebd.). Diese Politik schaffe die Voraussetzungen für die weitere Verschärfung der Krise (vgl. ebd.).

Von den Repressionen waren unter anderem Medienvertreter\*innen stark betroffen. So wurden 2020 über 477 von ihnen bei der Ausübung ihres Berufs festgenommen und insgesamt in 540 dokumentierten Fällen Opfer von Menschenrechtsverletzungen. 400 Studierende wurden in diesem Jahr ebenfalls festgenommen und 131 von ihren Universitäten im Anschluss zwangsexmatrikuliert. Auch die Zahl der politischen Langzeit-Gefangenen hat durch die gefälschte Präsidentenwahl 2020 Rekordwerte erzielt: Die Zahl stieg von für damals rekordverdächtigen 29 Gefangenen im Jahr 2011 nach der Präsidentenwahl von 2010 auf insgesamt 187 Fälle im Jahr 2020. (Vgl. Libereco 2021)

Die OSZE veröffentlichte im November 2020 einen Untersuchungsbericht zur belarussischen Präsidentenwahl 2020 und konstatierte darin, dass neben Menschenrechtsverletzungen auch Hinweise für eine Fälschung dieser Wahl vorhanden seien. Die Feststellungen in diesem Bericht waren eindeutig formuliert: Der Berichtersteller der OSZE zeigte auf, dass es offensichtliche Mängel bei der Durchführung der Wahl gab, die nicht den Grundanforderungen basierend auf früheren Wahlbeobachtungen entsprechen würden. Das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) der OSZE konnte die Wahl nicht beobachten, da es von Belarus zu spät zu diesem Zweck eingeladen worden war. Somit musste die Organisation auf die Entsendung einer Beobachtungsmission wie bei früheren Wahlen in Belarus verzichten. Lokale Überwachungsorganisationen und Bürger\*innen sowie internationale Beobachter\*innen stellten begründet fest, dass die Präsidentenwahlen 2020 nicht die grundlegenden internationalen Anforderungen an demokratische Wahlen erfüllten. Dementsprechend sind die Vorwürfe, dass die Präsidentenwahlen nicht transparent, frei und fair waren, bestätigt. (Vgl. Benedek 2020: 3)

Der Wahlkampf und die Wahlen waren auch laut Freedom House geprägt von einem unfairen Verfahren zur Registrierung der Kandidat\*innen, der Inhaftierung von Kandidat\*innen, weit verbreiteten Störungen des Internets am Wahltag und der gewaltsamen Niederschlagung friedlicher Demonstrant\*innen, die ihr Recht auf eine faire Wahl einforderten (vgl. Freedom House 2021).

Die Vorwürfe schwerer Menschenrechtsverletzungen in Belarus wurden ebenfalls nachgewiesen und als systematisch eingestuft (Vgl. Benedek 2020: 3). Als besonders besorgniserregend stufte die OSZE die Folter und Misshandlung von politisch Andersdenkenden in den Massenprotesten ein, für die bisher keine Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden (vgl. ebd.). Diese gut dokumentierten Fälle bestätigen den Vorwurf der allgemeinen Straflosigkeit, auch aufgrund des Fehlens fairer Verfahren in politischen Fällen (vgl. ebd.). Die Medienfreiheit, die Sicherheit von Journalist\*innen, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Recht auf Freiheit und Sicherheit würden außerdem massiv angegriffen (vgl. ebd.). „However, elections and human rights abuses are related to each other. Without democratic and structural reforms, it cannot be expected that necessary legal reforms will have the desired effects.“ (ebd.) Der Berichtersteller der OSZE hat aus diesem Grund neben der Analyse des Ist-Zustandes nach den Wahlen konkrete Handlungsanweisungen an Belarus formuliert, um die Situation im Land durch demokratische Reformen zu verbessern (vgl. ebd.: 4). Bezogen auf die nicht anerkannte Wahl empfahl er, die Resultate zurückzunehmen und neue, echte Wahlen basierend auf internationalen Standards zu organisieren (vgl. ebd.). Hierbei solle auch die internationale Beobachtung durch das OSZE bzw. ODIHR ermöglicht und sichergestellt werden, dass alle Wahlkommissionen aus allen Akteur\*innen der Gesellschaft zusammengesetzt sind und ihre Aufgaben und Pflichten in voller Unabhängigkeit wahrnehmen können (vgl. ebd.).

Für die Meinungs- und Medienfreiheit forderte der Beobachter der Organisation unter anderem die Gewährleistung der Sicherheit aller Journalist\*innen und die Unterlassung jeglicher Verfolgung in Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit sowie Beschlagnahme von Ausrüstung und Filmmaterial. Ausländischen Journalist\*innen solle außerdem die Akkreditierung erleichtert und diese auch dereguliert werden. Des Weiteren forderte er den Verzicht des belarussischen Regimes auf Eingriffe in den Zugang zum Internet. Hier sollten auch die Zensur und Sperrung von Websites sowie alle Einschränkungen für Blogger\*innen aufgehoben werden. Auch die Verpflichtung für alle Medien müsse aufgehoben werden, die Namen von Personen, die Kommentare abgeben, aufzeichnen zu müssen und an die Behörden weiterzugeben. (Vgl. Benedek 2020: 5)

Die Vorwürfe wurden von Lukaschenko zurückgewiesen: Er habe die Wahl rechtmäßig und fair gewonnen und Belarus anschließend vor gewaltvollen Unruhen geschützt (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2021)

## 5 Methodische Herangehensweise

Die vorliegende Arbeit beleuchtet in einer qualitativen Inhaltsanalyse anhand des Framing-Ansatzes Online-Artikel der vier Zeitungen Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian sowie The New York Times. Der Framing-Ansatz als theoretische Grundlage eignet sich sowohl für die Analyse medialer Berichterstattung als auch zur Untersuchung von Medienwirkung sowie der Beschreibung von strategischen Kommunikator\*innen (vgl. Matthes 2014: 12ff.) Er wird in der Kommunikationswissenschaft in einem Großteil der aktuell durchgeführten Inhaltsanalysen verwendet und ermöglicht die Beschreibung anhand eines einheitlichen Vokabulars (vgl. ebd.). Obwohl in der vorliegenden Arbeit nur ein Teilbereich der politischen Kommunikationsforschung untersucht wird, so wird dieser durch den Framing-Ansatz an die anderen, nicht untersuchten Bereiche, anschlussfähig. In den nachfolgenden Unterkapiteln werden zunächst die in der Analyse verwendeten Methoden und theoretischen Ansätze grundsätzlich definiert, bevor im Anschluss die genaue Anwendung dieser in der Analyse erklärt wird.

### 5.1 Qualitative Inhaltsanalyse

Die Inhaltsanalyse verfolgt das Ziel, Material zu analysieren, das seinen Ursprung in einer Art von Kommunikation hat. Hierbei beschäftigt sich die Inhaltsanalyse jedoch nicht nur mit dem Inhalt der Kommunikation. Denn auch formale Aspekte der Kommunikation wie z. B. Satzstrukturen, Wortwiederholungen und Wortwahl können analysiert werden. Einige Inhaltsanalytiker\*innen sind somit weniger am Inhalt an sich interessiert, sondern vielmehr am latenten Gehalt der Kommunikation. Viele der vorhandenen Definitionen stehen außerdem vor dem Problem, dass sie sehr durch das Fachgebiet und folglich an der Arbeit der Autorin oder des Autors orientiert sind und damit zu konkret werden. In der Inhaltsanalyse wird mit Material gearbeitet, das in protokollierter bzw. festgehaltener Form vorliegt. Somit ist fixierte Kommunikation der Gegenstand einer Inhaltsanalyse. Die Analyse erfolgt dabei nicht als freie Interpretation, sondern hat den Anspruch der Systematik anhand von expliziten Regeln. (Vgl. Mayring 2015: 11f.)

Eine Inhaltsanalyse durchzuführen, bedeutet laut Philipp A. E. Mayring, Psychologe, Soziologe sowie Pädagoge und Mitbegründer der qualitativen Inhaltsanalyse, systematisch fixierte Kommunikation zu analysieren (vgl. 2015: 13). Dies geschieht sowohl regel- als auch theoriegeleitet und verfolgt das Ziel, auf bestimmte Aspekte der analysierten Kommunikation Rückschlüsse ziehen zu können (vgl. ebd.). „Da sie dabei nicht nur Inhalte der Kommunikation zum Gegenstand hat, bleibt der Begriff Inhaltsanalyse problematisch; genauer wäre wohl kategoriengeleitete Textanalyse.“ (ebd.)

Mayring bevorzugt den Begriff der qualitativ-orientierten Inhaltsanalyse dem Begriff der qualitativen Inhaltsanalyse, da häufig Methoden gemischt werden, sodass bei der Textanalyse in einzelnen Schritten sowohl qualitativ als auch quantitativ analysiert wird. Die qualitative Inhaltsanalyse kann dabei aber auch z. B. bei der induktiven

Kategorienbildung völlig ohne Quantifizierungen durchgeführt werden. Wenn qualitative und quantitative Analyseschritte vorgenommen werden, werden diese im Verlauf streng voneinander getrennt. Zu Beginn des wissenschaftlichen Vorgehens steht immer der qualitative Schritt der Fragestellung, in der festgelegt wird, was untersucht werden soll. Auch die sich anschließende Begriffs- und Kategorienfindung ist ein qualitativer Schritt innerhalb der Inhaltsanalyse und hat einen entscheidenden Einfluss auf die Ergebnisse der Analyse. Das Anwenden des Analyseinstrumentariums kann dann je nach Bedarf und Ziel der Analyse entweder qualitativ oder quantitativ erfolgen. Die Rückschlüsse und Interpretation der Ergebnisse in Bezug auf die Fragestellung am Ende sind schließlich wieder ein qualitativer Schritt. (Vgl. Mayring 2015: 17, 20f.)

## 5.2 Framing

Der Framing-Ansatz gehört zu den zentralen Forschungsbereichen für politische Kommunikationsforschung (vgl. Matthes 2014: 12). Sowohl in Deutschland als auch international entstehen daher viele Forschungsarbeiten im Framing-Bereich (vgl. ebd.). Somit stützt sich die Mehrheit der Inhaltsanalysen innerhalb der Kommunikationswissenschaft auf den Framing-Ansatz als theoretische Basis (vgl. ebd.). Um den Ansatz verstehen zu können, wird zunächst die Definition von Frames und Frame-Elementen erläutert.

Bei komplexen politischen Themen greifen Rezipient\*innen bestimmte Fakten heraus und selektieren somit die Informationen, die ihnen als wichtig erscheinen. Die eingenommene Perspektive wird dabei durch Massenmedien stark beeinflusst. Denn auch die Medienschaffenden innerhalb der Massenmedien wählen bestimmte Fakten zu Themen aus und priorisieren diese vor anderen Fakten. Neben Journalist\*innen entscheiden sich auch öffentliche Akteur\*innen wie Politiker\*innen, Organisationen und Unternehmen für eine Perspektive, die sie einnehmen und in der Öffentlichkeit vertreten und sogar durchsetzen wollen. Im Zusammenschluss der Perspektiven von Journalist\*innen, strategischen Kommunikator\*innen sowie von Rezipient\*innen ist die Frage, welche Perspektive sich in der öffentlichen Debatte zu einem Thema durchsetzt. Die Perspektiven oder auch Blickwinkel innerhalb eines Themas werden als „Frames“ bezeichnet und die entsprechende Forschung dazu nennt sich Framing-Forschung. Der englische Begriff wird hierbei auch unter deutschsprachigen Autor\*innen häufiger verwendet als das deutsche Pendant „Rahmen“. (Vgl. Matthes 2014: 9).

Im Prozess der Kommunikation können Frames bei Kommunikator\*innen, Journalist\*innen, Medieninhalten bzw. Texten und bei Rezipient\*innen auftreten (vgl. Matthes/Kohring 2004: 56). Der Framing-Ansatz beschäftigt sich somit mit „der Genese, Veränderung und den Effekten von Frames auf der Ebene der Kommunikatoren, des Medieninhaltes und der Rezipienten.“ (Matthes 2014: 1) Nach Politikwissenschaftler Robert Entman bedeutet Framing, einige Aspekte einer wahrgenommenen Realität auszuwählen und sie in einem Text so hervorzuheben, dass eine bestimmte Problemdefinition, kausale Interpretation, moralische Bewertung oder Behandlungsempfehlung für den beschriebenen Gegenstand gefördert wird (vgl. Entman 1993: 52). Hierbei handelt es sich

somit um einen aktiven Prozess des selektiven Hervorhebens von Informationen und Positionen, wie Entman beschreibt. Entman identifiziert außerdem vier verschiedene Indikatoren von Frames:

“Frames, then, *define problems* – determine what a causal agent is doing with what costs and benefits, usually measured in terms of common cultural values; *diagnose causes* – identify the forces creating the problem; *make moral judgments* – evaluate causal agents and their effects; and *suggest remedies* – offer and justify treatments for the problems and predict their likely effects.” (1993: 52; Hervorh. im Original)

### 5.2.1 Arten von Frames

Es gibt drei Arten von Frames: strategische Framings, journalistische Frames und Medien-Frames. Unter den Begriff des strategischen Framings fallen Kommunikator\*innen mit dem strategischen Ziel, den individuellen Frame zu vermitteln und diesen in der Öffentlichkeit zu etablieren. Die individuelle Ebene spielt also nicht nur eine Rolle, sondern es entsteht ebenfalls ein Wettbewerb mit den Frames, die von anderen Kommunikator\*innen stammen. Ausgangspunkt ist hierbei die Annahme, dass zu jedem Thema meistens mehrere Frames vorhanden sind und diese in strategischer Konkurrenz zueinander stehen. Als erfolgreich werden in der Public-Relations-Forschung jene Frames angesehen, die nicht nur öffentliches Interesse für das individuelle Handeln von Kommunikator\*innen schaffen, sondern wenn sich zusätzlich Perspektiven, Interpretationen und Lösungsvorschläge in der Medienberichterstattung etablieren. (Vgl. Matthes 2014: 14)

Journalistische Frames hingegen sind Vorstellungen und Wissen von Journalist\*innen zu einem bestimmten Thema. Diese Frames beeinflussen das Anfertigen der Texte von Journalist\*innen. Bei jedem Thema überlegen sich Journalist\*innen, welche Aspekte besonders relevant sind und welche nicht. Sie übernehmen somit nicht nur die vorausgegangenen Frames der Kommunikator\*innen, sondern bringen zum Teil ihre eigenen Themen, Argumente und Sichtweisen mit ein. Journalist\*innen selektieren also zum einen die vorhandenen Frames der Kommunikator\*innen und konstruieren zum anderen auch eigene Frames. Journalist\*innen berichten dabei über Ereignisse, die in ein bereits vorhandenes Frame passen. Dies geschieht auf der Ebene der Routinephasen. Neben der Selektion erfolgt auch die Ereignis-Darstellung in dieser Phase und kann mit dem Framing-Ansatz beschrieben werden: Betont werden im Rahmen der Berichterstattung Aspekte, die bereits in einem vorhandenen journalistischen Frame auffallen bzw. prominent sind. Anhand dieser etablierten Frames ist es Journalist\*innen möglich, Informationen effizient zu verarbeiten und zu kombinieren, ohne wertvolle Zeit durch eine umfangreiche Themenanalyse zu verlieren. Anders verläuft der Prozess in der Orientierungsphase: Hierbei werden für ein Ereignis neue Frames erstellt oder angepasst. Der Grund für eine Orientierungsphase sind Schlüsselereignisse in der Öffentlichkeit, die eine nachhaltige Veränderung der Wahrnehmung zu einem Thema zur Folge haben. (Vgl. Matthes 2014: 15f.)

Die sogenannten Medien-Frames sind mit journalistischen Frames verwoben: Sie bilden sich in einem Medienbeitrag durch ein konkretes Muster an Frame-Elementen in einem Medienbeitrag. Dieses Muster besteht aus Problemdefinitionen, Verantwortungszuschreibungen, Bewertungen sowie Handlungsanweisungen. Medien-Frames spiegeln somit eine spezielle Sichtweise eines Themas wider, die in dem betreffenden Beitrag eingenommen wird. In diesem Bereich beschäftigen sich Untersuchungen häufig mit der Beschreibung der Medien- oder Presseberichterstattung, um z. B. journalistische Arbeitsweisen, die Produktion oder die Wirkung von Medien-Frames zu verstehen. (Vgl. Matthes 2014: 18)

Auch Rezipient\*innen selektieren beim Angebot der Medieninhalte, so wie Journalist\*innen bei der Auswahl der Nachrichten, über die sie berichten, sowie die Art, wie sie es tun. Rezipient\*innen können sowohl die Sichtweise der entsprechenden Medien übernehmen, die sie konsumieren, als auch andere Perspektiven aussuchen, indem sie spezifische Aspekte im Beitrag fokussieren und wiederum andere Aspekte vernachlässigen. Sie betrachten die Berichterstattung somit anhand ihrer eigenen sogenannten Rezipient\*innen-Frames, indem sie Probleme individuell einordnen und interpretieren. Untersuchungen dieser Art von Frames beschäftigen sich häufig mit der Wirkung von Medien-Frames auf Rezipient\*innen. (Vgl. Matthes 2014: 18)

Im Prozess des Framings haben somit alle beteiligten Akteur\*innen eine aktive Rolle inne und können jeweils ihre eigenen Perspektiven einbringen. Anhand von Pressemitteilungen haben Bürger\*innen direkten Zugang zu den strategischen Frames der Kommunikator\*innen. Häufig rezipieren sie diese Pressemitteilungen jedoch eher über die Massenmedien, wodurch die Frames der Journalist\*innen jene der Kommunikator\*innen und letztlich auch die der Rezipient\*innen verändern. Somit können Kommunikator\*innen den Erfolg der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Frames daran ablesen, wie diese von den Journalist\*innen dargestellt und von den Rezipient\*innen aufgefasst werden. Basierend auf daraus gewonnenen Erkenntnissen können Kommunikator\*innen ihre Frames anpassen und verbessern. Auf dieses Verhalten schauen wiederum andere Kommunikator\*innen, um die Konkurrenz im Blick zu behalten und um deren Strategien im Framing einzuschätzen. So beobachtet auch der Journalismus, wie die Bevölkerung auf die Medienberichterstattung reagiert und wie sich strategische Frames verändern. Er behält auch die eigene Auswahl der Frames im Blick und passt diese bei Bedarf an. Insgesamt wandeln sich so sämtliche Frames mit der Zeit, sie befinden sich in einem dynamischen Prozess. (Vgl. Matthes 2014: 19)

### **5.2.2 Frame-Elemente**

Frames lassen sich in ihre einzelnen Bestandteile aufteilen: die Frame-Elemente (vgl. Matthes 2014: 18). Es gibt laut Entman vier Frame-Elemente: Problemdefinitionen, Verantwortungszuschreibungen, Bewertungen und Handlungsanweisungen (vgl. 1993: 52). Diese Elemente ergeben eine spezifische Sichtweise innerhalb eines journalistischen Textes (vgl. Matthes 2014: 18).

Die Problemdefinition arbeitet heraus, um welchen Teilbereich eines Themas es sich handelt, welche Fakten in diesem betont werden und welche Akteur\*innen dabei relevant sind (vgl. Matthes 2007: 134f.). Die Einordnung des Themas erfolgt demnach in einen zeitlichen, sachlichen und sozialen Kontext (vgl. ebd.). Im Sinne der Definition liegt ein konkretes Problem in diesem Falle nicht für jeden klar ersichtlich vor, da zunächst ein Aspekt festgemacht wird (vgl. ebd.). Bei der Problemdefinition kann das Ergebnis dann auch sein, dass kein Problem gefunden wird, eine negative Bewertung eines Sachverhaltes, eines „Problems“, ist daher nicht erforderlich (vgl. ebd.). Bei der Problemdefinition ist außerdem zu beachten, dass sie nicht das Thema an sich widerspiegelt, sondern lediglich die Perspektive auf ein Thema festlegt (vgl. ebd.). Demnach wird ein Themenaspekt gewählt, der für das Problem als zentraler Punkt erachtet wird und zu dem sich ein\*e Akteur\*in äußert (vgl. ebd.). Jörg Matthes, Psychologe und Kommunikationswissenschaftler, plädiert in diesem Zusammenhang dafür, den Begriff der Problemdefinition eher als Themendefinition im Sinne einer Perspektive auf ein Thema zu verstehen und zu benennen (vgl. ebd.). (Vgl. Matthes 2007: 135) Der Begriff der Problemdefinition wird jedoch weiterhin verwendet, „da dieser Begriff in der Framing-Forschung historisch gewachsen ist“ (ebd.: 135).

Die Ursachenzuschreibung, also die Zuschreibung von Verantwortung, ist hier bei sämtlichen politischen Themen von zentraler Bedeutung für die politische Meinungsbildung. Dies wird von strategischen Akteur\*innen für ihren Vorteil genutzt: Bei Erfolgen und positiven Ereignissen beanspruchen sie die Verantwortung, während sie diese bei Misserfolgen von sich abwenden und andere Personen bzw. Situationen dafür in der Verantwortung sehen. Ursachenzuschreibungen erfolgen somit, wenn ein Zustand oder eine Situation als positiv oder negativ erachtet wird. „Schuld“, die Ursache, kann dabei sowohl Situationen oder Personen zugeschrieben werden. (Vgl. Iyengar 1989: 895ff.)

Ebenso wie die Ursachenzuschreibung kann auch die anschließende Lösungszuschreibung personal oder situativ erfolgen. Beschrieben wird die Lösung durch geforderte Maßnahmen und die Nennung jener Maßnahmen, die es zu vermeiden gilt. Auch Akteur\*innen, die das Problem lösen können, werden hierbei genannt. Dabei können sich Akteur\*innen ihre Kompetenz zur Problemlösung auch selbst zuschreiben. Sie können außerdem eigene Maßnahmen vorschlagen. Maßnahmen werden häufig als sogenannte Maßnahmenbündel gefordert und sind zukunftsgerichtet. (Vgl. Matthes 2007: 135)

Das vierte und letzte Frame-Element, die explizite Bewertung, kann sich auf die evaluative oder moralische Einordnung eines Problems beziehen. Die Bewertung erfolgt dabei graduell: Wie negativ eine Situation oder ein Zustand ist, steht im Fokus. Bei Themen wie Armut oder Arbeitslosigkeit, die bereits in ihrer Definition negativ sind, wird die Stärke der Negativität bewertet. Frames definieren somit ein Problem, arbeiten Ursachen für diese heraus, bewerten das Problem und zeigen Handlungs- bzw. Lösungsmöglichkeiten auf. (Vgl. Matthes 2007: 135f.)

### 5.2.3 Explizite und implizite Grundannahmen des Framing-Ansatzes

Die Kernthese des Framing-Ansatzes ist die Annahme, dass alle beteiligten Akteur\*innen Aspekte eines Themas im Kommunikationsprozess selektiv auswählen und betonen. Die einzelnen Frames setzen sich dabei aus mehreren Frame-Elementen zusammen. Der Ansatz basiert auf weiteren Annahmen, die jedoch nicht immer explizit genannt werden, sondern zum Teil implizit vorausgesetzt werden. (Vgl. Matthes 2014: 20)

Die erste dieser Annahmen ist das sogenannte Ambivalenzprinzip. Der Framing-Ansatz geht davon aus, dass Aspekte innerhalb eines politischen Themas oftmals in Konflikt zueinander stehen. Aufgrund von unterschiedlichen Interessen oder im Kampf um Beliebtheit oder Ressourcen betonen Kommunikator\*innen verschiedene Aspekte eines Themas. Die Themen werden also aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und es entstehen verschiedene Frames. Politische Themen sind demnach ambivalent: Sie können durch Kommunikator\*innen unterschiedlich selektiert werden. (Vgl. Matthes 2014: 20)

Direkt an diese Annahme lässt sich das Selektionsprinzip anschließen. Sowohl Kommunikator\*innen, Journalist\*innen als auch Rezipient\*innen können individuell bestimmte Aspekte fokussieren und andere vernachlässigen. Damit werden bestimmte Aspekte als relevanter eingeschätzt als andere. Frames greifen laut dem Selektionsprinzip demnach bestimmte Themenaspekte heraus und betonen diese, sodass Frames immer als selektiver Ausschnitt fungieren. Diese Prozesse des Selektierens und Wertens von Themenaspekten werden laut Matthes als notwendig für die Kommunikation angesehen. (Vgl. Matthes 2014: 20f.)

Verbindet man die einzelnen Elemente zu einem Frame, ergibt sich nach dem Konsistenzprinzip ein konsistenter Sinnhorizont für die Akteur\*innen. Die Frame-Elemente fügen sich zusammen zu einer logischen Argumentation, welche die Akteur\*innen in einem Thema vertreten. Die Elemente basieren häufig auf einer gleichen Bewertung zum Thema, wodurch die Konsistenz entsteht. Jedoch können auch mehrere Frames in einem Beitrag auftauchen, in diesem Fall würde also nicht nur eine, sondern würden mehrere Argumentationsketten präsentiert. (Vgl. Matthes 2014: 21)

Das vierte und letzte Prinzip des Wettstreits basiert auf der Annahme, dass sich Frames verschiedener Akteur\*innen immer in einem Wettstreit über die Relevanz befinden. Kommunikator\*innen müssen demnach neben der Formulierung und dem Kommunizieren ihrer eigenen Deutung und dem daraus entstandenen Frame auch jene der Konkurrenz beobachten und darauf reagieren. Der Wettstreit findet dabei nicht nur zwischen strategischen Kommunikator\*innen statt: Auch verschiedene Bevölkerungsgruppen kämpfen z. B. für oder gegen ein bestimmtes politisches Ziel. Sogar auf individueller Ebene taucht dieser Wettstreit auf, wenn eine Person verschiedene Meinungen und Sichtweisen in Erwägung zieht, um sich schließlich für eine Haltung zu entscheiden oder zu handeln. In diesem Frame-Wettstreit ist zudem zu beachten, dass einzelne Akteur\*innen eine dynamische Sichtweise einnehmen müssen, da sich die Frames wie oben erklärt auch dynamisch verhalten. (Vgl. Matthes 2014: 22)

#### 5.2.4 Methoden zur Erfassung von Medien-Frames

Viele Untersuchungen, die sich des Framing-Ansatzes bedienen, fokussieren sich auf das Erfassen von Medien-Frames anhand der Inhaltsanalyse (vgl. Matthes 2007: 55). Die Herausforderung beim Erkennen von Medien-Frames bei einer Analyse besteht darin, die relevanten Textelemente von irrelevanten zu unterscheiden, ohne dass dies auf einer subjektiven Ebene erfolgt (vgl. Matthes 2014: 38). Um eine mögliche Willkürlichkeit zu verhindern, muss die Framing-Analyse intersubjektiv nachvollziehbar sein (vgl. ebd.).

Matthes charakterisiert die Methoden zur Erfassung von Medien-Frames anhand der typischen Vorgehensweise und unterscheidet vier Methoden: qualitative, manuell-holistische, manuell-dimensionsreduzierende sowie computerbasierte quantitative Verfahren (2007: 56).

Bei den qualitativen Verfahren wird zwischen dem qualitativ-interpretativen und dem textwissenschaftlichen Ansatz unterschieden (Vgl. Matthes 2007: 63). Bei ersterem werden journalistische Texte interpretativ analysiert (vgl. ebd.). Häufig werden nur eine geringe Anzahl von Texten analysiert und die induktiv generierten Frames mit zahlreichen Textbeispielen detailliert erläutert (vgl. ebd.). Das Verfahren bleibt bis zum Schluss qualitativ, da die Ergebnisse am Ende der Analyse nicht quantifiziert werden (vgl. ebd.). Trotz der ausführlichen Dokumentation wird in Untersuchungen mit diesem Verfahren nicht immer nachvollziehbar erläutert, wie genau die Medien-Frames generiert wurden (vgl. ebd.). Dadurch stellt sich Lesenden die Frage, ob tatsächlich Medien-Frames erhoben wurden oder durch die Subjektivität der Forschenden eher Forscher\*innen-Frames entwickelt wurden (vgl. ebd.). Beim textwissenschaftlichen Verfahren werden die Medien-Frames nach den Kriterien der Auswahl, Platzierung und Strukturierung von Wörtern und Sätzen herausgearbeitet (vgl. Entman 1991: 7).

“News frames are constructed from and embodied in the keywords, metaphors, concepts, symbols, and visual images emphasized in a news narrative. Since the narrative finally consists of nothing more than words and pictures, frames can be detected by probing for particular words and visual images that consistently appear in a narrative and convey thematically consonant meanings across media and time.” (Entman 1991: 7)

Durch die Bereitstellung, Wiederholung und damit Verstärkung von Wörtern und visuellen Bildern sorgen Frames demnach dafür, dass einige Ideen im Text stärker hervorgehoben werden, während andere weniger und wieder andere völlig unsichtbar werden (vgl. Entman 1991: 7). In dieser Art der qualitativen Untersuchung wird somit der Fokus auf sprachwissenschaftliche Aspekte gelegt (vgl. Matthes 2007: 65). Die Frames werden zunächst unstandardisiert auf Basis weniger Texte generiert (vgl. ebd.). Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Bedeutung von Frames nicht umfänglich durch Operationalisierungen erfasst werden kann, die auf quantitativer Basis durchgeführt werden (vgl. ebd.). Bei dieser Vorgehensweise können journalistische Artikel systematisch empirisch analysiert werden (vgl. Matthes/Kohring 2004: 58). Beide qualitativen Zugänge zeichnen sich durch ihre Ausführlichkeit aus (vgl. ebd.). Andererseits ist der Aufwand dieser Art von Inhaltsanalyse dementsprechend hoch (vgl. ebd.).

Beim manuell-holistischen Zugang, auch als der interpretativ-quantifizierende Zugang bezeichnet, generieren Forschende die Frames induktiv mithilfe von holistischen, d. h. ganzheitlichen Kategorien, anhand einer Auswahl des Materials, die im Anschluss im Rahmen der Inhaltsanalyse codiert und quantifiziert wird (vgl. Matthes/Kohring 2004: 58). Dieses Verfahren kann sowohl deduktiv als auch induktiv angewandt werden (vgl. Matthes 2007: 67). Beim deduktiv manuell-holistischen Ansatz werden bestimmte Frames als inhaltsanalytische Variablen vordefiniert, um zu überprüfen, inwieweit diese Frames in den Nachrichten vorkommen (vgl. ebd.). Dies ist mit einer höheren Objektivität verbunden als bei induktiven Verfahren (vgl. ebd.). Die Forschenden generieren bei induktiven Arbeiten die Frames zunächst interpretativ an einer Auswahl des Materials und quantifizieren diese anschließend (vgl. ebd.). Bei manuell-holistischen Verfahren ist zu kritisieren, dass es sich bei einem Frame um eine abstrakte Variable handelt, wodurch eine hohe Reliabilität der Codierung im Vergleich zu konkreteren Variablen nicht gewährleistet werden kann (vgl. ebd.: 70). Wie genau beim induktiven Frame-Building in diesem Verfahren vorgegangen wird und wie transparent dieser Prozess ist, entscheidet schließlich über die Güte dieser Methode (vgl. ebd.).

Beim manuell-dimensionsreduzierenden Ansatz wird das Material anhand von Frame-Elementen codiert und anschließend in übergreifenden Clustern datenreduziert zusammengefasst, sodass sich Frames generieren (vgl. Matthes 2007: 71). Nach der manuellen Codierung erfolgt somit die datenreduzierte Zusammenführung von Frames (vgl. ebd.). Der grundlegende Gedanke des induktiven Vorgehens in diesem Ansatz ist der Frame als unverkennbares Textmuster, das sich aus Elementen zusammenfügt (vgl. ebd.). In der Methode kann beispielsweise mit der Definition der Frame-Elemente von Entman gearbeitet werden, jede andere Definition dieser ist jedoch auch anwendbar (vgl. ebd.). Die Frames müssten sich demnach durch eine bestimmte Anordnung dieser Frame-Elemente bestimmen lassen (vgl. ebd.). Bedeutsam kann dabei auch sein, wenn eines der Elemente nicht in einem Text vorkommt (vgl. ebd.). Wenn diese Anordnung eines Musters in mehreren Artikeln bestimmt werden kann, wird in diesem Verfahren von einem Frame gesprochen (vgl. ebd.). Diese werden über die hierarchische Clusteranalyse statistisch identifiziert, wodurch die Objektivität hoch ist (vgl. ebd.). Beim Gruppieren der Texte wird versucht, die Nähe der Texte innerhalb einer Gruppe zu gewährleisten und somit gleichzeitig einen relativ großen Unterschied zwischen den verschiedenen Gruppen herzustellen (vgl. ebd.). Die Frage der Validität der Frame-Erfassung stellt sich in der induktiven Vorgehensweise beim Codieren der Elemente: Diese ist weniger komplex im Vergleich zu einer Codierung eines ganzen Frames und verläuft daher standardisierter, wodurch der Ansatz eine relativ hohe Reliabilität verspricht (vgl. ebd.: 72f.). Weniger Studien befassen sich mit dem deduktiv manuell-dimensionsreduzierenden Ansatz (vgl. ebd.: 74). Die vorher ausgesuchten Frames müssen auf das spezifische Untersuchungsthema übertragen werden können (vgl. ebd.). Dies ist eine Voraussetzung für das Gelingen dieser Art von Analyse (vgl. ebd.). Außerdem kann sich dieser Ansatz der Dynamik der Medienberichte nicht anpassen (vgl. ebd.: 75). Das deduktive Vorgehen hat jedoch den Vorteil, dass sich die Ergebnisse besser mit anderen Studien vergleichen

lassen (vgl. ebd.). Außerdem bietet der Ansatz bei der Generierung von Frames eine hohe Objektivität und Reliabilität (vgl. ebd.).

Eine Methode, die den Kriterien der Objektivität und Reliabilität im Rahmen einer inhaltsanalytischen Vorgehensweise gerecht wird, ist das computerbasierte quantitative Verfahren, das sogenannte „Frame-Mapping“ (vgl. Miller 1997: 368). Dabei werden Computeralgorithmen verwendet, um Begriffe zu finden, die sich „clustern“ und vor allem von einzelnen Interessensvertreter\*innen bzw. Akteur\*innen verwendet werden (vgl. ebd.). Die Medien-Frames werden demnach in einem datenreduzierenden Verfahren generiert (vgl. ebd.). Miller begründet dieses Vorgehen mit der Aussage von Entman (1991: 7), dass Medien-Frames durch die Wortwahl eines Textes identifiziert werden können (vgl. Entman 1991: 7; Miller 1997: 368). Dies mache die Methode weniger subjektiv als die qualitativen Ansätze, die üblicherweise in Studien zum Framing verwendet werden (vgl. Miller 1997: 368). Hierbei kritisiert Matthes jedoch, dass die Validität des Inhaltes aufgrund der hohen Standardisierung beim Frame-Mapping eingeschränkt sei, da Cluster sehr verallgemeinerte Beschreibungen von Sachverhalten innerhalb eines Themas sind (vgl. Matthes 2007: 77). Bei diesem Verfahren wird Wert darauf gelegt, wie häufig ein Wort oder mehrere Wörter zusammen auftauchen (vgl. Hertog/Mcleod 2001: 150). Dies impliziert, dass die Häufigkeit der Wörter für die Relevanz spricht (vgl. ebd.). Jedoch gibt es aber auch wichtige Wörter, die seltener auftreten und vom Computer übersehen werden können (vgl. ebd.). Außerdem analysiert und codiert der Computer anders als ein Mensch und kann dementsprechend die Sprache nicht so verstehen, wie ein Mensch es kann (vgl. Matthes 2007: 77). „Computer analyses are poorly suited to determine what is *not* shown.“ (Hertog/Mcleod 2001: 154; Hervorh. im Original)

### 5.3 Untersuchungsmethodik und -material

Im Folgenden werden die Auswahl der Methodik sowie die Datenauswahl für die Analyse ausgewählter deutscher und ausländischer Presseberichterstattung über die Pressefreiheit in Belarus seit der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 begründet.

#### 5.3.1 Auswahl der Methodik

In der vorliegenden Arbeit werden themenspezifische Medien-Frames im Rahmen deutscher und ausländischer Presseberichterstattung analysiert und interpretiert. Der Framing-Ansatz wurde hierbei gewählt, weil er sich neben der Beschreibung von strategischen Kommunikator\*innen und Journalist\*innen sowie Untersuchungen von Medienwirkungen auch für die Analyse der Medienberichterstattung eignet (vgl. Matthes 2014: 13).

Die Untersuchung erfolgt anhand der Kombination aus einem qualitativ-interpretativen sowie einem manuell-dimensionsreduzierenden Verfahren. Der quantitative Teil erfolgt als Cluster-Analyse im Anschluss an das qualitativ-interpretative Verfahren, um standardisierte Kriterien für die Erhebung der Medien-Frames bereitzustellen und somit dem Fehlen dieses Gütekriteriums in herkömmlichen textwissenschaftlichen Ansätzen

entgegenzuwirken. Als Kategorienschema werden die von Entman entwickelten Kriterien im Sinne einer nachvollziehbaren Analyse verwendet. Die Medien-Frames werden induktiv am Material erhoben.

Der Methodenmix aus qualitativen und quantitativen Verfahren ermöglicht Ergebnisse, die nah am Material erhoben wurden sowie eine gewisse Ausführlichkeit aufweisen. Hingegen ist diese Wahl der Methodik mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden, während die Ergebnisse eine relativ geringe Objektivität und Reliabilität aufweisen. Durch das Clustern der Medien-Frames wird zwar die Reliabilität verbessert, jedoch sind die Cluster aufgrund der Analyse von journalistischen Artikeln mit dem Fokus auf politischen Prozessen und komplexen Sachverhalten nicht immer trennscharf, da sich die Medien-Frames zum Teil überschneiden oder doppelt zugeordnet wurden.

### **5.3.2 Datenauswahl**

Im Rahmen der qualitativen Analyse im Framing-Ansatz werden journalistische Texte von vier verschiedenen Zeitungen untersucht. Zunächst werden Medienberichte der beiden großen deutschen Zeitungen Süddeutsche Zeitung (im Folgenden SZ) und Frankfurter Allgemeine Zeitung (im Folgenden FAZ) analysiert. Diese haben mit ihrem Sitz in Mitteleuropa eine relative geografische Nähe zu Belarus und berichten außerdem aus einem EU-Land. Die britische Zeitung The Guardian (im Folgenden TG) als dritte zu untersuchende Zeitung ist ebenfalls eine europäische Zeitung, die jedoch nicht aus einem EU-Mitgliedsstaat berichtet. Um einen globalen Blick auf die Situation der Pressefreiheit in Belarus zu gewährleisten, wird zusätzlich The New York Times (im Folgenden NYT) zur Analyse herangezogen. The New York Times berichtet aus dem nicht-europäischen Ausland und ist außerdem durch die geographische Entfernung zu Belarus und Europa interessant, um herauszufinden, ob ihre Berichte deckungsgleich mit jenen der europäischen Zeitungen sind, die analysiert werden. Somit werden Beiträge analysiert, die aus der EU, aus Europa und aus den USA stammen. Der ausgewählte Zeitraum beginnt mit dem Schlüsselereignis der umstrittenen Präsidentschaftswahl am 9. August 2020, als Alexander Lukaschenko laut eigenen Angaben mit 80 % der Stimmen wiedergewählt wurde (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2021) und endet am 23. Februar 2022, anderthalb Jahre nach der Präsidentschaftswahl und somit unmittelbar vor Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Die Berichterstattung zu der von Alexander Lukaschenko instrumentalisierten Geflüchtetenkrise an der belarussisch-polnischen Grenze sowie die Beteiligung von Belarus am Krieg in der Ukraine sind aus zeitlichen Gründen nicht Teil der Erhebung.

Bei der Suche nach geeignetem Material für eine Analyse wurden verschiedene Kombinationen aus Suchbegriffen verwendet, um möglichst alle relevanten Artikel zur Medien- bzw. Pressefreiheit in Belarus im zu analysierenden Zeitraum zu finden. In Tabelle 1 sind die Gesamtzahl der Treffer sowie die Zahl der relevanten Treffer für die einzelnen Suchbegriffe bei der SZ aufgeschlüsselt. Als relevant wurden jene Treffer erachtet, in denen die Pressefreiheit in Belarus thematisiert wird. Ausgeschlossen wurden Artikel, in denen themenrelevante Aspekte für die Pressefreiheit nur am Rande erwähnt wurden, da die

Bildung von Frames zur Pressefreiheit in solchen Artikeln nicht möglich ist. Die Suche begann zeitlich mit dem Suchbegriff \*belarus\* AND \*pressefreiheit\* und endete mit dem Suchbegriff \*belarus\* AND \*presse\*. In der Spalte „neue Treffer“ sind somit jeweils neue Treffer gemeint, die in Bezug auf vorangegangene Suchen noch nicht aufgetaucht sind.

Insgesamt wurden anhand der Suche somit 17 relevante Artikel in der SZ für die Analyse generiert.

Suchbegriff	Treffer	relevante Treffer	neue relevante Treffer
*belarus* AND *pressefreiheit*	55	11	11
*weißrussland* AND *pressefreiheit*	17	1	0
*belarus* AND *journalismus*	31	3	2
*belarus* AND *medienfreiheit*	13	0	0
*belarus* AND *presse*	384	10	4
Relevante Artikel gesamt			17

Tabelle 1: Relevante Treffer für die Analyse der SZ nach Suchbegriffen. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Während der Materialsichtung wurden anhand der Suchbegriffe bei der FAZ insgesamt 23 relevante Artikel für die Analyse gefunden (vgl. Tabelle 2).

Suchbegriff	Treffer	relevante Treffer	neue relevante Treffer
*belarus* AND *pressefreiheit*	53	17	17
*weißrussland* AND *pressefreiheit*	38	18	0
*belarus* AND *journalismus*	65	16	3
*belarus* AND *medienfreiheit*	29	8	0
*belarus* AND *presse*	282	17	3
Relevante Artikel gesamt			23

Tabelle 2: Relevante Treffer für die Analyse der FAZ nach Suchbegriffen. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Bei der Materialsichtung wurden anhand der Suchbegriffe insgesamt 15 relevante Artikel für die Analyse gefunden (vgl. Tabelle 3). Suchbegriffe mit dem Attribut \*white russia\* führten zu keinen Belarus-spezifischen Ergebnissen. Aus diesem Grund wurden Suchbegriffe ausschließlich mit \*belarus\* eingegeben. Nachdem bei der Sichtung der deutschen Online-Zeitungen zum Suchbegriff \*belarus\* AND \*medienfreiheit\* keine neuen relevanten Treffer erzielt wurden, wurde dieser Suchbegriff für die englischen Zeitungen aus arbeitsorganisatorischen Gründen weggelassen.

Suchbegriff	Treffer	relevante Treffer	neue relevante Treffer
*belarus* AND *freedom of press*	168	11	11
*belarus* AND *journalism*	129	8	3
*belarus* AND *press*	881	10	1
Relevante Artikel gesamt			15

Tabelle 3: Relevante Treffer für die Analyse von TG nach Suchbegriffen. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Insgesamt konnten bei der Materialsichtung anhand der Suchbegriffe elf relevante Artikel für die Untersuchung gefunden werden (vgl. Tabelle 4).

Suchbegriff	Treffer	relevante Treffer	neue relevante Treffer
*belarus* AND *freedom of press*	30	8	8
*belarus* AND *journalism*	45	7	3
*belarus* AND *press*	99	9	0
Relevante Artikel gesamt			11

Tabelle 4: Relevante Treffer für die Analyse der NYT nach Suchbegriffen. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

## 6 Analyse deutscher und internationaler Berichterstattung

Jörg Matthes und Matthias Kohring beginnen damit, Frame-Elemente aus einer allgemeinen Definition von Frames abzuleiten (2004: 61). Dieses Vorgehen basiert auf dem Grundgedanken, dass das Muster von Frames empirisch bestimmt werden kann, da diese das einzigartige Muster eines Textes sind, die sich aus Elementen zusammensetzen, die von Journalist\*innen selektiert werden und von Rezipient\*innen beobachtbar sind (vgl. ebd.). In dieser Methode werden also nicht Frames in ihrer Gesamtheit unmittelbar codiert, sondern die einzelnen Frame-Elemente (vgl. ebd.).

Die Definition von Robert Entman (1993: 52) zu Frames wurde als Grundlage für die qualitative Frame-Analyse genommen (vgl. Matthes/Kohring 2004: 62). Demnach bestehen Frames aus den vier Bereichen *problem definition*, *causal interpretation*, *moral evaluation* sowie *treatment recommendation* (vgl. ebd.). Diese Definition wird in verschiedenen Forschungsrichtungen verwendet und erfüllt somit die Integrationsanforderungen, die in der Framing-Forschung gestellt werden (vgl. ebd.).

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analyse der vorliegenden Arbeit präsentiert und interpretiert, die auf der Untersuchung im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse basieren. Die Frame-Analyse ist als Tabelle dieser Arbeit angehängt.

### 6.1 Untersuchungsergebnisse der Frame-Analyse

Insgesamt wurden in den 66 analysierten Artikeln der vier Medien Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian sowie The New York Times 168 Frames gefunden, wovon 139 Frames unterschiedlich waren. Im Folgenden werden alle und somit auch mehrfach auftauchende Frames in die Ergebnisbeschreibung aufgenommen, damit das Verhältnis von Frames in ihrer Gesamtheit dargestellt wird.

In den 17 analysierten Artikeln der SZ wurden insgesamt 45 Frames gefunden. Bei der FAZ waren es in 23 analysierten Artikeln 58 Frames. In TG konnten in den 15 analysierten Artikeln 33 Frames gefunden werden. In der NYT wurden elf Artikel analysiert, welche insgesamt 32 Frames enthielten. Somit wurden in absoluten Zahlen bei der FAZ die

meisten Artikel zum Thema gefunden und auch am meisten Frames identifiziert (vgl. Abb. 1).

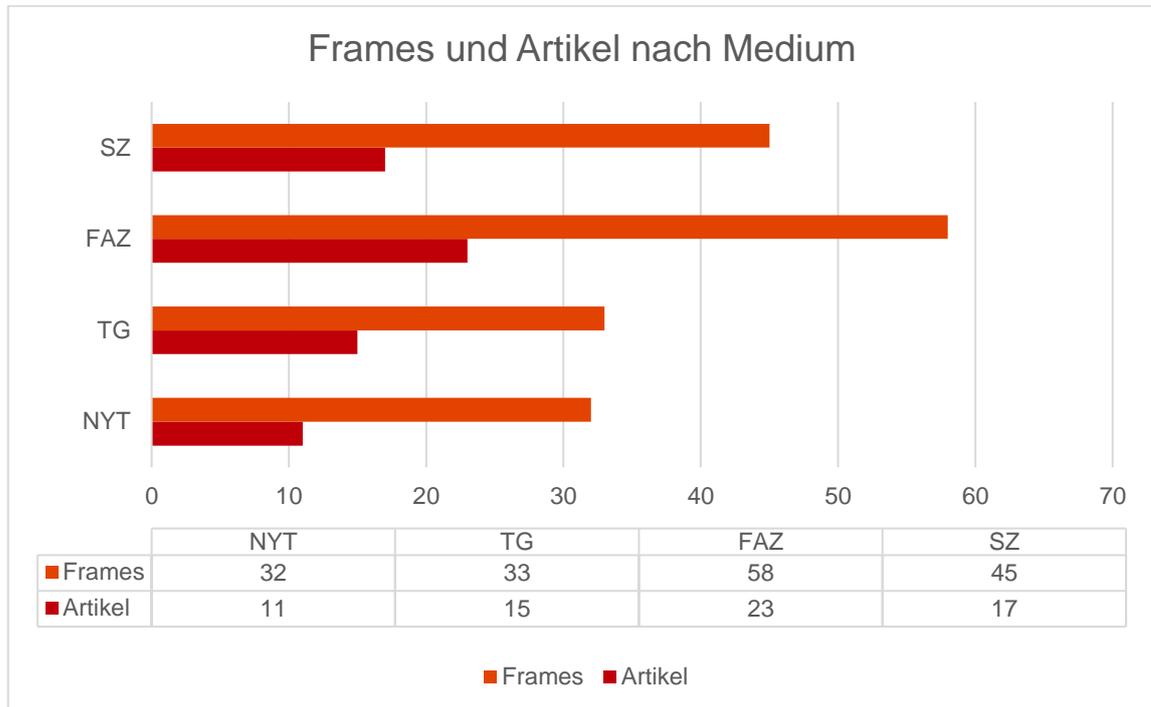


Abbildung 1: Frames und Artikel nach Medium. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Im Durchschnitt wies jeder in der Analyse untersuchte relevante Artikel der SZ 0,96 Frames ( $45/17 \approx 0,96$ ), der FAZ 2,52 Frames ( $58/23 \approx 2,52$ ), des TG 2,2 ( $33/15 \approx 2,2$ ) und der NYT 2,91 ( $32/11 \approx 2,91$ ) auf. Die Frame-Dichte ist somit bei der SZ deutlich niedriger als bei den anderen untersuchten Medien. Dies könnte daran liegen, dass bei der SZ unter den relevanten Artikeln auch vermehrt kurze Mitteilungen veröffentlicht wurden, um über ein aktuelles Ereignis kompakt zu berichten. Hierbei handelte es sich häufig um kürzere Presstexte, die unter anderem von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) oder ähnlichen Presseagenturen verfasst wurden. Auch die FAZ bediente sich verschiedener Presseagenturen in ihren Artikeln, die intern verfassten Artikel waren jedoch häufig deutlich länger und enthielten mehr Frames als bei der SZ. Die höchste Frame-Dichte pro Artikel im untersuchten Zeitraum weist die NYT auf. NYT und TG wiesen im Gegensatz zu SZ und FAZ kaum kompakte Artikel auf, besonders die NYT fiel mit langen Artikeln interner Journalist\*innen auf.

In Abbildung 2 sind die Artikel pro Monat nach Medium aufgegliedert. Hierbei handelt es sich um alle für die Untersuchung ausgewählten und analysierten 66 Artikel. Die Höhepunkte der Berichterstattung liegen bei allen vier Medien im August 2020 und Mai 2021. Bei der FAZ kommt außerdem der Juli 2021 als weiterer Höhepunkt vor.

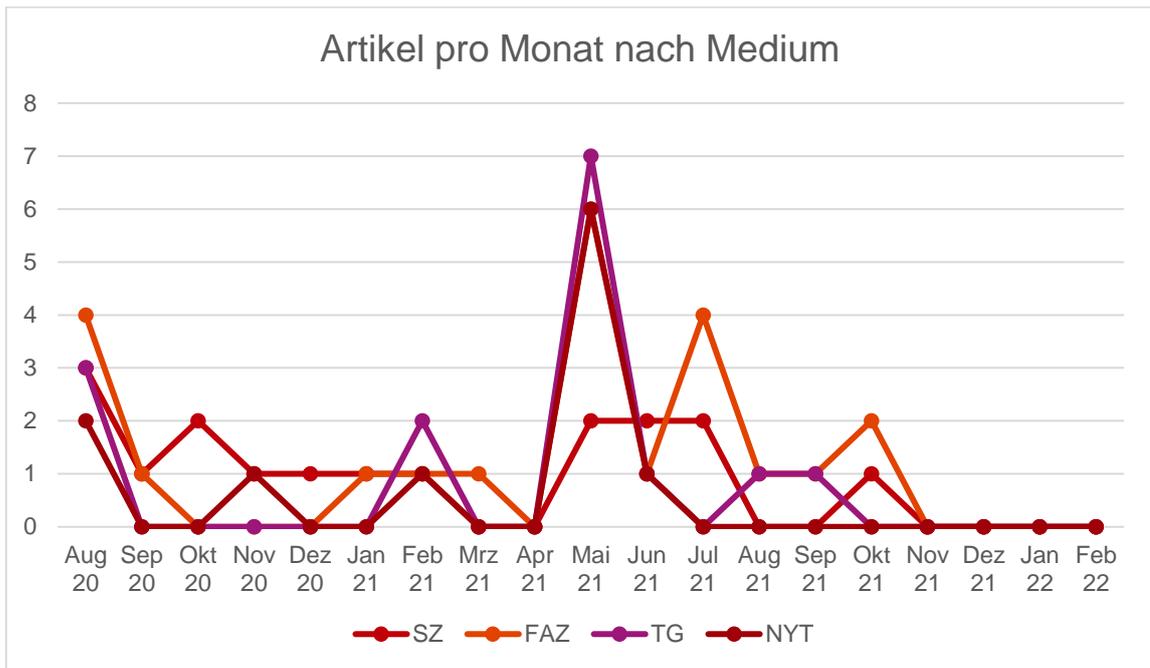


Abbildung 2: Artikel pro Monat nach Medium. Quelle: Eigene Darstellung, 2022

Die Medienpräsenz von Belarus im August 2020 ist darauf zurückzuführen, dass es nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen am 09. August zu Massenprotesten kam, die zu Polizeigewalt und massenhaften Festnahmen führten, darunter auch von Journalist\*innen. Die SZ fällt mit ihrer Anzahl an Frames pro Monat in Abbildung 3 teilweise damit auf, dass sie in manchen Monaten wie Oktober und Dezember 2020 im Gegensatz zu FAZ, TG und NYT berichtet, dafür aber auch nicht gleichwertige Höhepunkte in der Berichterstattung wie die anderen Medien erzielt.

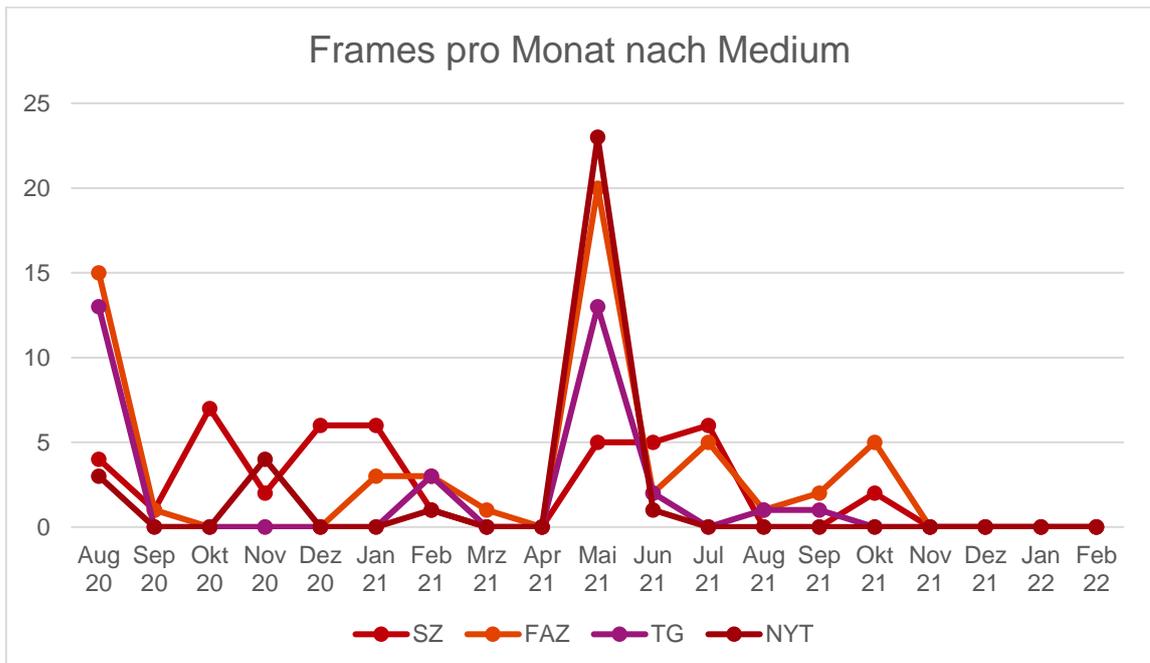


Abbildung 3: Frames pro Monat nach Medium. Quelle: Eigene Darstellung, 2022

Im April 2021, kurz vor der Flugzeugentführung und Festnahme des Journalisten Roman Protassewitsch, wurde die Berichterstattung gesamtheitlich ausgesetzt, bevor dann im Mai 2021 insgesamt 61 Frames von Protassewitsch handelten (vgl. Abb. 4): Die Frames handeln von der Festnahme und anschließenden Vorführung des regierungskritischen Journalisten und Bloggers Roman Protassewitsch, da seine Festnahme nach der Zwangspannung eines Passagierflugzeugs international für Aufsehen sorgte.

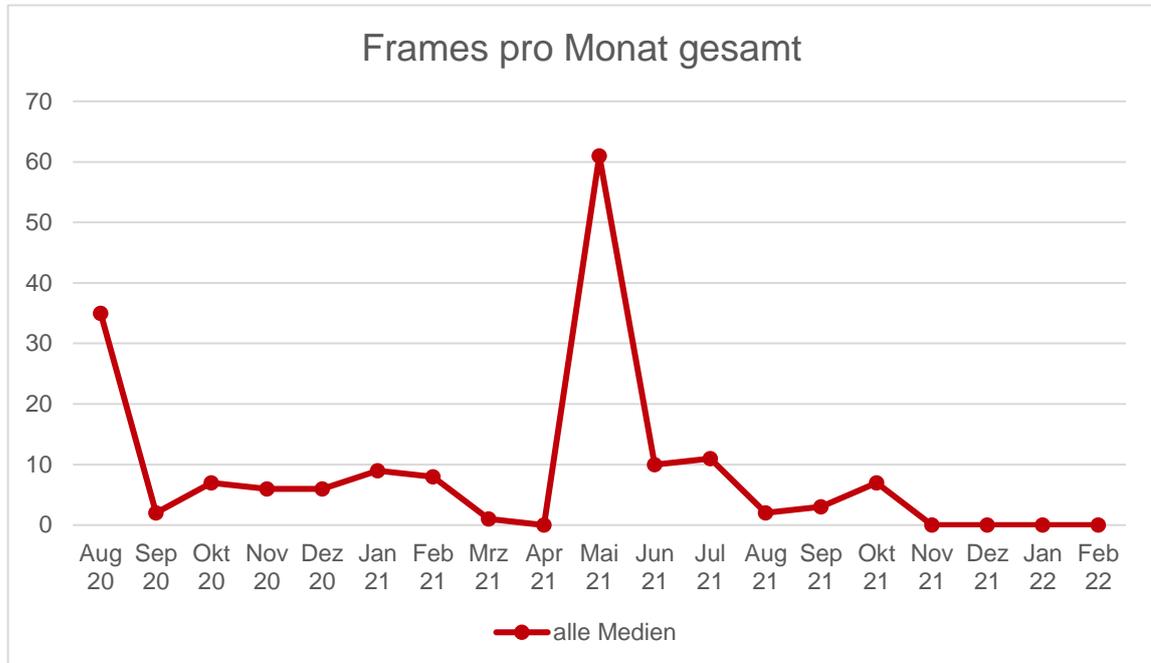


Abbildung 4: Frames pro Monat gesamt. Quelle: Eigene Darstellung, 2022

Hierbei wiederholen sich die verschiedenen Frames zu Protassewitsch am meisten. Der Frame mit dem Titel „Auch im Flugzeug ist man vor Lukaschenko nicht sicher“ (vgl. u. a. NYT230521F01) zieht sich insgesamt in sieben Ausführungen durch alle untersuchten Medien und behandelt die Umstände, wie Protassewitsch festgenommen wurde: Der im Exil lebende Roman Protassewitsch flog mit seiner Freundin Sofia Sapega im Mai 2021 von Athen nach Vilnius, als das Passagierflugzeug von einem belarussischen Kampfjet unter dem fingierten Grund einer Bombendrohung in Minsk zur Landung gezwungen wurde. Direkt im Anschluss wurden Protassewitsch und seine Freundin von belarussischen Sicherheitskräften festgenommen. Die Zwangspannung des Flugzeugs wurde von dem belarussischen Autokraten Alexander Lukaschenko persönlich veranlasst und sorgte für einen internationalen Aufschrei und weitere wirtschaftliche Sanktionen seitens der EU und den USA. Am häufigsten wiederholt sich der Frame „Geständnis unter Zwang“ (vgl. u. a. SZ04062F01) mit zehn Erwähnungen. In diesem wird erläutert, dass Protassewitsch in einem kurzen Video und später in einem langen Interview über seine Taten und sein Wohlbefinden nach seiner Festnahme berichtet. Er gesteht in diesen öffentlichen Auftritten, Massenproteste und -unruhen angestiftet zu haben, lobt die Arbeit von Lukaschenko und behauptet, dass er in seiner Haft gut behandelt würde. Familie, Freunde und die Öffentlichkeit gehen bei seinen von Belarus veröffentlichten Videos davon aus, dass Protassewitsch zu diesen Aussagen gezwungen wurde. In den Frames

„Gewaltanwendung für Geständnis“ und „Verdacht der Folter“ (vgl. u. a. FAZ250521F02) wird in diesem Zusammenhang erläutert, dass Protassewitsch in den Videos so aussah, als wäre er verprügelt oder gar gefoltert und somit zu seinen Aussagen gezwungen worden. Das häufige Auftauchen dieser vier Frames in den vier Medien zur Festnahme von Protassewitsch und seinen anschließenden öffentlichen Auftritten aus der Haft heraus zeigen, dass diese Ereignisse international als einschneidend und schockierend empfunden wurden und auf eine sehr deutliche Art und Weise aufzeigen, wie es um die Meinungs- und Pressefreiheit von unabhängigen und regierungskritischen Stimmen in Belarus steht.

Nach der ausgiebigen Berichterstattung über die Flugzeugentführung und Protassewitschs Festnahme schien das internationale Interesse für die Pressefreiheit in Belarus abzuflachen, sodass ab November 2021 überhaupt keine Frames mehr zu diesem Thema in den vier Medien auftauchten. Bei der Recherche und Auswahl der Artikel anhand der festgelegten Suchbegriffe konnte festgestellt werden, dass sich der Fokus der internationalen Medien ab Herbst 2021 beim Thema Belarus auf die angespannte Lage zwischen Russland und der Ukraine und den Einfluss belarussischer Handlungen auf das Geschehen verlagerte. Dies könnte der Grund dafür sein, warum die innenpolitische Situation und damit auch die Pressefreiheit in Belarus seitdem aus der internationalen Berichterstattung verschwunden ist. Die NYT verlor bereits früher als die anderen Medien das Interesse am Thema „Pressefreiheit in Belarus“ und hörte demnach schon im Juli 2021 auf, darüber zu berichten (vgl. Abb. 2).

Die Vielfalt an Autor\*innen zur Berichterstattung über Belarus ist bei den vier untersuchten Medien erwartungsgemäß begrenzt, da es in Redaktionen üblich ist, einer Person oder einigen wenigen Personen Themen eines bestimmten Landes oder einer Region zuzuweisen. Bei der SZ wurden die intern verfassten Artikel von Silke Bigalke, Viktoria Großmann, Frank Nienhuysen, Daniel Brössler und Theresa Crysmann geschrieben, wobei Silke Bigalke den größten Anteil an Artikeln aufweist. Da die SZ jedoch auch häufig mit Interviewpartner\*innen und anderen Presseagenturen zusammenarbeitete, ist das Risiko, dass sich durch die Einseitigkeit an Autor\*innen eine eingeschränkte Sicht auf das Thema ergibt, nicht besonders hoch. Bei der FAZ wurden die Artikel von den internen Autor\*innen Friedrich Schmidt, Felix Ackermann, Kerstin Holm und Thomas Gutschker verfasst. Im Gegensatz zur SZ wurde zwar weniger mit Interviewpartner\*innen gearbeitet, jedoch wurden auch häufig Texte von anderen Presseagenturen übernommen oder mitgeschrieben, sodass sich die mögliche Einseitigkeit auch bei der FAZ ausgleicht. Bei The Guardian fällt auf, dass viel mehr Autor\*innen mit dem Thema Belarus beauftragt sind: Insgesamt verfassten mit Shaun Walker, Luke Harding, Jennifer Rankin, Aaron Walawalkar, Sarah Johnson, Andrew Roth, Helena Smith, Patrick Win-tour, Daniel Boffey sowie Adrian Horton zehn Journalist\*innen der Redaktion die analysierten Artikel. Diese schrieben die Artikel allein oder teilweise auch in verschiedenen Zweierkonstellationen. Auch ohne die Betrachtung externer Presstexte oder von Texten, die mit anderen Agenturen zusammen verfasst wurden, bietet sich hier bereits auf Grundlage einer größeren Autor\*innenschaft eine Vielfalt in der Berichterstattung. Eine

noch höhere Zahl an internen Autor\*innen als The Guardian weist The New York Times auf. Folgende 14 Journalist\*innen waren bei der NYT für die Berichterstattung über Belarus im analysierten Zeitraum zuständig: Ivan Nechepurenko, Anton Troianovski, Patrick Kingsley, Matina Stevis-Gridneff, Niki Kitsantonis, Kate Kelly, Neil Vigdor, Oleg Matsnev, Tomas Dapkus, Stanley Reed, Monika Pronczuk, Andrew Higgins und Andrew E. Kramer sowie Mike Ives. Diese schrieben teilweise allein, zu zweit oder in größeren Gruppen einen Artikel und sorgten für eine Vielfalt an verschiedenen Perspektiven zur Pressefreiheit in Belarus. Somit konnte bei allen vier untersuchten Medien ausgeschlossen werden, dass nur die Frames einiger weniger Autor\*innen in die Analyse einfließen und die Perspektive zum Untersuchungsgegenstand verzerren. Neben den Artikeln und folglich den Frames, die von internen Journalist\*innen oder anderen Presseagenturen verfasst wurden, entstanden bei den vier Medien außerdem durch Interviewbeiträge, Gastbeiträge sowie die Einbindung von Meinungen verschiedener betroffener Belaruss\*innen und Journalist\*innen externe Frames, die eine Erweiterung der Perspektive auf die Thematik zulassen.

Bei der SZ wurden insgesamt 22 Frames von externen Urheber\*innen verfasst, was fast die Hälfte der gesamten Frames ausmacht. Davon ausgenommen sind Texte, die zusammen mit anderen Presseagenturen entstanden. Dies könnte darauf hinweisen, dass die SZ ein möglichst authentisches und persönliches Bild der Lage in Belarus zeichnen möchte, um den Leser\*innen die prekäre Lage der Pressefreiheit auf diese Weise nahezubringen und nicht nur aus der Ferne zu berichten. Die externen Urheber\*innen von Frames durften sich im Rahmen eines Interviews mit der SZ oder ein belarussischer Journalist gar als Gastautor zur Lage der Pressefreiheit und der gesamtheitlichen politischen Situation in Belarus äußern. Externe Urheber\*innen bei der SZ waren eine belarussische Ärztin sowie belarussische Journalist\*innen, die entweder frei oder für eine unabhängige Zeitung arbeiten oder gearbeitet haben. Im Folgenden werden die wichtigsten Aussagen aus den externen Frames zusammengefasst. Insgesamt wird in diesen ein sehr düsteres Bild der Lage der Pressefreiheit seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 und den anschließenden Massenprotesten gezeichnet. Seitdem wurden zahlreiche Fälle von Festnahmen und Gewalt an Belaruss\*innen dokumentiert, darunter an Journalist\*innen. Lukaschenko bekämpft Medien und Medienschaffende, um Informationen über die Lage in Belarus zu vereiteln. Aus diesem Grund sieht er Medienschaffende als Staatsfeinde an und behandelt sie daher als solche. Für jene Journalist\*innen, die noch nicht geflohen oder festgenommen wurden, besteht das ständige Risiko, festgenommen zu werden. Medienschaffende in Belarus rechnen jederzeit mit einer Festnahme und sind darauf vorbereitet: Jedes Mal, wenn sie das Haus verlassen, um zu arbeiten, nehmen sie extra Klamotten und eine Zahnbürste mit, falls sie im Gefängnis landen. Trotz des Risikos haben die meisten Journalist\*innen nach der Wahl weitergearbeitet und ließen sich nicht einschüchtern. Genau wie für die Belaruss\*innen im Allgemeinen kommt es ebenso wenig für die Medienschaffenden dort infrage, aufzugeben – zu viele Menschen wurden vom Regime durch die Proteste festgenommen oder misshandelt. In den Frames wird deutlich gemacht, dass Lukaschenko zu viele Grenzen

überschritten habe und es jetzt kein Zurück mehr gebe. Seit 27 Jahren, der gesamten Amtszeit von Lukaschenko, gebe es keine Pressefreiheit mehr in Belarus. Die Lage der Pressefrei-

heit ist laut den Frames jedoch durch die Verfolgung und Festnahme von Journalist\*innen, die über die Proteste berichteten und berichten, seit August 2020 noch einmal drastisch schlechter geworden. Journalist\*innen sitzen aufgrund absurder Vorwürfe teilweise bis heute als politische Gefangene in Belarus hinter Gittern. Häufig sind die Vorwürfe Organisation und Anstiftung von Massenprotesten und -unruhen. Die fremden Frames wurden zusammenfassend also veröffentlicht, um von betroffenen Medienschaffenden und Menschen vor Ort zu erfahren, wie sie die Entwicklungen in Belarus seit den gefälschten Wahlen empfinden und bewerten.

Bei der FAZ konnten sieben Frames externer Urheber\*innen ausgemacht werden. Davon ausgenommen sind wieder Texte, die zusammen mit anderen Presseagenturen entstanden sind. Externe Urheber\*innen bei der FAZ waren die Eltern des inhaftierten Journalisten Roman Protassewitsch, der Vater der inhaftierten Journalistin Xenija Luzkina sowie ein belarussischer Journalist einer unabhängigen Zeitung. Diese Zahl an externen Frames ist im Vergleich zur SZ auffallend niedrig. Die FAZ veröffentlichte in den gefundenen relevanten Artikeln keine klassischen Interviews mit belarussischen Betroffenen, sodass die berührende und persönliche Seite der Berichterstattung der Lage in Belarus zur Pressefreiheit im Gegensatz zur SZ keinen hohen Stellenwert hatte. Im Folgenden wird Bezug auf die externen Frames genommen. Die Eltern von Protassewitsch sprachen darüber, dass sie davon überzeugt sind, dass ihr Sohn in der Haft von belarussischen Behörden psychisch und physisch gefoltert werde, um ihn zu brechen und zu falschen Aussagen in veröffentlichten Videos zu bringen. In von Belarus veröffentlichten Videos sah ihr Sohn demnach verprügelt aus. Laut dem Vater handelt es sich hierbei um einen Akt der Vergeltung an kritischen Stimmen wie Protassewitsch sowie um die Einschüchterung der Gesellschaft. In anderen Frames erzählt der Vater von Xenija Luzkina, dass sie das Staatsfernsehen im Zuge der Protestwelle nach den gefälschten Wahlen verließ und ihre Kolleg\*innen dazu aufrief, über die Wahrheit im Lande zu berichten. Seit Dezember 2020 ist sie in Haft und eine von mehr als 670 politischen Gefangenen in Belarus (Stand Herbst 2021). Für seine Tochter war schweigen über die Missstände in Belarus keine Option. Andere externe Frames beschäftigen sich mit unabhängigen Medien, die noch übriggeblieben sind, nachdem die meisten in Belarus von belarussischen Behörden zur Schließung gezwungen wurden. Seit der gefälschten Präsidentschaftswahl müssen selbst lokale Medien über Proteste und politische Themen berichten, weil sich die Auswirkungen der massenhaften Festnahmen, Gewalt und Razzien durch alle Lebensbereiche zieht. Um aber nicht bestraft zu werden, mussten übriggebliebene unabhängige Medien ihre Themenauswahl anpassen und Verlinkungen zu aus Sicht des Regimes kritischen Quellen entfernen.

Bei TG konnten genau wie bei der FAZ sieben externe Frames gefunden werden. Auch hier sind Frames externer Presseagenturen nicht in der Zahl mit inbegriffen. Bei TG kamen in den externen Frames belarussische Journalist\*innen sowie die Eltern von

Protassewitsch zu Wort. Mehrere Frames stammen von der Journalistin Xenija Luzkina, als sie noch nicht in Haft war, sondern beim belarussischen Staatsfernsehen „Belarus One“ arbeitete und an einem Mitarbeitendenstreik im August 2020 infolge der gefälschten Wahl teilnahm. Insgesamt 300 von 2.000 Mitarbeitenden wollten erst wieder zur Arbeit gehen, nachdem Neuwahlen ausgerufen würden und ohne Zensur gearbeitet werden könnte. Der Sender drohte jedoch mit Kündigungen für Streikende, sodass sich viele nicht traute, am Streik teilzunehmen. In anderen Frames eines belarussischen Mitarbeiters des Fernsehsenders wurde das Entsetzen über die Propaganda deutlich. Demnach verbreite der Sender seit Jahren Propaganda zu verschiedenen Themen. So wurde das Coronavirus verharmlost, die Proteste wurden zunächst überhaupt nicht erwähnt und später falsch dargestellt, sodass die Protestierenden im Fernsehen zu den „Bösen“ wurden. Die externen Frames betonen außerdem, dass es seit Juli 2021 eine staatlich geförderte Auslöschung der Zivilgesellschaft und auch der Medienorganisationen in ganz Belarus gegeben habe. Viele Medienschaffende sind bereits aus Belarus geflohen oder wurden festgenommen. Andere harren aus und wollen ihre Arbeit nicht aufgeben, leben jedoch mit dem ständigen Risiko einer Festnahme. Die Frames von Protassewitschs Eltern decken sich mit jenen externen Frames der FAZ.

Die NYT weist insgesamt acht externe Frames auf, darunter von einem belarussischen Moderator und Protassewitschs Mutter. Die meisten erscheinen jedoch in Form eines Gastbeitrages des russischen Journalisten Alexey Kovalev. Im Frame des belarussischen Moderators wird erläutert, dass er seinen Job bei einer Sendung verlor, kurz nachdem er in den sozialen Medien geschrieben hatte, dass die belarussischen Sicherheitskräfte mit ihrem Verhalten gegen Zivilist\*innen „dumm und lächerlich“ seien. Er bereue es jedoch nicht, sich gegen die Gewalt und Festnahmen in Belarus öffentlich ausgesprochen zu haben. 15 Jahre habe er im Fernsehen nichts Kritisches gesagt und habe nicht länger schweigend zusehen können, als sich die angespannte Lage in Belarus zuspitzte. Der Moderator besteht darauf, dass er – wie Dutzende seiner Kolleg\*innen, die gekündigt haben oder gefeuert wurden – nur dann wieder ins Fernsehen zurückkehren werde, wenn sich das politische System ändert. Im Frame von Protassewitschs Mutter wird darauf eingegangen, wie ihr Sohn bereits mit 16 Jahren in die politische Opposition getrieben wurde: Aufgrund eines regierungskritischen YouTube-Videos wurde Roman Protassewitsch 2011 von der Schule verwiesen, weil er sich öffentlich gegen die Brutalität der belarussischen Polizei ausgesprochen hatte. Diese Ungerechtigkeit führte ihn zum politischen Aktivismus und machte ihn zum regierungskritischen Journalisten. Die Sicht eines russischen Journalisten auf die Pressefreiheit in Belarus ist besonders interessant, da in Russland die Pressefreiheit auch sehr stark eingeschränkt ist. In einem Frame betont Alexey Kovalev, dass zwar katastrophale Entwicklungen für die unabhängigen Medien in Russland geschehen, die Situation in Belarus jedoch noch schlimmer sei. Außerdem geht er in einem weiteren Frame darauf ein, dass sich die Pressefreiheit in Belarus durch das von Lukaschenko verabschiedete Anti-Presse-Gesetz im Mai 2021 noch einmal drastisch verschlechtert hätte. Lukaschenko unterzeichnete ein Gesetz, das die Berichterstattung über „nicht genehmigte“ – also alle – Proteste unter Strafe stellt und

es den Behörden ermöglicht, jede Nachrichtenagentur zu schließen, ohne dass auch nur ein oberflächlicher Gerichtsbeschluss ergeht. Selbst für Lukaschenkos brutale Verhältnisse sei mit der Gesetzgebung eine weitere Eskalationsstufe erreicht worden. Auch in den externen Frames der NYT wird betont, dass viele Journalist\*innen aus Belarus entweder in Haft oder aus dem Land geflohen sind. So zieht sich dieses Narrativ durch die externen Frames aller vier untersuchten Medien. Außerdem wird anhand des Falls von Protassewitsch aufgezeigt, dass auch jene Journalist\*innen nicht sicher sind, die bereits aus dem Land geflohen sind. Zudem bedrohe Lukaschenko mit seinen Sicherheitskräften Angehörige von im Exil lebenden Journalist\*innen wie die bei Belsat TV arbeitende Arina Malinovskaja, deren Angehörige verhört und bedroht wurden, um Malinovskaja zur Rückkehr zu zwingen. Lukaschenko macht laut diesen Frames sogar Oppositionellen, so nennt er alle unabhängigen und regierungskritischen Stimmen, aus der Ferne Angst. Der russische Journalist betont außerdem in zwei Frames, dass die Entwicklungen der Pressefreiheit in Belarus für die ganze Welt relevant seien: Es gehe nicht nur um die Rechte von Journalist\*innen in einem Land, sondern auch um die Kriminalisierung der freien Presse in Teilen der Welt, in denen sie lebenswichtig ist. Daher sieht er die internationale Gemeinschaft in der Verpflichtung, sich gegen Machthabende zu stellen, die Journalist\*innen einschüchtern und zum Schweigen bringen. Denn wenn ausländische Medienbüros wie in Belarus ausgewiesen oder in ihrer Berichterstattung eingeschränkt und lokale Medien mundtot gemacht werden, dann versiegen Informationen und die internationale Aufmerksamkeit verlagert sich. Was dann noch übrig bleibe, sei staatliche Propaganda und der Raum für unabhängige Untersuchungen verschwinde gänzlich.

Im Anschluss an die qualitative Inhaltsanalyse anhand der Frame-Elemente von Entman wurden diese einer Cluster-Analyse unterzogen, um allgemeine Charakterzüge verschiedener Frame-Gruppen zu identifizieren. Diese erlauben eine übersichtliche Darstellung einer großen Menge von Frames. Anhand dieser soll innerhalb der und zwischen den Medien auf die wichtigsten Themenaspekte der Berichterstattung geschaut werden.

## 6.2 Ergebnisse und Interpretation der Cluster-Analyse

Insgesamt konnten bei der Gruppierung der gefundenen Frames zehn verschiedene Cluster identifiziert werden.

### **(1) Gezieltes Vorgehen gegen Journalist\*innen: So wenige Zeugen wie möglich**

Erläuterung: Seit der gefälschten Präsidentschaftswahl im August 2020 wurde verstärkt gezielt gegen Journalist\*innen vorgegangen. Alexander Lukaschenko versuchte damit, die Informationshoheit im Land zu erlangen und die Berichterstattung über die gefälschte Wahl, die daraus resultierenden Massenproteste sowie die Polizeigewalt in Belarus zu verhindern. In dieses Cluster fallen Repressionen gegen belarussische und ausländische Medien und Medienschaffende sowie deren Festnahmen. Zu den Vorwürfen gegen Journalist\*innen und Medien gehören die Anstiftung von Massenunruhen, die Teilnahme an nicht

genehmigten Protesten sowie die Verbreitung verbotener oder angeblich extremistischer Inhalte.

## **(2) Wirksame Einschüchterung – Vorsicht ist geboten**

Erläuterung: Infolge der Repressionen gegen die Medien in Belarus wurde die ganze Branche eingeschüchtert und übt ihre Arbeit nunmehr mit sehr großer Vorsicht aus, um nicht vom gleichen Schicksal vieler bereits inhaftierter Journalist\*innen, Aktivist\*innen sowie Zivilist\*innen ereilt zu werden. Einige Medienschaffende hielten die Unsicherheit und Angst bzw. Einschüchterung nicht aus und flohen bereits aus Belarus. Ganze Familien von Medienschaffenden sehen sich gezwungen, ebenfalls zu fliehen, weil sie von belarussischen Behörden bedroht und unter Druck gesetzt werden.

## **(3) Lukaschenkos Propaganda**

Erläuterung: Alexander Lukaschenko versucht die Informationshoheit in Belarus zu erlangen und bedient sich aus diesem Grund verschiedener Propaganda-Methoden. Dazu gehört der Austausch kritischer belarussischer Journalist\*innen in den Staatsmedien, die durch russische „Journalismus-Söldner\*innen“ ersetzt wurden. Außerdem führt er inhaftierte Oppositionelle wie Roman Protassewitsch öffentlich vor und lässt sie unter Zwang das sagen, was er und sein Regime von ihnen verlangen.

## **(4) Kampfgeist der Journalist\*innen und Belaruss\*innen**

Erläuterung: Trotz aller Repressionen gegen die Zivilbevölkerung und Journalist\*innen in Belarus geben diese nicht auf und setzen sich weiterhin für eine unabhängige Berichterstattung und ein demokratisches Belarus ein. Unabhängige Journalist\*innen arbeiten mit dem ständigen Risiko einer Festnahme weiter, um die belarussische Bevölkerung und die Welt weiterhin über die Entwicklungen in Belarus auf dem Laufenden zu halten.

## **(5) Hoffnungsträgerin internationale Gemeinschaft**

Erläuterung: Infolge der Menschenrechtsverletzungen und der starken Einschränkung der Pressefreiheit in Belarus wurde die Hoffnung auf die internationale Gemeinschaft gesetzt: Diese soll nicht tatenlos zusehen, sondern Strafmaßnahmen gegen Lukaschenko und alle an den zahlreichen Verbrechen beteiligten Personen einleiten. Die Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja ist eine der lautesten Stimmen mit ihrem Appell an den Westen.

## **(6) Konsequenzen für Lukaschenko**

Erläuterung: Das harte Durchgreifen gegen Protestierende und Journalist\*innen sowie die Flugzeugentführung haben zu weiteren Sanktionen der EU und der USA geführt. Außerdem zeigte Reporter ohne Grenzen den belarussischen Präsidenten Lukaschenko bei der litauischen Generalstaatsanwaltschaft wegen Entführung eines Flugzeugs aus krimineller Absicht an.

**(7) Alles ist Politik**

Erläuterung: Seit den Massenprotesten und dem harten Durchgreifen von Belarus sind alle Lebensbereiche politisch geworden, sodass alle Ressorts in Belarus über Politik berichten müssen. Dies betrifft sogar Lokalmedien, die normalerweise nicht oder wenig über Politik berichten.

**(8) Belarus löst Probleme mit Gewalt**

Erläuterung: Egal, ob es der Umgang mit Protestierenden oder mit Journalist\*innen ist – Belarus löst Probleme mit Gewalt. So werden nicht nur Menschen auf den Straßen verprügelt oder angeschossen, sondern auch Inhaftierte wie Roman Protassewitsch offensichtlich gefoltert und verprügelt.

Bei der FAZ konnte anhand der Frame-Zuordnung ein Cluster erstellt werden, das nicht in den anderen drei Medien auftauchte:

**(9) Russland – Vorbild, Freund und Helfer, oder?**

Erläuterung: Russland tauchte als Akteur in Belarus mehrfach in der Berichterstattung auf. Die Medienmanipulation in Belarus wird demnach nach russischem Vorbild ausgeübt: Die Oppositionsführerin Maria Kolesnikowa wird im belarussischen Staatsfernsehen durch Propaganda diffamiert. Als Helfer springt Russland für Belarus im Hinblick auf eine kontrollierte Berichterstattung ein, indem Russland „Journalismus-Söldner\*innen“ nach Belarus schickte, um den Platz kritischer belarussischer Journalist\*innen, die in den Staatsmedien entlassen wurden, einzunehmen. Darüber hinaus half Russland, russische Journalist\*innen in Belarus aus der Haft zu entlassen, um sie danach jedoch nicht mehr in Russland einreisen zu lassen: Belarus hatte ihre Reisepässe bei der Festnahme mit einem Sperrvermerk versehen, der diese ungültig macht. So wurden die russischen Journalist\*innen des Landes Belarus verwiesen, konnten aber auch nicht mehr zurück nach Russland, eine Win-Win-Situation für die beiden verbündeten Staaten.

Ein weiteres Cluster konnte bei der FAZ und NYT identifiziert werden:

**(10) Mediennutzung in Belarus**

Erläuterung: Zeitungen als nationale Medien sind in Belarus schon seit 10 Jahren nicht mehr relevant: Propaganda-Zeitungen werden nicht für die breite Masse produziert und unabhängige Zeitungen mussten ihre Druckversion einschränken oder aufgeben. Unabhängige Medien haben sich in das Web verlagert, wo sie bessere Möglichkeiten hatten und haben, zu publizieren.

Für eine bessere Leserlichkeit werden die Cluster im weiteren Verlauf wie folgt abgekürzt:

C1	Gezieltes Vorgehen gegen Journalist*innen: So wenige Zeugen wie möglich
C2	Wirksame Einschüchterung – Vorsicht ist geboten
C3	Lukaschenkos Propaganda
C4	Kampfgeist der Journalist*innen und Belaruss*innen
C5	Hoffnungsträgerin internationale Gemeinschaft
C6	Konsequenzen für Lukaschenko
C7	Alles ist Politik
C8	Belarus löst Probleme mit Gewalt
C9	Russland – Vorbild, Freund und Helfer, oder?
C10	Mediennutzung in Belarus

Tabelle 5: Codes für die identifizierten Cluster. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Bei der SZ konnten die Frames den Clustern C1 bis und mit C8 zugeordnet werden. Davon wurden 26 Frames nur einem Cluster zugeordnet, während 19 doppelt oder dreifach zugeordnet wurden.

Bei der FAZ konnten die Frames den Clustern C1 bis und mit C10 zugeordnet werden. Damit weist die FAZ die meisten Cluster auf. 39 Frames wurden nur einem Cluster zugeordnet, während 19 zwei oder drei Clustern zugeordnet wurden.

Bei The Guardian konnten die Frames insgesamt den Clustern C1 bis und mit C6 sowie C8 zugeordnet werden. 20 Frames wurden nur einem Cluster zugeordnet, während 13 Frames doppelt oder dreifach zugeordnet wurden.

Bei The New York Times wurden die Frames insgesamt den Clustern C1 bis und mit C6, C8 sowie C10 zugeordnet. Zehn Frames wurden nur einem Cluster zugeordnet, während 22 doppelt oder dreifach zugeordnet wurden.

Die Gesamtbetrachtung der Frames pro Cluster wird mit allen Frames vorgenommen, die zu einem Cluster gruppiert werden konnten – so also auch die doppelt oder dreifach zugeordneten Frames.

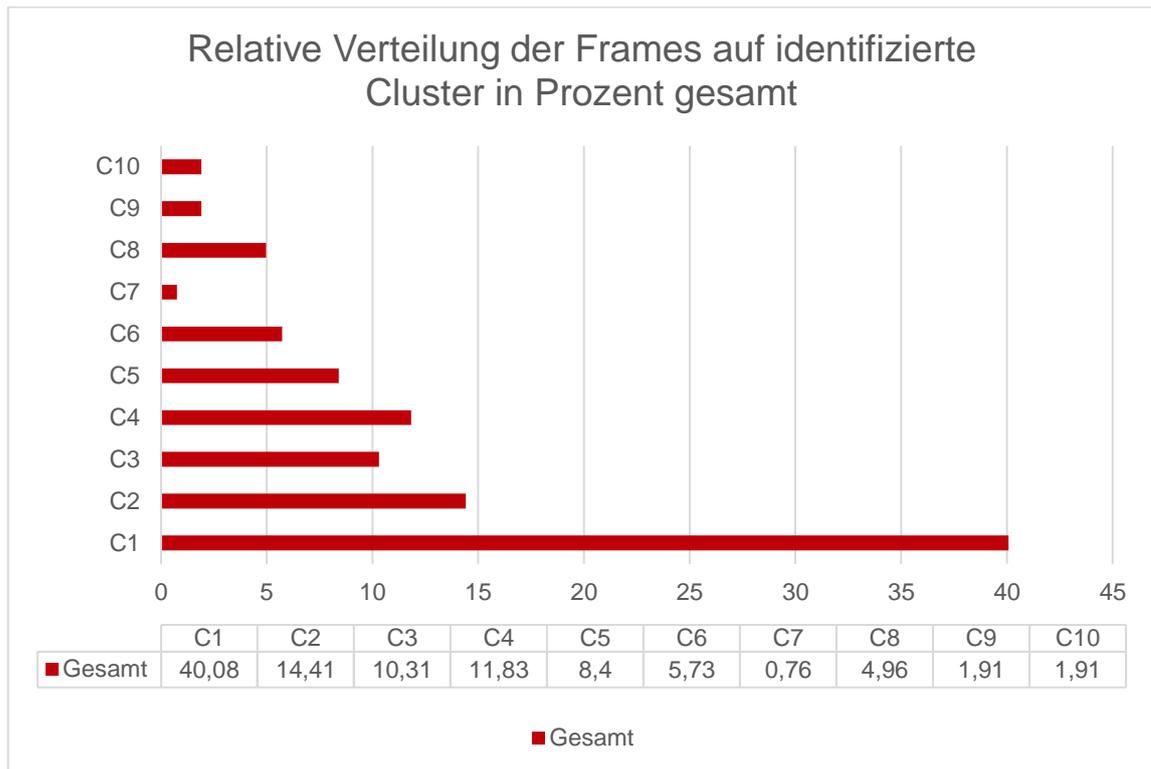


Abbildung 5: Relative Verteilung der Frames auf identifizierte Cluster in Prozent gesamt. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

Bei der Gesamtbetrachtung der Frames auf identifizierte Cluster der vier Medien zusammen in Abbildung 5 kann festgestellt werden, dass Cluster C1 mit ca. 40,08 % mit Abstand das Cluster mit den meisten Frames ist. In diesem Cluster wurden alle Frames zu Repressionen und Festnahmen von Journalist\*innen gesammelt. Dies weist darauf hin, dass Festnahmen, Razzien, die Sperrung von Seiten oder der Entzug von Akkreditierungen, die sich auf belarussische oder ausländische Medien und Medienschaffende beziehen, im Fokus der internationalen Berichterstattung stehen. Damit erhalten Lesende der Medien einen Überblick über Ereignisse, die Journalist\*innen zum Schweigen bringen sollen und die Pressefreiheit in Belarus weiter einschränken. Außerdem wird so das Schicksal einzelner Journalist\*innen behandelt, wodurch die ernste Lage veranschaulicht wird. Mit ca. 14,12 % steht Cluster C2 an zweiter Stelle, womit die internationale Berichterstattung einen weiteren Schwerpunkt auf die Einschüchterung durch Lukaschenko legt und darauf, wie die Menschen in Belarus und besonders Medienschaffende mit dieser umgehen. Thematisch passend ist hier Cluster C4, welches mit ca. 11,83 % auf Platz 3 im Ranking mit den meisten Frames landet: In diesem Cluster wird betont, dass Journalist\*innen und Belaruss\*innen trotz aller negativer Entwicklungen im Land und in der Pressefreiheit nicht aufgeben und weitermachen wollen. Häufig konnten Frames den Clustern C1, C2 und C4 gleichzeitig zugeordnet werden: In diesen Fällen wird von Repressionen gegen Journalist\*innen erzählt und wie diese dafür sorgen, dass Medienschaffende in Belarus nun noch vorsichtiger sein müssen und ständig mit der Angst leben, festgenommen zu werden. Aus diesem Grund seien einige Journalist\*innen bereits aus dem Land geflohen. Gleichzeitig wird in diesen Frames aber auch betont, dass die in den untersuchten Medien zu Wort kommenden Journalist\*innen trotzdem

weiterarbeiten und ihre Arbeit nicht aufgeben wollen. Darüber hinaus ist noch Cluster C3 erwähnenswert. In diesem sind alle Frames gruppiert, die auf Methoden von Lukaschenkos Propaganda eingehen und aufzeigen, wie weitreichend diese ist. Besonders im Falle von Protassewitschs erzwungenen Aussagen in Videos lassen sich die Frames häufig diesem Cluster zuordnen, da es sich bei erzwungenen Geständnissen und falschen Aussagen in den Medien um eine Propaganda-Methode handelt, auf die Lukaschenko und sein Regime gerne zurückgreifen. Sie sorgen einerseits dafür, dass Lukaschenko sich an seinen Kritiker\*innen rächen kann und schüchtern andererseits die Gesellschaft wie in C2 beschrieben weiter ein. Bei der Betrachtung der Top 3 oder mit C4 zusammen der Top 4 der Cluster mit den meisten Frames fällt auf, dass keine hoffnungsvolle Perspektive in den Medien im Fokus steht. Zwar wird zum Teil der Kampfgeist der Belaruss\*innen und Journalist\*innen betont, jedoch kaum Maßnahmen oder Lösungen, um die Pressefreiheit im Land zu stärken und Betroffenen von Repressionen zu helfen. Dies zeigt, dass SZ, FAZ, TG und NYT selbst keine offensichtlichen Lösungsvorschläge für die Lage in Belarus sehen und daher lediglich darüber berichten, was genau im Land vorgeht. Erst an fünfter Stelle wird mit Cluster C5 auf den Wunsch von Sanktionen oder auf andere Handlungsempfehlungen aufmerksam gemacht, die sich in diesen Fällen an die internationale Gemeinschaft richten.

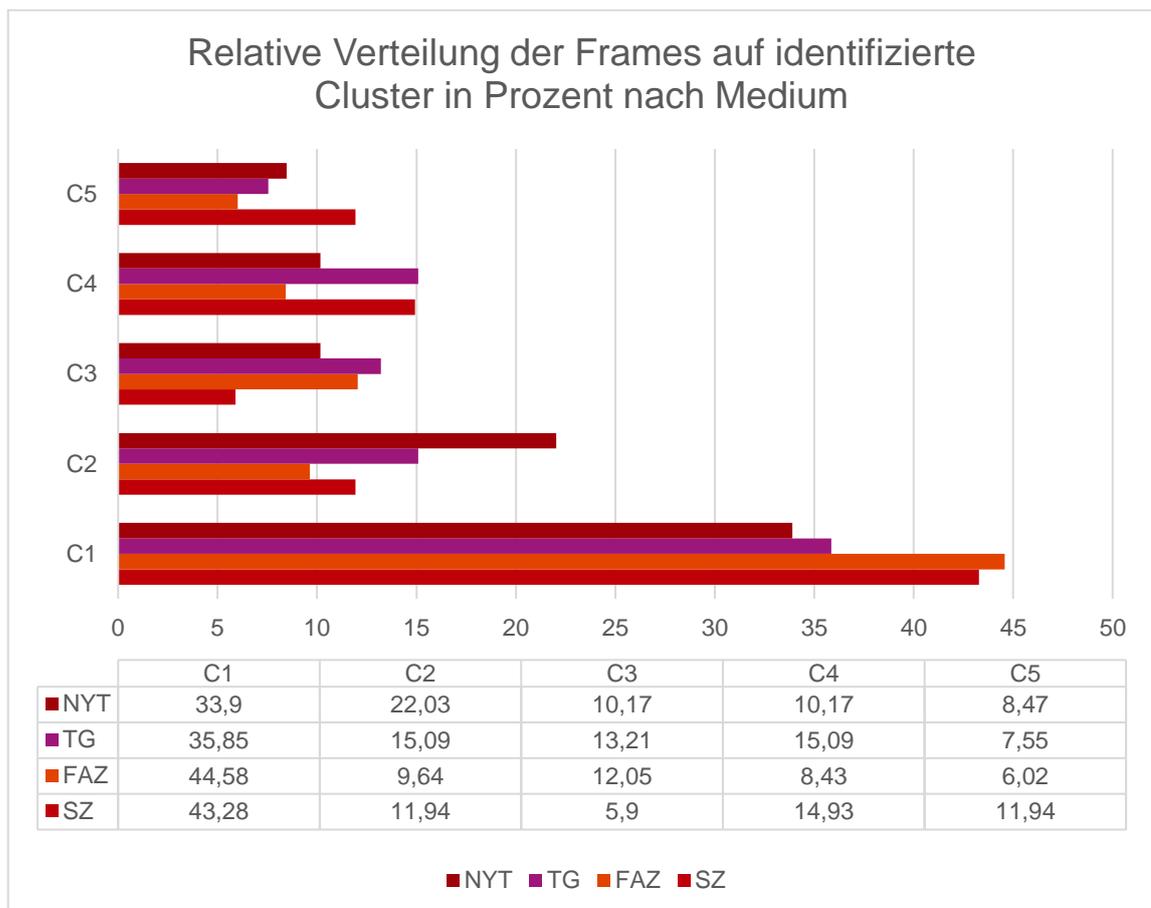


Abbildung 6: Relative Verteilung der Frames auf identifizierte Cluster in Prozent nach Medium. Quelle: Eigene Darstellung, 2022.

In Abbildung 6 wurden die Frames pro Cluster nach Medium aufgegliedert. Hierbei wurden nur die Cluster C1 bis C5 dargestellt, weil diese fünf Cluster in den vier Medien die

höchsten Prozentanteile aufwiesen. Beim Vergleich der relativen Frame-Menge pro Cluster fällt auf, dass bei SZ und FAZ insgesamt mehr Frames auf Cluster C1 fallen als bei TG und NYT. Dies bedeutet, dass Letztere den Fokus etwas weniger auf Festnahmen und andere Repressionen der Medien und Journalist\*innen in ihrer Berichterstattung legten. Hingegen weisen TG und NYT einen etwas höheren Anteil an Frames bei Cluster C2 auf. Diese Medien haben mit ihren Frames also vermehrt die Verunsicherung und Angst in der Bevölkerung thematisiert. Bei Cluster C5 sticht die SZ mit der höchsten Frame-Zahl heraus und betont damit die Hoffnung darauf, dass die internationale Gemeinschaft reagiert und handelt.

## 7 Pressefreiheit in Belarus: Gesamtheitliche Betrachtung

Im Folgenden werden die Informationen aus Kapitel 3.1 und 4 mit den Befunden der qualitativen Inhaltsanalyse und anschließenden Cluster-Analyse zusammengeführt, um eine gesamtheitliche Betrachtung auf die Pressefreiheit in Belarus zu ermöglichen.

Kommunikations- und Medienwissenschaftler\*innen wie Barbara Thomaß beschreiben, wie das Staatsoberhaupt Alexander Lukaschenko in Belarus das Fernsehen und den Hörfunk kontrolliert (2007: 238). Hier kann er sich und politische Inhalte so darstellen lassen, wie er es gerne hätte (vgl. ebd.).

Auch im Internet hat der Staat Einfluss auf das Informationsgeschehen (vgl. Jarolimek 2009: 121). Die belarussische Regierung besitzt den einzigen Internetanbieter des Landes, Beltelecom, und greift mit technischen und rechtlichen Mitteln ein: Bei Bedarf sperrt oder schaltet die Regierung Seiten ab (vgl. ebd.). Bei den Präsidentschaftswahlen 2020 schaltete die belarussische Regierung das mobile Internet am Wahltag und darüber hinaus insgesamt drei Tage lang in weiten Teilen des Landes ab (vgl. Freedom House 2021). Außerdem schränkte sie in diesem Zeitraum verschiedene soziale Medien und andere Websites ein (vgl. Viasna 2021). Bereits bei vorangegangenen Präsidentschaftswahlen wie im Jahr 2001 hatte der Staat mehrere Internetseiten unter anderem von Menschenrechtsorganisationen, politischen Parteien und unabhängigen Medien gesperrt (vgl. Jarolimek 2009: 121).

Die Rechte der Regierung beim Eingreifen in die Pressefreiheit wurden durch ein im Jahr 2008 verabschiedetes Mediengesetz ausgeweitet, was zu weiteren Einschränkungen journalistischer Rechte führte (vgl. Manaev 2014: 212). Seitdem ist es für Journalist\*innen Pflicht, ein dreistufiges Akkreditierungsverfahren zu durchlaufen, bei dem jedoch eine Akkreditierung ohne besondere Begründung seitens der belarussischen Behörden verweigert werden kann (vgl. ebd.). Massenmedien und Journalist\*innen können durch das Mediengesetz außerdem umfangreicher und aufgrund vager Gründe bestraft werden (vgl. ebd.). Wenn aus Sicht der belarussischen Behörden gegen das Kriterium der Übereinstimmung mit der Realität verstoßen wird, so können weitere Sanktionen gegenüber Medienunternehmen verhängt werden (vgl. ebd.). Nach Inkrafttreten des neuen

Mediengesetzes mussten sich alle Print- und Rundfunkunternehmen beim zuständigen Informationsministerium erneut registrieren lassen, hierbei wurden jedoch mehr als einem halben Dutzend unabhängigen Medien die neue Registrierung verweigert (vgl. ebd.). Laut der Organisation Freedom House konnte sich der Staat durch das Mediengesetz von 2008 ein Monopol auf die Informationen in Belarus sichern, von sozialen und politischen bis hin zu wirtschaftlichen Themen und Angelegenheiten (vgl. 2021). Journalist\*innen werden aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit mit Bußgeldern belegt, inhaftiert und in manchen Fällen sogar strafrechtlich verfolgt (vgl. ebd.). Die belarussische Regierung hat außerdem das Antiextremismus-Gesetz für sich genutzt, um im Land die Medienarbeit noch stärker einzuschränken (vgl. ebd.). Lukaschenko versucht insgesamt also stets, die Informationshoheit über sein Land zu haben.

Bei der qualitativen Inhaltsanalyse der Süddeutschen Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian sowie The New York Times wurde in zahlreichen Frames jedoch betont, wie er im Zuge der Massenproteste nach der gefälschten Präsidentschaftswahl 2020 die Informationshoheit in seinem Land verlor, da unabhängige Medien aus dem In- und Ausland die Proteste und die damit einhergehende Polizeigewalt auf den Straßen filmte. Aus diesem Grund nahmen Lukaschenko und sein Regime gezielt Journalist\*innen ins Visier, um die unabhängige Berichterstattung in Belarus nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen zu unterbinden: Er ließ sie verhaften und teilweise verurteilen, entzog ihnen die Akkreditierungen, sperrte Nachrichtenseiten und stufte veröffentlichte Informationen oder sogar ganze Medienangebote als verboten oder extremistisch ein. Hier kamen ihm seine alten und neuen Gesetze zugute, die die Rechte der Behörden stärken und diejenigen von Journalist\*innen einschränken.

In Frame NYT260521F05 berichtet ein russischer Journalist als Gastautor davon, dass Lukaschenko im Mai 2021 ein weitreichendes „Anti-Presse-Gesetz“ unterzeichnet hatte, das die Berichterstattung über unerlaubte Proteste auf der Straße verbietet und es belarussischen Behörden außerdem erlaubt, Nachrichtenagenturen und Medienunternehmen zu schließen, ohne dafür einen Gerichtsbeschluss zu benötigen. Da allen Proteste in Belarus Genehmigungen fehlen, sind damit sämtliche Berichterstattungen von Protesten seit Mai 2021 untersagt und werden unter Strafe gestellt.

Weitere Gesetzesänderungen über Massenmedien führten im Sommer 2021 dazu, dass die Gründe für die Sperrung von Medien-Websites sowie für den Entzug von Akkreditierungen offiziell ausgeweitet wurden. Außerdem sind seitdem Veröffentlichungen in Belarus verboten, die den Staat diskreditieren. Laut Human Rights Watch ist dadurch praktisch jegliche Form von Kritik im Land verboten. (Vgl. Human Rights Watch 2021)

Auf der Rangliste zur Presse- und Informationsfreiheit von Reporter ohne Grenzen landete Belarus unter Berücksichtigung aller Einschränkungen der Pressefreiheit seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen dementsprechend im Jahr 2021 auf Platz 158 und war somit das am schlechtesten bewertete Land in ganz Europa (vgl. 2021b: 8). Damit beschäftigt sich auch Frame SZ260521F03 der SZ mit dem Frame-Namen „Letzter Platz in Europa“. In diesem wird neben der Platzierung von Belarus in der Rangliste auch

zusammengefasst, wieso es so schlecht um die Pressefreiheit in Belarus steht. Neben den bereits aufgezählten Gründen wird erläutert, dass die noch übriggebliebenen unabhängigen Informationsquellen mittlerweile zu großen Teilen aus dem Exil heraus arbeiten und versuchen, ihre Informationen und Nachrichten im Internet zu veröffentlichen, weil Printausgaben von privaten Zeitungen vom Staat blockiert werden. Vom Entzug der Akkreditierungen waren im Oktober 2020 außerdem sämtliche Journalist\*innen aus dem Ausland betroffen.

Die Organisation Freedom House berichtete darüber hinaus, dass in Belarus 2020 die Arbeit von in- und ausländischen Journalist\*innen auch durch Festnahmen und strafrechtliche Verfahren systematisch behindert wurde (vgl. 2021). 2020 wurden über 477 Medienschaffende in Belarus während ihrer Arbeit inhaftiert (vgl. Libereco 2021). Betroffenen wurde zum Teil vorgeworfen, Proteste koordiniert oder an unerlaubten Veranstaltungen teilgenommen zu haben (vgl. Viasna 2021: 12). In den meisten Fällen wurden diese dann zu Geldstrafen oder kurzen Haftstrafen verurteilt (vgl. ebd.). Andere Medienschaffende kamen länger in Haft: Bis heute, Stand Mai 2022, sind immer noch insgesamt 28 Medienschaffende in Haft (vgl. Reporter ohne Grenzen 2022a, b und c).

Jarolimek geht in seiner Arbeit der Frage nach, ob ausländische Informationsangebote wie Belsat TV für Belarus künftig tatsächlich eine unterstützende Funktion für die Pluralität der politischen Öffentlichkeit in Belarus haben würden (2009: 118). In der qualitativen Inhaltsanalyse wurde mit SZ250820F01 ein Frame gefunden, in dem betont wird, dass die polnische Regierung die von Warschau aus betriebenen Angebote Belsat TV sowie den oppositionellen Telegram-Kanal Nexta mit finanziellen Zuschüssen unterstützt, um die kritische Berichterstattung in Belarus weiterhin gewährleisten zu können. Die Menschenrechtsorganisation Viasna berichtete jedoch später, dass ausländischen Journalist\*innen von Belarus am 29. August 2020 die Akkreditierung entzogen wurde, darunter dem von den USA unterstützten und organisierten Radiosender RFE/RL, BBC, ARD und Deutsche Welle (vgl. Viasna 2021: 12f.). In Frame SZ290121F03 und weiteren wird später außerdem erläutert, dass die Journalistinnen Katerina Andrejewa und Darja Tschulzowa von Belsat TV im November 2020 beim Berichten über einen Protest festgenommen wurden und seitdem in Haft sitzen, weil ihnen vorgeworfen wird, bei ihrem Livestream vom Protest den Straßenverkehr massiv behindert zu haben. Mit absurden Vorwürfen werden in Belarus somit unabhängige und ausländische Informationsangebote in ihrer Arbeit behindert. Unter anderem in Frame FAZ160721F01 wird des Weiteren aufgezeigt, dass ausländische Medien neben Festnahmen auch von Razzien betroffen sind: In diesem Fall wurden Razzien in Wohnungen von Mitarbeitenden der unabhängigen Medien RFE/RL und Belsat TV durchgeführt.

Nicht nur ausländische Medien erlebten und erleben in Belarus Repressionen und Festnahmen des Regimes von Lukaschenko, besonders hart trifft es belarussische Medienschaffende. Laut Frame FAZ120820F06 wurden belarussische Journalist\*innen festgenommen und blieben danach zunächst verschwunden: Als Beispiel wird zu diesem Zeitpunkt der Chefredakteur Jegor Martinowitsch der Zeitung „Nascha Nywa“ sowie

Staniwslaw Korschunow von Tut.by genannt. Ebenfalls im August 2020 wurden die vier belarussischen und russischen privaten Zeitungen Komsomolskaya Pravda v Belarusi, Narodnaya Volya, Svobodnye Novosti Plus und Belgazeta nicht mehr von der staatlichen Druckerei produziert, weil diese sich weigerte. Der Grund: Alle vier Zeitungen berichteten unabhängig und unparteiisch von den Protesten im Land. Nachdem sich auch der staatliche Pressevertrieb sowie der Postdienst des Landes weigerten, drei von den vier genannten Zeitungen zu vertreiben, mussten diese ihre Veröffentlichung als Printmedium zwangsläufig einstellen. Dies hatte zur Folge, dass die Zahl unabhängiger Printmedien in Belarus weiter zurückging. (Vgl. Viasna 2021: 13)

Von der staatlichen Unterdrückung war auch das zuvor führende belarussische Nachrichtenportal Tut.by besonders stark betroffen (vgl. Viasna 2021: 13). Am 3. Dezember 2020 wurde dem Portal durch das Wirtschaftsgericht in Minsk der Medienstatus entzogen (vgl. ebd.). Zuvor hatte das belarussische Informationsministerium Tut.by insgesamt in vier Mahnungen beschuldigt, auf ihrer Seite ungenaue Informationen zu verbreiten, die für die staatlichen Interessen schädlich seien (vgl. ebd.). Dieser Verlust von Tut.by als anerkanntes Massenmedium wird auch in Frame SZ071020F05 behandelt. Der Frame der Redakteurin Jelena Tolkatschowa von Tut.by beschäftigt sich mit der Sorge, dass Festnahmen von Journalist\*innen des Portals durch diese gerichtliche Entscheidung noch wahrscheinlicher seien. Durch den Status-Entzug seien diese nämlich bei der Arbeit vor Ort bei Demonstrationen noch mehr gefährdet, weil sie seitdem als Protestteilnehmende gelten. Um sich selbst zu schützen, kündigte Tut.by damals an, dass die Mitarbeitenden nicht mehr vor Ort von den Massendemonstrationen berichten. Die Angst vor Festnahmen bei Tut.by erwies sich als begründet: Medienübergreifend wird in allen vier untersuchten Zeitungen berichtet, dass im Mai 2021 die Website von Tut.by gesperrt und acht Journalist\*innen, darunter die Chefredakteurin Marina Solotowa, festgenommen wurden. Den Mitarbeitenden wurde laut Frame SZ190521F01 Steuerbetrug und Tut.by die Veröffentlichung verbotener Informationen vorgeworfen. Mit diesem Schritt gegen Tut.by und die Mitarbeitenden wurde laut Frame TG190521F01 eine der letzten Quellen für unabhängige Informationen im Land gesperrt und die Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja sprach von vorsätzlichem Mord am unabhängigen Medium Tut.by.

Eine Maßnahme von Belarus im Mai 2021 gegen einen unabhängigen belarussischen Journalisten sorgte international für Aufsehen und neue Sanktionen gegen das Land: Belarussische Behörden zwangen ein Ryanair-Flugzeug auf dem Weg von Griechenland nach Litauen unter dem Vorwand einer terroristischen Bombendrohung in Belarus zur Landung und verhafteten unmittelbar nach der Landung den Journalisten Roman Protassewitsch, der mit an Bord gewesen war (vgl. Human Rights Watch 2021). Dabei zeigte unter anderen Frame SZ040621F03 auf, dass Lukaschenko die Zwangslandung mittels eines Kampjets persönlich veranlasst hatte. Dies sorgte weltweit für Empörung und resultierte in weiteren wirtschaftlichen Sanktionen, die von der EU und den USA verhängt wurden. Protassewitsch war bekannt für seine ehemalige Rolle als Chefredakteur für den von Belarus als extremistisch eingestuften oppositionellen Telegram-Kanal Nexta

(vgl. Human Rights Watch 2021). Laut Frames wie NYT230521F02 lebte Protassewitsch bereits seit Jahren in Litauen im Exil und stand in Belarus auf einer Terrorist\*innenliste. Seine russische Freundin Sofia Sapega wurde ebenfalls nach der Zwangslandung festgenommen (vgl. ebd.). Freedom House beschreibt auf ihrer Website, dass die meisten unabhängigen Journalist\*innen in Belarus davon ausgehen, dass sie vom KGB überwacht werden (vgl. Freedom House 2021). In Frame TG240521F01 wird berichtet, dass sich Protassewitsch am Tag seiner Verhaftung bereits am Flughafen in Athen verfolgt gefühlt hatte und die Vermutung äußerte, dass ihn der KGB verfolgt. Nachdem dann vier weitere Passagiere nach der Zwangslandung mit ihm in Belarus blieben und nicht nach Vilnius weiterflogen, äußerte unter anderem Ryanair laut Frame TG24052102F02 den Verdacht, dass es sich bei den vier Passagieren um von Belarus bestellte KGB-Agent\*innen handelt, die mit an Bord der zur Landung gezwungenen Flugmaschine gewesen waren.

Laut mehreren Frames, die in den Wochen nach der Verhaftung veröffentlicht wurden, wie TG040621F01 und NYT250521F07, tauchten nach der Verhaftung von Protassewitsch und Sapega Videos und Interviews von ihnen auf staatlichen sozialen Medien sowie im staatlichen Fernsehen auf. In diesen gesteht Protassewitsch, Massenunruhen in Belarus organisiert zu haben, und lobt Lukaschenko für seine Arbeit. Dies geschah laut Einschätzung der Öffentlichkeit unter Zwang und seine Eltern sowie die Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja äußerten den Verdacht, dass er mit physischer und psychischer Gewalt zu seinen Aussagen gezwungen wurde, da er in einem der Videos verprügelt aussah. Sofia Sapega gestand ihrerseits in einem anderen Video, dass sie an einem Telegram-Kanal mitgewirkt hätte, der persönliche Informationen über belarussische Sicherheitskräfte im Zuge der Polizeibrutalität sammelt und veröffentlicht und von Behörden als „Black Book of Belarus“, das „Schwarze Buch von Belarus“, bezeichnet wird. Auch ihr Video wurde laut Einschätzungen unter Zwang aufgenommen und deutet darauf hin, dass Sapega mit Haftstrafen gedroht wurde, obwohl sie keine relevante Rolle in den Massenprotesten 2020 und deren Organisation gespielt hatte.

In der qualitativen Frame-Analyse wiederholen sich verschiedene Frames zum Thema „Roman Protassewitsch und seine Festnahme“ am meisten. Dies verdeutlicht, wie viel Aufmerksamkeit der Vorfall in der internationalen Berichterstattung und insgesamt in der internationalen Gemeinschaft erhielt. Die Frames mit den Titeln „Auch im Flugzeug ist man vor Lukaschenko nicht sicher“ (vgl. u. a. NYT230521F01), „Geständnis unter Zwang“ (vgl. u. a. SZ04062F01), „Gewaltanwendung für Geständnis“ (vgl. u. a. TG250521F03) sowie „Verdacht der Folter“ (vgl. u. a. FAZ250521F02) behandeln die Umstände der Verhaftung, die anschließenden Aussagen von Protassewitsch und Sapega unter Zwang sowie die vermutete Gewaltanwendung an Protassewitsch, um die erwünschten Aussagen zu erhalten. Die Frames zeigen anhand des Beispiels Protassewitsch auf, wie schlimm die Lage der Pressefreiheit und die Situation unabhängiger Journalist\*innen und anderer regierungskritischer Personen in Belarus ist.

Bei allen vier Medien konnten die Höhepunkte der deutschen und internationalen Berichterstattung anhand der Artikelmenge im untersuchten Zeitraum im August 2020 und im Mai 2021 nachgewiesen werden. Bei der FAZ wurde außerdem im Juli 2021 ein weiterer Höhepunkt verzeichnet. Im August 2020 wurde ausführlich über die Entwicklungen zur Pressefreiheit berichtet, weil Journalist\*innen an der Berichterstattung über die Massenproteste und Polizeigewalt nach der gefälschten Präsidentschaftswahl durch Festnahmen und andere Repressionen gehindert wurde.

Die ausführliche Berichterstattung zur Flugzeugentführung und Protassewitschs Haft im Mai und Juni 2021 war im Großen und Ganzen das Ende der regelmäßigen internationalen Berichterstattung zur Pressefreiheit in Belarus. Danach flachte die Berichterstattung zu dieser Thematik ab und kam medienübergreifend ab November 2021 zum völligen Erliegen. Eine Begründung dafür konnte bei der Recherche und Untersuchung der Artikel darin gefunden werden, dass sich die internationale Aufmerksamkeit auf die angespannte Situation in der Ukraine verlagerte und Belarus nur noch aus militärischer Perspektive betrachtet wurde. Damit hat sich die Berichterstattung von der innenpolitischen Situation der Pressefreiheit auf die außenpolitische militärische Beteiligung des Landes verlagert.

Die Festnahmen von Journalist\*innen sowie deren andauernde Haft tauchen medienübergreifend in zahlreichen Frames der untersuchten Zeitungen auf, sowohl aus dem Jahr 2020 als auch aus 2021. Hierbei wird das Schicksal einzelner Journalist\*innen gerne aufgegriffen, um die prekäre Situation in Belarus zu verdeutlichen. Unter anderem in Frame FAZ021021F01 wird in der Presseberichterstattung betont, dass viele Journalist\*innen unter den zu dem Zeitpunkt mehr als 670 politischen Gefangenen sind. Die Frames zu den Verhaftungen lassen sich in der Cluster-Analyse dem Cluster C1 zuordnen, welches medienübergreifend die meisten Frames aufweist. In diesem wird beleuchtet, wie Lukaschenko durch Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen während und nach den Massenprotesten versuchte, die Informationshoheit in seinem Land zu erlangen, indem er die Berichterstattung über die Lage im Land erschwerte. Die Menge an Frames in Cluster C1 ist ein Indikator dafür, dass diese Themenaspekte die größte Aufmerksamkeit in der internationalen Berichterstattung ausmachen. Insgesamt zeichnet das Cluster mit Themen wie Razzien, Entzug von Akkreditierungen, Sperren von Nachrichtenportalen sowie Festnahmen von in- und ausländischen Medienschaffenden ein pessimistisches und erschreckendes Bild zur Pressefreiheit in Belarus.

Die zweitgrößte Gruppe an Frames lässt sich Cluster C2 zuordnen. In diesem liegt der Fokus darauf, wie die gesamte Medienbranche in Belarus durch die Repressionen gegen Medien eingeschüchtert wird. Demnach müssen Medienschaffende bei ihrer Arbeit noch vorsichtiger sein, um nicht festgenommen zu werden. Die Einschüchterung und Angst veranlasste manche Medienschaffende dazu, das Land zu verlassen, zum Teil flohen ihre ganzen Familien mit oder kamen nach, weil sie von den Behörden belästigt wurden. Im Falle von Protassewitsch, der vor seiner Festnahme im Exil lebte, konstatieren die Medien jedoch, dass Lukaschenkos Machtapparat bis ins Ausland reicht und

damit die Belaruss\*innen über die Landesgrenzen hinweg einschüchtert. Mit Cluster C2 fokussiert sich die Presseberichterstattung sowohl auf einzelne Repressionen als auch auf die Einschüchterung der Medienschaffenden durch Lukaschenko und die Konsequenzen dieser. Trotz der sich zunehmend verschlechternden Situation der Pressefreiheit in Belarus, besonders seit den Präsidentschaftswahlen 2020, wird in zahlreichen Frames der Kampfgeist der Belaruss\*innen und insbesondere der Journalist\*innen herausgearbeitet. Diese lassen sich Cluster C4 mit der drittgrößten Menge an Frames zuordnen. Das Zusammenspiel aus den Clustern C1, C2 und C4 kann in mehreren Frames nachgewiesen werden. In diesen Frames wird zum Beispiel erläutert, wie die Repressionen gegen die Medien aussehen und dass aus diesem Grund einige Medienschaffende aus Angst davor, selbst festgenommen zu werden, flohen. Gleichzeitig wird in denselben Frames jedoch auch betont, dass andere Journalist\*innen, wie die in den Artikeln Zitieren, nicht aufgeben wollen und ihre Arbeit trotz des Risikos weiter ausüben. Knapp hinter Cluster C4 folgt C3 in der Menge an zugeordneten Frames. Dieses thematisiert Lukaschenkos Propaganda. So ließ er infolge der Massenproteste kritische belarussische Journalist\*innen in den Staatsmedien gegen russische Journalist\*innen austauschen, die extra aus Russland für diesen Zweck eingeflogen wurden. Andere Frames präsentieren eine weitere Propaganda-Methode Lukaschenkos mit den erzwungenen Aussagen von Roman Protassewitsch in staatlichen Medien.

Die drei umfangreichsten Cluster zeichnen insgesamt ein eher pessimistisches Bild von der Pressefreiheit in Belarus. Zwar wird mit C4 der Kampfgeist einiger Belaruss\*innen und Medienschaffenden thematisiert, aber in den vier Medien werden insgesamt kaum Lösungen oder Maßnahmen erwähnt, die die Pressefreiheit stärken oder den Medienschaffenden vor Ort konkret helfen könnten. Erst Cluster C5 auf Platz 5 beinhaltet Frames, die über bereits eingeführte oder ausstehende Sanktionen berichten oder über die Forderung, Journalist\*innen freizulassen und die Medien insgesamt ungehindert ihre Arbeit ausüben zu lassen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um Forderungen einzelner Autor\*innen der Medien, sondern um welche, die zum Beispiel von Tichanowskaja an die EU gerichtet wurden. Die Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian sowie The New York Times scheinen demnach keine eigenen Lösungsvorschläge für die Problematik zu haben. Stattdessen fokussiert sich die internationale Berichterstattung auf das Aufzeigen dessen, was in Belarus konkret passiert, und weniger darauf, wie die Situation verbessert werden könnte.

## 8 Fazit

Belarus ist eine offene Diktatur, in der Alexander Lukaschenko seit 1994 regiert und sich in den Medien nach seinen Wünschen darstellen lässt: Er kontrolliert sowohl das Fernsehen und den Hörfunk und hat sogar Einfluss auf das Internet. Als Eigentümerin des einzigen Internetanbieters des Landes kann die belarussische Regierung nach Belieben Webseiten sperren oder das mobile Internet ausschalten. Vom Wahltag der gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 an schaltete die Regierung insgesamt 3 Tage lang das mobile Internet in weiten Teilen des Landes ab und schränkte im selben Zeitraum verschiedene Websites sowie einige soziale Medien ein. Diese Methode wurde bereits bei früheren Präsidentschaftswahlen wie 2001 von den belarussischen Staatsbehörden angewandt. Die Pressefreiheit war somit seit Lukaschenkos Regierungszeit stets eingeschränkt.

Im Jahr 2008 wurde ein neues Mediengesetz verabschiedet, das die journalistischen Rechte weiter einschränkte und die Rechte der Regierung beim Eingreifen in die Pressefreiheit stärkte. Journalist\*innen sind seitdem dazu verpflichtet, ein insgesamt dreistufiges Akkreditierungsverfahren zu durchlaufen. Hierbei können die belarussischen Behörden ohne besonderen Grund die Akkreditierung verweigern. Auch die Bestrafungsmöglichkeiten gegenüber Medien sowie Journalist\*innen haben sich durch das neue Mediengesetz erweitert: Für Strafen reichen vage Begründungen wie die Gefahr, dass durch das Verbreiten ungenauer Informationen öffentliches oder staatliches Interesse verletzt werden könnte. In diesem Fall können Geldstrafen verhängt oder die Arbeit von Medienunternehmen ausgesetzt oder sogar beendet werden. Weitere Sanktionen können belarussische Behörden verhängen, wenn nach Einschätzung dieser bei der Berichterstattung gegen das Kriterium der Übereinstimmung mit der Realität verstoßen wird. Alle Print- und Rundfunkunternehmen mussten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes eine neue Registrierung beim Informationsministerium durchführen lassen. Dabei wurde mehr als einem halben Dutzend unabhängigen Medien die Registrierung verweigert. Lukaschenko versucht somit von Beginn an, die Informationshoheit in Belarus zu haben und konnte sich durch das neue Mediengesetz von 2008 ein Monopol auf die Informationen im Land aufbauen. Im Mai 2021 unterzeichnete Lukaschenko außerdem ein umfangreiches Anti-Presse-Gesetz, welches Berichte über nicht genehmigte Proteste auf der Straße verbietet und unter Strafe stellt. Das Gesetz gibt belarussischen Behörden außerdem die Befugnis, Medienunternehmen und Nachrichtenagenturen zu schließen und sie benötigen dafür nicht einmal einen Gerichtsbeschluss. Somit sind seit Mai 2021 sämtliche Berichte über Proteste verboten, da alle Proteste in Belarus unerlaubt sind.

Nach Ausbruch der Massenproteste als Folge der gefälschten Präsidentschaftswahl 2020 verlor Lukaschenko jedoch allmählich die Kontrolle über die Informationen in Belarus, da unabhängige Journalist\*innen und Medien aus Belarus sowie aus dem Ausland über die Proteste und die damit einhergehende Polizeigewalt belarussischer Sicherheitskräfte berichteten. Hier wurde in zahlreichen Frames der vier untersuchten Medien

Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian sowie The New York Times behandelt, wie Lukaschenko versucht, die Berichterstattung einzuschränken: Seine Sicherheitskräfte verhafteten Journalist\*innen und Medienschaffende, die später zum Teil verurteilt wurden. Außerdem wurden ihnen die Akkreditierungen entzogen und Nachrichtenseiten wie Tut.by wurden gesperrt und der Status als Massenmedium entzogen. Belarus stufte in manchen Fällen außerdem veröffentlichte Informationen oder sogar ganze Medienangebote als verboten oder extremistisch ein. Für sämtliche Maßnahmen, die vom belarussischen Regime und den Behörden ausgingen, wurden bestehende und neue Gesetze genutzt, die das Eingreifen erleichtern und gleichzeitig die Rechte von Medienschaffenden und Medienunternehmen stark einschränken. Im Jahr 2020 wurden laut der Menschenrechtsorganisation Libereco über 477 Medienschaffende in Belarus festgenommen, häufig unter dem Vorwurf, an nicht genehmigten Veranstaltungen teilgenommen oder Proteste organisiert zu haben. Während die meisten von ihnen zu Geldstrafen oder lediglich kurzen Haftstrafen verurteilt wurden, kamen andere länger in Haft und zählen zu den politischen Gefangenen in Belarus. Bis heute, Stand Mai 2022, sitzen immer noch insgesamt 28 Medienschaffende in belarussischer Haft.

Belarus landete 2021 dementsprechend auf der Rangliste zur Presse- und Informationsfreiheit von Reporter ohne Grenzen mit Blick auf alle Einschränkungen der Pressefreiheit seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen auf Platz 158 – dem letzten Platz unter den europäischen Ländern.

In der qualitativen Frame-Analyse wurden insgesamt 66 Artikel von den vier Medien Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian und New York Times untersucht. Mit der Auswahl dieser Medien wurden europäische und außereuropäische Perspektiven beleuchtet. Hierbei konnten 168 Frames gefunden werden, von denen sich 139 unterscheiden ließen. Von den 168 Frames, mehrfach erscheinende mitinbegriffen, fielen 45 auf die SZ, 58 auf die FAZ, 33 auf TG sowie 32 auf NYT. Bei der FAZ wurden die meisten Artikel zum Thema gefunden sowie damit einhergehend die meisten Frames identifiziert. The New York Times wies dabei die höchste Frame-Dichte pro untersuchtem Artikel auf. Die Zeitung fiel mit langen Artikeln ihrer Journalist\*innen auf, sodass sich die höhere Frame-Dichte im Gegensatz zu den anderen drei Medien damit erklären lässt.

Bei der deutschen und internationalen Berichterstattung konnten anhand der Artikelmenge bei allen vier Medien im untersuchten Zeitraum zwei Höhepunkte im August 2020 sowie im Mai 2021 nachgewiesen werden. Der erste mediale Höhepunkt ist auf die Repressionen gegen Journalist\*innen zurückzuführen, als diese versuchten, über die Massenproteste und die Polizeigewalt nach der gefälschten Präsidentschaftswahl zu berichten. Die Flugzeugentführung und die Verhaftung des oppositionellen Journalisten und Bloggers Roman Pro-tassewitsch sowie die unter Zwang entstandenen Aussagen aus seiner Haft führte zum zweiten medialen Höhepunkt im Untersuchungszeitraum. Anschließend wurde die regelmäßige internationale Berichterstattung zur Pressefreiheit in

Belarus immer weniger, sodass von November 2021 an medienübergreifend überhaupt nicht mehr darüber berichtet wurde. Bei der Artikelrecherche konnte dafür eine plausible Begründung gefunden werden: Die angespannte Situation zwischen Russland und der Ukraine vor Kriegsbeginn erhielt ab Herbst und Winter 2021 immer mehr internationale Aufmerksamkeit, sodass sich die Berichterstattung zu Belarus nur noch auf die militärische Beteiligung beschränkte.

Bei der Frame-Analyse konnten zur Festnahme Protassewitschs sowie seinen späteren öffentlichen Auftritten aus der Haft heraus die meisten medienübergreifenden Wiederholungen von Frames gefunden werden. Die Frame-Wiederholungen zu Protassewitsch zeigen, wie viel Medienaufmerksamkeit der Vorfall über Ländergrenzen hinweg erhalten hat. Die Frames mit den meisten Wiederholungen berichteten über seine Verhaftung und die Umstände dieser anhand einer Flugzeugentführung sowie die später auftauchenden Aufnahmen von Protassewitsch sowie seiner Freundin Sapega, in denen die beiden unter Zwang verschiedene Taten gestehen. Bei Protassewitsch stand hierbei auch in einem häufig wiederholten Frame im Fokus, dass bei ihm vermutlich Gewalt angewandt wurde, damit er das in den Videos sagt, was die belarussischen Behörden von ihm hören wollen. Diese wiederholt auftauchenden Frames zu Protassewitsch zeigen anhand des Einzelfalls auf, wie kritisch die Lage unabhängiger Journalist\*innen sowie anderer Regierungskritiker\*innen in Belarus ist und wie es um die Pressefreiheit im Land steht.

In der Cluster-Analyse konnten Cluster C1 „Gezieltes Vorgehen gegen Journalist\*innen: So wenige Zeugen wie möglich“ medienübergreifend die meisten Frames zugeordnet werden. Dieses Cluster zeigt klar und deutlich auf, wie Machthaber Alexander Lukaschenko seit der gefälschten Präsidentschaftswahl versucht, die Informationshoheit in Belarus zu halten und dabei die Menschen unterdrückt und Menschenrechte sowie die Meinungs- und Pressefreiheit verletzt: Belarussische und ausländische Medienschaffende mussten Razzien belarussischer Sicherheitskräfte in Redaktionsräumen und privaten Wohnungen über sich ergehen lassen, verloren ihre Akkreditierungen, mussten ihre Arbeit niederlegen, nachdem Nachrichtenportale gesperrt oder Printmedien vom Staat blockiert worden waren, und wurden für kurze oder längere Zeit festgenommen. Das Schicksal einzelner Journalist\*innen oder anderer Medienschaffenden wurde dabei häufig in Frames der vier Medien in den Jahren 2020 und 2021 aufgegriffen, welche auf diese Art die Lage der Pressefreiheit betonten. Cluster C2 weist die zweitgrößte Gruppe an zugeordneten Frames auf. Hier wird die Einschüchterung der gesamten Medienbranche als Konsequenz der Repressionen thematisiert. Die Mitarbeitenden der verbleibenden Medien, besonders der unabhängigen, müssen sehr vorsichtig bei ihrer Arbeit sein, um nicht festgenommen zu werden. Manchen Medienschaffenden wurden die Angst vor und der Druck durch belarussische Behörden zu groß: Sie verließen das Land und zum Teil folgten auch ihre Familien, weil diese ebenfalls von den Behörden bedroht und belästigt worden waren. Mit der Festnahme des im Exil lebenden Protassewitsch zeigten die vier Medien hierbei auf, dass die Macht Lukaschenkos über die Grenzen von Belarus hinwegreichen und damit sogar Medienschaffende und Regierungskritiker\*innen im Ausland vor Lukaschenko Angst haben müssen.

In der Cluster-Analyse konnte insgesamt herausgearbeitet werden, dass die untersuchten Medien stellvertretend für die internationale Berichterstattung mit den größten Clustern keinen hoffnungsvollen Blick auf die Pressefreiheit in Belarus vermitteln. Der Kampfgeist in der Gesellschaft und unter den Journalist\*innen wird zwar durch eines der drei umfangreichsten Cluster thematisiert – Lösungen oder Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Pressefreiheit oder als Hilfe für die betroffenen Medienschaffenden in Belarus werden jedoch selten erwähnt. Erst an fünfter Stelle steht ein Cluster, das Sanktionen benennt, die bereits umgesetzt wurden oder von der internationalen Gemeinschaft geplant sind, sowie Forderungen nach der Freilassung von Journalist\*innen und Medienschaffenden oder nach der freien Ausübung von Medienarbeit. Diese Forderungen stammen jedoch nicht von den Autor\*innen der Zeitungen selbst, sondern werden lediglich von anderen Personen aufgegriffen. Die Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian sowie The New York Times zeichnen somit stellvertretend für die internationale Berichterstattung insgesamt ein düsteres und pessimistisches Bild der Pressefreiheit in Belarus. Dies entspricht zwar auch der tatsächlichen Lage der Pressefreiheit in Belarus, jedoch verdeutlicht die Abwesenheit von Lösungen und optimistischen Frames, wie hoffnungslos die Lage zu sein scheint. Dies sollte ein Weckruf an die internationale Gemeinschaft sein, nicht wegzuschauen, sondern aktiv zu werden und die Pressefreiheit international zu schützen.

## Literaturverzeichnis

- Benedek, Wolfgang (2020): OSCE Rapporteur's Report under the Moscow Mechanism on Alleged Human Rights Violations related to the Presidential Elections of 9 August 2020 in Belarus. <https://www.osce.org/files/f/documents/2/b/469539.pdf> [Zugriff: 18.5.2022].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Belarus: Widerstand gegen Lukaschenko. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/338800/belarus-widerstand-gegen-lukaschenko/> [Zugriff: 18.5.2022].
- Czepek, Andrea/Hellwig, Melanie/Ilg, Beate/Nowak, Eva (Hrsg.) (2018): Freiheit und Journalismus. Baden-Baden: Nomos.
- Entman, Robert (1991): Framing U.S. Coverage of International News: Contrasts in Narratives of the KAL and Iran Air Incidents. In: *Journal of Communication* 41 (4), 6–27.
- Entman, Robert (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: *Journal of Communication* 43 (4), 51–58.
- Epping, Volker/Lenz, Sebastian/Leydecker, Philipp (2019) (2004): Grundrechte. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Europäische Union (2012): Charter of Fundamental Rights of the European Union. In: *Official Journal of the European Union* (326), 391–407.
- European University Institute (2021): Monitoring Media. Pluralism In The Digital Era. [https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/71970/CMPF\\_MPM2021\\_final-report\\_QM-09-21-298-EN-N.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/71970/CMPF_MPM2021_final-report_QM-09-21-298-EN-N.pdf?sequence=1&isAllowed=y) [Zugriff: 16.4.2022].
- Freedom House (2021): Belarus. Freedom in the world 2021. <https://freedomhouse.org/country/belarus/freedom-world/2021> [Zugriff: 16.4.2022].
- Hertog, James/Mcleod, Douglas (2001): A multiperspectival approach to framing analysis: A field guide. In: Reese, Stephen/Gandy, Oscar/Grant, August (Hrsg.): *Framing public life. Perspectives on media and our understanding of the social world*. Mahwah, NJ: Erlbaum, 139–162.
- Human Rights Watch (2021): Belarus. Events of 2021. <https://www.hrw.org/world-report/2022/country-chapters/belarus> [Zugriff: 17.5.2022].
- Iyengar, Shanto (1989): How Citizens Think about National Issues: A Matter of Responsibility. In: *American Journal of Political Science* 33 (4), 878.
- Jarolimek, Stefan (2009): Die Transformation von Öffentlichkeit und Journalismus. Modellentwurf am Fallbeispiel Belarus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lange, Bernd-Peter (2008): Medienwettbewerb, Konzentration und Gesellschaft. Interdisziplinäre Analyse von Medienpluralität in regionaler und internationaler Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Libereco (2021): #FactsOfRepression: Daten belegen Umfang der staatlichen Unterdrückung in Belarus. <https://www.lphr.org/belarus-facts-of-repression/> [Zugriff: 18.5.2022].
- Manaev, Oleg (2009): Belarus on the 'Huntington Line': The Role of Media. In: Dyczok, Marta/Gaman-Golutvina, Oxana (Hrsg.): *Media, democracy and freedom. The Post-*

- Communist Experience. Bern: Peter Lang, Internationaler Verlag der Wissenschaften, 129–156.
- Manaev, Oleg (2014): Media in Post-Soviet Belarus: Between Democratization and Reinforcing Authoritarianism. In: *Demokratizatsiya* 22 (2), 207–229.
- Matthes, Jörg (2007): Framing-Effekte. Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellungen der Rezipienten. Baden-Baden: Verlag Reinhard Fischer.
- Matthes, Jörg (2014): Framing. Baden-Baden: Nomos.
- Matthes, Jörg/Kohring, Matthias (2004): Die empirische Erfassung von Medien-Frames. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 52 (1), 56–75.
- Mayring, Philipp <sup>12</sup>2015 (1983): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim/Basel: Beltz.
- Miller, M. (1997): Frame Mapping and Analysis of News Coverage of Contentious Issues. In: *Social Science Computer Review* 15 (4), 367–378.
- Prinzing, Marlis (2016): *Pressefreiheit in Europa. Eine Bestandsaufnahme*. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/231305/pressefreiheit-in-europa/> [Zugriff: 14.4.2022].
- Rat der Europäischen Union (2014): *EU Human Rights Guidelines on Freedom of Expression Online and Offline*. [https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/142549.pdf](https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/142549.pdf) [Zugriff: 14.4.2022].
- Reporter ohne Grenzen (o. J.): *Medienpluralismus*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/mom/medienpluralismus/> [Zugriff: 1.5.2022].
- Reporter ohne Grenzen (2021a): *Rangliste der Pressefreiheit*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2021/ueberblick#eu> [Zugriff: 20.4.2022].
- Reporter ohne Grenzen (2021b): *Rangliste der Pressefreiheit 2021*. [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste\\_2021/Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit\\_2021\\_-\\_RSF.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2021/Rangliste_der_Pressefreiheit_2021_-_RSF.pdf) [Zugriff: 10.4.2022].
- Reporter ohne Grenzen (2021c): *Rangliste der Pressefreiheit 2021. Methodische Hinweise zur Erstellung*. [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste\\_2021/Methodik\\_Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit2021\\_-\\_RSF.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2021/Methodik_Rangliste_der_Pressefreiheit2021_-_RSF.pdf) [Zugriff: 15.4.2022].
- Reporter ohne Grenzen (2022a): *Barometer der Pressefreiheit 2022. Blogger und Bürgerjournalisten in Haft*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/barometer/2022/blogger-und-buergerjournalisten-in-haft/> [Zugriff: 20.5.2022].
- Reporter ohne Grenzen (2022b): *Barometer der Pressefreiheit 2022. Journalisten in Haft*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/barometer/2022/journalisten-in-haft/> [Zugriff: 20.5.2022].
- Reporter ohne Grenzen (2022c): *Barometer der Pressefreiheit 2022. Medienmitarbeiter in Haft*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/barometer/2022/medienmitarbeiter-in-haft/> [Zugriff: 20.5.2022].

Steger, Natalie (2021): Wie die PiS die Medienkontrolle verschärft.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-medien-kontrolle-ungarn-100.html> [Zugriff: 16.4.2022].

Thomaß, Barbara (Hrsg.) (2007): Mediensysteme im internationalen Vergleich. Konstanz: UVK.

United Nations (1948): Universal Declaration of Human Rights.

[https://www.ohchr.org/sites/default/files/UDHR/Documents/UDHR\\_Translations/eng.pdf](https://www.ohchr.org/sites/default/files/UDHR/Documents/UDHR_Translations/eng.pdf) [Zugriff: 16.4.2022].

Viasna (2021): Human Rights Situation in Belarus in 2020. Analytical Review by Viasna.

Analytical review. [https://spring96.org/files/misc/review\\_2020\\_en.pdf](https://spring96.org/files/misc/review_2020_en.pdf)

[Zugriff:16.05.2021].

# Anhang

Anhang 1: Cluster SZ

Anhang 2: Cluster FAZ

Anhang 3: Cluster TG

Anhang 4: Cluster NYT

Anhang 5: Frames SZ

Anhang 6: Frames FAZ

Anhang 7: Frames TG

Anhang 8: Frames NYT

Legende Excel-Tabellen Cluster:

**rot** = doppelt oder dreifach zugeordnete Frames

**rosa** = Frames externer Urheber\*innen

## Anhang 1: Cluster SZ

Gezieltes Vorgehen gegen Journalist*innen: So wenige Zeugen wie möglich	Wirksame Einschüchterung – Vorsicht ist geboten	Lukaschenkos Propaganda	Kampfgeliste der Journalist*innen und Belaruss*innen	Hoffnungsträgerin internationale Gemeinschaft	Konsequenzen für Lukaschenko	Alles ist Politik	Belarus löst Probleme mit Gewalt
C1	C2	C3	C4	C5	C6	C7	C8
SZ310820F01	SZ071020F01	SZ081020F01	SZ31082002F01	SZ250820F01	SZ260521F01	SZ071020F03	SZ151120F02
SZ31082002F01	SZ071020F05	SZ111220F04	SZ31082002F02	SZ310820F01	SZ260521F02		SZ111220F05
SZ290920F01	SZ151120F01	SZ040621F01	SZ290920F01	SZ081020F01	SZ040621F03		SZ290121F05
SZ071020F01	SZ190521F02	SZ010721F04	SZ071020F02	SZ081020F02	SZ291021F02		
SZ071020F02	SZ040621F01		SZ111220F01	SZ111220F06			
SZ071020F04	SZ010721F01		SZ111220F05	SZ190521F01			
SZ071020F05	SZ010721F02		SZ290121F01	SZ260521F01			
SZ151120F01	SZ010721F03		SZ290121F06	SZ040621F02			
SZ151120F02			SZ190521F02				
SZ111220F02			SZ220721F01				
SZ111220F03							
SZ290121F02							
SZ290121F03							
SZ290121F04							
SZ290121F05							
SZ290121F06							
SZ190221F01							
SZ190521F01							
SZ190521F02							
SZ260521F02							
SZ260521F03							
SZ010621F01							
SZ010621F02							
SZ040621F03							
SZ010721F03							
SZ010721F05							
SZ220721F01							
SZ291021F01							
SZ291021F02							

## Anhang 2: Cluster FAZ

Gezieltes Vorgehen gegen Journalist*innen: So wenige Zeugen wie möglich	Wirksame Einschüchterung – Vorsicht ist geboten	Lukaschenkos Propaganda	Kampfgeist der Journalist*innen und Belarus*innen	Hoffnungsträgerin internationale Gemeinschaft	Konsequenzen für Lukaschenko	Alles ist Politik	Belarus löst Probleme mit Gewalt	Russland – Vorbild, Freund und Helfer, oder?	Mediennutzung in Belarus
C1	C2	C3	C4	C5	C6	C7	C8	C9	C10
FAZ120820F02	FAZ240521F02	FAZ120820F07	FAZ230820F01	FAZ230820F04	FAZ250521F03	FAZ021021F02	FAZ120820F01	FAZ120820F04	FAZ260521F03
FAZ120820F03	FAZ240521F04	FAZ260820F02	FAZ030320F01	FAZ240521F01	FAZ280521F01		FAZ120820F02	FAZ260820F01	FAZ260521F04
FAZ120820F06	FAZ250521F01	FAZ260820F03	FAZ090721F01	FAZ250521F02			FAZ250521F01	FAZ260820F02	
FAZ120820F07	FAZ25052102F01	FAZ140121F03	FAZ09072102F01	FAZ250521F03			FAZ250521F02	FAZ260820F03	
FAZ260820F02	FAZ040621F02	FAZ240521F04	FAZ09072102F01	FAZ260820F01			FAZ25052102F02	FAZ25052102F03	
FAZ290820F01	FAZ09072102F02	FAZ250521F01	FAZ200921F02				FAZ040621F02		
FAZ230820F02	FAZ021021F01	FAZ25052102F01	FAZ021021F01						
FAZ230820F03	FAZ021021F03	FAZ25052102F02							
FAZ23082002F01		FAZ040621F01							
FAZ030320F01		FAZ040621F02							
FAZ140121F01									
FAZ140121F02									
FAZ140121F03									
FAZ160221F01									
FAZ160221F02									
FAZ160221F03									
FAZ270321F01									
FAZ160521F01									
FAZ160521F02									
FAZ240521F01									
FAZ240521F02									
FAZ240521F03									
FAZ240521F05									
FAZ25052102F03									
FAZ260521F01									
FAZ260521F02									
FAZ260521F05									
FAZ260521F06									
FAZ090721F01									
FAZ09072102F01									
FAZ140721F01									
FAZ160721F01									
FAZ190821F01									
FAZ200921F01									
FAZ021021F03									
FAZ261021F01									
FAZ261021F02									

## Anhang 3: Cluster TG

Gezieltes Vorgehen gegen Journalist*innen: So wenige Zeugen wie möglich	Wirksame Einschüchterung – Vorsicht ist geboten	Lukaschenkos Propaganda	Kampfgeist der Journalist*innen und Belarus*innen	Hoffnungsträgerin internationale Gemeinschaft	Konsequenzen für Lukaschenko	Belarus löst Probleme mit Gewalt
C1	C2	C3	C4	C5	C6	C8
TG280820F01	TG170820F02	TG170820F04	TG170820F01	TG180221F01	TG180221F01	TG250521F02
TG280820F02	TG250521F02	TG170820F05	TG170820F03	TG24052102F01	TG24052102F01	TG250521F03
TG280820F04	TG250521F03	TG250521F02	TG170820F06	TG250521F01	TG250521F01	TG040621F01
TG280820F05	TG260521F02	TG250521F03	TG280820F03	TG260521F01	TG260521F01	
TG290820F01	TG280521F01	TG260521F02	TG290820F02			
TG290820F02	TG040621F01	TG040621F01	TG280521F01			
TG100221F01	TG040621F02	TG040621F02	TG090821F01			
TG180221F01	TG090821F01		TG130921F01			
TG180221F02						
TG190521F01						
TG240521F01						
TG24052102F02						
TG25052102F01						
TG25052102F02						
TG25052102F03						
TG260521F01						
TG280521F01						
TG090821F01						
TG130921F01						

## Anhang 4: Cluster NYT

Gezieltes Vorgehen gegen Journalist*innen: So wenige Zeugen wie möglich	Wirksame Einschüchterung – Vorsicht ist geboten	Lukaschenkos Propaganda	Kampfgeist der Journalist*innen und Belarus*innen	Hoffnungsträgerin internationale Gemeinschaft	Konsequenzen für Lukaschenko	Belarus löst Probleme mit Gewalt	Mediennutzung in Belarus
C1	C2	C3	C4	C5	C6	C8	C10
NYT210820F01	NYT041120F02	NYT23052102F04	NYT290820F01	NYT230521F01	NYT230521F01	NYT23052102F03	NYT041120F01
NYT290820F01	NYT041120F04	NYT240521F03	NYT041120F02	NYT240521F01	NYT240521F01		NYT230521F02
NYT290820F02	NYT230521F02	NYT250521F02	NYT041120F03	NYT240521F02	NYT240521F02		NYT23052102F02
NYT041120F02	NYT23052102F02	NYT250521F07	NYT041120F04	NYT260521F03	NYT260521F03		
NYT041120F04	NYT23052102F04	NYT260521F06	NYT250521F03	NYT290521F01	NYT290521F01		
NYT180221F01	NYT240521F03	NYT140621F01	NYT250521F05				
NYT230521F01	NYT250521F01						
NYT230521F02	NYT250521F02						
NYT23052102F01	NYT250521F04						
NYT23052102F02	NYT250521F07						
NYT23052102F03	NYT260521F01						
NYT250521F01	NYT260521F02						
NYT250521F03	NYT140621F01						
NYT250521F04							
NYT250521F06							
NYT260521F01							
NYT260521F02							
NYT260521F04							
NYT260521F05							
NYT260521F06							

## Anhang 5: Frames SZ

Text und Titel	Frame-Nr.	Frame-name	problem definition	causal interpretation	moral evaluation	treatment recommendation	Autor*in Frame	Anmerkungen/Besonderheiten
SZ250820  Warschau als Freund der Opposition	F01	Medienunterstützung aus Polen	polnische Regierung unterstützt Pressefreiheit in Belarus	kritisch berichtende „Belsat TV“ und „Nexta“ erhalten Zuschüsse aus Polen	polnische Regierung unterstützt kritische belarussische Medien	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Zumindest wenn es um den Fernsehsender Belsat geht, der in weißrussischer Sprache aus Warschau sendet. Zwar gab es kürzlich innerhalb der Regierungspartei PiS ein bisschen Knatsch um die Finanzierung des Senders, aber nun scheinen die Mittel ja sogar erhöht zu werden. Auch der Kanal Nexta, der über den Messenger-Dienst Telegram sendet, wird von Warschau aus betrieben. Sein Gründer, der 22-jährige Student Stepan Putilo, ist nach Polen ausgewandert, weil Belarus für ihn wegen seines politischen Engagements zu unsicher wurde. Knapp 2,17 Millionen Nutzer haben den Kanal Nexta Live abonniert, der sie über Aktionen informiert, warnt und mitorganisiert. Zudem wenden sich die Oppositionsführer hier an die Öffentlichkeit.					
SZ310820  Ein „Hau ab!“ zum Geburtstag	F01	So wenige Zeugen wie möglich	Zahlreichen ausländischen Journalist*innen wird Akkreditierung entzogen.	Diese sollen nicht über mögliche zunehmende Eskalationen berichten können.	ein Schritt zu mehr Repression statt Dialog	Diskussion über weitere Sanktionen möglich	Journalist*in/deutsche Bundesregierung	Heranziehen von Zitaten der deutschen Bundesregierung
	Textausschnitt		Für den Fall, dass die Lage erneut eskaliert, möchte Lukaschenko offenbar möglichst wenig Zeugen im Land haben. Am Freitag entzogen die belarussischen Behörden zahlreichen Journalisten, die für ausländische Medien arbeiten, ihre Akkreditierung.  Die deutsche Botschaft habe gegen die Verhaftungen interveniert. „Weitere Maßnahmen behalten wir uns ausdrücklich vor“, sagte Maas. Dieser Angriff auf die Pressefreiheit sei „ein weiterer gefährlicher Schritt zu mehr Repression statt zum Dialog mit der Bevölkerung“.					
SZ31082002  ARD-Korrespondent reist aus Belarus aus	F01	Trotz Akkreditierung keine Berichterstattung	Korrespondent Jo Angerer reist aus Belarus aus	nachdem ein Kamerateam der ARD in Minsk über Nacht in von der Polizei festgehalten und ihm die Dreherlaubnis entzogen wurde	belarussische Staatsführung geht massiv gegen Journalisten vor	Prüfen von Möglichkeiten, um weiterhin die Berichterstattung mit ARD-Mitarbeitenden vor Ort zu realisieren, solange über das Studio in Moskau	Journalist*in	
	Textausschnitt		Während der Proteste in Belarus geht die Staatsführung massiv gegen Journalisten vor, davon sind auch Vertreter öffentlich-rechtlicher Sender in Deutschland betroffen. Nachdem ein Kamerateam der ARD in Minsk über Nacht in einer Polizeistation festgehalten und ihm die Dreherlaubnis entzogen wurde, reist nun Korrespondent Jo Angerer aus dem Land aus.  Mit Blick auf die nächsten Tage werde man verschiedene Möglichkeiten prüfen, um weiterhin die Berichterstattung mit ARD-Mitarbeitern vor Ort zu realisieren. „Dabei hat die Sicherheit unserer Mitarbeiter Priorität.“ Die Berichterstattung werde in der Zwischenzeit aus dem ARD-Studio in Moskau erfolgen.					

	F02	Gerücht widerlegt	Der „Deutschen Welle“ (DW) wurden keine Akkreditierungen entzogen.	Es handelte sich um ein Gerücht. Die Mitarbeitenden in Belarus können aktuell arbeiten.	falsches Gerücht	Klarstellung	Journalist*in/ DW	Heranziehen von Zitaten der Deutschen Welle
	Textausschnitt		Bei der Deutschen Welle stellte man klar, dass, anders als zunächst verbreitet, keine Dreherlaubnis entzogen wurde: „Es ging am Wochenende das Gerücht, der DW seien sämtliche Akkreditierungen entzogen worden“, so ein Sprecher. „Das ist nicht der Fall. Im Augenblick können unsere Korrespondenten und ihre Kameraleute in Belarus arbeiten.“					
„Sie wollen uns Angst machen“	F01	Die Feinde der Regierung	gezieltes Vorgehen gegen Fotojournalisten	Belarus nimmt Fotojournalist*innen fest und beschlagnahmt Fotomaterial von Protesten.	Behörden mögen keine unabhängigen Journalist*innen, Einschüchterungsversuche	Sie lassen sich nicht einschüchtern und arbeiten trotz Risiko einer weiteren Festnahme weiter.	Interviewpartner	Interview mit belarussischem Fotojournalisten Alexander Vasukovich
	Textausschnitt		Warum geht der Staat gegen Fotojournalisten vor? „Die Behörden mögen keine unabhängigen Journalisten. Sie behandeln sie wie Feinde. Sie wollen uns Angst machen, uns einschüchtern, unsere Arbeit zu tun.“  „Ein Polizist fragte mich nach der Verurteilung, ob ich weiterhin zu den Demonstrationen gehen und von dort berichten werde. Ich sagte, das werde ich. Er antwortete: „Dann kommst du vielleicht zurück ins Gefängnis.““					
„Für diese Arbeit kann man ins Gefängnis kommen“	F01	Weniger Zeit, mehr Unsicherheit	Journalistische Arbeit in Belarus ist nun noch zeitintensiver geworden.	ständiges Risiko, von belarussischen Sicherheitskräften festgenommen zu werden	Unsicherheit der Mitarbeitenden	Sie und ihre Kolleg*innen planen nicht langfristig.	Interviewpartnerin	Interview mit belarussischer Redakteurin Jelena Tolka-tschowa von Nachrichtenportal „Tut.by“
	Textausschnitt		„Die Arbeit nimmt jetzt sehr viel mehr Zeit in Anspruch. Es fällt mir schwer, mein Privatleben zu planen. Das war früher schon nicht einfach und ist jetzt doppelt so schwierig: Man weiß nicht, wo man morgen ist, ob man nach einer Protestaktion nach Hause kommt. Wenn man festgenommen wird, weiß man nicht, wie lange man fest sitzt. Meine Kollegen und ich planen nicht langfristig. Mein Kollege weiß nicht, ob er in einer Woche Urlaub machen kann. Wenn man ihn festnimmt, werden seine Reisetickets ungültig.“					
	F02	Ein paar extra Socken zur Arbeit	Journalist*innen wappnen sich für mögliche Festnahme.	Presseausweis kein Schutz mehr, sondern eher ein Risiko	blaue Pressewesten als Bedrohung für Sicherheitskräfte	Trotz des Risikos arbeiten sie weiter und sind mit extra Klammern ausgestattet für den Fall einer Festnahme.	Interviewpartnerin	Interview mit belarussischer Redakteurin Jelena Tolka-tschowa von Tut.by
	Textausschnitt		„Ich bereite mich gedanklich jetzt besser vor. Noch im Juni und Juli hatte unser Presseausweis eine Bedeutung. Nach dem 9. August wurde klar, dass unsere blauen Pressewesten für die Sicherheitskräfte eher ein Signal sind. Sie					

			warnen uns, dass wir nicht näher als 50 Meter an die Demonstranten herankommen dürfen. Ansonsten werden wir wegen eines Gesetzesverstößes vor Gericht gestellt. Wer diese 50 Meter misst, ist rätselhaft. Wir haben in unseren Rucksäcken warme Kleidung und Socken, Zahnbürsten für den Fall einer Festnahme. Ich kann aber nicht sagen, dass ich Angst habe. Ich mache meine Arbeit. Es ist leider in unserem Staat so, dass man für diese Arbeit ins Gefängnis kommen kann.“					
	F03	Alles ist Politik	Bei Tut.by arbeiten jetzt alle mit dem Thema „Politik“.	Die Lage in Belarus beeinträchtigt alle Lebensbereiche, von Kultur bis Sport, da Menschen aus allen Bereichen festgenommen werden.	Kein Bereich ist mehr unpolitisch seit dem Wahltag am 9. August 2020.	keine	Interviewpartnerin	Interview mit belarussischer Redakteurin Jelena Tolka-tschowa von Tut.by
	Textausschnitt		„Wir haben keine politische Redaktion, mit Politik bin nur ich beschäftigt. Aber seit dem Wahltag am 9. August berichtet die ganze Redaktion über Politik. Jeder Journalist, der früher über Kultur oder Sport berichtet hat, schreibt jetzt über Politik, weil auch Kulturschaffende und Sportler festgenommen werden. Insgesamt arbeiten in der Redaktion mehr als 60 Menschen. Tut.by ist eine der größten Redaktionen unter unabhängigen Medien in Belarus.“					
	F04	Festnahme von blauen Westen	Journalist*innen werden bei Demonstrationen häufig festgenommen.	Mit Vorwänden werden Journalist*innen bei Demonstrationen angesprochen und dann festgenommen.	kein Zufall, sondern gezielte Jagd auf Journalist*innen	keine	Interviewpartnerin	Interview mit belarussischer Redakteurin Jelena Tolka-tschowa von Tut.by
	Textausschnitt		„Die Sicherheitskräfte sehen unsere blauen Westen, kommen auf uns Journalisten zu, angeblich um Dokumente zu überprüfen. Dann werden wir festgenommen und weggeführt. Zwei meiner Kollegen wurden am Ende einer Protestaktion festgenommen. Die beiden haben 72 Stunden in einer Zelle gesessen. Sie wurden als Teilnehmer des Protests verurteilt, obwohl Fotos und Videos bewiesen, dass sie dort journalistisch gearbeitet hatten. Zwei Fotoreporter wurden zu elf Tagen Freiheitsentzug verurteilt. Das passiert nicht zufällig. Es gibt viele Journalisten, aber noch mehr Mitarbeiter der Sicherheitskräfte. Es fällt ihnen nicht schwer, uns unter den Protestteilnehmern herauszupicken. Wir verstehen, dass gezielt Jagd auf uns gemacht wird.“					
	F05	Tut.by verliert den Status als Massenmedium	Festnahmen von Journalist*innen des Portals Tut.by sind nun noch wahrscheinlicher	Durch den Status-Entzug als Massenmedium sind die Journalist*innen noch mehr gefährdet bei Demonstrationen, da sie nun als Protestteilnehmende gelten.	Durch gezielte Festnahmen ist die Arbeit nun noch einmal riskanter geworden.	keine Berichterstattung mehr vor Ort von den Massendemonstrationen	Interviewpartnerin	Interview mit belarussischer Redakteurin Jelena Tolka-tschowa von Tut.by
	Textausschnitt		„Das ändert unsere Situation bei den Demonstrationen völlig. In den Augen der Sicherheitskräfte sind wir Protestteilnehmer. Dabei hatten wir den Status					

			als Massenmedium erst Anfang 2019 bekommen. Damit wir Journalisten bei Protesten in Sicherheit sind.“  „Wir gehen noch größere Risiken ein. Wir werden gezielt festgenommen. Die Chefredakteurin von Tut.by hat erklärt, dass die Journalisten nun nicht bei den Massendemonstrationen arbeiten werden, weil es wirklich gefährlich ist. Es gibt nicht viele Medien in Belarus, die ihren Status als Medium behalten dürfen.“					
SZ081020  „Nicht tatenlos zusehen“	F01	Desinformation als Waffe	Belarussische Oppositionsführerin Tichanowskaja bittet Deutschland um Handeln gegen Desinformation in Belarus	Russ*innen haben in staatlich kontrollierten Medien den Platz von Belarussen eingenommen, die sich weigern, noch länger Lukaschenkos Propaganda zu verbreiten.	eine neue Art der Waffenhilfe	Desinformation bekämpfen durch russischsprachiges Fernsehprogramm der Deutschen Welle	Journalist*in	
	Textausschnitt		Es war eine neue Art der Waffenhilfe. Als sich der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko mit der Bitte um Unterstützung gegen die Protestbewegung im Land an den russischen Präsidenten Wladimir Putin wandte, schickte der Kremlchef: Journalisten. Russen haben in den staatlich kontrollierten Medien den Platz von Belarussen eingenommen, die sich weigern, noch länger Lukaschenkos Propaganda zu verbreiten.  In dieser Woche kam die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja zu Besuch nach Berlin, sie nannte dabei den Zugang zu wahrhaftigen Informationen als eines der großen Probleme in ihrer Heimat. Deutschland solle, bat sie, einen Beitrag leisten gegen die Desinformation, etwa mit einem russischsprachigen Fernsehprogramm der Deutschen Welle. Bisher sendet der Auslandssender sein TV-Programm in Deutsch, Englisch, Spanisch und Arabisch; Radio- und Onlineinhalte werden in 30 Sprachen verbreitet.					
	F02	Ist mehr russisch die Lösung?	Lindner wendet sich an DW mit der Bitte, das Programm in Russisch anzubieten.	Tichanowskaja überzeugte Lindner von der Relevanz eines russischen Vollprogramms der DW.	Ein russischsprachiges Vollprogramm könne einen wichtigen Beitrag leisten.	Die FDP ist bereit, sich im Bundestag für zusätzliche Finanzmittel einzusetzen.	Journalist*in/ FDP	Heranziehen von Zitaten von Christian Lindner (FDP) zur Bewertung und Begründung
	Textausschnitt		Nach einem Treffen mit Tichanowskaja hat nun FDP-Chef Christian Lindner die Forderung aufgegriffen. „Der Strategie des Autokraten Lukaschenko der Abschottung der belarussischen Bevölkerung können wir aus dem Westen nicht tatenlos zusehen“, schrieb er in einem Brief an den Intendanten der Deutschen Welle (DW), Peter Limbourg. Ein russischsprachiges Vollprogramm könne einen wichtigen Beitrag leisten.  Die FDP sei bereit, sich im Bundestag für zusätzliche Finanzmittel einzusetzen.					
SZ151120  Chronist der Revolution	F01	Belarussischer Journalist im Gefängnis	belarussischer Journalist Jan Awsejuschkina im Gefängnis	Verurteilung zu 15 Tagen Haft wegen angeblicher Teilnahme an einer ungenehmigten	Unsicherheit über das Schicksal von Inhaftierten	keine	Journalist*in	

				Massen- veranstal- tung					
	Textausschnitt		<p>Seit einer Woche sitzt der belarussische Journalist Jan Awsejuschkin im Gefängnis in Schodsina, außerhalb von Minsk. Ein Gericht hat ihn zu 15 Tagen Haft verurteilt, wegen „Teilnahme an einer ungenehmigten Massenveranstaltung“.</p> <p>Jan Awsejuschkin wusste, dass Akkreditierung und Presseausweis ihn nicht schützen würden.</p> <p>15 Tage in einem belarussischen Gefängnis bedeuten 15 Tage voller Unsicherheit.</p>						
	F02	Repressionen gegen Journalist*innen	478 dokumentierte Fälle von Repressionen gegen Journalist*innen in Belarus	Sie wurden festgenommen, geschlagen, mit Gummikugeln angeschossen und vor Gericht gestellt.	Sie werden dafür bestraft, dass sie ihre Arbeit machen.	keine	Journalist*in	Heranziehen einer Statistik des Belarussischen Journalistenverbands (BAJ)	
	Textausschnitt		<p>Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zählt inzwischen 13 000 Festnahmen, vermutlich sind es mehr. Der belarussische Journalistenverband BAJ listet 478 Fälle von Repressionen gegen Journalisten auf. Sie wurden festgenommen, geschlagen, mit Gummikugeln angeschossen, vor Gericht gestellt und dafür bestraft, dass sie ihren Job machten. Beinahe täglich kommen neue Fälle hinzu.</p>						
SZ111220 „Tausende, Schulter an Schulter, das ist ein unglaubliches Gefühl“	F01	Tagebuch der Proteste	Journalistin Hanna Ljubakowa dokumentiert die Bemühungen der Demokratiebewegung	damit sich die Menschen im Ausland weiter für Belarus interessieren	Sie fühlt sich verpflichtet, täglich Updates zu veröffentlichen.	die Belaruss*innen kämpfen weiter	Interviewpartnerin	Interview mit freier belarussischer Journalistin Hanna Ljubakowa	
	Textausschnitt		<p>„Wenn die Welt vergisst, was in Belarus passiert, wird es hier noch schlimmer werden. Also fühle ich mich verpflichtet, täglich Updates auf Englisch zu teilen, damit die Menschen im Ausland sich weiter für uns interessieren. Denn die Belarussinnen und Belarussen kämpfen weiter: Sie versammeln sich, singen, hängen die vom Regime gehassten weiß-rot-weißen Fahnen auf, die vor Lukaschenkos Zeit die Nationalflagge waren. Außerdem möchte ich nicht nur auf politische Gefangene, Folter und Polizeigewalt aufmerksam machen. Sondern auch darauf, wie das Volk zusammenhält und sich organisiert, wie sich die Gesellschaft durch die Proteste verändert.“</p>						
	F02	Es war einmal die Pressefreiheit	Seit 26 Jahren gibt es keine Pressefreiheit mehr in Belarus.	seitdem Lukaschenko an der Macht ist	Die Lage der Pressefreiheit war immer schlecht.	keine	Interviewpartnerin	Interview mit freier belarussischer Journalistin Hanna Ljubakowa	
	Textausschnitt		<p>„Seit Lukaschenko vor 26 Jahren an die Macht gekommen ist, gibt es in Belarus keine Pressefreiheit mehr. Die Lage war also schon immer schlecht.“</p>						
	F03	Volksfeind Nr. 1	Journalist*innen sind die Feinde des Staates	Verfolgung und Festnahme von Journalist*innen, die über	Lage der Pressefreiheit nun noch schlechter	keine	Interviewpartnerin	Interview mit freier belarussischer Journalistin Hanna	

				Proteste berichten				Ljubakowa
	Textausschnitt		„Aber jetzt werden Journalisten noch brutaler verfolgt. Für die belarussischen Behörden sind wir der Volksfeind. Bei fast jedem Protest werden Menschen festgenommen, weil sie demonstrieren und Journalisten, weil sie darüber berichten.“					
	F04	Wie Bondarenko wirklich starb	Desinformation über Roman Bondarenkos Tod	Lukaschenko behauptete, Bondarenko wäre nicht von Sicherheitskräften verprügelt worden, sondern betrunken durch eine Prügelei mit Nachbarn.	mit Absicht verbreitete Desinformation seitens der belarussischen Regierung	Widerlegung der Informationen als falsch durch eine Journalistin, diese wurde im Anschluss festgenommen	Interviewpartnerin	Interview mit freier belarussischer Journalistin Hanna Ljubakowa
	Textausschnitt		<p>„Der 31-jährige Raman Bandarenka ist Stunden nach seiner Verhaftung im Krankenhaus gestorben. Er hatte auf einem Minsker Platz Bändchen in den Farben der Demokratiebewegung aufgehängt.</p> <p>Lukaschenko hat nach Ramans Tod behauptet, dieser sei betrunken gewesen und habe sich mit Nachbarn geprügelt. Die Journalistin Katerina Borissjewitsch hat von einem Arzt dann seine Krankenakte bekommen, in der von schwersten Verletzungen die Rede ist. Und dass Raman nüchtern war.</p> <p>Nachdem sie diese Informationen veröffentlicht hat, wurde sie selbst festgenommen.“</p>					
	F05	Kampfgeist	Aufgeben kommt für Belaruss*innen jetzt nicht in Frage.	Zu viele Menschen wurden vom Regime durch die Proteste festgenommen, misshandelt oder sind sogar gestorben.	Lukaschenko hat zu viele Grenzen überschritten.	Belaruss*innen kämpfen weiter	Interviewpartnerin	Interview mit freier belarussischer Journalistin Hanna Ljubakowa
	Textausschnitt		<p>Woher nehmen die Menschen den Mut, trotzdem weiterzumachen?</p> <p>„Einerseits hat Lukaschenko einfach zu viele Grenzen überschritten. Für die Leute gibt es keinen Weg zurück. Menschen werden inhaftiert und gefoltert, einige sind gestorben, da kann man nicht nach Hause gehen und tun als sei nichts geschehen. Außerdem würde das Regime wahrscheinlich noch härter durchgreifen, wenn die Leute jetzt aufgeben. Dazu kommt aber auch dieses Gefühl der Verbundenheit bei den Protesten. Tausende, Schulter an Schulter, das ist einfach ein unglaubliches Gefühl.“</p>					
	F06	Mehr Druck auf das Regime	Friedliche Proteste reichen nicht, um das Regime zu stürzen.	Lukaschenko hat seinen Machtapparat über fast 30 Jahre lang aufgebaut.	Die bisherigen EU-Sanktionen reichen nicht.	Hoffnung auf starken Druck aus dem Ausland, um die Situation in Belarus zu lösen, z. B. durch stärkere Sanktionen und die	Interviewpartnerin	Interview mit freier belarussischer Journalistin Hanna Ljubakowa

						universelle Gerichtsbarkeit für Menschenrechtsverbrechen		
	Textausschnitt		<p>„Lukaschenko hat seinen Machtapparat über fast drei Jahrzehnte aufgebaut. So ein Regime fällt nicht einfach, weil man in die Hände klatscht, singt und durch die Straßen marschiert. Aber mehr ist bei friedlichen Protesten kaum möglich. Jetzt kommt es auf starken Druck aus dem Ausland an. Die Belarussen kämpfen für die Demokratie und zählen darauf, dass westliche Länder sie unterstützen. Die bisherigen EU-Sanktionen reichen nicht.</p> <p>Ein wichtiger Weg ist die universelle Gerichtsbarkeit für Menschenrechtsverbrechen. Letzte Woche wurde der erste Antrag für so einen Prozess in Litauen gestellt und die dortige Staatsanwaltschaft hat am Mittwoch mit den Ermittlungen begonnen.</p> <p>Tichanowskaja und ihr Team versuchen, möglichst viele solche Fälle zu finden und die Verantwortlichen im Ausland vor Gericht zu bringen.“</p>					
SZ290121	F01	Kein Hungerstreik mehr	belarussischer Blogger Igor Lossik beendet Hungerstreik	Tausende Belaruss*innen hatten ihn gebeten, den Hungerstreik zu beenden.	Er soll das Feiern des Endes des Regimes miterleben.	keine	belarussischer Journalist/Übersetzerin	Gastbeitrag von belarussischem Journalisten und Schriftsteller Sasha Filipenko, aus dem Russischen übersetzt von Ruth Altenhofer
Lukaschenko übersieht, mit wem er es zu tun hat	Textausschnitt		<p>„Nach 41 Tagen Hungerstreik hat der belarussische Blogger Igor Lossik gerade bekannt gegeben, wieder Nahrung zu sich zu nehmen. Das ist eine gute Nachricht. Mehr als einen Monat lang haben zigtausend Belarussen Igor gebeten, seinen Hungerstreik zu beenden. Die wichtigste Botschaft formulierte die belarussische Schriftstellerin Jewgenija Pasternak sehr treffend: ‚Igor, wir werden ganz bald alle zusammen den Sieg über dieses Regime feiern, und es geht nicht, dass du nicht dabei bist!‘“</p>					
	F02	Präventive Festnahme	Blogger Lossik sitzt weiterhin im Gefängnis	Ihm wird die Organisation von Protesten vorgeworfen, die erst mehrere Monate später stattfanden.	präventive Festnahme seitens des Regimes	Der Hungerstreik hat nichts bewirkt.	belarussischer Journalist/Übersetzerin	Gastbeitrag von belarussischem Journalisten und Schriftsteller Sasha Filipenko, aus dem Russischen übersetzt von Ruth Altenhofer
	Textausschnitt		<p>„Die schlechte Nachricht ist: Er sitzt noch immer im Gefängnis. Der Verfasser des größten politischen Telegram-Kanals in Belarus wurde vor sechs Monaten in Minsk verhaftet. Präventiv. Ihm wird die Organisation von Protesten vorgeworfen, die erst mehrere Monate später stattfanden.“</p>					

	F03	Absurde Vorwürfe	Journalistinnen Katerina Andrejewa und Darja Tschulzowa von Belsat TV noch immer in Haft	Sie waren im November 2020 bei einem Protest festgenommen worden. Ihnen wird vorgeworfen, bei ihrem Livestream vom Protest den Straßenverkehr massiv behindert zu haben.	Absurdität der Vorwürfe ist nicht einmal mehr erstaunlich in Belarus	keine	belarussischer Journalist/Übersetzerin	Gastbeitrag von belarussischem Journalisten und Schriftsteller Sasha Filipenko, aus dem Russischen übersetzt von Ruth Altenhofer
	Textausschnitt		„Viele belarussische Journalisten zahlen für ihre Berichte mit ihrer Freiheit. So sind etwa Katerina Andrejewa und Darja Tschulzowa vom oppositionellen Sender Belsat nach wie vor hinter Gittern. Am 15. November 2020 wurden sie festgenommen, während sie einen Livestream auf der Straße produzierten. Ihnen wird die Anleitung von ‚Gruppenaktionen‘ vorgeworfen, die ‚die öffentliche Ordnung grob verletzen‘. Die Ermittlungen ergaben, dass der Livestream von Katerina und Darja 13 Buslinien, drei Trolleybus- und drei Straßenbahnlinien aufgehalten habe. Über die Absurdität der Vorwürfe staunt allerdings schon lang keiner mehr.“					
	F04	Arztgeheimnis gelüftet	Journalistin Katerina Borissewitsch sitzt bereits seit mehreren Monaten in Haft	Vorwurf, das Arztgeheimnis gelüftet zu haben, als sie die Aussage eines Arztes zum Tod von Raman Bondarenko veröffentlichte, der die tatsächliche Todesursache nahelegte	Ermordung von Bondarenko steht fest	keine	belarussischer Journalist/Übersetzerin	Gastbeitrag von belarussischem Journalisten und Schriftsteller Sasha Filipenko, aus dem Russischen übersetzt von Ruth Altenhofer
	Textausschnitt		Auch Katerina Borissewitsch sitzt bereits seit mehreren Monaten in Haft. Sie hat angeblich ein Arztgeheimnis gelüftet. Tatsächlich brachte Borissewitsch nach der aufsehenerregenden Ermordung von Roman Bondarenko die Stellungnahme eines Arztes an die Öffentlichkeit, der zufolge der junge Künstler, den Unbekannte aus dem Hof seines Wohnblocks entführt hatten, nicht betrunken gewesen war. Die belarussischen Behörden hatten nämlich versucht, seinen Tod als Folge einer Alkoholvergiftung darzustellen. Wie Sie bestimmt schon erraten haben, wurde gleichzeitig mit Katerina Borissewitsch auch der Arzt inhaftiert.					
	F05	Was will er verbergen?	Belarus geht sowohl gegen Journalist*innen als auch gegen große und kleine Blogger*innen systematisch vor.	zahlreiche dokumentierte Fälle von Festnahmen und Gewalt an Belaruss*innen, darunter auch an Journalist*innen	All diese Festnahmen und Repressionen lassen sich nicht unter den Teppich kehren.	keine	belarussischer Journalist/Übersetzerin	Gastbeitrag von belarussischem Journalisten und Schriftsteller Sasha Filipenko, aus dem

								Russischen übersetzt von Ruth Altenhofer
	Textausschnitt		„Schon vor den Wahlen begann die belarussische Staatsmacht, nicht nur gegen Journalisten, sondern auch systematisch gegen Blogger vorzugehen, auch gegen kleine, bloß regional aktive. Aber was will denn das Regime Lukaschenko verbergen? Vielleicht, dass nach den Wahlen mehr als 1000 Strafverfahren gegen Beteiligte an den Wahlkampagnen seiner politischen Gegner eingeleitet wurden. Oder dass in Belarus derzeit 187 Personen als politische Gefangene gelten, einschließlich der Präsidentschaftskandidaten Wiktor Babariko und Sergej Tichanowski. Oder dass es noch immer kein einziges Strafverfahren wegen Folter von Demonstranten gibt, dafür aber die belarussischen Behörden jetzt berechtigt sind, Ermittlungen wegen Mordes auf unbestimmte Zeit aufzuschieben oder überhaupt auf die Einleitung eines Strafverfahrens zu verzichten.“					
	F06	Er wird nie siegen	Lukaschenko im Informationskrieg	Die Printversion der Zeitung Narodnaja Woljaetwa gibt es nicht mehr, aber die Zeitung veröffentlicht online und über Plakate weiter.	Lukaschenko bekämpft Medien und Medienschaffende, um Informationen über die Lage in Belarus zu vereiteln.	Belaruss*innen geben nicht auf und auch Medienschaffende nicht. Am Ende gewinnt das Volk.	belarussischer Journalist/Übersetzerin	Gastbeitrag von belarussischem Journalisten und Schriftsteller Sasha Filipenko, aus dem Russischen übersetzt von Ruth Altenhofer
	Textausschnitt		„Es herrscht Krieg, unter anderem ein Informationskrieg, den Lukaschenko um jeden Preis gewinnen muss. Aber er übersieht, dass er es mit einfallreichen Partisanen zu tun hat. Die Printversion der Narodnaja Woljaetwa ist in Belarus schon Geschichte. Doch auf die gedruckte Veröffentlichung will Chefredakteur Iossif Sereditsch trotzdem nicht verzichten. Also wird die Zeitung in der Redaktion gestaltet und online verschickt. Freiwillige drucken ein paar Exemplare aus und verteilen sie an Stammleser oder hängen sie an Plakatwände. All das passiert mitten in Europa, im Jahr 2021. Einerseits ist es unerhört und traurig, andererseits eindrucksvoll und symbolträchtig. Dieses Volk, so sehr sich Lukaschenko auch bemüht – er wird es nie besiegen.“					
SZ190221	F01	Straflager für Journalismus	zwei Jahre Straflager für Journalist*innen Katerina Andrejewa und Darja Tschulzowa	Anklage: Sie hätten den Protest koordiniert und Menschen zur Teilnahme verleitet.	Konstruierte Vorwürfe, Belsat TV nannte das Urteil ein Verbrechen, Verstoß gegen belarussisches und internationales Recht	keine	Journalist*in	
Katerina Andrejewa	Textausschnitt		Tatsächlich müssen die Journalistinnen nun zwei Jahre ins Straflager, das Urteil erging am Donnerstag. Angeblich haben sie den Protest koordiniert und Menschen zur Teilnahme verleitet. Das sei schon deswegen absurd, weil niemand auf dem Platz ihren Live-Bericht sehen konnte. Die Behörden hatten das mobile Internet blockiert, sagte einer der Verteidiger vor Gericht. Überhaupt: Die Behörden dürften Journalisten nicht daran hindern, von Protesten zu berichten.					

			Belsat TV nannte das Urteil ein Verbrechen, es verstoße gegen belarussisches und gegen internationales Recht.					
SZ190521  Belarussische Nachrichten- seite ge- sperrt	F01	Verbotene In- formatio- nen	Belarus sperrt die Nachricht- enseite Tut.by und nimmt Mit- arbeitende fest.	Vorwurf: Die Seite habe ver- botene In- formatio- nen veröf- fentlicht und Mitar- beitende hätten Steuerbe- trug be- gangen.	eine der letzten Quellen für unabhän- gige Infor- mationen im Land ist nun auch gesperrt, „vorsätzli- cher Mord“ am unabhän- gigen Nach- richtenportal laut Ticha- nowskaja	Tichanow- skaja for- dert die EU dringend auf, belar- ussische Journa- list*innen zu schüt- zen und un- abhän- gigen Me- dien dabei zu helfen, ihre Arbeit fortzuset- zen.	Journa- list*in/ Ticha- nowskaja	Heran- ziehen von Aus- sagen von Ticha- nowskaja zur Be- wertung der Situ- ation
	Textausschnitt		Die belarussischen Behörden haben die Nachrichtenseite Tut.by gesperrt und damit eine der letzten Quellen für unabhängige Informationen im Land. Sicherheitskräfte durchsuchten am Dienstag die Redaktionsräume und Wohnungen mehrerer Mitarbeiter des Nachrichtenportals. Acht Journalisten und Redaktionsmitglieder sind nach Angaben von Tut.by festgenommen worden, darunter Chefredakteurin Marina Solotowa. Offiziell wird ihnen Steuerbetrug vorgeworfen. Die Sperrung der Seite begründen die Behörden damit, dass diese „verbotene Informationen“ veröffentlicht habe.  Von einem „vorsätzlichen Mord“ an dem unabhängigen Nachrichtenportal schrieb Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja auf Telegram. Sie fordere die EU dringend auf, belarussische Journalisten zu schützen und unabhängigen Medien dabei zu helfen, ihre Arbeit fortzusetzen. Diese ist in Belarus seit der offensichtlich gefälschten Präsidentenwahl im August 2020 noch schwieriger geworden.					
	F02	Die Angst vor Fest- nahme wird zur Realität	Tut.by hatte be- reits seit Herbst 2020 keine Medienli- zenz mehr.	Belarussi- sche Be- hörden entzogen ihnen da- mals die Medienli- zenz.	Die Angst vor der Festnahme der Mitar- beitenden war be- gründet.	Die Redak- tion arbei- tete jedoch vorsichtig weiter.	Journa- list*in	Rück- blick auf das In- terview mit Re- dakteur- in Je- lena Tol- katscho- wa von Tut.by
	Textausschnitt		Der Nachrichtenseite Tut.by hatten die Behörden bereits im Herbst die Medienlizenz entzogen. Die Redaktion arbeitete dennoch weiter, ließ ihre Mitarbeiter aber nicht mehr vor Ort von Demonstrationen berichten. Politikredakteurin Jelena Tolkatschowa sagte der SZ damals, dass sie stets warme Kleidung und eine Zahnbürste bei sich trage, falls sie festgenommen werde. „Ich kann aber nicht sagen, dass ich Angst habe. Ich mache meine Arbeit. Es ist leider in unserem Staat so, dass man für diese Arbeit ins Gefängnis kommen kann.“ Jelena Tolkatschowa gehört zu den acht Redaktionsmitgliedern, die am Dienstag in Minsk festgenommen wurden.					
SZ260521  Journalis- ten stellen Strafan- zeige ge- gen Luka- schenko	F01	Strafan- zeige für Staats- terror	Reporter ohne Gren- zen (RSF) zeigt den belarussi- schen Prä- sidenten beim litau- ischen Ge- neral- staatsan- walt an.	wegen Ent- führung ei- nes Flug- zeugs aus krimineller Absicht	laut RSF Entführung mit terroris- tischem Hinter- grund und beispiello- ses Vorge- hen	Bestrafung des Präsi- denten nach litau- ischem Strafge- setzbuch muss erfol- gen	Journa- list*in/ RSF	Heran- ziehen von Zita- ten von RSF zur Bewer- tung der Situation
	Textausschnitt		Die Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen (RSF) hat Strafanzeige gegen Alexander Lukaschenko beim litauischen Generalstaatsanwalt gestellt. RSF zeige den belarussischen Präsidenten wegen „Entführung eines					

			<p>Flugzeugs mit krimineller Absicht* gemäß Artikel 251 und 252-1 des litauischen Strafgesetzbuches an, teilte die Organisation am Mittwoch in Berlin mit. Nach der Landung waren der belarussische regierungskritische Journalist Roman Protassewitsch und seine Begleiterin Sofia Sapega verhaftet worden.</p> <p>„Wir zeigen Alexander Lukaschenko persönlich an, weil diese Entführung mit terroristischem Hintergrund direkt und offenkundig auf sein Betreiben geschehen ist“, erklärte RSF-Geschäftsführer Christian Mihr.</p>					
	F02	Auch im Flugzeug ist man nicht vor Lukaschenko sicher	Verhaftung von Journalist Roman Protassewitsch und Freundin Sofia Sapega	nach von Belarus erzwungener Landung unter dem fingierten Grund einer Bombendrohung	Einschüchterung der ganzen Gesellschaft, vor allem Journalist*innen laut RSF	Strafanzeige beim litauischen Generalstaatsanwalt	Journalist*in/RSF	Heranziehen von Zitaten von RSF zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		<p>Nach der Landung waren der belarussische regierungskritische Journalist Roman Protassewitsch und seine Begleiterin Sofia Sapega verhaftet worden.</p> <p>Das Flugzeug mit Protassewitsch an Bord, das sich auf dem Weg von Athen nach Vilnius befunden hatte, war laut „Reporter ohne Grenzen“ am Sonntag unter dem fingierten Grund einer Bombendrohung nach Belarus umgeleitet und in Begleitung eines Kampfjets zur Landung gezwungen worden.</p> <p>Dieses Vorgehen sei beispiellos, sagte Mihr. „Lukaschenko will die ganze Gesellschaft einschüchtern, besonders aber Journalistinnen und Journalisten.“</p>					
	F03	Letzter Platz in Europa	Belarus auf Platz 158 von 180 auf der Rangliste der Pressefreiheit	Fernsehen und die meisten Printmedien sind fest in der Hand des Regimes	Unterdrückung kritischer Berichte	keine	Journalist*in	Statistik von RSF
	Textausschnitt		<p>Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht Belarus auf Platz 158 von 180 Ländern. Das Fernsehen und die meisten Printmedien sind fest in der Hand des Regimes. Unabhängige Informationen verbreiten vor allem Nachrichten-Seiten im Internet oder Medien, die aus dem Exil arbeiten. Kritische Berichte werden unterdrückt. Im Oktober 2020 verloren sämtliche Korrespondenten und Korrespondentinnen aus dem Ausland ihre Akkreditierungen, Dutzende unabhängiger Nachrichtenseiten wurden gesperrt.</p>					
SZ010621 Journalist der Deutschen Welle kommt aus Haft frei	F01	Endlich wieder frei	DW-Korrespondent Alexander Burakow nach 20 Tagen Haft wieder freigelassen worden	Er war festgenommen worden, als er über einen Prozess gegen Oppositionspolitiker berichten wollte.	Regime in Belarus versucht, die letzten unabhängigen Stimmen im Land zum Schweigen zu bringen	keine	Journalist*in/dpa/DW	Heranziehen von Zitaten der Deutschen Welle zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		<p>In Belarus ist ein Korrespondent der Deutschen Welle (DW) nach 20 Tagen Haft wieder freigelassen worden.</p> <p>Burakow war im Mai in der Stadt Mogiljow östlich der Hauptstadt Minsk festgenommen worden, als er über einen Prozess gegen Oppositionspolitiker berichten wollte.</p> <p>„Es wird immer wahrscheinlicher, dass das Regime in Belarus versuchen wird, die letzten unabhängigen Stimmen im Land zum Schweigen zu bringen - egal, mit welchen Mitteln.“</p>					
	F02	Unmenschliche Haft	Korrespondent klagt über	Zwei Mal pro Nacht sei er aufgeweckt	Belarus geht laut DW mit allen	abgebrochener Hungerstreik, der	Journalist*in/DW	Heranziehen von Zitaten der

			unmenschliche Haftbedingungen	worden und habe sich nackt ausziehen müssen. Außerdem habe er weder Kissen noch eine Decke bekommen und oft gefroren.	erdenkbaren Mitteln vor.	zu nichts führte		Deutschen Welle zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		<p>Nach seiner Freilassung klagte Alexander Burakow dem Sender nach über unmenschliche Haftbedingungen. Zwei Mal pro Nacht sei er aufgeweckt worden und habe sich nackt ausziehen müssen. Außerdem habe er weder Kissen noch eine Decke bekommen und oft gefroren. Einen Hungerstreik habe er nach sieben Tagen wegen gesundheitlicher Probleme beenden müssen.</p> <p>„Es wird immer wahrscheinlicher, dass das Regime in Belarus versuchen wird, die letzten unabhängigen Stimmen im Land zum Schweigen zu bringen – egal, mit welchen Mitteln.“</p>					
SZ040621	F01	Geständnis unter Zwang	Protassewitsch drückt seine Bewunderung für Lukaschenko im Fernsehen aus und gesteht die Organisation von Massenprotesten.	Der Regierungskritiker wurde vermutlich vom Regime zu seinen Aussagen gezwungen.	Bundesregierung bezeichnet das Interview als „Schande“, Demokratieverachtung und Menschenverachtung	keine	Journalist*in/ Bundesregierung	Heranziehen von Zitaten der Bundesregierung zur Bewertung der Situation
Belarussisches Fernsehen zeigt Interview mit Protassewitsch	Textausschnitt		<p>Das belarussische Staatsfernsehen hat erstmals ein langes Interview mit dem inhaftierten Blogger und Regierungskritiker Roman Protassewitsch ausgestrahlt. Der 26-Jährige gab in dem am Donnerstagabend gesendeten, einstündigen Gespräch unter Tränen zu, Proteste gegen Machthaber Alexander Lukaschenko organisiert zu haben. Dazu sagte er über Lukaschenko, dass dieser „das Richtige tut“ und Protassewitsch ihn „auf jeden Fall“ respektiere.</p> <p>Es ist möglich, dass der Regierungskritiker abermals unter Druck gesetzt wurde.</p> <p>Die Bundesregierung hat das Interview scharf verurteilt. Das Gespräch sei „wohl unter falschen Vorwänden zustande gekommen“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Freitag in Berlin. „Das ist eine Schande für den Sender, der es ausstrahlt, und für die belarussische Führung, die nochmal ihre ganze Demokratieverachtung, und eigentlich muss man auch sagen, Menschenverachtung zeigt.“</p>					
	F02	Appell an den Westen für härtere Maßnahmen	Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja wendet sich an Europa und die USA	nach Zwangsgeständnis von Protassewitsch	Interview im Staatsfernsehen sei schmerzhaft anzuschauen laut Sprecher von Tichanowskaja	mehr Druck auf Lukaschenko von Europa und USA fordert Tichanowskaja	Journalist*in/ Tichanowskaja/ Sprecher von Tichanowskaja	Heranziehen von Zitaten der Tichanowskajas zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		<p>Die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja verlangt von Europa und den USA mehr Druck auf Staatschef Alexander Lukaschenko. Der G7-Gipfel im britischen Cornwall vom 11. bis zum 13. Juni solle sich damit befassen, sagte Tichanowskaja. Ein Sprecher von ihr fügte hinzu, Protassewitsch sei eine Geisel des Regimes in Minsk. Das Interview im Staatsfernsehen sei schmerzhaft anzuschauen.</p>					

	F03	Auch im Flugzeug ist man nicht vor Lukaschenko sicher	Verhaftung von Journalist Roman Protassewitsch und Sofia Sapega	Lukaschenko zwingt ein Passagierflugzeug mit Kampfjet in Minsk zur Landung	Konflikt zwischen der ehemaligen Sowjetrepublik und dem Westen weiter verschärft	Die EU und die USA verhängen neue Sanktionen gegen Belarus.	Journalist*in	Rückblick auf vergangene Geschehnisse in diesem Zusammenhang
	Textausschnitt		Präsident Lukaschenko hatte vor knapp zwei Wochen mit einem Kampfjet ein Passagierflugzeug in Minsk zur Landung gezwungen und Protassewitsch sowie dessen Freundin verhaften lassen. Der Vorfall hat den Konflikt zwischen der ehemaligen Sowjetrepublik und dem Westen verschärft. Die EU und die USA verhängen neue Sanktionen gegen Belarus.					
SZ010721 „Wir leben in einer Dystopie“	F01	Geplatzte Hoffnung	Letzten Sommer wirkte Belarus für eine Weile wie befreit, aber der Schein trug.	Hunderttausende protestierten friedlich und voller Hoffnung gegen Lukaschenko, doch ein Jahr später ist er immer noch da.	Der Diktator sorgt mit großer Gewalt, Festnahmen, Folter und neuen Verboten für gespenstige Ruhe im Land.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Vergangenen Sommer wirkte Belarus für eine Weile wie befreit. Hunderttausende protestierten damals friedlich und voller Hoffnung gegen Alexander Lukaschenko. Ein Jahr später ist der Diktator noch da und sorgt mit großer Gewalt, mit Festnahmen, Folter und neuen Verboten für gespenstige Ruhe im Land.					
	F02	Dystopie	Dystopie-ähnliche Zustände	durch die ständige Angst, festgenommen zu werden z. B. für ihre Kritik oder Interviews, die sie im Fernsehen gegeben hat	Jeden Tag passiert etwas Schlimmes.	Wenn sie die Kündigung erhält, reist sie mit ihrer Familie aus.	belarussische Ärztin	Eindrücke der belarussischen Ärztin Nadeschda (voller Name aus Schutz nicht angegeben)
	Textausschnitt		<p>„Ich kann jederzeit festgenommen oder entlassen werden, so leben wir. Unsere zehnjährige Tochter kennt den Plan, falls ich mich am Telefon nicht melde. Sie ruft dann gleich ihren Vater an und sagt Bescheid, dass ich nicht erreichbar bin. Wenn wir im Treppenhaus Lärm hören, fragt sie: ‚Kommen sie, um dich mitzunehmen?‘ Wir sind vorbereitet.“</p> <p>Um festgenommen zu werden, reichen die kritischen Videoansprachen, die ich im Namen der Mediziner aufgezeichnet habe, meine Interviews mit belarussischen Medien. Mein Mann, auch Arzt, studiert jetzt Polnisch. Im Sprachkurs wurde gesagt, dass alle, die Polnisch lernen, verdächtig sind. Wenn wir gekündigt werden, dann reisen wir aus.</p> <p>Wir leben jetzt in einer Dystopie, ohne Luft zum Atmen. Wir nennen es das Konzentrationslager Belarus. Jeden Tag passiert etwas Schlimmes – Kollegen werden entlassen, jemand stirbt, jemand wird gefoltert, ins Gefängnis geworfen.“</p>					
	F03	Je mehr verboten wird, desto	Die journalistische Arbeit wird immer	Journalist*innen dürfen nicht mehr	Die Stimmung ist sehr schlecht	Sie sind noch vorsichtiger geworden.	belarussische Journalistin	Eindrücke der belarussischen

		schwieriger die Arbeit	schwieriger.	von ungenehmigten Protesten berichten, Telegram-Kanäle, die als extremistisch gelten, dürfen nicht erwähnt werden, Interviews mit Oppositionellen, die auf der Extremisten-Liste stehen, sind faktisch verboten.	unter den Journalist*innen.			Journalistin Natalja Lubnewskaja von „Nascha Niwa“
	Textausschnitt		<p>„Unsere Arbeit ist noch schwieriger geworden. Journalisten dürfen nicht mehr von ungenehmigten Protesten berichten. Telegram-Kanäle, die als extremistisch gelten, dürfen wir nicht erwähnen. Interviews mit Oppositionellen, die auf der Extremisten-Liste stehen, sind faktisch verboten. Eine regionale Zeitung wurde für ein Interview mit Swetlana Tichanowskaja bestraft. Wir sind vorsichtiger geworden. Viele Geschichten können wir auch deshalb nicht erzählen, weil unsere Gesprächspartner Angst vor den Folgen haben.</p> <p>Kürzlich wurde das größte unabhängige Medium, die Nachrichtenseite tut.by, gesperrt. Danach war die Stimmung sehr schlecht, viele sind ausgereist.“</p>					
	F04	Eine scheinheilige Pressekonferenz	Pressekonferenz mit Protassewitsch hat die Stimmung weiter verändert	Der Auftritt bei der Pressekonferenz war überraschend, aber Protassewitsch wird vom Regime unter Druck vorgeführt.	Behörden haben Angst vor Sanktionen und versuchen so zu tun, als würden sie im Einklang mit dem Gesetz handeln.	keine	belarussische Journalistin	Eindrücke der belarussischen Journalistin Natalja Lubnewskaja von „Nascha Niwa“
	Textausschnitt		<p>„Die Pressekonferenz mit Roman Protassewitsch hat die Stimmung noch mal verändert. Die Behörden haben sehr hartnäckig auch unabhängige Journalisten zu dieser Pressekonferenz eingeladen. Romans Auftritt war für alle eine Überraschung. Mein Eindruck: Die Behörden haben große Angst vor Sanktionen und versuchen jetzt, alle davon zu überzeugen, dass sie im Einklang mit dem Gesetz gehandelt haben. Aber Roman ist nicht frei, auf ihn wird großer Druck ausgeübt. Wir können seine Worte nicht als seine eigene Meinung werten. Roman wird jetzt – entschuldigen Sie den Vergleich – wie ein Zirkusaffe vorgeführt. Das passt zum Benehmen des Staates, den brutalen Festnahmen, Schlägen und Rechtsverletzungen.“</p>					
	F05	Straflager für Berichterstattung	Journalistin übt Zwangsarbeit im Straflager aus	Sie wurde zu zwei Jahren Straflager verurteilt, weil sie von einem Protest berichtet hatte.	Menschen, die mit der Linie des belarussischen Staates nicht einverstanden sind, bekommen den Stempel eines Extremisten.	keine	belarussischer Journalist	belarussischer Journalist Igor Iljasch erzählt von seiner inhaftierten Partnerin

	Textausschnitt		<p>Journalist Igor Iljasch, 32, lernte seine Frau Jekaterina Andrejewa bei der Arbeit kennen. Im Februar wurde sie zu zwei Jahren Straflager verurteilt, weil sie als Reporterin von einem Protest berichtet hatte.</p> <p>„Strafkolonie bedeutet Zwangsarbeit, meine Frau näht jetzt Teile von Uniformen. Es geht ihr gut. Aber sie steht auf der Liste der Personen, die angeblich zu ‚Extremismus‘ neigen, ein Sonderstatus. Diese Häftlinge müssen gelbe Namensschilder tragen und stehen unter besonderer Kontrolle, sie können nicht vorzeitig entlassen werden. Menschen, die mit der Linie des Staates nicht einverstanden sind, bekommen den Stempel eines Extremisten.“</p>					
SZ220721	F01	Nach Razzien folgen Schließungen	Belarus beantragt Schließung des BAJ	Begründung des Justizministeriums: angebliche Fehler in Dokumenten von Büroräumlichkeiten	Einstufung als Akt der Verzweiflung laut BAJ	BAJ will sich mit allen rechtlichen Mitteln verteidigen	Journalist*in/ BAJ	Heranziehen von Zitaten des BAJ zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		<p>Am Mittwoch beantragte das Justizministerium beim höchsten Gericht, dass der Belarussische Verband der Journalisten (BAJ) schließen muss. Die Begründung: angebliche Fehler in den Dokumenten von Büroräumlichkeiten.</p> <p>„Obwohl die Situation verzweifelt wirkt, werden wir BAJ mit allen rechtlichen Mitteln verteidigen.“</p>					
SZ291021	F01	„Extremistischer“ Journalismus	Behörden von Machthaber Lukaschenko blockieren Zugang zu Angeboten der Deutschen Welle (DW) und weiteren Nachrichtenportalen	Informationsministerium in Minsk erklärte, dass die DW Materialien verlinke, die als extremistisch eingestuft wurden	Vorwurf ist lächerlich laut DW	Auswärtiges Amt fordert eine Aufhebung der Sperre	Journalist*in/ DW	Heranziehen von Zitaten der Deutschen Welle zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		<p>Die Behörden in Belarus haben die Internetseite der Deutschen Welle (DW) gesperrt. Die Online-Angebote in allen 32 Sendesprachen seien nicht mehr abrufbar, teilte der Sender am Freitag in Bonn mit. Das Informationsministerium in Minsk begründete den Schritt der Staatsagentur Belta zufolge damit, dass die DW Materialien verlinke, die laut Gerichtsbeschlüssen als extremistisch eingestuft worden seien.</p> <p>DW-Intendant Peter Limbourg sprach in einer Mitteilung von „einem Akt der Verzweiflung“ bei der Führung in Belarus. „Der Vorwurf ist absolut lächerlich. Wir protestieren gegen die Sperrung unserer Angebote, weil die Menschen ein Anrecht auf objektive Informationen über die Situation in ihrem Land haben.“</p> <p>Eine Sprecherin des Auswärtigen Amts sagte, der deutsche Botschafter in Minsk habe das dortige Außenministerium um Erklärung zu dem Vorfall gebeten und gefordert, dass der Zugang zur Website der DW umgehend wieder ermöglicht werde.</p>					
	F02	Unabhängiger Journalismus wird zur Gefahr für Lukaschenko	Machthaber Lukaschenko geht seit den Massenprotesten vergangenen Jahres massiv gegen unabhängige	starke Nutzung unabhängiger Medienangebote der Belaruss*innen zeigt, dass sie staatlich gelenkten Medien	Einstufung als Akt der Verzweiflung laut DW	Die EU und die USA haben bereits Sanktionen verhängt.	Journalist*in/ DW	Einbezug eines Rückblicks zur Erklärung der Lage

			Medien vor	nicht mehr vertrauen				
	Textausschnitt		<p>„Die starke Nutzung unabhängiger Medienangebote zeigt deutlich, dass die Menschen in Belarus den vom Staat gelenkten Medien nicht mehr vertrauen“, erklärte Limbourg.</p> <p>Neben der DW sind weitere Nachrichtenportale in Belarus von der Sperrung betroffen. Die US-Botschaft muss ihre Pressestelle schließen. Machthaber Alexander Lukaschenko geht seit den Massenprotesten im Sommer und Herbst vergangenen Jahres massiv gegen unabhängige Medien, Menschenrechtsorganisationen und Andersdenkende vor. Die EU und die USA haben bereits Sanktionen verhängt.</p>					

## Anhang 6: Frames FAZ

Text und Titel	Frame-Nr.	Frame-name	problem definition	causal interpretation	moral evaluation	treatment recommendation	Autor*in Frame	Anmerkungen/Besonderheiten
FAZ 120820  Schikaniert, verprügelt, verschwunden	F01	Gewalt auch in der Haft	Gewalt in belarussischen Haftanstalten und Polizeiwachen	Belarussische und ausländische Medien dokumentieren die Gewalt der Polizist*innen gegenüber Demonstrant*innen.	schlimme Zustände	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Auch in den überfüllten Haftanstalten und Wachen muss es schlimm zugehen. Das unabhängige Newsportal Tut.by veröffentlichte am Mittwoch Bilder und ein Video über das Geschehen im Innenhof einer Minsker Polizeistation. Gefilmt wurde, wie Polizisten Festgenommene auf die Knie zwingen, mit Schlagstöcken prügeln und wie Dutzende Menschen dicht nebeneinander mit dem Gesicht zur Erde und Händen auf dem Rücken auf dem Boden liegen. Ein Team der britischen BBC dokumentierte dumpfe Geräusche aus Polizeibussen, auf die Schmerzensschreie folgen.					
	F02	Mit Härte gegen Medien	Regime geht hart gegen Reporter*innen vor	mindestens 55 Festnahmen von Journalist*innen allein vom 4. bis 11. August in Belarus, davon viele durch Einsatzkräfte verletzt	Aufzeichnungen von Polizeigewalt sind unerwünscht	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Solche Aufzeichnungen stören. Daher geht das Regime hart gegen Reporter vor. Die Belarussische Journalistenvereinigung teilte mit, vom 4. bis 11. August seien im Land mindestens 55 Journalisten festgenommen worden. Viele von ihnen seien durch die Einsatzkräfte verletzt worden, von mehreren sei der Aufenthaltsort unbekannt.					
	F03	Gegen alle Medien	Auch ausländische Journalist*innen werden zum Ziel	russischer Journalist Maxim Solopow von exilrussischem	Belarus macht auch vor ausländischen	einige russische Journalist*innen kamen frei	Journalist*in	

			von Festnahmen und Gewalt.	Newsportal Meduza wurde von Polizist*innen verprügelt und festgehalten	Journalist*innen keinen Halt			
	Textausschnitt		Auch Ausländer werden zum Ziel, zum Beispiel der Reporter des exilrussischen Newsportals Meduza.io Maxim Solopow. Er wurde in der Nacht auf Montag in Minsk von Polizisten verprügelt, blieb dann fast zwei Tage verschwunden. Solopow wurde erst am Dienstagabend freigelassen, wie auch einige weitere in Belarus festgehaltene Journalisten aus Russland.					
	F04	Mächtiger Appell aus Russland	Einige russische Journalist*innen wurden freigelassen.	Solopow und einige weitere russische Journalist*innen wurden von den belarussischen Behörden freigelassen.	Machtspiel des russischen Außenministers Sergej Lawrow, der kurz zuvor die Freilassung russischer Journalist*innen gefordert hatte	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Womöglich kamen sie frei, weil Moskaus Außenminister, Sergej Lawrow, einige Stunden zuvor die belarussischen Behörden aufgefordert hatte, festgehaltene russische Journalisten freizulassen.					
	F05	Erfolgloser Appell aus Deutschland	Auch Heiko Maas fordert die Freilassung von Journalist*innen und Demonstrant*innen.	Maas stand neben Lawrow in Moskau und forderte Belarus zur Freilassung auf.	deutscher Appell verbleibt erfolglos	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Der Außenminister des großen Verbündeten – von dem Lukaschenka durch die brutale Niederschlagung der Proteste mehr denn je abhängig ist – hat mehr Hebel als etwa sein deutscher Kollege. Heiko Maas stand in Moskau neben Lawrow, als der sich für die russischen Journalisten einsetzte, und forderte, Journalisten und darüber hinaus friedliche Demonstranten freizulassen. Aus deutschem Munde wirken derlei Appelle indes zahnlos.					
	F06	Verschollene Journalist*innen	Belarussische Journalist*innen werden festgenommen und bleiben verschwunden.	Jegor Martinowitsch von „Nascha Nywa“ und Stanislaw Korschunow von „Tut.by“ wurden abgeführt und blieben verschwunden.	Belarussische Journalist*innen sind am schlimmsten betroffen von den Repressionen des Regimes, besonders, wenn sie beim Regime in Verruf sind.	keine	Journalist*in	

		Textausschnitt	Schlimm ergeht es besonders belarussischen Journalisten, die beim Regime in Verruf sind. In der Nacht auf Dienstag verschwand der Chefredakteur der Online-Zeitung „Nascha Nywa“, Jegor Martinowitsch, als er in Minsk von einem Protestschauplatz zurückkehrte. Per Kurzmitteilung „SOS“ konnte er noch eine Festnahme signalisieren. Am Dienstagabend wurde Staniwslaw Korschunow, ein Mitarbeiter von Tut.by, in der Stadt Brest abgeführt und blieb verschwunden. Auf Korschunow hätten sich zehn Mitglieder der Omon-Sondereinsatzkräfte gestürzt, berichtete ein Augenzeuge. Dabei habe der Journalist eine Weste mit dem Namen seines Arbeitgebers getragen und geschrien, er sei ein Pressevertreter: „Es sah ganz so aus, als hätten sie sich gezielt auf ihn gestürzt, andere Journalisten, die daneben gingen, berührten sie nicht.“					
	F07	Informationshoheit im Land erlangen	Belarus versucht, Informationshoheit durch Propaganda und Repressionen gegen kritische Journalist*innen zu erlangen.	Festgenommene, unschuldige Menschen werden vom belarussischen Regime in Staatsmedien als „Koordinatoren der Massenunruhen“ betitelt.	Belarus möchte Kontrolle über alle Bereiche haben und nutzt dafür Diskreditierungen nach KGB-Vorbild.	keine	Journalist*in	
		Textausschnitt	So versucht das Regime, neben der Kontrolle über das Wahlergebnis und die Straßen auch die Informationshoheit zu gewinnen. Dabei stören Journalisten, welche die Propaganda der Staatsmedien hinterfragen. Wie die Geschichten von Festnahmen angeblicher „Koordinatoren der Massenunruhen“. Ein solcher Mann wurde laut Staatsmedien in einem Minsker Hotel festgenommen, wobei er sich gewehrt und „mehr als 10.000 Dollar“ bei sich gehabt habe, „als Bezahlung für die Teilnehmer an Massenunruhen“. Ein Video, welches das belarussische und das auch in Belarus viel gesehene russische Staatsfernsehen verbreiteten, zeigt den Mann mit nacktem Oberkörper und Bluterguss an der Schulter; er beteuert, das Geld – man sieht Dollar-, Euro- und belarussische Rubelscheine – selbst verdient und niemandem gegeben zu haben.  Geschichte von Dollars für Demonstranten sind ein Klassiker aus dem Diskreditierungsarsenal des Geheimdienstes KGB, der in Belarus immer noch die sowjetische Bezeichnung trägt.					
FAZ 260820  Kreml schickt Journalismus-Söldner nach Belarus	F01	Eine Hand wäscht die Andere	russische Journalist*innen sind nach Haft weder in Belarus noch in Russland willkommen	Nach der Haft in Belarus wurde kritischen, russischen Journalist*innen ein Sperrvermerk in den Pass eingetragen, wodurch Russland die Pässe nicht mehr akzeptiert und diese von Belarus des Landes verwiesen wurden.	Ausnutzung der aktuellen Krise für weitere Einschränkung der Pressefreiheit	keine	Journalist*in	
		Textausschnitt	Der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenka und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin trauen einander nicht über den Weg, aber sie nutzen die gegenwärtige Krise, um die Pressefreiheit in ihren Ländern weiter einzuschränken. Nach den friedlichen Protesten gegen die mutmaßlich					

			manipulierte Präsidentenwahl wurden in Belarus auch zahlreiche russische Journalisten verhaftet. Nach Unterstützung durch das russische Außenministerium wurden die Reporter, die unter anderem für die oppositionellen Portale „Meduza“ und „Znak“, den Fernsehkanal „Doschd“, aber auch für den Staatssender RT arbeiten, freigelassen, dann aber des Landes verwiesen. Belarussische Beamte versahen die Pässe des Nachbarstaates mit dem Vermerk, den Trägern sei die Einreise nach Belarus für die nächsten fünf Jahre verwehrt. Eine solche Kennzeichnung der Dokumente sei nicht vorgesehen, gab das russische Innenministerium bekannt, die Pässe seien in Russland ungültig.					
	F02	Russische Journalismus-Söldner*innen	Belarussische Journalist*innen in Staatsmedien werden durch russische ersetzt.	Kritische Journalist*innen in belarussischen Staatsmedien wurden entlassen. Ihren Platz nehmen extra für den Zweck eingereiste russische Journalist*innen ein.	Journalismus-Söldner*innen vom Kreml geschickt	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Unterdessen wurden die Journalisten belarussischer Staatsmedien, die die offiziellen Verlautbarungen über Lukaschenkas Wahlsieg und die brutalen Einsätze gegen friedliche Demonstranten nicht mittragen wollten, durch Kollegen aus Russland ersetzt. Lukaschenka hatte erklärt, er habe eine Gruppe von besonders fortschrittlichen russischen Reportern angefordert, die der belarussischen Jugend ein Beispiel geben sollten. Die belarussischen Journalisten, die plötzlich auf die Straße gerannt seien, um zu demonstrieren, wie Lukaschenka sich ausdrückte, sollten nicht glauben, sie würden irgendwo erwartet. Es gebe einen Ozean arbeitsloser Leute.					
	F03	Propaganda nach russischem Vorbild	Oppositionsführerin Maria Kolesnikowa wird im belarussischen Staatsfernsehen durch Propaganda diffamiert.	Staatssender „Belarus 1“ stellt ihren Auftritt vor der Menge dar, als hätten die Menschen ihr „Hau ab!“ zugerufen, obwohl dies Lukaschenko galt.	Medienmanipulation in Belarus nach russischem Vorbild	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Schon verraten die klassischen Tricks der Medienmanipulation die Handschrift russischer Experten. Jüngst zeigte der Staatssender „Belarus 1“ Filmbilder eines Auftritts der Oppositionsführerin Maria Kolesnikowa, der letzten Angehörigen des Frauentriumvirats, die noch im Land bleiben konnte, vor ihren Anhängern. Doch unterlegt wurden die Bilder durch einen Sprecher, der „Hau ab!“ (Uchodi!) skandierte, was eigentlich an Lukaschenka gerichtet war. Die Fernsehmoderatorin log den Zuschauern vor, Kolesnikowa sei von der Menge so empfangen worden.					
FAZ 290820  ARD-Kamerateam vorübergehend in	F01	Auch ARD von Festnahmen betroffen	Festnahme eines ARD-Kamerateams in Belarus	Es wurde nach der Berichterstattung über die Proteste in Belarus vorübergehend	laut WDR inakzeptabel, Einschüchterung wird sie aber nicht von ihrer Arbeit abhalten	Sie werden alles dafür tun, dass ihr Team weiterhin über die Geschehnisse in Belarus	Journalist*in/  Deutsche Presseagentur (dpa)/ Evangelischer	Text von Presseagenturen, Heranziehen von Zitaten des WDR

Minsk festgenommen				festgenommen und die Akkreditierung wurde entzogen.		berichten können.	Presse-dienst (epd)/ Agence France-Presse (AFP)/ WDR	
	Textausschnitt		Ein Kamerateam der ARD ist nach seiner Berichterstattung über die Proteste in Belarus in Minsk vorübergehend festgenommen worden. Die drei Mitarbeiter seien vor ihrem Hotel festgesetzt und über Nacht in einer Polizeistation festgehalten worden, teilte der WDR am Samstag in Köln mit. Sie kamen demnach am Vormittag wieder frei. Laut WDR wurde ihnen die Akkreditierung entzogen. Genauso erging es Korrespondenten der Nachrichtenagentur AFP, der britischen BBC sowie des amerikanischen Senders Radio Liberty. WDR-Programmdirektor Jörg Schönenborn sagte zu der vorläufigen Festnahme des ARD-Teams: „Ich bin entsetzt über die aktuellen Geschehnisse und halte den Umgang mit unserem Team in Minsk für absolut inakzeptabel.“ Der Vorfall zeige, dass eine unabhängige Berichterstattung in Belarus immer weiter erschwert und beinahe unmöglich gemacht werde, sagte er. „Wir lassen uns als öffentlich-rechtlicher Rundfunk jedoch nicht einschüchtern und werden alles daran setzen, dass unsere Journalisten auch weiterhin über die Vorgänge, Proteste und Demonstrationen in Belarus kritisch und unabhängig berichten können“, betonte Schönenborn.					
	F02	Zahlreiche Festnahmen von Journalist*innen	Festnahme von 50 Journalist*innen an einem Tag in Belarus, darunter ein ZDF-Kamerateam	Sie kamen vorübergehend in Polizeigewahrsam.	massives Vorgehen gegen Journalist*innen	keine	Journalist*in/ dpa/epd/ AFP	Text von Presseagenturen
	Textausschnitt		Die autoritäre Staatsführung ging zuletzt massiv gegen Journalisten vor. Bereits am Vortag kamen etwa 50 Journalisten vorübergehend in Polizeigewahrsam, darunter auch ein ZDF-Kamerateam.					
	F03	Ohne Vorwarnung	Alexandra Boguslawskaja von DW in Belarus festgenommen	Festnahme mit anderen Journalist*innen ohne Warnung oder Aufforderung	laut DW fadenscheinige Versuche, unabhängige Berichterstattung zu behindern	Verwaltungsprozess wurde später eingestellt	Journalist*in/ dpa/epd/ AFP/ DW	Text von Presseagenturen, Heranziehen von Zitaten der DW
	Textausschnitt		Die DW-Korrespondentin Alexandra Boguslawskaja wurde den Angaben nach am Donnerstagabend im Stadtzentrum von Minsk festgenommen. Ohne Vorankündigung oder Aufforderung, den Ort zu verlassen, sei Boguslawskaja gemeinsam mit anderen Journalisten auf das Polizeirevier gebracht worden. Vor ihrer Freilassung sei der Journalistin trotz vollständiger und wiederholter Vorlage der Papiere mitgeteilt worden, es werde ein „Verwaltungsprozess gegen sie wegen journalistischer Arbeit ohne Akkreditierung eingeleitet“. Das belarussische Innenministerium bestätigte der DW später, dass der Verwaltungsprozess bereits wieder eingestellt sei.  DW-Chefredakteurin Manuela Kasper-Claridge sprach von einem Angriff auf die Pressefreiheit. „Diese angeblichen Prüfungen persönlicher Papiere sind fadenscheinige Versuche, eine unabhängige Berichterstattung zu behindern und Menschen Informationen vorzuenthalten“, erklärte sie.					
	F04	Repression statt Dialog	Heiko Maas verurteilt das Vorgehen der belarussischen Regierung gegen	nachdem Journalist*innen festgenommen und ihnen die	ein Schritt zu mehr Repression statt Dialog	weitere Sanktionen seitens der EU, gleichzeitig Dialog z. B. durch	Journalist*in/ deutsche Bundesregierung	Text von Presseagenturen, Heranziehen von Zitaten der

			Medienvertreter*innen.	Akkreditierung entzogen wurde		OSZE wichtig		deutschen Bundesregierung
	Textausschnitt		<p>Laut WDR wurde ihnen die Akkreditierung entzogen. Genauso erging es Korrespondenten der Nachrichtenagentur AFP, der britischen BBC sowie des amerikanischen Senders Radio Liberty.</p> <p>Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat das Vorgehen der belarussischen Regierung gegen Medienvertreter verurteilt. „Wenn Journalistinnen und Journalisten willkürlich und ohne jede Rechtsgrundlage festgesetzt und durch den Entzug ihrer Arbeitserlaubnis an ihrer wichtigen Arbeit gehindert werden, dann ist das überhaupt nicht akzeptabel“, erklärte Maas am Samstagabend in Berlin. „Dieser Angriff auf die Pressefreiheit ist ein weiterer gefährlicher Schritt zu mehr Repression statt zum Dialog mit der Bevölkerung.“ Aus Diplomatenskreisen hieß es, dass der belarussische Botschafter in Berlin zeitnah ins Auswärtige Amt einbestellt werde.</p> <p>Maas sieht es angesichts des Vorgehens der belarussischen Behörden gegen Oppositionelle und Medien als gerechtfertigt an, „dass wir in der EU zielgerichtete Sanktionen, auch gegen Verantwortliche für Wahlmanipulation und Gewalt gegen Protestierende, auf den Weg bringen“. Ebenso wichtig sei es aber, „sich für einen breiten, inklusiven Dialog einzusetzen, wie ihn die Menschen in Belarus fordern“. Ein entsprechendes Angebot der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) solle die Regierung in Minsk „dringend aufgreifen“, appellierte Maas.</p>					
FAZ 29082002	F01	Ausländische Akkreditierungen entzogen	Ausländischen Medien sind mehrfach die Akkreditierungen entzogen worden und sie wurden des Landes verwiesen, auch belarussische Mitarbeitende betroffen	belarussisches Regime nimmt aktuell auch Journalist*innen ins Visier mit Repressionen	Belarus möchte eine Berichterstattung über die Proteste im Land verhindern.	keine	dpa/BAJ	Text von Presseagentur dpa
	Textausschnitt		<p>Zuletzt gerieten auch Journalisten ins Visier der autoritären Staatsführung. Mehreren Vertretern westlicher Medien seien die Akkreditierungen entzogen worden, berichtete ein Reporter der Deutschen Presse-Agentur in Minsk. Einige seien bereits des Landes verwiesen worden. Die Behörden wollen damit offenbar eine Berichterstattung über die landesweiten Proteste verhindern.</p> <p>Der Journalistenverband des Landes sprach von einem massiven Entzug der Arbeitserlaubnis auch für Medienvertreter aus Belarus, die für ausländische Fernseh- oder Rundfunksender, Zeitungen oder Nachrichtenagenturen arbeiteten. Betroffen war nach Angaben des WDR auch ein ARD-Kamerateam, das über Nacht in einer Polizeistation festgehalten wurde. Es kam am Samstagvormittag wieder frei.</p>					
FAZ 030920	F01	Zum Schweigen gebracht	Journalist*innen demonstrieren vor Minsker Polizeirevier gegen Festnahme von Kolleg*innen	nachdem acht Journalist*innen von belarussischen Medien unter Vorwurf der Protestteilnahme festgenommen worden waren	Polizei und Strafverfolgung gehen laut „Tut.by“ gesetzeswidrig vor und bringen Journalist*innen zum Schweigen	keine	Journalist*in/AP	Heranziehen von Zitaten von „Tut.by“

	Textausschnitt		Vor einem Polizeirevier in Minsk haben am Mittwoch Dutzende Journalisten gegen die Festnahme von Kollegen demonstriert. Man sei Zeuge, wie Polizei und Strafverfolgung gesetzwidrig voringen und Journalisten zum Schweigen brächten, ohne sich um die Methoden zu scheren, kritisierte die Journalistin Olga Loiko von der beliebten belarussischen Nachrichtenwebsite tut.by. Am Dienstag hatte die Polizei acht Journalisten von belarussischen Medien unter dem Vorwurf festgenommen, an einer nicht genehmigten Demonstration teilgenommen zu haben. Ihnen drohen bei einer Verurteilung Bußgelder oder Haftstrafen von bis zu fünfzehn Tagen.					
FAZ 140121  Hilferuf der Berichter- statter	F01	EU-Un- terstüt- zung als rotes Tuch	Mitarbei- tende des „Press Club Bela- rus“ seit Dezember in Haft	Ihnen wird Steuerhinter- ziehung vorgewor- fen.	Program- me, die von der EU unterstützt werden, sind ein ro- tes Tuch für das belarussi- sche Re- gime.	keine	Journa- list*in	
	Textausschnitt		Unter einem anderen Standardvorwurf, dem der Steuerhinterziehung, sind seit dem 21. Dezember fünf Mitarbeiter des „Press Club Belarus“ inhaftiert worden. Dessen Programme werden von EU-Ländern unterstützt. Für das Regime ist das ein rotes Tuch.					
	F02	Hilferuf der Jour- nalist*in- nen	Vertre- ter*innen unabhängiger Medien veröffentli- chen Hilfe- ruf via Vi- deobot- schaft	Grund für den Hilfe- ruf sind Festnah- men und Gewalt ge- gen Jour- nalist*in- nen, al- leine 2020 gab es 477 Festnah- men, 62 Verletzte und 50 blo- ckierte In- ternetsei- ten.	Unlieb- same Be- richterstatter*innen werden festgenom- men.	keine	Journa- list*in	
	Textausschnitt		Am Donnerstag veröffentlichten Vertreter unabhängiger Medien in einer Videobotschaft einen Hilferuf: Aufgezählt werden Übergriffe des Regimes gegen unliebsame Berichterstatter. Demnach wurden Journalisten im vergangenen Jahr 477 Mal festgenommen, etliche mehrfach hintereinander. „Tut.by“, dem führenden unabhängigen Newsportal, wurde Anfang Dezember der Status als Medium aberkannt.  Laut Video-Hilferuf sind im Jahr 2020 mindestens 62 Journalisten durch Sicherheitskräfte verletzt worden, mussten vier Zeitungen ihr Erscheinen einstellen, wurden mehr als 50 Internetseiten blockiert.					
	F03	Arztge- heimnis gelüftet	Journalistin Katerina Borisse- witsch von „Tut.by“ sitzt seit November in Haft	Vorwurf, das Arzt- geheimnis gelüftet zu haben, als sie Infor- mationen zur tat- sächlichen Todesursa- che von Roman Bondarenko be- kannt- machte, dass er nüchtern	Verschlei- rung der wahren To- desursa- che durch das belar- ussische Regime	keine	Journa- list*in	

				war und vermutlich von Lukaschenkos Leuten verprügelt wurde				
	Textausschnitt		Seit November ist die „Tut.by“-Journalistin Katerina Borissewitsch inhaftiert. Ihr wird vorgeworfen, das Arztgeheimnis verletzt zu haben. Sie hatte bekanntgemacht, dass ein junger Mann, den Lukaschenkas Schergen allem Anschein nach so schwer verprügelten, dass er starb, anders als vom Regime behauptet nicht betrunken, sondern völlig nüchtern war.					
FAZ 160221  Lukaschenkas Kampf gegen die inneren Feinde	F01	Festnahme oder Isolation?	Festnahmen und Isolation von Journalist*innen und Aktivist*innen sowie Razzien in ihren Büros und Wohnungen	Begründung der Ermittlungen: Finanzierung von Protesttätigkeit	weitere Welle der Repression gegen Journalist*innen und Menschenrechtsschützer*innen	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		In Belarus richtete sich ab dem frühen Dienstagmorgen eine weitere Welle der Repression gegen Journalisten und Menschenrechtsschützer. Dabei war nicht immer klar, wen die maskierten Männer festnahmen und wen sie zunächst schlicht über Stunden isolierten, während sie Wohnungen und Büroräume durchsuchten.  Auch in den Städten Gomel, Mogiljow, Witebsk und Brest gingen Sicherheitskräfte gegen Journalisten, „Wjasna“-Mitarbeiter und Aktivist*innen der Protestbewegung vor, die sich seit dem vergangenen Jahr gegen Lukaschenkas Diktatur engagiert. Laut Ermittlern ging es darum, die „Finanzierung von Protesttätigkeit“ aufzuklären.					
	F02	Arztgeheimnis gelüftet	Prozessbeginn gegen Journalistin Katerina Borissewitsch von „Tut.by“ und Arzt Artjom Sorokin	Vorwurf des Bruchs der ärztlichen Schweigepflicht, als sie die Aussage eines Arztes zum Tod von Roman Bondarenko veröffentlichte, der die tatsächliche Todesursache nahelegte	Borissewitsch hat das Regime bloßgestellt, das wegen des Todesfalls weiterhin nicht ermittelt. Borissewitsch hatte die Zustimmung.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Am Freitag beginnt in Minsk ein Prozess gegen Katerina Borissewitsch, eine Journalistin des führenden unabhängigen Newsportals des Landes Tut.by (dem das Regime den Medienstatus aberkannt hat), und gegen den Arzt Artjom Sorokin. Ihnen wird ein Bruch der ärztlichen Schweigepflicht mit „schweren Folgen“ vorgeworfen, es drohen bis zu drei Jahre Haft. Hintergrund ist der Tod des jungen Minskers Roman Bondarenko im vergangenen November. Er wurde in einem von der Protestbewegung als „Platz des Wandels“ bekannten Minsker Hof von Schergen des Regimes – unter ihnen allem Anschein nach der Vorsitzende des nationalen Eishockeyverbandes – verprügelt und starb tags darauf in einem Krankenhaus.  Der Fall sorgte für Empörung, das Regime einschließlich Lukaschenkas persönlich behauptete, Bondarenko sei alkoholisiert gewesen. Die Journalistin					

			Borissewitsch berichtete aber unter Berufung auf einen Arzt des Krankenhauses sowie anhand von Befunden, Bondarenko habe keinerlei Alkohol im Blut gehabt. Die Mutter Bondarenkos stimmte einer Veröffentlichung von Informationen über den Zustand [sic!] ihres Sohnes zu. Aber faktisch hat Borissewitsch nicht Bondarenko, sondern das Regime bloßgestellt, das wegen des Todesfalls weiterhin nicht ermittelt.					
	F03	Festnahme bei Trauerfeier	Journalistinnen Katerina Andrejewa und Darja Tschulzowa von Belsat TV noch immer in Haft	Sie waren im November 2020 beim Berichten über die Trauerfeier für Bondarenko festgenommen worden. Ihnen drohen bis zu drei Jahre Haft wegen Verletzung der „öffentlichen Ordnung“.	die beiden waren vor Gericht tapfer und lächelten, absurde Anklage	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Schon seit voriger Woche läuft ein Strafprozess gegen zwei weitere seit November inhaftierte Journalistinnen und ebenfalls politische Gefangene: Katerina Bachwalowa (Pseudonym Andrejewa) und Darja Tschulzowa. Sie hatten Mitte November für den aus dem polnischen Exil betriebenen Sender BelSat TV direkt von der Trauerfeier für Bondarenko vom „Platz des Wandels“ berichtet. Sie filmten aus einer Wohnung, wie Sicherheitskräfte Demonstranten festnahmen, wurden entdeckt und festgenommen. Mitarbeiter von BelSat werden in Belarus nicht akkreditiert, stehen unter großem Druck. Den beiden jungen Frauen, die vor Gericht im landestypischen Käfig laut Tut.by einen „munteren“ Eindruck machten, drohen bis zu drei Jahre Haft wegen einer Verletzung der „öffentlichen Ordnung“. In der Anklage heißt es, die beiden hätten ihr Vergehen begangen „mithilfe von Mobiltelefonen, Videokameras, einem Stativ und Westen mit der Aufschrift 'Presse'“.					
FAZ 270321  Zahlreiche Festnahmen bei Protestaktionen gegen Lukaschenka	F01	Zweimal festgenommen	DW-Korrespondent Nicholas Connolly bei einer Welle von Verhaftungen erneut innerhalb einer Woche festgenommen	kein konkreter Vorwurf von der Polizei geäußert, es wurden lediglich seine Papiere überprüft und sein Videomaterial gesichtet	widerrechtliche Freiheitsberaubung und Kriminalisierung des Journalismus laut DW, Risiko für belarussische Journalist*innen besonders groß	Die Freiheitsberaubung konnte nach fünf Stunden durch Hilfe der deutschen Botschaft in Belarus aufgehoben werden.	dpa/ AFP/ DW	Text von Presseagenturen dpa und AFP, Heranziehen von Zitaten der DW zur Beurteilung der Situation
	Textausschnitt		In Belarus hat es abermals eine Welle an Verhaftungen gegeben. Mehr als hundert Personen nahmen Sicherheitskräfte fest, darunter zahlreiche Medienvertreter. Gegen Demonstranten gingen sie brutal vor.  Unter den Festgenommenen war auch Deutsche-Welle-Korrespondent Nicholas Connolly, der laut dem Sender bereits zum zweiten Mal innerhalb einer Woche vorübergehend festgehalten wurde. Der Journalist sei bei Dreharbeiten verhaftet und auf ein Polizeirevier in Minsk gebracht worden. Auf dem Revier überprüften Beamte den Angaben zufolge die Papiere des offiziell akkreditierten Journalisten. Er sei zudem aufgefordert worden, das von ihm gedrehte Videomaterial vorzuführen. Sollte er dies nicht tun, werde er in Haft genommen und seine Mobiltelefone und Ausrüstung konfisziert, drohten die Beamten laut DW.  „Mit Intervention der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belarus konnte die widerrechtliche Freiheitsberaubung des DW-Korrespondenten nach rund fünf Stunden beendet werden“, erklärte der Sender. „Während der gesamten fünf Stunden auf dem Polizeirevier hat mir niemand gesagt, was mir					

			konkret vorgeworfen wird“, berichtete Connolly. „Das Regime in Belarus versucht schlicht, Journalismus zu kriminalisieren. Die belarussischen Journalisten sind einem noch viel größeren Risiko ausgesetzt als Reporter internationaler Medien.“					
FAZ 160521	F01	20 Tage Haft	DW-Korrespondent Alexander Burakow und Wladimir Lapzewitsch von lokalem Nachrichtenportal zu 20 Tagen Haft verurteilt	Sie waren festgenommen worden, als sie über einen Prozess gegen Oppositionspolitiker berichten wollten. Vorwurf: Teilnahme an ungenehmigtem Ereignis	fadenscheinige Anschuldigungen und Verletzung der Rechte der Presse in Belarus laut DW	DW fordert die sofortige Aufhebung des Urteils gegen Burakow	AFP/DW	Text von Presseagentur AFP, Heranziehen von Zitaten der DW
Textausschnitt			In Belarus sind zwei Journalisten zu zwanzigtägiger Haft verurteilt worden, darunter ein freier Mitarbeiter der Deutschen Welle (DW). Ein Gericht in der Stadt Mogilew befand den belarussischen DW-Mitarbeiter Alexander Burakow sowie den für ein lokales Nachrichtenportal tätigen Wladimir Lapzewitsch am Samstag für schuldig, zum wiederholten Male an einem „ungenehmigten Ereignis“ teilgenommen zu haben, wie der belarussische Journalisten-Verband mitteilte. Beide Journalisten hatten über den Prozess gegen den Oppositionspolitiker Pawel Sewjarynez und mehrere andere Angeklagte berichten wollen, denen vorgeworfen wird, „an Massenunruhen teilgenommen“ zu haben. Burakow hatte nach Angaben der Deutschen Welle am Mittwoch mit weiteren Journalistinnen und Journalisten auf Zutritt zu der Gerichtsverhandlung gewartet, als er vor dem Gerichtsgebäude festgenommen wurde.  Burakow war bereits im vergangenen Jahr zu einer zehntägigen Haftstrafe verurteilt worden – „wegen ähnlich fadenscheiniger Anschuldigungen“, wie die DW erklärte. DW-Intendant Peter Limbourg forderte die belarussischen Behörden auf, das Urteil gegen Burakow sofort aufzuheben: „Wir protestieren mit Nachdruck gegen die Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte der Presse in Belarus.“					
	F02	Unmenschliche Haft	Burakow und Lapzewitsch erheben den Vorwurf, während ihrer Untersuchungshaft gefoltert worden zu sein.	Zwei Mal pro Nacht sei Burakow aufgeweckt worden und habe sich nackt ausziehen müssen.	Regime geht laut DW immer hemmungsloser gegen Journalist*innen vor	Protest von DW gegen die Verletzung der Rechte von Journalist*innen in Belarus	AFP/DW	Text von Presseagentur AFP, Heranziehen von Zitaten der DW
Textausschnitt			Nach Angaben des deutschen Auslandssenders sowie des belarussischen Journalisten-Verbands erheben Burakow und Lapzewitsch den Vorwurf, während ihrer Untersuchungshaft gefoltert worden zu sein. Burakow sei nach eigener Schilderung nachts immer wieder geweckt worden, und das Wachpersonal habe ihn gezwungen, sich nackt auszuziehen, teilte die DW mit. DW-Intendant Peter Limbourg forderte die belarussischen Behörden auf, das Urteil gegen Burakow sofort aufzuheben: „Wir protestieren mit Nachdruck gegen die Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte der Presse in Belarus.“ Die Behandlung Burakows zeige, „dass das Regime immer hemmungsloser gegen Journalistinnen und Journalisten vorgeht“.					
FAZ 240521	F01	Auch im Flugzeug ist man nicht vor Lukaschenko sicher	Verhaftung von Journalist Roman Protassewitsch und Freundin Sofia Sapega nach	von Belarus mit Kampfjet erzwungene Landung unter dem fingierten Grund einer	zum einen Rache an dem Oppositionellem Protassewitsch, zum anderen Abschreckung, laut	Mehrere westliche Fluglinien kündigen den Boykott des belarussischen	Journalist*in	Heranziehen von Zitaten von Zita Ryanair zur Bewertung

			Zwangslandung des Flugzeugs	Bombendrohung der Hamas	Ryanair staatlich unterstützte Entführung und Staatspiraterie	Flugraums an.		der Situation
	Textausschnitt		<p>Lukaschenko geht es nicht nur um Rache an dem Oppositionellen, sondern auch um Abschreckung.</p> <p>Bald hätten die Sicherheitskräfte Protassewitsch abgeführt. Noch im Flugzeug habe der junge Mann seiner mitreisenden Freundin Sachen gegeben, was vielleicht ein Fehler gewesen sei, sagte ein Passagier: Die junge Frau sei wohl auch festgenommen worden, jedenfalls „haben wir sie später nicht mehr gesehen“.</p> <p>Immer deutlicher aber wurde, dass mit Flug FR4978 etwas Beispiellooses geschehen war: Ein Flug zwischen zwei Mitgliedstaaten von Europäischer Union und NATO, mit Dutzenden Bürgern von EU-Staaten an Bord, war unter Beteiligung eines Kampfflugzeugs zur Landung in einem Drittstaat gebracht worden.</p> <p>Den Einsatz des mit Luft-Luft-Raketen bewaffneten MiG-29-Kampfflugzeugs hatte Lukaschenko nach Angaben seiner Presseleute selbst befohlen.</p> <p>Der Ryanair-Vorstandsvorsitzende Michael O'Leary sprach im irischen Radio von „staatlich unterstützter Entführung“ und „Staatspiraterie“. Offenkundig hätten es die belarussischen Behörden auf „einen Journalisten und seine Reisegefährtin“ abgesehen gehabt.</p> <p>Während mehrere westliche Fluglinien mitteilten, den belarussischen Luftraum künftig zu umfliegen, hieß es von der russischen Flugaufsicht, Russlands Linien flögen wie üblich nach und über Belarus.</p>					
	F02	Einer der wichtigsten Gegner	Protassewitsch wurde 2020 zu einem der wichtigsten Gegner Lukaschenkos.	Er war 2020 Chefredakteur für das Oppositionsmedium „Nexta“ auf „Telegram“, welches vom belarussischen Regime als extremistisch eingestuft wurde.	Protassewitsch lebte schon seit Jahren mit der Gefahr der Festnahme und war seit 2019 im Exil.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>Seit vielen Jahren lebte der 26 Jahre alte Minsker, bei dessen Geburt Lukaschenko schon an der Macht war, mit der Gefahr. Protassewitsch beteiligte sich als Schüler an Protesten gegen das Regime, wurde später Journalist bei Medien, die Lukaschenko störten. Ende 2019 floh Protassewitsch nach Polen, beantragte Asyl. Aus dem Exil wurde er im vergangenen Jahr zu einem der wichtigsten Gegner Lukaschenkos, als Chefredakteur für das Oppositionsmedium Nexta, zusammen mit dessen Gründer, Stepan Putilo. Nexta, zu Deutsch „jemand“, verbreitet vor allem über Kanäle im Messengerdienst Telegram Berichte über Vorgänge in Belarus, die das Regime nicht oder völlig anders beleuchten will, etwa Polizeigewalt.</p> <p>Mit der Wortführerschaft der Protestbewegung gewann Nexta Live, der wichtigste Auftritt des Mediums, zeitweise weit mehr als zwei Millionen Abonnenten, bei nur knapp neuneinhalb Millionen Einwohnern in Belarus; mittlerweile sind es noch gut 1,2 Millionen Abonnenten. Das Regime hat Nexta für „extremistisch“ erklärt, Protassewitsch und Putilo stehen auf einer Terroristenliste des Regimes.</p>					
	F03	Droht ihm der Tod?	Protassewitsch droht schlimme Strafe	Ihm können aufgrund der Vorwürfe jahrelange	Belarus ist das einzige europäische Land, das noch	keine	Journalist*in	

				Lagerhaft oder sogar die Todesstrafe drohen.	die Todesstrafe verhängt.			
	Textausschnitt		Dem Journalisten droht Schlimmes. Seit November wurde Protassewitsch, wie auch Nexta-Gründer Putilo, in Belarus vorgeworfen, „Massenunruhen“ organisiert und „soziale Feindschaft“ geschürt zu haben; dafür droht jahrelange Lagerhaft. Jedoch ist sogar die Todesstrafe, die in Belarus als einzigem europäischen Land noch verhängt und durch Erschießen vollstreckt wird, durchaus eine Option: Sie steht auf bestimmte „Terroranschläge“, so, wenn eine „organisierte Gruppe“ gehandelt habe.					
	F04	Ge- ständnis unter Zwang	Protasse- witsch spricht im kurzen Vi- deo über seine Ta- ten und sein Wohl- befinden nach der Fest- nahme.	Belarussi- sche Staatsme- dien veröf- fentlichen das Video, in dem er sagt, er werde gut behandelt und hätte die Mas- senunru- hen ange- stiftet.	Der Regie- rungskriti- ker wurde vermutlich vom Re- gime zu seinen Aussagen gezwun- gen, er sah aus, als wäre er verprügelt worden.	keine	Journa- list*in	
	Textausschnitt		Am Abend veröffentlichten belarussische Staatsmedien dann ein kurzes Video, in dem Protassewitsch sagt, er habe keine Probleme mit der Gesundheit, mit ihm werde korrekt umgegangen, er sei in einem Minsker Untersuchungsgefängnis und gestehe die „Massenunruhen“. Nexta schloss aus Spuren im Gesicht des jungen Mannes, dass er verprügelt worden sei.					
	F05	Großof- fensive gegen Kritik	Luka- schenko führt Groß- offensive gegen kriti- sche Stim- men im Land	Letzte Wo- che wur- den zahl- reiche Mit- arbeitende von „Tut.by“ festgenom- men und blieben ver- schwun- den, bevor sie in Ge- fängnissen oder Haus- arrest wie- der auf- tauchten.	Luka- schenko sieht sich straflos, weil es trotz seiner Brutalität noch keine harten Sanktionen seitens des Westens gegeben hat.	bisher noch keine harten Strafmaß- nahmen des Wes- tens	Journa- list*in	
	Textausschnitt		Das reicht Lukaschenko nicht: Derzeit lässt der Diktator eine Großoffensive gegen verbliebene kritische Stimmen im Land führen. Vorige Woche nahmen seine Leute etliche Mitarbeiter des größten unabhängigen Newsportals des Landes, Tut.by, unter Steuervorwürfen fest, sperrte die Website, beschlagnahmten Server. Tagelang fehlte von den Tut.by-Mitarbeitern und der ebenfalls festgenommenen Miteigentümerin jede Spur, ehe sie in Untersuchungsgefängnissen oder im Hausarrest wiederauftauchten. Lukaschenko sieht sich straflos, nach Überzeugung vieler seiner Gegner auch, weil der Westen trotz der Brutalität auf schmerzhaftes Strafmaßnahmen gegen das Regime verzichtet hat.					
FAZ 250521	F01	Gewalt- anwen- dung für Ge- ständnis	Vater von Protasse- witsch geht davon aus, dass sein Sohn durch	Demnach sah die Nase gebro- chen aus und das Ge- sicht	laut dem Vater ein Akt der Vergeltung und Ein- schüchte- rung	keine	Reuters/ dpa/ Vater von Pro- tasse- witsch	Text von Presse- agentur Reu- ters und dpa,

„Das ist totaler Irrsinn“			Gewaltanwendung zum Geständnis gezwungen wurde	abgepudert, es seien außerdem nicht die Worte seines Sohnes im Video.	gegenüber der Gesellschaft			Heranziehen von Zitaten des Vaters von Protassewitsch
Textausschnitt			<p>Der Vater des inhaftierten oppositionellen Journalisten Roman Protassewitsch äußert sich erstmals zu der Inhaftierung seines Sohnes in Belarus nach der erzwungenen Landung des Ryanair-Flugzeugs in Minsk. Er glaube, dass sein Sohn in einem Video, das online veröffentlicht wurde, zu einem Schuldeingeständnis durch Anwendung von Gewalt gezwungen worden sei. „Es ist möglich, dass seine Nase gebrochen ist, denn ihre Form ist anders und es ist eine Menge Make-up-Puder darauf. Die ganze linke Seite seines Gesichts ist abgepudert“, sagte Dsmitri Protassewitsch in einem Interview am späten Montag der Nachrichtenagentur Reuters.</p> <p>„Es sind nicht seine Worte, es ist nicht seine Art wie er spricht. Er verhält sich sehr reserviert und man kann sehen, dass er nervös ist.“ Und es sei nicht seine Zigarettenschachtel auf dem Tisch – „die raucht er nicht.“ Daher denke er, dass sein Sohn zu der Aussage, er habe die Proteste in Belarus angestachelt, gezwungen wurde. „Mein Sohn kann nicht zugeben, die Massenunruhen verursacht zu haben, weil er so etwas einfach nicht getan hat.“ Die Inhaftierung seines Sohnes sei ein Akt der Vergeltung und soll Regierungskritikern zeigen: „Schaut, wozu wir in der Lage sind.“ „Das ist totaler Irrsinn, was hier passiert.“</p>					
F02	Verdacht der Folter	Swetlana Tichanowskaja vermutet, dass Protassewitsch im Gefängnis gefoltert wird.	nach Veröffentlichung des Videos von Protassewitsch im Staatsfernsehen	keine	Sie fordert gemeinsame Schritte zur Bestrafung der Täter und die Freilassung von Protassewitsch und anderen politischen Gefangenen.	Reuters/dpa/	Text von Presseagenturen Reuters und dpa, Heranziehen von Zitaten von Tichanowskaja	
Textausschnitt			<p>Die im Exil in Litauen lebende belarussische Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja äußerte den Verdacht, dass der festgenommene Journalist im Gefängnis gefoltert werde. Die internationale Gemeinschaft müsse nun über gemeinsame Schritte diskutieren, „um die Täter vor Gericht zu stellen“, schrieb Tichanowskaja am Dienstag im Messengerdienst Telegram. Zugleich forderte sie die sofortige Freilassung des 26 Jahre alten Mannes und auch anderer politischer Gefangener in Belarus.</p>					
F03	In Lukashenkos Händen	belarussische Behörden sind laut EU für die Gesundheit von Protassewitsch und Freundin Sapega verantwortlich	Protassewitsch und Sapega sollen beide in Belarus vom Regime festgehalten werden, Ursula von der Leyen appelliert an Belarus	Verantwortung von Belarus, die beiden vernünftig zu behandeln, skandalöser Vorfall laut USA, den sie auf das Schärfste verurteilen	Die EU hat weitere Sanktionen gegen Belarus beschlossen und fordert die sofortige Freilassung von Protassewitsch und Sapega, auch die USA planen weitere Sanktionen.	Reuters/dpa	Text von Presseagenturen Reuters und dpa, Heranziehen von Aussagen der EU und der USA	

	Textausschnitt		<p>EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte beim EU-Sondergipfel, dass die belarussischen Behörden für die Gesundheit des verhafteten Journalisten Roman Protassewitsch und seiner Freundin verantwortlich seien. Das sagte von der Leyen in der Nacht zu Dienstag in Brüssel. Protassewitschs Freundin soll ebenfalls in Belarus festgehalten werden.</p> <p>Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten am Montag weitere Sanktionen gegen Belarus beschlossen und die sofortige Freilassung des Regierungskritikers und seiner Freundin Sofia Sapega gefordert. Zudem solle die Internationale Organisation für Zivilluftfahrt den Vorfall untersuchen, bei dem Belarus am Sonntag einen Ryanair-Flug von Griechenland nach Litauen angewiesen hatte, in Minsk zu landen.</p> <p>US-Präsident Joe Biden verurteilte die erzwungene Landung der Passagiermaschine und die Festnahme Protassewitschs auf das Schärfste. Mit Blick auf mögliche Sanktionen gegen Belarus äußerte Biden, er habe sein Team angewiesen, „angemessene Optionen“ zu entwickeln, „um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen“. Dies solle in enger Abstimmung mit Partnern wie der Europäischen Union geschehen. Der Vorfall sei „skandalös“, sagte Biden am Montagabend (Ortszeit).</p>					
FAZ 25052102	F01	Geständnis unter Zwang	Protassewitsch spricht über sein Wohlbefinden und seine Taten in einem kurzen Video	Belarussisches Regime veröffentlicht das Video, in dem er sagt, er werde gut behandelt, sei gesund und fit und hätte die Massenunruhen angestiftet	Vorführung des Journalisten unter Zwang	keine	Journalist*in	
Gefoltert für ein Geständnis?	Textausschnitt		<p>Das belarussische Regime hat Roman Protassewitsch vorgeführt, in einem 29-Sekunden-Video aus der Haft. Protassewitschs Eltern, die selbst aus Sicherheitsgründen im Nachbarland Polen leben müssen, hatten, kurz bevor das Video verbreitet wurde, die Information erhalten, ihr Sohn liege mit Herzproblemen in einem Minsker Krankenhaus.</p> <p>Offenbar deshalb gaben diejenigen, die den 26 Jahre alten Gegner von Diktator Alexandr Lukaschenko jetzt in der Gewalt haben, ihm die Aussage auf, er habe keinerlei Gesundheitsprobleme, nicht mit dem Herzen und nicht mit anderen Organen; man gehe „maximal korrekt und nach dem Gesetz“ mit ihm um, er arbeite mit den Ermittlern zusammen und gestehe, „Massenunruhen“ organisiert zu haben. Das ist einer der Vorwürfe, die Lukaschenkos Justiz gegen Protassewitsch erhebt.</p>					
	F02	Gewaltanwendung für Geständnis	Protassewitsch weist Spuren körperlicher Gewalt im Video auf	Laut dem Vater sah die Nase gebrochen aus und das Gesicht abgepudert, es seien außerdem nicht die Worte seines Sohnes im Video.	Regisseur*innen des Auftritts können die Falschheit des Videos und die Verletzungen nicht kaschieren	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>Aber Gesicht, Mimik und Gesten des Gefangenen strafen die Regisseure des Auftritts Lügen: die Schrammen, das ständige Zwickern, das Auf und Ab der gefalteten Hände. Protassewitschs Vater vermutete, nachdem er das Video gesehen hatte, die Nase seines Sohnes sei gebrochen: Sie sei gepudert, ihre Form verändert. Der Sohn betone untypisch, wirke verängstigt, sei wohl geschlagen worden.</p>					

	F03	Träges Russland	Russland reagiert spät und zurückhaltend auf die Festnahme der Russin Sofia Sapega.	Russland äußert nur bedingte Hoffnung, dass Sapega bald freigelassen wird und dies nur, wenn es keine Fragen mehr an sie gäbe	Sapega und Protassewitsch stehen für unabhängigen Journalismus und kritische Jugend und sind damit Feinde von Lukaschenko und Putin	keine	Journalist*in/russische Regierung	Heranziehen von Zitaten der russischen Regierung zur Erklärung der Situation
	Textausschnitt		<p>Wenn es opportun ist, verurteilt Russland Festnahmen seiner Bürger rasch und schrill. Aber im Fall Sapega teilten russische Stellen erst am Montagmittag und nach Vorwürfen, untätig zu bleiben, mit, von Belarus über die Festnahme informiert worden zu sein. Moskau tut das Geschehen als „innere Angelegenheit“ des Juniorpartners ab, nimmt Lukaschenko gegen Vorwürfe in Schutz. Überdies gelten Leute wie Sapega, die in Vilnius Völkerrecht und EU-Recht studiert, in Moskau als Gegner.</p> <p>Die Russin und ihr belarussischer Freund stehen für das, was Lukaschenko ebenso wie sein Schutzherr, der russische Präsident Wladimir Putin, bekämpfen: unabhängigen Journalismus, kritische Jugend, Aufbruch aus autoritären Strukturen, Wandel. Das erklärt, warum Putins Sprecher am Dienstag nur die bedingte Hoffnung äußerte, Sapega möge bald freigelassen werden, „natürlich nur, wenn es an sie keine Fragen im Hinblick auf die Beachtung des Gesetzes gibt“, als unter anderen der deutsche Außenminister und der Europäische Rat schon Sapegas unverzügliche Freilassung gefordert hatten.</p>					
FAZ 260521  Es darf keine Öffentlichkeit geben	F01	Innen wichtiger als außen	Lukaschenko ist sogar bereit, kritische Stimmen in der Luft zu entführen, um die Informationshoheit im Land zu behalten und Angst in Belarus zu verbreiten.	Mit der Entführung der Ryanair-Maschine konnte er den Mitbegründer von „Nexta Live“ festnehmen. Dieses Medium sieht er als Gefahr für seine Macht an.	Abschreckung innerhalb des Landes Belarus ist Lukaschenko wichtiger als internationale Konsequenzen	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>Alexander Lukaschenko hat mit der Entführung der Ryanair-Maschine auf dem Weg von Athen nach Vilnius gezeigt, dass ihm die Abschreckung innerhalb der Republik Belarus wichtiger ist als das Signal, das er in die ganze Welt sandte. Mit der Verhaftung des Aktivisten Roman Protassewitsch und dessen Freundin demonstriert der Diktator, dass er Gegner in der ganzen Welt verfolgt und dass er den Telegram-Kanal Nexta live, den der junge Protassewitsch mitgegründet hatte, für eine reale Bedrohung seiner Herrschaft hält.</p> <p>Mit mehr als 1,2 Millionen Nutzern in einem Land mit weniger als zehn Millionen Einwohnern ist der von Warschau aus betriebene Kanal 2020 innerhalb weniger Wochen zu einer wichtigen, vom Staat unabhängigen Quelle von Informationen geworden. Lukaschenko lenkt mit seiner eigenen Interpretation von Staatsterrorismus die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die systematische Einschränkung der Menschenrechte und Pressefreiheit in dem von ihm seit 1994 regierten Land.</p>					
	F02	Verhaftung von analog bis digital	vor Protassewitsch bereits 34 Journalist*innen in belarussischer Haft	Die meisten Inhaftierten kommen von „Tut.by“, das einmal	systematische Säuberungswelle habe laut Vereinigung unabhängiger	keine	Journalist*in/Vereinigung	Heranziehen von Zitaten der Vereinigung

			russischer Haft	die wichtigste Quelle unabhängiger Nachrichten in Belarus war.	Journalisten jetzt die digitalen Räume erreicht		unabhängiger Journalisten	unabhängiger Journalisten zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		In Belarus sind zum Zeitpunkt der Verhaftung von Protassewitsch schon 34 Journalisten in Haft. Dreizehn von ihnen sind für das führenden Internetportal tut.by tätig, das bis zum 18. Mai die wichtigste Quelle unabhängiger Nachrichten in der Republik Belarus war. Der stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung Unabhängiger Journalisten, Barys Haretski, erklärt über Telegram, dass die systematische Säuberungswelle nun die digitalen Räume mit großer Reichweite erreicht habe. „Im Herbst wurden zunächst die analogen Hinterhöfe gesäubert, dann folgten unabhängige Vereine, Rechtsanwälte und Kulturschaffende. Jetzt war die populärste Internetressource des Landes an der Reihe.“ Haretski sieht keinen direkten Zusammenhang zwischen der Abschaltung von tut.by und der Verhaftung von Roman Protassewitsch. Dieser werde eher wegen seiner Rolle bei der Organisation der Proteste im vergangenen August verfolgt.					
	F03	Zeitungen sind nicht mehr relevant	Zeitungen als nationale Medien sind in Belarus schon seit 10 Jahren nicht mehr relevant.	Propaganda-Zeitungen werden nicht für die breite Masse produziert und unabhängige Zeitungen mussten ihre Druckversion einschränken oder aufgeben.	Unabhängige Medien haben sich in das Web verlagert, wo sie weiterhin publizieren konnten.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Der Erfolg der neuen belarussischen Bürgerbewegung, Hunderttausende auf die Straßen der Hauptstadt und vieler kleinerer Ortschaften zum friedlichen Protest zu bewegen, war eng verbunden mit der weitgehenden Digitalisierung der Öffentlichkeit. Belarus ist eine Gesellschaft, in der schon seit einem Jahrzehnt Zeitungen als nationale Medien keine Rolle mehr spielen.  Auflagenstarke Propaganda-Blätter wie die von der Präsidialverwaltung herausgegebene Belarus Segodnja werden ausschließlich für die Auslagen der Kioske und staatlicher Verwaltungen produziert. Unabhängige Titel wie Narodnaja Wolja wurden nach 2000 nicht nur vom Sog der Zeitungskrise erfasst, sondern zusätzlich durch staatliche Maßnahmen wie den Entzug von Druckgenehmigungen oder die Kündigung von Zustellungsverträgen durch staatliche Dienstleister bedrängt. Die 1906 in Vilnius gegründete belarussische Zeitschrift Nascha Niwa hatte als Konsequenz die Druckversion auf monatliches Erscheinen umgestellt und ihren Nachrichten- und Meinungsteil gänzlich ins Internet übertragen. Weitere unabhängige Medien folgten diesem Beispiel.					
	F04	Erfolgs-geschichte Tut.by	Erfolgs-geschichte Tut.by zeigt das Entstehen einer global vernetzten, zweisprachigen belarussischen Gesellschaft	Anfänglich handelte es sich um ein erfolgreiches privatwirtschaftliches Projekt, das nicht politisch angesehen und von allen Teilen der Gesellschaft	galt als wichtiger Multiplikator der Privatwirtschaft	keine	Journalist*in	

				genutzt wurde.				
	Textausschnitt		<p>Die Erfolgsgeschichte des 2000 gegründeten Portals tut.by illustriert das Entstehen einer global vernetzten, zweisprachigen Konsumgesellschaft, deren Mitglieder in Minsk und den fünf Bezirksstädten leben und sich online über Nachrichten aus Belarus und aller Welt, aktuelle Devisenkurse, die neuesten Produkte und Modeerscheinungen informieren. Gerade weil es anfänglich kein politisches, sondern ein privatwirtschaftliches Projekt war, das für belarussische Werbeträger interessant ist, wurde tut.by ein wichtiger Multiplikator der Privatwirtschaft, für die nachprüfbar Informationen sowie unabhängige Expertise wichtige Ressourcen darstellen.</p> <p>Als Pionier des Internetjournalismus hatte tut.by unter den Bedingungen eines autoritären Regimes eine besonders hohe Reichweite. Zwei Drittel aller Internetnutzer auf dem Territorium der Republik Belarus nutzen die Seite in ihrem Alltag - das ist eine fast doppelt so große Reichweite wie die des Marktführers T-Online in Deutschland. Staatliche Internetportale erreichen in Belarus nur einen Bruchteil davon.</p> <p>Dabei war es bis zum August 2020 kein Akt des Widerstands, das belarussische Portal zu nutzen, das übersetzt „hier.de“ heißen würde, sondern Teil des Alltags.</p> <p>Ganz unterschiedliche Angehörige der sonst stark zersplitterten Gesellschaft nutzten es zur gleichen Zeit auf ihren Mobiltelefonen, ganz gleich, ob sie am Schreibtisch, in der Metro oder auf dem Sofa sitzen. Damit gehörte das Portal zu den wenigen digitalen Räumen, in denen täglich neu eine symbolische horizontale Verbindung zwischen Arbeitern, Lehrern, Verwaltungsangestellten und Unternehmern entsteht – selbst die Angehörigen des Machtapparats und ihre Familien nutzen Tut.by in ihrem Alltag ganz selbstverständlich.</p>					
	F05	Kipp- punkt für Tut.by	Tut.by wurde von einem beliebten Medium in der Gesellschaft zum politischen Gegner Lukaschenkos.	Sie berichteten in Echtzeit über Protestaktionen und zeigten die Gewalt des Staatsapparates auf.	Das Medium wurde dadurch genau wie „Nexta“ beim Regime unbeliebt.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Diese Rolle kam auch nach der gefälschten Präsidentenwahl am 9. August 2020 zum Tragen, denn tut.by gehörte zu den Medien, die die Wut und den breiten Widerstand der belarussischen Gesellschaft gegen die Gewalt des Staatsapparats täglich zum Ausdruck brachten. Zugleich versorgte tut.by ähnlich wie Nexta über Telegram Millionen von Menschen in Echtzeit über Protestaktionen überall im Land.					
	F06	Russische Medien auch betroffen	Russische Verlage wurden von Belarus in ihrer Verbreitung der Auflagen eingeschränkt.	„Komsomolskaja Prawda“ veröffentlichte Berichte zur Gewalt in Belarus, danach kündigte Belarus den Vertrag zur Auslieferung in staatliche Kioske.	Die Bekämpfung kritischer Medien trifft sogar russische Verlage.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Eine bemerkenswerte Einschränkung ihrer Zustellungskanäle erlebten auch die von russischen Verlagen produzierten auflagenstarken Blätter, die für eine gemeinsame russischsprachige Öffentlichkeit mit der Russischen Föderation stehen. So hatte das populäre Wochenblatt Komsomolskaja Prawda nicht nur den neuesten Tratsch über die Sternchen der russischen Popszene kolportiert. Nach den gefälschten Präsidentenwahlen hatte die Komsomolska, wie in					

			Minsk der sowjetische Titel liebevoll genannt wird, selbst mit Fotos der Folgen von Massenfolter in den Minsker Untersuchungsgefängnissen zur breiten Empörung über das neue Ausmaß der Gewalt beigetragen. Als Quittung für die überraschende Politisierung der Redaktion wurde ihr der Vertrag über die Auslieferung in staatlichen Kiosken gekündigt und damit die Reichweite empfindlich verringert.					
FAZ 280521  Maas droht mit „Sanktionsspirale“ gegen Belarus	F01	Unterstützung der NATO	NATO unterstützt EU in ihren Sanktionen gegen Belarus	nach der Festnahme von Protassewitsch anhand der Entführung eines Ryanair-Flugzeugs	Maßnahmen sind laut NATO absolut gerechtfertigt nach dieser Verletzung internationaler Regeln, demokratischer Werte sowie der Meinungs- und Pressefreiheit	NATO fordert zusammen mit der EU die Freilassung von Protassewitsch und Sapega	Journalist*in	Heranziehen von Zitaten der NATO zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		Immerhin wird nun in Umrissen erkennbar, wo die Union den Hebel ansetzen will, um das Regime von Alexandr Lukaschenko zu treffen. Außenminister Heiko Maas drohte gar mit einer „großen und langen Sanktionsspirale“.  Unterstützung bekommt die Europäische Union von der NATO. Schon am Mittwoch hatte der Nordatlantikat in einer gemeinsamen Erklärung die „bedingungslose Freilassung“ des Regimekritikers Roman Protassewitsch und seiner Partnerin gefordert und die Maßnahmen der Verbündeten unterstützt. Gegenüber der F.A.Z. wurde NATO-Generalsekretär Stoltenberg, der am EU-Verteidigungsminister-Treffen in Lissabon teilnahm, noch deutlicher. „Absolut gerechtfertigt“ nannte Stoltenberg die vom Europäischen Rat beauftragten Maßnahmen. Die erzwungene Landung des Linienflugzeugs in Minsk sei nicht nur eine „eklatante Verletzung internationaler Regeln und Normen, sondern auch ein Angriff auf demokratische Werte, auf Meinungs- und Pressefreiheit“. Der Fall sei so offensichtlich, dass es nicht notwendig sei, das Ergebnis einer internationalen Untersuchung abzuwarten.					
FAZ 040621  „Das ist eine Schande für die belarussische Führung“	F01	Geständnis unter Zwang	Protassewitsch gesteht die Organisation von Massenprotesten im Staatsfernsehen und drückt seine Bewunderung für Lukaschenko aus.	Der Regierungskritiker wurde vermutlich vom Regime zu seinen Aussagen gezwungen.	Bundesregierung bezeichnet das Interview als „Schande“, Demokratieverachtung und Menschenverachtung, völlig unglaubwürdiges Geständnis-Interview	keine	dpa/ „niz.“/ Reuters/ Bundesregierung	Text von Presseagenturen dpa, „niz.“ und Reuters, Heranziehen von Zitaten der Bundesregierung zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		In Belarus hat das Staatsfernsehen ein langes Interview mit dem inhaftierten Regierungskritiker Roman Protassewitsch gezeigt. In dem am Donnerstagabend ausgestrahlten Gespräch mit dem Sender ONT sagt der 26 Jahre alte Journalist, er habe Proteste gegen den belarussischen Machthaber Alexandr Lukaschenko organisiert. Zugleich sagte er, dass er Lukaschenko bewundere.  Die Bundesregierung verurteilte das Interview mit Protassewitsch am Freitag scharf. Das Gespräch sei „wohl unter falschen Vorwänden zustande gekommen“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Freitag in Berlin. „Das ist eine Schande für den Sender, der es ausstrahlt, und für die belarussische Führung, die nochmal ihre ganze Demokratieverachtung, und eigentlich muss man auch sagen, Menschenverachtung zeigt.“					

			Offensichtlich habe das Regime Protassewitsch zuvor „soweit psychisch und möglicherweise auch physisch bearbeitet, dass er dieses vollkommen unwürdige und ungläubwürdige Geständnis-Interview gibt“, sagte Seibert.					
	F02	Verdacht der Folter	Protassewitschs Eltern vermuten, sein Interview sei das Ergebnis psychischer und physischer Folter ihres Sohnes im Gefängnis.	nach Veröffentlichung des Videos von Protassewitsch im Staatsfernsehen, wo er ein Geständnis ablegt und gegen Oppositionelle spricht	sie hätten ihn gebrochen	keine	dpa/ „niz.“/ Reuters/ Eltern von Protassewitsch	Text von Presseagenturen dpa, „niz.“ und Reuters, Heranziehen von Zitaten der Eltern Protassewitschs
	Textausschnitt		<p>Protassewitschs in Polen lebende Mutter Natalia Protassewitsch bezeichnete das Interview als Ergebnis von Folter im Gefängnis. „Ich kann mir nicht einmal vorstellen, welchen Foltermethoden – sowohl psychischen als auch physischen - mein Sohn momentan ausgesetzt ist“, sagte die 46-Jährige der Deutschen Presse-Agentur. „Eine größere Qual kann man als Mutter vermutlich nicht erleiden.“</p> <p>„Sie haben ihn gebrochen“</p> <p>Der Vater des Journalisten sagte der Nachrichtenagentur AFP, es schmerze ihn, das Interview zu sehen: „Ich kenne meinen Sohn sehr gut und glaube, dass er solche Dinge niemals sagen würde. Sie haben ihn gebrochen und ihn gezwungen, das zu sagen, was nötig war.“</p> <p>Mit teils zitternder Stimme hatte Protassewitsch in dem anderthalbstündigen Gespräch auch Anschuldigungen gegen andere belarussische Oppositionelle erhoben.</p>					
FAZ 090721  Razzien bei Journalisten	F01	Verbotene Informationen	Razzien und Festnahmen bei unabhängiger Zeitung „Nascha Niwa“ sowie Blockade der Website	die Website wurde laut belarussischem Informationsmedium aufgrund verbotener Informationen blockiert, Vorwürfe gegen Mitarbeitende blieben unklar	Journalist*innen gelten als Oppositionelle und werden demnach auch so behandelt, Vorgehen erinnert an Zerschlagung von Tut.by	„Nascha Niwa“ teilt Updates zu den Razzien und Festnahmen über Telegram.	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>In Belarus hat das Regime von Diktator Alexandr Lukaschenko am Donnerstag Nascha Niwa lahmgelegt, ein weiteres wichtiges unabhängiges Medium, und führende Mitarbeiter festgenommen. Die Wohnungen des Leitenden Redakteurs, Jegor Martinowitsch, einer Reihe weiterer Mitarbeiter sowie die Redaktion wurden durchsucht. Die Website, Nn.by, war nicht mehr aufzurufen. Das Informationsministerium teilte mit, sie sei auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft wegen „verbotener Informationen“ blockiert worden – welcher, blieb unklar. Über den Messengerdienst Telegram teilte Nascha Niwa mit, in Martinowitschs Wohnhaus seien Mitglieder der Polizeieinheit für den Kampf gegen Organisiertes Verbrechen gesehen worden; sie ist in Lukaschenkos Kampf gegen Oppositionelle berüchtigt. Als solche gelten unabhängige Journalisten in Belarus.</p> <p>Am Donnerstagmittag hieß es, Martinowitsch sei festgenommen worden – was ihm und seinen Mitarbeitern vorgeworfen wurde, blieb zunächst unklar. Nascha Niwa geht auf die älteste Zeitung von Belarus zurück, arbeitet seit 2018 aber nur noch online. Das Vorgehen erinnert stark an die Zerschlagung des größten unabhängigen belarussischen Mediums, Tut.by, bei der im Mai 15 mit dem Newsportal verbundene Personen festgenommen wurden.</p>					

FAZ 09072102  Abgeschaltet, festgenommen	F01	Verbotene Informationen	Razzien bei Mitarbeitenden und Festnahmen bei Zeitung „Nascha Niwa“, „Brestker“ und Portal „Intex-Press“	neben Razzien nimmt Belarus Chefredakteur Jegor Martinowitsch von „Nascha Niwa“ fest, Vorwurf: „Nascha Niwa“ verbreite verbotene Informationen	Belarus führt gezielt weitere Razzien gegen unabhängige Medien durch.	„Nascha Niwa“ teilt Updates zu den Razzien und Festnahmen über Telegram.	Journalist*in/ dpa	Text zum Teil von Presseagentur dpa
	Textausschnitt		In Belarus geht der Apparat von Machthaber Alexander Lukaschenko weiter mit Razzien gegen unabhängige Medien vor. Die Behörden blockierten am Donnerstag die Internetseite von Nascha Niwa (Unser Feld). Das Informationsministerium teilte mit, das Portal verbreite verbotene Informationen. Details zu den Gründen für die Sperre gab es nicht. Die Redaktion des regierungskritischen Mediums teilte mit, Chefredakteur Jegor Martinowitsch sei festgenommen worden. Es gebe zudem Durchsuchungen bei Mitarbeitern, hieß es im Telegram-Kanal von Nascha Niwa. Über Razzien klagten auch die unabhängige Brestker Zeitung und die Redaktion des Portals Intex-Press.					
	F02	Neustart für Tut.by	beliebtes Nachrichtenportal Tut.by wagt unter dem Namen „Zerkalo.io“ einen Neustart	nachdem die Website unter Tut.by gesperrt wurde und das Portal als verboten gilt	Mitarbeitende sind auf neue Blockade vorbereitet	Für den Fall einer neuen Blockierung ist das Portal mit geschützter Netzwerkverbindung weiterhin abrufbar, bis dahin haben sie vor allem über Telegram ihre Nachrichten verbreitet.	Journalist*in/ dpa	Text zum Teil von Presseagentur dpa
	Textausschnitt		Das mit Abstand populärste, offiziell aber auch verbotene Internetportal tut.by teilte mit, dass es unter dem Namen zerkalo.io einen Neustart wage. Nach der Sperrung der Internetseite verbreitete tut.by zuletzt vor allem im Nachrichtenkanal Telegram seine Nachrichten – und hat dort mehr als eine halbe Million Abonnenten. Unter dem neuen Namen war nun auch die Seite im Internet wieder aufrufbar. Zugleich informierten die unabhängigen Journalisten, die in ihrer Heimat Repressionen ausgesetzt sind, dass die Seiten im Fall einer neuen Blockierung über eine geschützte Netzwerkverbindung (VPN) gelesen werden können.					
FAZ 140721  Die große Säuberung	F01	Säuberung	Säuberungen bei unabhängigen Medien in Form von Razzien und Festnahmen	Betroffen sind unter anderem zwölf Mitarbeitende von Tut.by, die seit Mai in Haft sitzen.	Nutzer*innen stehen vor der Herausforderung, sich wichtige und richtige Informationen aus Telegram-Kanälen zusammenzusuchen.	Informationen sind nur noch über Telegram-Kanäle und soziale Medien zugänglich, Tut.by startet neu mit „Zerkalo.io“	Journalist*in	

	Textausschnitt		Die Säuberungen werden hauptsächlich mithilfe von Justiz und Strafvollzug vollzogen. Seit dem 18. Mai sitzen zwölf Mitarbeiterinnen des Online-Portals Tut.by in Untersuchungshaft. Informationen sind nach der Sperrung der Online-Angebote zahlreicher weiterer in den Regionen jenseits von Minsk stark vertretenen unabhängigen Medien nur noch über Telegram-Kanäle und über soziale Netzwerke zugänglich. Belarus ist heute eine Gesellschaft, in der einerseits die Algorithmen internationaler Konzerne darüber entscheiden, wie sich Nachrichten verbreiten. Andererseits muss sich jeder Internetnutzer aus unzähligen Telegram-Kanälen ein Bild von der Wirklichkeit zusammen setzen. Die Betreiber des größten unabhängigen Medienunternehmens „tut.by“ lassen sich nicht einschüchtern und haben mit „Zerkalo.io“ ein neues Internetportal registriert. Sie zählen darauf, dass in Belarus genügend Menschen sich einen sicheren VPN-Tunnel einrichten können, um die Blockaden der Regierung technisch zu umgehen.					
FAZ 160721	F01	Razzien ohne Ende	Razzien in Wohnungen der Mitarbeitenden von unabhängigen Medien „Radio Free Europe/Radio Liberty“ (RFE/RL) und Belsat TV	die Medien sind von den USA und Polen finanziert und organisiert, mindestens ein Mitarbeiter von RFE/RL wurde festgenommen und verhört	Auch die ausländischen Medien sind von Razzien betroffen.	keine	AFP	Text von Presseagentur AFP
Razzien bei Journalisten in Belarus	Textausschnitt		In Belarus haben Sicherheitskräfte am Freitag die Wohnungen mehrerer unabhängiger Journalisten durchsucht. Wie der Sender Radio Free Europe/Radio Liberty in den Online-Netzwerken mitteilte, wurde unter anderem die Wohnung der Leiterin des Minsker Büros des Senders, Valentina Schdanko, durchsucht. Mehrere weitere Journalisten, die für den von den Vereinigten Staaten finanzierten Sender arbeiten, berichteten ebenfalls von Razzien. Mindestens einer von ihnen wurde von den Behörden demnach zum Verhör festgenommen.  Auch die Wohnungen von drei Journalisten, die für den Oppositionssender Belsat arbeiten, wurden nach deren Angaben durchsucht. Ein unabhängiger Journalist in der westlichen Stadt Grodno meldete ebenfalls eine Durchsuchung seiner Wohnung.					
FAZ 190821	F01	Vermisst	Irina Lewschina und Sachar Schtscherbakow von der Nachrichtenagentur „BelaPAN“ werden vermisst.	belarussische Polizei hatte Haus von Lewschina zuvor durchsucht	Vor wenigen Wochen äußerte sie sich noch zu einem anderen Kollegen der DW, der festgenommen wurde.	keine	Journalist*in	
Journalistin in Belarus vermisst	Textausschnitt		Die Chefredakteurin der führenden unabhängigen Nachrichtenagentur BelaPAN, Irina Lewschina, ist unauffindbar. Die Polizei hatte ihr Haus in der Nacht zum Mittwoch durchsucht, von belarussischen Behörden war aber zunächst keine Stellungnahme zu bekommen. Auch der BelaPAN-Reporter Sachar Schtscherbakow sei verschwunden, teilte die belarussische Journalistenvereinigung mit. Vor wenigen Wochen hatte sich Lewschina gegenüber der Deutschen Welle noch zu einem festgenommenen Kollegen, dem Journalisten Andrej Alexandrow, geäußert. Alexandrow werden die Finanzierung von Protesten der Opposition und Hochverrat vorgeworfen. Die Räume des belarussischen Journalistenverbandes BAJ wurden im Juli durchsucht und gesperrt. Alexandrow war stellvertretender Leiter des Verbandes.					
FAZ 200921	F01	Vom Staatsfernsehen ins	Die Journalistin Xenija Luzkina sitzt seit	Sie verließ das Staatsfernsehen im Zuge der	Schweigen war für die Journalistin	keine	Journalist*in/	Gespräch mit Vater der

Elite im Gefängnis-schloss		Gefängnis	Dezember 2020 in Haft.	Protestwelle nach den gefälschten Wahlen und rief Kolleg*innen dazu auf, die Wahrheit zu berichten. Jetzt ist sie eine von mehr als 670 politisch Gefangenen in Belarus.	keine Option.		Vater von Luzkina	Inhaftierten Xenija Luzkina
Textausschnitt			<p>Xenija Luzkina wurde am 22. Dezember vorigen Jahres festgenommen, nach einer Razzia in ihrer Minsker Wohnung. Sie hatte ihren Verwandten noch das vereinbarte „SOS“ geschickt, zum Zeichen, dass sie geholt würde. Seither hat niemand aus ihrer Familie sie gesehen, Besuchsanträge werden abgelehnt.</p> <p>Oleg Luzkin spricht nur über Leben und Arbeit seiner Tochter, alles „Überflüssige“ und Politisches spart er aus. Reden kann Schwierigkeiten bereiten, zu schweigen ist aber auch keine Option. Das war es auch nicht für die Tochter.</p> <p>Im Zuge der Protestwelle gegen die Fälschung der Präsidentenwahl vom August 2020 aber verließ Luzkina das Staatsfernsehen und appellierte an ihre früheren Kollegen, nicht zu lügen und die Wahrheit über die Gewalt der Sicherheitskräfte zu sagen. Sie bezeugte, wie russische Staatsmedienleute in Lukaschenkos Sendern die Plätze streikender Belarussen einnahmen. Und sie blieb im Land, bei Sohn und Familie. Auch als die Gefahr der Festnahme im Herbst 2020, als das Regime wieder Tritt fasste und immer mehr Gegner inhaftierte, mit jedem Tag wuchs. Jetzt ist die Journalistin eine von mittlerweile mehr als 670 politischen Gefangenen, welche die Menschenrechtsschützer der Gruppe Wjasna (Frühling) zählen; sie werden längst selbst verfolgt, etliche Mitarbeiter sind inhaftiert.</p>					
F02	Keine Gnade	Der Vater von Xenija Luzkina weiß nicht, was seiner Tochter vorgeworfen wird.	nicht bestätigter Vorwurf der Verschwörung, während Inhaftierte des „Press Club“ wieder frei sind, weil sie um Gnade gebeten und gezahlt hatten, bleibt sie in Haft und bittet nicht um Gnade, da sie nichts verbrochen hätte	Xenija Luzkina möchte ihre Ehre behalten und nichts gestehen, das sie nicht begangen hat, um freizukommen.	keine	Journalist*in/ Vater von Luzkina	Gespräch mit Vater der Inhaftierten Xenija Luzkina	
Textausschnitt			<p>Oleg Luzkin weiß nicht einmal genau, was seiner Tochter jetzt vorgeworfen wird. Sie wurde zur gleichen Zeit festgenommen wie Mitglieder der Journalistenvereinigung Press Club, denen Steuerhinterziehung zur Last gelegt wurde, einer der Standardvorwürfe des Regimes gegen seine Gegner. Zunächst auch gegen Xenija Luzkina, obwohl sie mit dem Press Club kaum zu tun hatte. Das entsprechende Verfahren ist schon wieder eingestellt worden: Verwandte der Press-Club-Gefangenen sammelten Geld, erstatteten die angebliche Steuerschuld zurück; zudem baten die Inhaftierten um Gnade und wurden</p>					

			freigelassen. Luzkina aber blieb in Haft. Jetzt soll ihr, wie eine der Freigelassenen erfahren haben will, „Verschwörung mit dem Ziel der Machtergreifung“ vorgeworfen werden. Bestätigt ist das nicht. „Was soll ich für eine Verschwörerin sein?“, habe ihm die Tochter aus dem Gefängnis geschrieben, sagt Luzkina. Er weiß, dass seine Tochter nicht um Gnade bitten wolle, da sie nichts zugeben wolle, was sie nicht getan habe.					
FAZ 021021	F01	Die letzten unabhängigen Journalist*innen	Newsportal „Hrodna.life“ gehört zu den letzten unabhängigen Medien in Belarus	Viele Journalist*innen sind unter den 670 politisch Gefangenen.  Auch „Hrodna.life“ musste sich schon Razzien der belarussischen Behörden gefallen lassen.	Die Zahl unabhängiger Medien schrumpft schnell.	Mitarbeitende rechnen jederzeit mit neuen Besuchen der belarussischen Sicherheitskräfte.	Journalist*in/ „Hrodna.life“	Gespräch mit Redakteur Alexej Schota von „Hrodna.life“
Die letzten aufrechten Reporter in Belarus	Textausschnitt		Schota ist Chefredakteur und Herausgeber von Hrodna.life. Das Newspaper ist nach dem belarussischen Namen der Stadt mit gut 350 000 Einwohnern benannt, Grodno ist die russische und polnische Form.  Doch nach dem Willen der Machthaber in der dreieinhalb Busstunden entfernten Hauptstadt Minsk darf Hrodna.life keine Erfolgsgeschichte mehr sein. Das Newspaper gehört zur rasch schrumpfenden Zahl unabhängiger Medien in Belarus. Unter den derzeit mehr als 670 politischen Gefangenen sind viele Journalisten wie Mitarbeiter des einst führenden Newsportals Tut.by.  In Grodno hat ein Gericht Alexej Schota Ende August drei Monate Zeit gegeben, um die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Hrodna.life zugrunde liegt, zu „liquidieren“. Der Chef und seine Leute mussten Razzien in der Redaktion und ihren Wohnungen über sich ergehen lassen, rechnen jederzeit mit neuen Besuchen der Sicherheitskräfte. Eine ihrer vielen Sorgen ist, wo sie Computer, Geld und Dokumente aufbewahren können. „Unser Leben ist eine einzige große Unbestimmtheit geworden“, sagt Schota.					
	F02	Von lokal zu politisch	Seit der gefälschten Präsidentschaftswahl müssen selbst lokale Medien wie „Hrodna.life“ über Proteste und Politik berichten.	Auch in Grodno haben die Repressionen des Regimes Auswirkungen, wie Festnahmen, politische Verfolgung usw..	Politisierung von Lokalredaktionen durch Krise in Belarus	keine	Journalist*in/ „Hrodna.life“	Gespräch mit Redakteur Alexej Schota von „Hrodna.life“
	Textausschnitt		Doch bald mussten die Journalisten über weniger fröhliche Proteste gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahl berichten und das brutale Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstranten. Seither geht es neben lokalen Themen wie etwa neuen Supermärkten immer wieder um aus Grodno geflohene oder verurteilte Regimegegner und um das Schicksal politischer Gefangener aus der Stadt wie dem Punkrocker Igor Banzer. Er geriet nach einer Tanz-Performance in die Fänge der Justiz, die ihn immer wieder in Isolationshaft nimmt. Schota und seine Kollegen dokumentieren das Geschehen, sachlich und nüchtern. Das reicht, um zum Feind zu werden.					
	F03	Anpassung oder Festnahme	„Hrodna.life“ versucht, sich mit der	Chefredakteur Alexej Schota wurde bereits selbst	Das Newspaper versucht, sich durch Vorsicht	Sie haben ihren eigenen Telegram-Kanal löschen	Journalist*in/ „Hrodna.life“	Gespräch mit Redakteur Alexej

			Themenwahl und Verlinkungen von Medien anzupassen, um nicht festgenommen oder anderweitig bestraft zu werden	einmal festgenommen und musste Geldstrafen zahlen für die angebliche Verbreitung extremistischer Inhalte.	weiter als unabhängiges Medium zu retten.	müssen wegen Einschätzung als extremistisch, haben aber einen neuen Kanal erstellt.		Schota von „Hrodna.life“
	Textausschnitt		<p>Er und seine Kollegen sind auch bei der Themenwahl vorsichtig geworden. Sie wissen aber nicht, wo die „roten Linien“ der Machthaber verlaufen. Die Staatsanwaltschaft habe ihn gewarnt, er solle keine „terroristische Tätigkeit unterstützen“. Doch was genau soll das sein?</p> <p>Schota wurde auch schon selbst festgenommen, die Redaktion musste Bußgelder zahlen wegen Verbreitung „extremistischen“ Materials. Da ging es um den Telegram-Kanal Nexta der Lukaschenko-Gegner. Besonders, seit auch Medien wie Tut.by als „extremistisch“ gelten, haben Schotas Leute eine mühevollere Zusatzaufgabe: Sie müssen entsprechende Links aus alten Artikeln entfernen, sonst riskieren sie neue Strafen. Ein Telegram-Kanal ihres eigenen Newsportals wurde schon als „extremistisch“ verboten, Schota löschte ihn, schuf einen neuen, immer in dem Wissen, dass nichts vor der Willkür schützt.</p>					
FAZ 261021	F01	Feind der Pressefreiheit	RSF beklagt das Vorgehen der Razzien von Redaktionen und den Wohnungen der Mitarbeitenden.	Die Redaktion und Wohnungen der Zeitung „Nowy Tschas“ seien durchsucht worden.	Keine kritische Stimme mehr im Land ist sicher und Lukaschenko ist laut RSF einer der größten Feinde der Pressefreiheit.	keine	Journalist*in/ RSF	Heranziehen von Zitaten von Christian Mihr von RSF
Niemand ist sicher	Textausschnitt		<p>Reporter ohne Grenzen beklagt ein neues Vorgehen der Behörden in Belarus gegen Journalisten. Es seien die Redaktion und die Wohnungen von zwei Mitarbeitern der politischen Wochenzeitung Nowy Tschas durchsucht worden, teilte die Organisation mit. „In Belarus ist heute niemand mehr sicher, der oder die sich auch nur einen Zentimeter außerhalb der vom Regime vorgegebenen Bahnen bewegt“, sagte der Geschäftsführer Christian Mihr. Er bezeichnete Machthaber Alexandr Lukaschenko als einen der größten Feinde der Pressefreiheit weltweit, der sämtliche Medienschaffende und sogar ihre Familien erbittert verfolgen lasse.</p>					
	F02	Gefangener Journalismus	Aktuell sitzen 29 Medienschaffende in Belarus im Gefängnis.	In den vergangenen 14 Monaten gab es etwa 500 vorübergehende Festnahmen von Medienschaffenden und mehr als 100 Nachrichtenkanäle von Telegram wurden als extremistisch eingestuft.	Diese Verbrechen an unschuldigen Menschen müssen aufgeklärt und bestraft werden.	Viele sind aus Angst, ebenfalls verfolgt zu werden, ins Ausland geflohen und arbeiten von dort aus. Forderung nach Bestrafung von Belarus laut RSF	Journalist*in/ RSF	Heranziehen von Zitaten von Christian Mihr von RSF

	Textausschnitt	Reporter ohne Grenzen zufolge sitzen zurzeit 29 Medienschaffende im Gefängnis, etwa 500 seien in den vergangenen 14 Monaten vorübergehend festgenommen worden. Viele sind aus Angst vor Verfolgung ins Ausland geflohen und arbeiten von dort aus. Mehr als 100 Nachrichtenkanäle des Messengerdienstes Telegram seien bereits als extremistisch eingestuft worden. Die Opposition kommuniziert zumeist über Telegram. „Die internationale Gemeinschaft muss sich auf allen Wegen dafür einsetzen, dass diese Verbrechen vor den Toren der EU nicht straffrei bleiben“, forderte Mihr. „Dieser Diktator und alle weiteren Verantwortlichen gehören vor Gericht.“
--	----------------	--

## Anhang 7: Frames TG

Text und Titel	Frame-Nr.	Frame-name	problem definition	causal interpretation	moral evaluation	treatment recommendation	Autor*in Frame	Anmerkungen/Besonderheiten
TG 170820  Belarus media strike: 'if we can't do honest journalism, we won't work'	F01	Staatliches Fernsehen streikt	Mitarbeitende des belarussischen Staatsfernsehens „Belarus One“ streiken.	300 von 2.000 Mitarbeitenden wollen erst wieder arbeiten, wenn Neuwahlen stattfinden und sie ohne Zensur arbeiten können.	Sie wollen für ihre Werte einstehen und ehrlichen Journalismus ausüben.	keine	Journalist*in/belarussische Journalistin	Heranziehen von Zitaten der Journalistin Xenija Luzkina von „Belarus One“
	Textausschnitt		<p>Belarus One, the national channel, has been churning out government propaganda throughout Lukashenko's quarter-century rule, and at the beginning of last week was painting the protesters as dangerous provocateurs paid from abroad to disrupt the glorious stability brought by Lukashenko.</p> <p>But Belarus has changed so quickly in the past week that many at the channel feel they can no longer work for the propaganda machine. On Monday, about 300 of the station's 2,000 employees went on strike, saying they would not return to work unless the government implemented five demands, including new elections and the removal of television censorship.</p> <p>“People feel that if we can't do honest journalism, then we won't work,” said the documentary maker Kseniya Lutskina, one of those who signed. She was standing outside the headquarters on Monday afternoon fielding calls from colleagues and trying to persuade them to sign up.</p>					
	F02	Angst vor Handeln	Viele Mitarbeitende von „Belarus One“ haben Angst vor dem Streiken.	Der Sender droht mit Kündigungen von jenen, die streiken, und es gibt keine alternative Jobaussicht.	Angst hindert einige Mitarbeitende an der Streikteilnahme	keine	Journalist*in/belarussische Journalistin	Heranziehen von Zitaten der Journalistin Xenija Luzkina von „Belarus One“
	Textausschnitt		Lutskina said some of those striking had said they would come to the office but not work, and said that all but the most ideological were considering joining, but many were scared. “The problem for a lot of people is that there's no other television to work at in the country – it's all state-controlled,” she said. Management has threatened to fire those who go on strike.					
	F03	Kündigung vor Wahl	Einige Mitarbeitende von „Belarus One“ haben den Sender	Alexander Luchonok kündigte eine Woche vor der Wahl, als	Die Mitarbeitenden fühlten sich von der Atmosphäre im Sender	keine	Journalist*in	

			schon vor den Präsidentschaftswahlen 2020 verlassen.	klar wurde, dass die Wahl nicht fair werden würde, da Lukaschenkos Konkurrenz im Gefängnis landete.	erdrückt mit all den negativen Entwicklungen.			
	Textausschnitt		Some employees walked out even before the recent elections, feeling suffocated by the atmosphere as Lukashenko jailed his political opponents and looked set to rig the election. Alexander Luchonok, who worked for 18 months as a special correspondent on the twice-weekly current affairs programme Under the President's Control, handed in his resignation a week before the election.					
	F04	Lukaschenko-Anhänger*innen	ideologisch mit Lukaschenko übereinstimmende Mitarbeitende unterstützen ihn freiwillig	Die meisten wollen beim Sender nur eine gute Karriere haben, während einige echte Lukaschenko-Anhänger*innen sind und ihn weiter als Präsident haben wollen.	Die Ideologen glauben nicht an alles, was sie an Propaganda veröffentlichen, aber unterstützen Lukaschenko trotzdem.	keine	Journalist*in/ belarusischer Journalist	Heranziehen von Zitate des belarusischen Journalisten Alexander Luchonok
	Textausschnitt		Luchonok said most correspondents at the station simply wanted to pursue a good career, but added that there were some ideologues who were genuine Lukashenko supporters. "Even if they don't believe everything in the reports, they think it's important to keep Lukashenko in office," he said in a recent interview.  Sensitive political topics were ordered directly from the presidential administration, he said, but "of course, mainly it's about self-censorship; you know what not to say".					
	F05	Propaganda seit eh und je	„Belarus One“ verbreitet seit Jahren Propaganda zu unterschiedlichen Themen.	Das Coronavirus wurde verharmlost, die Proteste wurden zunächst nicht erwähnt und später falsch dargestellt, als wären die Protestierenden die bösen Gewalttätigen.	Luchonok war unter anderem verstört davon, wie das Coronavirus vom Sender verharmlost wurde.	keine	Journalist*in/ belarusischer Journalist	Heranziehen von Zitate des belarusischen Journalisten Alexander Luchonok
	Textausschnitt		Luchonok was also deeply disturbed by the station's coverage of the coronavirus crisis, which Lukashenko dismissed as a "psychosis" that should not stop people from working. "I watched someone who went through a relative dying of coronavirus and saw this same person ordering people to produce a report on how the virus situation in the country was under control," he said.					

			<p>For years, the television news has reported on the country as if it is still part of the Soviet Union in 1980: nightly spots on tractor production and grain harvests, always featuring the great leader keeping an eye on things and reprimanding wayward officials.</p> <p>Even as the country was plunged into chaos last week, there were attempts to portray business as usual. Last Tuesday, as riot police were chasing protesters through Minsk for a third consecutive night and thousands were being subjected to appalling conditions and violent treatment inside prisons, the evening news on Belarus One opened with news of Lukashenko chairing a cabinet meeting about the price of rapeseed oil.</p> <p>“The peasants are working better than ever before, and we have meat, salt and butter,” he said, ahead of a package featuring footage of various factory production lines.</p> <p>There was also time for sinister coverage of the protests. Video was carefully edited to make it look as if the majority of the violence had come from the protesters’ side, and there were gruesome interviews with bloodied protesters, lying face down on the ground, hands tied behind their back, who croaked in pain that they would never protest again. Anchors repeatedly emphasised that the protests had been ordered from abroad with the goal of destabilising the country.</p>					
	F06	Staatsfernsehen im Visier	Protestierende richten sich an Staatssender	Sie fordern wahrheitsgemäße Berichterstattung und Maria Kolesnikowa fordert sie zur Protestteilnahme auf.	Staatsfernsehen wird zum Ziel der Protestierenden, da vor allem viele alte Menschen ihre Informationen von dort bekommen	Die Polizei baut eine Verteidigung im Hauptgebäude des Senders auf, um Protestierende draußen zu halten.	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>Many older people get their news from television, and for this reason it has become one of the protesters’ targets. On Saturday, and again on Monday, crowds gathered outside the headquarters.</p> <p>“Tell the truth to our grandparents,” read a huge banner placed outside the entrance. Riot police inside the building formed a defence line to prevent the protesters from entering.</p> <p>At the vast protest rally on Sunday, the opposition politician Maria Kolesnikova said she was appealing to journalists on state television, as well as security forces and diplomats, to join the protests. “This is your last chance. Fight your fear like all of us did. We were all scared, but we fought our fear. Join us and we will support you,” she said.</p>					
TG 280820  Belarus deports Swedish journalist amid media crack-down	F01	Schwedischer Journalist ausgewiesen	schwedischer Fotojournalist Paul Hansen von „Dagens Nyheter“ wurde aus Belarus ausgewiesen	Er war einer von 50 Reporter*innen, die am Donnerstag von der Bereitschaftspolizei aufgegriffen und in Gewahrsam genommen wurden, angeblich um ihre Dokumente zu überprüfen.	hartes Vorgehen gegen einheimische und ausländische Medien, Hansen empört, Journalist*innen werden laut Franak Viačorka wie Kriminelle behandelt, sind aber Helden	Die belarussischen Behörden müssen laut dem britischen Außenminister Dominic Raab aufhören, Journalisten ins Visier zu nehmen, und die Medienfreiheit verteidigen.	Journalist*in/ Franak Viačorka /britische Regierung	Heranziehen von Zitate des Journalisten und Politikers Franak Viačorka und britischen Außenministers Dominic Raab

	Textausschnitt	<p>A Swedish photojournalist has been deported from Belarus, amid a crackdown on local and foreign media and ahead of further mass protests planned for this weekend against the president, Alexander Lukashenko.</p> <p>Paul Hansen was given 24 hours to leave the country and banned from Belarus for five years. He was one of 50 reporters rounded up by riot police on Thursday and taken into custody, ostensibly so their documents could be checked.</p> <p>One of those detained was the BBC's Moscow correspondent, Steve Rosenberg.</p> <p>On Friday night, Dominic Raab condemned the attack on press freedom. The British foreign secretary tweeted: "I condemn the mass detention of over 50 journalists last night in Belarus, including from BBC, local &amp; international media. This was a blatant attempt to interfere with objective &amp; honest reporting. The Belarusian authorities must stop targeting journalists &amp; defend media freedom."</p> <p>Hansen – who works for the Swedish newspaper Dagens Nyheter – described the arrest of media representatives inside Belarus as "outrageous".</p> <p>Viačorka tweeted: "It's outrageous. Journalists in Belarus are shot with weapons, deported, thrown into prison, raided in hotels, their cameras smashed, flash drives taken away. On state TV, independent journalists are threatened. Journalists are treated like dangerous criminals. But they are heroes."</p>						
	F02	Belarusische Journalist*innen angeklagt	Vier belarussische Journalist*innen werden angeklagt.	Unter anderem Katerina Andrejewa von Belsat TV und Fotograf Alexander Vasukovich wird die Organisation von Massenprotesten vorgeworfen.	Die meisten Journalist*innen bis auf diese vier aus Belarus wurden ohne Anklage freigelassen.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt	<p>Most of the journalists were later released but four Minsk-based correspondents were detained overnight and appeared in court on Friday, charged with organising illegal protests. They included the photographer Alexander Vasukovich and Katsiaryna Andrejeva, a reporter with the independent Belsat TV channel.</p>						
	F03	Einschüchterung zwecklos	Mitglieder des belarussischen Journalistenverbands (BAJ) werden weiterarbeiten	Trotz Einschüchterungsversuchen der belarussischen Behörden werden sie weitermachen. Das Bildmaterial und Equipment von festgenommenen Journalist*innen wurde zum Teil konfisziert und nicht zurückgegeben.	Sie lassen sich nicht einschüchtern.	Protest der Journalist*innen geplant	Journalist*in/BAJ	Heranziehen von Zitate von Barys Goretsky des BAJ

	Textausschnitt		<p>Barys Goretsky, of the Belarus association of journalists, said his members intended to carry on reporting, despite intimidation from the authorities and the threat of imprisonment.</p> <p>“Our readers are very active. They are demanding information. Our colleagues will continue to work,” he told the Guardian.</p> <p>Goretsky said some of the journalists who had been detained had had their phones and camera equipment confiscated and not returned. The journalists would make a formal protest next week, he said.</p>					
	F04	Ablehnung von Akkreditierungen	belarussisches Außenministerium lehnte die meisten Akkreditierungen ausländischer Journalist*innen ab	Daraufhin reisten einige ausländische Journalisten ohne offizielle Akkreditierung in das Land ein und gaben sich als Touristen aus.	keine	Mehr als ein Dutzend ausländische Journalist*innen wurde in den letzten zwei Wochen auf dem Minsker Flughafen angehalten und an der Einreise gehindert.	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>The Belarusian foreign ministry declined to issue accreditation to the majority of foreign journalists who applied for it, after Lukashenko railed against foreign coverage of the country in the run-up to the election.</p> <p>As a result, some foreign journalists entered the country without the official accreditation, posing as tourists. More than a dozen foreign journalists have been stopped at Minsk airport in the past two weeks and denied entry.</p>					
	F05	Black Book of Belarus	belarussische Sicherheitskräfte zwingen Reporter*innen, Bilder zu löschen, aus Angst vor dem „Black Book of Belarus“	Bei dem Buch handelt es sich um eine Online-Aufzeichnung mutmaßlicher Übergriffe durch Lukashenkos Sicherheitskräfte, die im Hinblick auf eine künftige Strafverfolgung geführt wird.	Die Sicherheitskräfte fürchten, in das Buch mit aufgenommen zu werden.	keine	Journalist*in/ Franak Viačorka	Heranziehen von Zitaten des belarussischen Journalisten und Politikers Franak Viačorka
	Textausschnitt		<p>Another journalist, Franak Viačorka, said riot police had forced reporters to delete photos because they were afraid of appearing in the “Black Book of Belarus”. The book is an online record of alleged abuses carried out by members of Lukashenko’s security services, kept with a view to future prosecutions.</p>					
TG 290820  Belarus authorities strip accreditation from for-	F01	Entzogene Akkreditierungen	Belarus hat mehreren ausländischen Medienjournalist*innen die Akkreditierung entzogen.	Diese sollen nicht über mögliche zunehmende Eskalationen berichten können. Betroffen waren unter	BBC verurteilt die Unterdrückung von Journalist*innen	BBC fordert die belarussischen Behörden auf, diese Entscheidung rückgängig zu machen.	Journalist*in/ BBC	Heranziehen von Zitaten von BBC

eign journalists				anderem BBC und Radio Liberty.					
	Textausschnitt			<p>Belarusian authorities have deported two Russian cameramen and withdrawn the accreditation of several foreign media journalists, including the BBC's, in advance of fresh demonstrations challenging the results of the presidential election.</p> <p>On Saturday the BBC's press team said two journalists working for its Russian service in Minsk had had their press accreditation revoked "with immediate effect".</p> <p>"We condemn in the strongest possible terms this stifling of independent journalism. We call upon the Belarusian authorities to revoke this decision and allow our journalists to continue doing their jobs," it tweeted.</p> <p>"We believe it is vital for the people of Belarus to have access to impartial, independent information about events in their country."</p> <p>One BBC journalist to lose her accreditation is Tatyana Melnichuk.</p> <p>He did not specify how many journalists were affected by the measure, but foreign media including the BBC and Radio Liberty reported the withdrawal of accreditation of several of their journalists.</p>					
	F02	Festnahme eines ARD-Kamera-teams	Festnahme eines ARD-Kamera-teams in Belarus und Ausweisung der beiden russischen Kameramänner	Es wurde nach der Berichterstattung über die Proteste in Belarus vorübergehend festgenommen und die Akkreditierung wurde entzogen. Der Produzent Ilya Kuzniatsou muss vor Gericht.	laut WDR inakzeptabel, Einschüchterung wird sie aber nicht von ihrer Arbeit abhalten	Sie werden alles dafür tun, dass ihr Team weiterhin über die Geschehnisse in Belarus berichten können.	Journalist*in/WDR	Text von Presseagenturen, Heranziehen von Zitaten des WDR	
	Textausschnitt			<p>Two of broadcaster ARD TV's Russian cameramen and a producer, from Belarus, were also arrested in Minsk on Friday evening before being released again on Saturday.</p> <p>West German Broadcasting (WDR), which runs the TV station, said on Saturday their Russian employees were "on their way to Moscow" after being banned from Belarus for five years, while their producer was due to face trial on Monday.</p> <p>WDR's program director, Jörg Schönenborn, described the treatment of his team as "absolutely unacceptable".</p> <p>"This shows again that independent reporting in Belarus is becoming more and more difficult and almost impossible," he said.</p> <p>"As a public service broadcaster, however, we will not be intimidated and will do everything in our power to ensure that our journalists can continue to report critically and independently on the events, protests and demonstrations in Belarus."</p> <p>The Belarussian Association of Journalists has named the cameramen as Sergey Sergeev and Mikhail Fomin and the producer as Ilya Kuzniatsou. The Guardian has approached Kuzniatsou for comment.</p>					
TG 100221  Luka-shenko	F01	Kein Massenmedium mehr	größtes unabhängiges Newsportal Tut.by verliert Status als	Borissewitsch wird vorgeworfen, das Arztgeheimnis gelüftet zu	Es klingt wie absurdes Theater, aber passiert	keine	Journalist*in/Tut.by	Heranziehen von Zitaten von Maryna Zolotava,	

plans 'people's assembly' but Belarus reform unlikely			Massenmedium und Mitarbeiterin Katerina Borissewitsch sitzt seit November in Haft	haben, als sie die Aussage eines Arztes zum Tod von Raman Bondarenko veröffentlichte.	tatsächlich laut Tut.by.			Chefredakteurin von Tut.by
	Textausschnitt		<p>But the inner circle round Lukashenko has proved to be loyal, and willing to crack down against both protesters and journalists covering the grim events. Dozens of Belarusian journalists have been targeted by authorities while foreign journalists have mainly been denied accreditation.</p> <p>Tut.by, the biggest independent Belarusian news portal, has been stripped of its legal status as a media outlet, while one of its journalists, Katerina Borisevich, has been in prison since November. She faces jail time for the alleged crime of leaking medical data, after she disclosed that a protester who was beaten to death by regime-linked thugs was not, as the official version claimed, drunk at the time.</p> <p>"It sounds like a theatre of the absurd, but it is happening to us in reality," said Maryna Zolatava, editor-in-chief of Tut.by.</p>					
TG 180221  Belarus jails two journalists who covered Lukashenko protest	F01	Starkes Zeichen	Journalistinnen Katerina Andrejewa und Darja Tschulzowa von Belsat TV zu zwei Jahren Haft verurteilt	Sie hatten im Livestream über die Demonstration nach dem Tod des Demonstranten Roman Bondarenko berichtet und wurden wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung verurteilt. Sie lächelten vor Gericht und machten ein „V“ als Siegeszeichen.	ie beiden sind laut Tichanowskaja stark, Lukashenko kann die Menschen nicht brechen	Litauen fordert das Ende der Spirale von Repressionen und Polen droht mit ernstesten Konsequenzen.	Journalist*in/Swetlana Tichanowskaja	Heranziehen von Zitate der Oppositionellen Tichanowskaja sowie der Länder Litauen und Polen
	Textausschnitt		<p>Two journalists in Belarus have been convicted of violating public order and sentenced to two years in prison after they covered a protest against the authoritarian president, Alexander Lukashenko.</p> <p>Katsiaryna Andreyeva, 27, and Darya Chultsova, 23, both of the Polish-funded Belsat TV channel, were detained in November in an apartment they had been using as a vantage point to livestream demonstrations over the death of a protester.</p> <p>Both women, who pleaded not guilty, appeared in a cage at the hearing on Thursday, hugging and making "V" for victory signs. Their lawyer said they would appeal the verdict.</p> <p>"Just look at Darya and Katsiaryna – strong, smiling, and saying goodbyes to their loved ones through bars. Lukashenka can't break us," the exiled opposition figure Sviatlana Tsikhanouskaya wrote on Twitter.</p> <p>Neighbouring Lithuania, where Tsikhanouskaya is based, urged Minsk to end a "spiral of repression". Poland said in a statement the action would have</p>					

			<p>"very serious consequences". Belsat was set up in Poland by Belarusian and Polish journalists to cover Belarus.</p> <p>The journalists were filming protests after the death of Roman Bondarenko, who died in hospital aged 31 after what protesters say was a severe beating by security forces. The interior ministry denied responsibility.</p>					
	F02	Razzien und Verurteilungen	Lukaschenko lässt Razzien durchführen und bringt Journalist*innen vor Gericht.	Die belarussische Polizei durchsucht Wohnungen von Journalist*innen und Menschenrechtsaktivist*innen. Außerdem steht ein Journalist von Tut.by wegen einer Einschätzung zu Bondarenkos Tod vor Gericht.	Lukaschenko vermischt Versprechen nach Reformen mit weiterem harten Durchgreifen im Land.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>Lukashenko has mixed promises of reform with a renewed crackdown this week, with police raiding the homes of journalists and rights activists and one of the president's main electoral opponents put on trial for corruption.</p> <p>A separate trial begins on Friday of a journalist from the local outlet TUT.BY who contradicted the government's assertion that Bondarenko had been drunk at the time of his death.</p>					
TG 190521	F01	Tut.by gesperrt	Belarus sperrt Nachrichtenseite Tut.by und nimmt Mitarbeitende fest	Vorwurf: zahlreiche Verstöße gegen Gesetz über Massenmedien und insbesondere die Veröffentlichung von Material der Stiftung BY SOL	Laut Menschenrechtsaktivist*innen ist das ein Großangriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit in Belarus, laut Tichanowskaja eine vorsätzliche „Ermordung“ des unabhängigen Mediums Tut.by.	Die Regierung muss ihr Vorgehen gegen unabhängige Stimmen beenden und die Sperre von Tut.by unverzüglich aufheben laut Aisha Jung.	Journalist*in/ Aisha Jung	Heranziehen von Zitate von Aisha Jung der belarussischen Niederlassung von Amnesty International
Belarus blocks top news site in 'full-scale assault' on free press	Textausschnitt		<p>A leading news site in Belarus has been taken offline and its journalists interrogated by government officials in what human rights campaigners are calling a "full-scale assault" on the right to freedom of expression in the country.</p> <p>Tut.by, a news site read by more than 40% of Belarusian internet users, has been blocked and its editors questioned after their offices and houses were raided by authorities.</p> <p>"This is a cowardly step taken by a government which fears truth and resorts to brutal measures to suppress human rights," said Aisha Jung, senior campaigner on Belarus at Amnesty International.</p>					

			<p>“It is a full-scale assault on the right to freedom of expression and media freedom in Belarus, and leaves a gaping wound in the country’s access to independent sources of information.”</p> <p>The Belarusian government blocked access to Tut.by after accusing it of “numerous facts of violations of the law on mass media” and, specifically, the publication of material coming from the BYSOL foundation, an unregistered fundraising initiative to support victims of political repression in Belarus. Legislation in Belarus prohibits the media from disseminating information on behalf of unregistered organisations, according to Amnesty International.</p> <p>Last October, Tut.by’s media credentials were revoked following its coverage of peaceful protests that had erupted across the country after the widely disputed presidential election.</p> <p>Svetlana Tikhonovskaya, leader of the opposition in Belarus, called the move “a planned attack on our journalists and media”. She said on Twitter: “We are witnessing the deliberate ‘murder’ of the independent media @tutby. A group of people holding power in Belarus is the real occupation regime: they kill media, kill political parties &amp; civic communities, and kill us on the streets and in prisons.”</p> <p>Jung added: “The scope of this attack cannot be underestimated since more than 40% of Belarusian internet users refer to Tut.by for news, forums and other services. The government must end its suffocating crackdown on independent voices and immediately reverse the blocking of Tut.by.”</p>					
<p>TG 240521</p> <p>‘They will kill me’: Belarusian blogger’s descent into horror</p>	<p>F01</p>	<p>Festnahme von Protasewitsch</p>	<p>Roman Protasewitsch wurde nach der Umleitung des Flugzeuges in Belarus festgenommen.</p>	<p>Dies geschah nach einer angeblichen Notlandung in Belarus, die von Kampffjets begleitet wurde. Protasewitsch hatte sich am selben Tag verfolgt gefühlt und mehrere Passagiere blieben mit ihm in Belarus, statt weiterzufliegen. Ihm wird in Belarus Terrorismus und die Organisation von Massenprotesten vorgeworfen.</p>	<p>Protasewitschs Vermutung, dass er vom örtlichen KGB verfolgt wurde, war vermutlich richtig. Die Notlandung wurde von Lukaschenko initiiert.</p>	<p>keine</p>	<p>Journalist*in</p>	
<p>Textausschnitt</p>			<p>Before boarding the flight from Greece to Lithuania, where the blogger lives in exile, Protasewich had told friends he was being shadowed at Athens airport by a bald man with a leather suitcase speaking Russian.</p> <p>Passengers onboard the flight on Sunday described a slow descent into horror as Protasewich, who fled Belarus fearing for his life in 2019, realised he would be landing in a country that has charged him with terrorism and inciting mass riots.</p> <p>The plane was closer to Vilnius than Minsk when, at about 12.50pm local time, an emergency signal was activated. Belarus claims the pilot chose to land in</p>					

			<p>Minsk, but Ryanair said the decision came from Belarusian air traffic controllers.</p> <p>Passengers were kept in the dark while Belarusian fighter jets flanked the plane on its approach to an emergency landing in Minsk. "The company kept sending us text messages but no explanation was ever made by the pilot as to why the plane made the emergency landing," said Petalis.</p> <p>Four more people deplaned in the Belarusian capital, suggesting Protasevich's hunch that he was being tailed by the local KGB was correct. "[Lukashenko] carried it off beautifully," wrote Margarita Simonyan, the head of the Russian state-financed RT.</p> <p>Before that, security officials approached Protasevich and searched him separately as his fellow passengers watched. Then, with little explanation, he was led away.</p> <p>"It was straight out of a film, a horror film," said Petalis.</p> <p>The whereabouts of Protasevich and Sapega are still unknown.</p>					
<p>TG 24052102</p> <p>UK planes told to cease flying over Belarus after blogger arrest</p>	F01	Strafe für Flugzeugentführung	Die britische Regierung hat alle britischen Flugzeuge angewiesen, Belarus nicht mehr zu überfliegen, und den Botschafter des Landes einbestellt.	nach der Verhaftung des oppositionellen Bloggers Protasewitsch und seiner Freundin, deren Ryanair-Flug in Minsk wegen angeblicher Bombendrohung notlanden musste	Laut dem britischen Außenminister Dominic Raab war die angebliche Notlandung eine rücksichtslose, zynische und gefährliche Entführung eines Ryanair-Fluges durch die belarussische Regierung.	weitere Sanktionen von Großbritannien und der EU geplant sowie eine Untersuchung des Vorfalles	Journalist*in/ britische Regierung	Heranziehen von Zitate von britischen Außenminister Dominic Raab
	Textausschnitt		<p>The foreign secretary, Dominic Raab, described the act as a "reckless, cynical and dangerous hijacking of a Ryanair flight by Belarus government" and said further sanctions were being considered against Belarus. The operating permit for Belavia, the country's state-owned airline, has also been suspended in the UK.</p> <p>The UK response came before a meeting of EU leaders on Monday evening that could take measures against Belarus, including banning Belavia from EU airports and suspending all Belarusian flights over UK territory.</p> <p>In a statement on Monday morning on behalf of the EU, Josep Borrell, the bloc's high representative for foreign affairs, called for an international investigation into the incident and warned that those involved faced sanctions. "The EU will consider the consequences of this action, including taking measures against those responsible," he said.</p> <p>Roman Protasevich and Sofia Sapega were flying from Athens to Vilnius, the capital of Lithuania, when the plane was diverted to Minsk. Protasevich, a former editor of the influential Telegram channels Nexta and Nexta Live, was detained by police in Minsk after Lukashenko ordered his military to scramble a MiG-29 fighter to meet the plane.</p> <p>Ryanair said Belarusian flight controllers told the pilots there was a bomb threat against the plane and ordered them to land in Minsk. Raab said Britain had seen no evidence to support the claim of a bomb threat.</p>					
	F02	KGB an Bord	Ryanair vermutet, dass das KGB mit an Bord der zur Landung gezwungenen	Neben Protasewitsch und seiner Freundin sind vier weitere Passagiere in Minsk	Dominic Raab vermutet, dass Russland in die Flugzeugentführung verstrickt war, oder	keine	Journalist*in	

			Flugmaschine war.	ausgestiegen, was den Verdacht hervorruft, dass es sich um von Belarus bestellte KGB-Agent*innen handelt.	zumindest zugestimmt hat, da das Vorgehen russisch wirkte.			
	Textausschnitt		<p>Raab said he had to be careful what he said but “it was very difficult to believe this particular action was not taken with the acquiescence of Russian authorities”. He stressed he did not have any direct intelligence on the issue at this stage.</p> <p>He said the Belarusian president, Alexander Lukashenko, “looked well dug in due to the protective umbrella of Russia”.</p> <p>Ryanair’s chief executive, Michael O’Leary, said he believed agents of the Belarusian KGB were travelling on the plane in the first official confirmation of reports that four other passengers had disembarked in Minsk after the emergency landing, driving speculation that Protasevich was being shadowed by the security service.</p> <p>“It appears the intent of the authorities was to remove a journalist and his travelling companion ... we believe there were some KGB agents offloaded at the airport as well,” he said.</p>					
TG 250521	F01	Konsequenzen von Protasewitschs Festnahme	EU verhängt neue Wirtschaftssanktionen gegen Belarus und Strafmaßnahmen gegen die nationale Fluggesellschaft	nachdem der von Belarus festgehaltene Protasewitsch in den staatlichen Fernsehnachrichten vorgeführt wurde und offenbar Straftaten gegen den Staat zugegeben hat	Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU sowie Joe Biden haben die Zwangslandung des Fluges FR4978 in Minsk verurteilt.	EU fordert sofortige Freilassung des oppositionellen Bloggers Roman Protasewitsch und seiner russischen Freundin Sofia Sapega	Journalist*in/ US-amerikanische Regierung	Heranziehen von Zitate von Joe Biden
EU imposes new economic sanctions on Belarus over ‘hijacked’ flight	Textausschnitt		<p>EU leaders triggered new economic sanctions against Belarus and punitive measures against its national airline as a dissident taken from a “hijacked” Ryanair flight was paraded on the country’s television news apparently confessing to crimes against the state.</p> <p>In a summit communique swiftly agreed in Brussels on Monday night, the EU’s 27 heads of state and government condemned the forced landing of flight FR4978 in Minsk and called for the immediate release of opposition blogger Raman Protasevich and his Russian girlfriend, Sofia Sapega.</p> <p>Late on Monday, Joe Biden condemned “in the strongest possible terms” the operation to arrest Protasevich, calling it “a direct affront to international norms” and called for his release. He welcomed EU sanctions, adding that his team was assessing “appropriate options”.</p>					
	F02	Geständnis unter Zwang	Protasewitsch spricht im kurzen Video über seine Taten und sein Wohlbefinden nach der	Belarussische Staatsmedien veröffentlichten das Video, in dem er sagt, er werde gut behandelt	Der Regierungskritiker wurde vermutlich vom Regime zu seinen Aussagen gezwungen, er sah	keine	Journalist*in	

			Festnahme.	und hätte die Massenunruhen angestiftet.	aus, als wäre er verprügelt worden.			
	Textausschnitt		<p>The EU statement came shortly after the release of a video in which Pratasevich denied reports he had suffered health problems since his arrest in the Belarusian capital and said he was confessing to inciting mass riots, a charge that carries a maximum prison sentence of 15 years. The video, which appeared to have been filmed by police, was Pratasevich's first appearance since his arrest.</p> <p>The opposition journalist appeared to have bruising above his right eye. He has not previously said he planned to confess to the charges against him, and several journalists who know him have said they believe he is under duress.</p>					
	F03	Gewaltanwendung für Geständnis	Der Vater von Protasewitsch geht davon aus, dass sein Sohn durch Gewaltanwendung zum Geständnis gezwungen wurde.	Demnach sah die Nase gebrochen aus und das Gesicht abgepudert, es seien außerdem nicht die Worte seines Sohnes im Video.	laut dem Vater ein Akt der Vergeltung und Einschüchterung gegenüber der Gesellschaft	keine	Journalist*in/ Vater von Roman Protasewitsch	Heranziehen von Zitaten von Roman Protasewitschs Vater
	Textausschnitt		<p>His father, Dzmitry Pratasevich, said the video comments on Monday seemed to be a result of coercion. "It's likely his nose is broken, because the shape of it has changed and there's a lot of powder on it. All of the left side of his face has powder," Dzmitry Pratasevich told Reuters in an interview in Russian late on Monday from Wroclaw, Poland, where he and his wife live.</p> <p>"It's not his words, it's not his intonation of speech. He is acting very reserved and you can see he is nervous," Pratasevich said of his son. "And it's not his pack of cigarettes on the table – he doesn't smoke these. So I think he was forced."</p> <p>The father added: "My son cannot admit to creating the mass unrest, because he just didn't do any such thing."</p> <p>In the video, Pratasevich, who was dressed in a black hoodie and seated next to a pack of cigarettes, said: "I can declare that I have no problems with my health, either with my heart or with any other organs. [Police] officers are treating me absolutely correctly and according to the law. I'm currently continuing to cooperate with the investigation and am giving a confession to the organisation of mass unrest in the city of Minsk."</p>					
TG 25052102	F01	Roman bekam einen Kampffjet	Die außergewöhnlichen Umstände von Protasewitschs unfreiwilliger Heimkehr haben internationale Empörung hervorgerufen.	nachdem sein Ryanair-Flug am Sonntag in Minsk zwangsläufig werden musste und er festgenommen wurde	Freunde haben ironisch angemerkt, dass die donnernde und sehr öffentliche Art seiner Verhaftung zu seiner überragenden Karriere und Persönlichkeit passt: „Roma got a fighter jet“.	keine	Journalist*in/ Freund von Protasewitsch	Zitat von Nicolai Khalezin, einem langjährigen Freund von Protasewitsch
	Textausschnitt		The extraordinary circumstances of Pratasevich's involuntary homecoming have provoked international outrage, after his Ryanair flight was forced on					

			<p>Sunday to land in Belarus's capital Minsk. It was on its way from Greece to Lithuania, where Pratasevich was living.</p> <p>Friends have wryly noted that the thunderous and very public manner of his arrest is in keeping with his outsized career and personality. "Everything he does is loud," Nicolai Khalezin, who has known him for a decade, said. "The riot police came and arrested me. Roma got a fighter jet."</p>					
	F02	Erfolgreiche Karriere bei „Nexta“	Protassewitsch ist bekannt für seine Rolle als ehemaliger Chefredakteur von „Nexta Live“	„Nexta Live“ ist der Telegram-Kanal, der im vergangenen Jahr eine Schlüsselrolle bei der Organisation von Protesten gegen Präsident Lukaschenko spielte.	Protassewitsch war maßgeblich für den Erfolg von „Nexta“ und den verschiedenen Kanälen verantwortlich.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>Khalezin, the co-artistic director of the Belarus Free Theatre, pointed to Pratasevich's other achievements. They include working as the main editor for Nexta-Live, the Telegram channel which played a key role last year in organising protests against Belarus's vengeful president Alexander Lukashenko.</p> <p>At its peak Nexta had 2 million subscribers, making it the largest channel of its kind in eastern Europe. Pratasevich was key to its success. Those opposed to Lukashenko's rigging of last August's presidential election were able to upload videos anonymously, thereby dodging an internet clampdown.</p>					
	F03	Aktivist, Journalist, Aktivist	Protassewitsch war schon früh als Aktivist tätig und erfolgreicher Blogger und Journalist auf YouTube und Telegram, wo er dann wieder als Aktivist tätig wurde.	Er war Lukaschenko gegenüber immer kritisch und nutzte Telegram zu Beginn der Massenproteste 2020 als Plattform, um die Proteste zu zeigen und zu koordinieren.	Die Entscheidung von Lukaschenko, sein Boeing-Flugzeug zur Landung zu zwingen, sei „persönliche Rache“ laut Franak Viačorka.	Lukaschenko stufte das Nexta-Logo als extremistisch ein und setzte Protassewitsch auf eine Terrorist*innenliste.	Journalist*in/ Franak Viačorka	Zitat von Franak Viačorka, Berater der Oppositionsführerin Tichanowskaja
	Textausschnitt		<p>Pratasevich got involved in journalism early at the age of 15 and 16. He attended and filmed anti-government rallies and flashmobs. One of his early investigations probed how Belarus's secret police – the KGB – recruited journalists. "He's full of energy. He likes straight talking," Khalezin said. "And he's funny, always ready to laugh, chatting after work about the situation." Pratasevich was always clear in his views – more of an eastern European reporter than a dispassionate British one, friends say. "He's a person who always wants to be on the frontline," Franak Viačorka, a senior aide to opposition leader Sviatlana Tsikhanouskaya said. "He's always taking risks, involved in every protest that was happening".</p> <p>Viačorka added: "He's an activist, turned to journalist, turned activist again. He was very good on YouTube and on Telegram. He knows what the audience expects so he's great at explaining complicated things. And he was very critical of Lukashenko." The president's decision to force down his Boeing aircraft was "personal revenge", he added.</p> <p>In 2019 Pratesevich left Belarus because of pressure from the authorities. He teamed up with Nexta's 22-year-old founder Stsiapan Putsila. The pair operated from an office in Warsaw, Poland. When last summer's revolution</p>					

			<p>began, they disseminated footage of street marches and helped plan and coordinate them.</p> <p>The authorities responded in furious fashion. A court declared Nexta's logo extremist. Pratasevich – co-recipient of the European parliament's Sakharov prize for freedom of thought – was placed on a terrorist watch list. He was charged with organising mass disorder, disrupting public order and inciting social hatred.</p>					
TG 260521	F01	Auch im Flugzeug ist man nicht vor Lukaschenko sicher	Verhaftung von Journalist Roman Protasewitsch und Freundin Sofia Sapega	nach von Lukaschenko persönlich veranlasseter Zwangslandung des Flugzeugs, in dem Protasewitsch saß	keine	Die EU und die USA arbeiten an neuen Sanktionen gegen Belarus als Reaktion auf die Flugzeugentführung und Festnahme der beiden. Die Eltern von Protasewitsch bitten um internationale Hilfe, um ihren Sohn zu befreien.	Journalist*in	Rückblick zu vergangenen Geschehnissen in diesem Zusammenhang
'Please save him': Belarus blogger's parents urge action as Biden mulls sanctions	Textausschnitt		<p>From their new home in Poland, Natalia Pratasevich, the blogger's mother, told Agence France-Presse: "I'm asking, I'm begging, I'm calling on the whole international community to save him.</p> <p>"He's only one journalist, he's only one child but please, please ... I am begging for help. Please save him. They're going to kill him in there."</p> <p>Pratasevich, 26, was detained after Belarus's president, Alexander Lukashenko, personally authorised the forced downing of his Ryanair flight travelling between Greece and Lithuania. His Russian girlfriend, Sofia Sapega, was also seized. Lukashenko is due to address Belarus' parliament on Wednesday, the first such address since Sunday's incident.</p> <p>The forced landing has sparked global outcry and accusations of state terrorism, with EU leaders working on further sanctions, airlines avoiding Belarusian airspace, and Belarus's opposition leader Sviatlana Tsikhanouskaya calling for an international meeting to discuss the situation.</p> <p>Biden said on Tuesday that US sanctions against Belarus were in play, but declined to offer more details. "I don't want to speculate until we get it done," Biden said when asked what the US was considering in terms of a sanctions response.</p>					
	F02	Freundin Sapega gesteht unter Zwang	Sofia Sapega gesteht in Video ihr Mitwirken an einem Telegram-Kanal, der persönliche Informationen über belarussische Sicherheitskräfte veröffentlicht	Die Freundin des Regierungskritikers Protasewitsch wurde vermutlich vom Regime zu ihren Aussagen gezwungen.	Das Video deutet darauf hin, dass Belarus Sapega mit Haftstrafen droht, obwohl sie keine ernsthafte Rolle bei den Protesten 2020 gespielt hat.	Sapegas Mutter hofft auf eine Freilassung, da ihre Tochter nur zur falschen Zeit am falschen Ort war.	Journalist*in/ Mutter von Sapega	Heranziehen eines Zitats von Sapegas Mutter Anna Duditsch

	Textausschnitt		<p>On Tuesday evening, a video featuring Sapega was released. Reading a memorised text, apparently under duress, she confessed to editing a Telegram channel that releases personal information about, or doxes, Belarusian police officers and other security agents.</p> <p>The video indicates that Belarus may plan to threaten Sapega, who is not known to have played a serious role in last year's protests, with years in prison. Her lawyer, Alexander Filanovich, told the BBC's Russian service she was being held at a KGB detentions centre for two months as "a preventive measure".</p> <p>Sapega's mother, Anna Dudich, told Reuters her daughter steered clear of politics. "My hopes are now probably based on a miracle and on the knowledge that my daughter is definitely not guilty of anything," Dudich said. "She simply showed up in the wrong place at the wrong time."</p>					
TG 280521	F01	Verfolgt, verhaftet, zerstört	Die unabhängigen Medien des Landes haben einen schweren Schlag erlitten.	Tut.by gesperrt und Mitarbeitende festgenommen, Medienquellen unter Druck und Journalist Ihar Losik sitzt seit 300 Tagen ohne Gerichtsverfahren in Haft, nachdem er wegen der Planung einer Störung der öffentlichen Ordnung angeklagt worden war	„Wir werden verfolgt, wir werden inhaftiert, wir werden zerstört“, sagte eine anonyme belarussische Journalistin.	Sie habe zusätzliche Kleidung eingepackt, wenn sie auf die Straße ging, um zu filmen, für den Fall, dass sie verhaftet und inhaftiert würde.	Journalist*in/ belarussische Journalistin	Heranziehen von Zitaten einer anonymen belarussischen Journalistin
	Textausschnitt		<p>Independent media in the country has been dealt a body blow. One of the country's leading news websites, Tut.By, has been blocked and at least eight employees are being held as part of a tax evasion investigation that is widely seen as politically motivated. Ihar Losik, a Belarusian journalist who ran a popular Telegram channel, has been held more than 300 days without trial after being charged with planning to disrupt public order.</p> <p>"We are being persecuted, we are being jailed, we are being destroyed," said the anonymous Belarusian journalist, who said she packed extra clothing when she went out to film on the streets in case she was arrested and jailed.</p> <p>Media sources are also under unprecedented pressure.</p>					
TG 040621	F01	Verdacht der Folter	Protassewitschs Eltern und Tichanowskaja vermuten, sein Interview sei das Ergebnis psychischer und physischer Folter im Gefängnis.	nach Veröffentlichung des Videos von Protassewitsch im Staatsfernsehen, wo er ein Geständnis ablegt und gegen Oppositionelle spricht	sie hätten ihn gebrochen, Interview sei schmerzhaft anzuschauen laut Protassewitschs Vater, es handelt sich laut Familie und Oppositionellen um ein	keine	Journalist*in/ Reuters/ Agence France-Presse/ Eltern von Protassewitsch	Text zum Teil von Presseagenturen Reuters und Agence France-Presse, Heranziehen von Zitaten der Eltern

					„Geisel“-Video			Protassewitschs
	Textausschnitt		<p>The family of the detained activist and journalist Raman Pratasevich and members of Belarus’s opposition have decried what they described as a “hostage” video after state television aired a primetime “interview” that they believe was filmed under duress. In his third appearance since his Ryanair plane was forced to land in Belarus by the authorities on 23 May, Pratasevich appeared battered, with cuts on his wrists. During the appearance, he claimed that no makeup had been applied to hide marks from torture.</p> <p>The 26-year-old’s father, Dmitry Pratasevich, said the video was the result of “abuse, torture and threats”.</p> <p>“I know my son very well and I believe that he would never say such things,” he told Agence France-Presse. “They broke him and forced him to say what was needed,” he added, saying it pained him to watch the interview.</p> <p>Tsikhounskaya said on Monday she believed Pratasevich had been beaten and tortured in prison.</p>					
	F02	Geständnis unter Zwang	Protassewitsch drückt seine Bewunderung für Lukaschenko im Fernsehen aus und spricht sich gegen Oppositionelle aus.	Der Regie-kritiker wurde vermutlich vom Regime zu seinen Aussagen gezwungen.	Seine Aussagen stimmen nicht mit seinen früheren Ansichten überein. Das Interview im Staatsfernsehen sei schmerzhaft anzuschauen laut Sprecher von Tichanowskaja.	Beteiligte des Interviews müssten zur Verantwortung gezogen werden laut britischem Außenminister Dominic Raab	Journalist*in/ Reuters/ AFP/ Tichanowskaja/ Sprecher von Tichanowskaja/ britische Regierung	Text zum Teil von Presseagenturen Reuters und AFP, Heranziehen von Zitaten Tichanowskajas und von Dominic Raab zur Bewertung der Situation
	Textausschnitt		<p>In the nearly hour-long appearance, Pratasevich gave remarks inconsistent with his previous political views, praising the Belarusian leader, Alexander Lukashenko, and decrying the opposition under Tsikhounskaya, saying her movement was being funded by European governments and wealthy Belarusians in exile.</p> <p>He named other activists whom he said were involved in a protest movement that rocked Belarus following Lukashenko’s disputed reelection last summer. He has ruled the country since 1994.</p> <p>European officials have also decried the interview. The UK foreign secretary, Dominic Raab, on Friday said it was filmed “clearly under duress” and that “those involved in the filming, coercion and direction of the interview must be held accountable”.</p> <p>Ahead of the broadcast, Viasna said Pratasevich must have been coerced into speaking by Belarusian security services because he was facing “unfair, but very serious accusations”.</p> <p>“Everything Pratasevich will say was said under duress – at the very least psychological duress,” the Viasna head, Ales Bialiatski, told AFP Thursday. “Whatever he is saying now is pure propaganda, under which there is no truthful basis.”</p> <p>Before his arrest, Pratasevich had given no indication he supported Lukashenko or held the views aired in the interview.</p>					
TG 090821	F01	Auslöschung von Medien	Repressionen gegen Journalist*innen und	Jeden Tag werde berichtet, dass eine weitere	Seit Juli habe es eine staatlich geförderte	Medienschaffende rechnen bereits mit	Journalist*in/ belarussische	Heranziehen von Zitaten einer

Belarus regime steps up 'purge' of activists and media			Organisationen in Belarus nehmen zu	Person von staatlichen Sicherheitskräften festgenommen worden sei. Razzien in Redaktionen und bei Journalist*innen zu Hause sowie Festnahmen wurden durchgeführt.	Auslöschung der Zivilgesellschaft und der Medienorganisationen in ganz Belarus gegeben, sagen Aktivist*innen.	einer zeitnahen Festnahme. Viele sind geflohen oder bereits in Haft. Andere harren aus und wollen ihre Arbeit nicht aufgeben, so eine belarussische Journalistin.	Journalistin	anonymen belarussischen Journalistin
	Textausschnitt		<p>Aleysa Ivanova wakes up each morning wondering when the knock on her door will come.</p> <p>"You understand you can be next. Every day I wake up, I think 'maybe it'll be tomorrow, maybe today. Maybe they'll come for me this evening'," said Ivanova (not her real name). As a journalist in Belarus, her reporting on the country is seen as a threat to the regime of Alexander Lukashenko. Ivanova said the repression had increased in recent weeks, with reports every day of someone else being detained by state security forces.</p> <p>Since July, there has been a state-sponsored obliteration of civil society and media organisations across Belarus, activists have said.</p> <p>Earlier, on 8–9 and 16 July, the authorities also raided the homes and premises of independent media outlets and their staff and detained several journalists. More than 30 media workers and dozens of bloggers remain in prison.</p> <p>Ivanova had her journalist's accreditation cancelled last year but has carried on with her work. Many of her colleagues have fled the country or are in detention. She watches for strange cars outside her window and posts nothing on social media. Life at the moment was "depressing", she said.</p> <p>"Right now, it's very hard and it's getting worse and worse. They arrest people every day," she said. "There's no stop in the repression.</p> <p>"I understand that maybe they will come for me but I want to stay in Belarus and work there. I'm trying to do my best to make the situation better."</p>					
TG 130921  John Oliver unveils teddy bear plan to get under Belarusian dictator's skin	F01	Leere Seiten	Lukashenko verbot der Presse die Berichterstattung über einen Regierungsbericht über Korruption, in dem hochrangige Beam*innen genannt wurden.	Die lokalen Zeitungen druckten aus Protest leere Seiten anstelle ihrer Berichte, weil sie nicht darüber berichten durften.	Schaffung eines Umfelds, das dem unabhängigen Journalismus so feindlich gesinnt ist, dass Belarus laut John Oliver von „Last Week Tonight“ heute als das gefährlichste Land in Europa für Medienvertreter*innen gilt	Später ersetzte Lukashenko die Chefredakteur*innen von vier führenden Zeitungen und stellte das nationale Fernsehen und Radio unter staatliche Kontrolle.	Journalist*in/Comedian John Oliver	Heranziehen von Zitaten des britischen Comedians John Oliver von „Last Week Tonight“
	Textausschnitt		Just five months into his presidency, Lukashenko banned press coverage of a government report on corruption which named high-ranking officials; local newspapers instead printed blank pages in place of their stories. Lukashenko					

		later replaced the editors-in-chief of four leading newspapers and put national TV and radio under state control, “creating an environment so hostile to independent journalism, Belarus is now considered the most dangerous country in Europe for members of the media”, Oliver said, with journalists routinely subjected to violence, arbitrary detentions, interrogations, raids and more.
--	--	---

## Anhang 8: Frames NYT

Text und Titel	Frame-Nr.	Frame-name	problem definition	causal interpretation	moral evaluation	treatment recommendation	Autor*in Frame	Anmerkungen/Besonderheiten
NYT 210820  In Belarus Town, People Tasted a Bite of Freedom. It Lasted 2 Days	F01	Zwei Tage Freiheit	Rathaus von Grodno verspricht, dass sie eine faire Berichterstattung zu den Protesten bei ihrem Fernsehsender „Grodno Plus“ erlauben würden	Zusammen mit der Freilassung von Gefangenen, darunter Medienschaffende, und einer Entschuldigung für die Polizeigewalt sollen so die Proteste in der Stadt weniger werden.	Entschärfung der Proteste durch Zugeständnisse	Doch schon zwei Tage später schien das Rathaus seine Versprechen zu brechen.	Journalist*in	
		Textausschnitt	<p>On Tuesday, local officials in Grodno went further than their counterparts in any other Belarusian city in trying to defuse the protests by offering concessions. The local police apologized for using excessive force, and most protesters were released from jail. City Hall even promised to provide sound equipment for future opposition rallies and said that the television station it owned, Grodno Plus, would be allowed to cover the protests fairly.</p> <p>“Now our policy is that we cover everything neutrally,” said Yana A. Melnichenko, a 25-year-old Grodno Plus correspondent, adding that eight of her friends had been detained by the police. “Of course I am now proud of my television station, but I am also proud of my nation. We have never been as united as we are now.”</p> <p>But by Thursday, City Hall already seemed to be renegeing on its promises.</p>					
NYT 290820  ‘Something Broke Inside Belarusians.’ Why an Apolitical People Rose Up	F01	Kein guter Morgen in Belarus	Moderator Denis Dudinsky von „Good Morning Belarus“ wurde entlassen	nachdem er in den Sozialen Medien schrieb, dass die belarussischen Sicherheitskräfte mit ihrem Verhalten gegen Zivilist*innen „dumm und lächerlich“ seien	Dudinsky bereut es nicht, sich gegen die Gewalt und Festnahmen in Belarus öffentlich ausgesprochen zu haben. 15 Jahre hat er im Fernsehen nichts Kritisches gesagt.	Dudinsky besteht darauf, dass er – wie Dutzende seiner Kolleg*innen, die gekündigt haben oder gefeuert wurden – nur dann wieder ins Fernsehen zurückkehren wird, wenn sich das politische System ändert.	Journalist*in/ belarussischer Moderator	Heranziehen von Zitaten des belarussischen Moderators Denis Dudinsky

	Textausschnitt		<p>Denis Dudinsky, the longhaired and mustachioed host of "Good Morning Belarus!" can still hear the producer's nervous voice in his ear any time his banter approached something remotely political.</p> <p>"Denis, careful, careful, let's not cross the line!"</p> <p>In his 15 years on television, Mr. Dudinsky never did. Then, riding in a taxi in June, he witnessed people lined up outside a store near his parents' house being beaten and detained. He posted on Instagram that the riot police were "dumb and ridiculous."</p> <p>The bosses at state television took him off the air the next day, but Mr. Dudinsky insists he has no second thoughts. "When a man is drowning, you don't think, 'Hmm, he's 100 meters away,'" he said. "You take your clothes off and jump."</p> <p>Mr. Dudinsky, 46, the recently fired morning-show host, said he and his wife were also stripped of their master-of-ceremonies duties at state-sponsored events after he criticized the police on Instagram. He is a household name in Belarus, but he insists that he will go back on television – along with dozens of his colleagues who have quit or been fired – only if the political system changes.</p>					
	F02	So wenig Zeugen wie möglich	belarussische Regierung geht gegen Nachrichtenberichterstattung vor	Zwei Journalist*innen von „The Associated Press“ wurden ausgewiesen und die Akkreditierungen u. a. von Journalist*innen von Reuters und BBC wurden entzogen.	Sie wollen verhindern, dass über die Proteste weiter berichtet wird.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		With more protests planned Sunday, the government has moved to clamp down on news coverage, deporting two Moscow-based journalists for The Associated Press and revoking the credentials of journalists from several organizations, including Reuters and the BBC.					
NYT 041120  The 22-Year-Old Coordinating Protests in Belarus, From a Small Office in Poland	F01	Nexta-Kosmos	Nexta-Kanal von im Exil lebenden Stepan Svetlos und Roman Protassewitsch als wichtige Informationsquelle und Mobilisierungsplattform während der Proteste in Belarus	Der Kanal informiert über Wahlfälschung, Polizeigewalt und Demonstrationen und gibt Bürger*innen Tipps zum Demonstrieren. Mittlerweile hat der Kanal über zwei Millionen Abonnent*innen.	„Nexta“ ist zu einer Art Radio Free Europe für das Internet-Zeitalter geworden.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		Stepan Svetlov's computer sits on a desk in Warsaw, nearly 300 miles from Minsk, the capital of Belarus. But when Belarusians poured into the streets in the hours and days after President Aleksandr G. Lukashenko fraudulently claimed a re-election victory on Aug. 9, it was thanks in no small part to Mr. Svetlov, 22, and his computer.					

		<p>Internet access was often blocked that week, leading opposition activists were in custody or in hiding, and independent media has long been heavily restricted in Belarus. But Belarusians were kept informed and even directed by an account run by Mr. Svetlov on one of the few social media platforms – Telegram – that had managed to maintain sporadic service during the internet outage.</p> <p>From across the border, Mr. Svetlov and his team of five pumped out information about voter fraud and police violence – as well as tips about where, when and how to protest, evade the police, defend against police beatings, treat exposure to tear gas and locate medicine and safe houses.</p> <p>“Take to the streets,” Mr. Svetlov and his team wrote after preliminary results were announced on Aug. 9, “and defend your votes!”</p> <p>A soft-spoken, fresh-faced film-school graduate who works from a cramped and gloomy office in central Warsaw, Mr. Svetlov does not initially seem like the standard-bearer for a revolution. But Nexta – his Telegram feed, named for the Belarusian word for “someone” – has nevertheless become a kind of Radio Free Europe for the internet age. At the time of the election, the feed had several hundred thousand subscribers, a number that has since risen to more than two million.</p> <p>Mr. Svetlov’s colleague, Roman Protasevich, edits Nexta on a day-to-day basis, along with three other Belarusian exiles.</p>					
	<p>F02</p> <p>Von YouTube zu Telegram aus dem Exil</p>	<p>Svetlov wurde zum Leben im Exil gezwungen, nachdem sich Lukashenko von ihm in einem Dokumentarfilm beleidigt gefühlt hatte.</p>	<p>Svetlov hatte in Polen einen Dokumentarfilm über Lukashenko gedreht und auf den damaligen YouTube-Kanal „Nexta“ gestellt. Dort wurde der Film jedoch durch Beschwerden der belarussischen Behörden blockiert und Svetlov als Folge der „Beleidigung des Präsidenten“ angeklagt, weshalb er seither im Exil lebt.</p>	<p>keine</p>	<p>Svetlov wechselte aufgrund der Sperrung seines Films auf YouTube zu Telegram</p>	<p>Journalist*in</p>	
	<p>Textausschnitt</p>	<p>Mr. Svetlov moved to Poland in 2015 to study film production. He initially founded Nexta as a YouTube channel to disseminate satirical music videos about Belarusian politics. But later he started making documentaries, including an hourlong film about Mr. Lukashenko.</p> <p>That drew the attention of the Lukashenko regime, whose proxies complained to YouTube that Mr. Svetlov’s films broke copyright law because they reused certain archive footage. While YouTube investigated the claim, they blocked access to his work – prompting Mr. Svetlov to pivot to Telegram in 2018. The same year, the Belarusian authorities began legal proceedings against him for “insulting the president,” forcing him to stay in Poland as a political exile (he was recently granted formal refugee status).</p>					

	F03	Ver-schwim-mende Grenzen zwi-schen Journa-lismus und Akti-vismus	Bei „Nexta“ vermisch-t sich Jour-nalismus mit Aktivi-smus.	Viele Akti-vist*innen in Belarus wurden verhaftet, wodurch ein Füh-rungsva-kuum ent-standen ist, wel-ches das Nexta-Team manchmal zu füllen versucht.	Verantwor-tungsge-fühl, etwas gegen die Krise in Belarus zu tun	keine	Journa-list*in/ belarus-sischer Redak-teur	Heran-ziehen eines Zi-tates des Nexta-Redak-teurs Roman Protas-sewitsch
	Textausschnitt		<p>They corrected the errors, and they say they have a rigorous approach to fact-checking. But they also admit that their work is sometimes hasty. And they acknowledge it blurs the boundary between journalism and activism, particularly now that so many activists inside Belarus have been arrested, creating a leadership vacuum that the Nexta team sometimes feels obliged to fill.</p> <p>“We’re journalists, but we also have to do something else,” said Mr. Protasevich. “No one else is left. The opposition leaders are in prison.”</p>					
	F04	Eine ganze Familie im politi-schen Exil	Svetlovs Eltern mussten nach Polen ins Exil flie-hen.	nachdem sie von der Polizei be-lästigt wur-den, weil ihr Sohn nicht nach Belarus zu-rückkehrte, aber auch in Polen erhielt die Familie Bomben-drohungen	Die Eltern bezahlen einen ho-hen Preis für die Ar-beit ihres Sohnes und die Fa-milie ist auch in Po-len nicht vollkom-men sicher vor dem belarussi-schen Machtap-parat.	Stepan Svetlov lässt sich durch Auf-gaben lei-ten und ist determi-niert, für die Demo-kratie in seinem Land zu kämpfen und dann zurückkeh-ren zu kön-nen.	Journa-list*in	
	Textausschnitt		<p>Mr. Svetlov’s family members have paid a heavy price for his work. His mother and father were harassed at home by police after he refused to return to Belarus, and eventually they, too, fled to Poland, fearing for their safety. And recent bomb threats to the community center, which now has two policemen guarding its door, serve as a reminder that the family is still not completely secure, even in Poland.</p> <p>Despite the constant stress, Mr. Svetlov said that he is sustained by the virtue of the task at hand.</p> <p>“For us the most important thing is that we help establish democracy in our country,” he said. “And that we can return back to the country that we’re from.”</p>					
NYT 180221  Belarus Jails 2 Journalists for Covering Protests	F01	Reines Gewis-sen	zwei Jahre Haft für Journa-list*innen Katerina Andrejewa und Darja Tschulzo-wa von Belsat TV	Die An-klage lau-tet, sie hät-ten den Protest ko-ordiniert und Men-schen zur Teilnahme verleitet.	Andrejewa sagte, sie könne sich mit dem Wissen trösten, dass ihr „Gewissen rein ist“. Die Verur-teilung war die jüngste Episode ei-ner Kam-pagne, die	keine	Journa-list*in	

					jede Form von Opposition gegen Lukaschenko zum Schweigen bringen soll.			
	Textausschnitt		<p>In a ruling that reflected the broader crackdown on dissent by President Aleksandr G. Lukashenko, a court in Belarus on Thursday sentenced two young journalists to two years in prison for reporting from a demonstration against his rule.</p> <p>A district court in the capital, Minsk, ruled that the journalists – Catarina Andreeva, 27, and Darja Chulcova, 23 – incited unrest by reporting for the Polish television channel Belsat through a video stream from a protest rally.</p> <p>The court said that by doing so, the journalists had attracted more people to the rally, creating more work for law enforcement and obstructing public transport.</p> <p>The journalists said they were doing their job of informing the public.</p> <p>“Every day I risked my life and health to do my job,” Ms. Andreeva told the court on Wednesday. In the end, she said, she could take comfort from the knowledge that her “conscience is clean.”</p> <p>Thursday’s sentencing was the latest episode in a campaign to silence all forms of opposition to Mr. Lukashenko, who has ruled Belarus for over 26 years.</p>					
NYT 230521	F01	Auch im Flugzeug ist man nicht vor Lukaschenko sicher	Verhaftung von Journalist Roman Protasewitsch nach Zwangslandung des Passagierflugzeugs	Belarus zwingt das Flugzeug mit einem Kampfjet unter einem fingierten Grund einer Bombendrohung an Bord zur Landung	europäische Politiker*innen nennen den Vorfall eine (staatliche) Entführung und verteilen Lukaschenkos Handeln scharf	internationale Untersuchung des Vorfalls sowie gemeinsame Sanktionen gegen Belarus sind geplant	Journalist*in/ EU/ US-amerikanische Regierung	Heranziehen von Zitate aus verschiedenen Ländern zur Bewertung des Vorfalls
Belarus Forces Down Plane to Seize Dissident; Europe Sees ‘State Hijacking’	Textausschnitt		<p>The strongman president of Belarus sent a fighter jet to intercept a European airliner traveling through the country’s airspace on Sunday and ordered the plane to land in the capital, Minsk, where a prominent opposition journalist aboard was then seized, provoking international outrage.</p> <p>The stunning gambit by Aleksandr G. Lukashenko, a brutal and erratic leader who has clung to power despite huge protests against his government last year, was condemned by European officials, who compared it to hijacking. It underscored that with the support of President Vladimir V. Putin of Russia, Mr. Lukashenko is prepared to go to extraordinary lengths to repress dissent.</p> <p>The Ryanair flight from Athens to Vilnius, Lithuania, carrying some 170 passengers – among them the journalist, Roman Protasevich – was flying over Belarus when Belarusian air traffic controllers notified its pilots of “a potential security threat on board” and directed the plane to divert to Minsk, the Ireland-based airline said in a statement.</p> <p>Mr. Lukashenko, often referred to as “Europe’s last dictator,” personally ordered a MiG-29 fighter jet to escort the Ryanair plane to the Minsk airport after a bomb threat, his press service said. According to the statement, Mr. Lukashenko gave an “unequivocal order” to “make the plane do a U-turn and land.”</p> <p>No bomb was found on board, the country’s law enforcement authorities said. The Investigative Committee, Belarus’s top investigative agency, said it had opened a criminal case into a false bomb threat.</p> <p>His French counterpart, Jean-Yves Le Drian, called for a “firm and unified response” by the E.U.</p>					

			The American secretary of state, Antony J. Blinken, said: "We strongly condemn the Lukashenko regime's brazen and shocking act to divert a commercial flight and arrest a journalist. We demand an international investigation and are coordinating with our partners on next steps."					
	F02	Protasewitsch – ein Dorn im Auge	Protasewitsch arbeitete früher bei „Nexta“, einem der populärsten Oppositionskanäle in Belarus.	Die meisten unabhängigen Medien in Belarus mussten ihre Arbeit infolge der Massenproteste einstellen. Telegram blieb als eines der einzigen Mittel zur unzensurierten Kommunikation übrig. „Nexta“ wurde beliebt für die Koordination von Protesten.	Telegram und den Kanal „Nexta“ konnte die belarussische Regierung nicht mundtot machen.	Protasewitsch lebte schon seit Jahren in Litauen im Exil. In Belarus steht er auf einer Terrorist*innenliste und kann mehr als 12 Jahre Haft bekommen.	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>Mr. Protasevich is a co-founder and a former editor of the NEXTA Telegram channel, one of the most popular opposition outlets in Belarus. Most independent media organizations in the country were forced to shut down after large-scale protests erupted over a disputed presidential election in 2020. The social network Telegram was left as one of the only means of uncensored communication.</p> <p>Over the past few years, Mr. Protasevich has been living in Lithuania in exile, fearing imprisonment in Belarus, his home country, where he is accused of inciting hatred and mass disorder and faces more than 12 years in prison if convicted. In November, the country's main security service, still called the K.G.B., put him on a list of terrorists.</p> <p>NEXTA emerged as the leading online outlet coordinating the demonstrations.</p>					
NYT 23052102	F01	Auch im Flugzeug ist man nicht vor Lukaschenko sicher	Verhaftung von Journalist Roman Protasewitsch nach Zwangslandung des Passagierflugzeugs	Belarus zwang das Flugzeug mit einem Kampfjet unter einem fingierten Grund einer Bombendrohung an Bord zur Landung.	Handlung wurde weltweit verurteilt und war jüngster Versuch des autoritären Staatschefs Lukaschenko, die einflussreiche Stimme von Protasewitsch zu unterdrücken	keine	Journalist*in	
Who Is Roman Protasevich, the Captive Journalist in Belarus?	Textausschnitt		<p>It has all of the elements of a Jason Bourne plot: A commercial flight carrying a dissident journalist is intercepted by a MiG-29 fighter jet under orders from the strongman president of Belarus.</p> <p>This protagonist is very much real. His name is Roman Protasevich, and on Sunday, he drew worldwide attention because the Belarusian government and its authoritarian leader went to extraordinary lengths to stop him.</p>					

			<p>Mr. Protasevich, 26, was traveling by commercial airline from Athens to Vilnius, Lithuania, when the Belarusian air force scrambled a fighter jet. The flight, on the Irish airline Ryanair, was diverted to Minsk, the capital of Belarus, where the millennial opposition figure was taken into custody.</p> <p>The widely condemned tactic was the latest attempt by Aleksandr G. Lukashenko, the country's authoritarian leader, to suppress the influential voice of Mr. Protasevich.</p>					
	F02	Protasewitsch – ein Dorn im Auge	Protasewitsch arbeitete früher bei „Nexta“, einem der populärsten Oppositionskanäle in Belarus.	Die meisten unabhängigen Medien in Belarus mussten ihre Arbeit infolge der Massenproteste einstellen. Telegram blieb als eines der einzigen Mittel zur unzensurierten Kommunikation übrig. „Nexta“ wurde beliebt für die Koordination von Protesten.	Telegram und den Kanal „Nexta“ konnte die belarussische Regierung nicht mundtot machen.	Protasewitsch lebte schon seit 2019 in Litauen im Exil, arbeitete dort aber als kritische Stimme gegen Lukaschenko weiter. In Belarus steht er auf einer Terrorist*innenliste und kann mehr als 12 Jahre Haft bekommen.	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>There are few remaining sources of independent news in Belarus, where most media outlets were forced to shut down after widespread protests over a disputed presidential election in 2020.</p> <p>Mr. Protasevich is a co-founder and a former editor of the NEXTA channel on the messaging app Telegram, which has become a popular conduit for Mr. Lukashenko's foes to share information and organize demonstrations against the government.</p> <p>He fled the country in 2019, fearing arrest. But he has continued to roil Mr. Lukashenko's regime while living in exile in Lithuania, so much so that he was charged in November with inciting public disorder and social hatred.</p>					
	F03	Droht ihm der Tod?	Protasewitsch droht schlimme Strafe	Ihm können aufgrund der Vorwürfe über 12 Jahre Haft oder sogar die Todesstrafe drohen.	Er wird vom belarussischen Regime als Terrorist erachtet.	keine	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>The government's main security agency in Belarus, called the K.G.B., placed Mr. Protasevich's name on a list of terrorists. If he is accused and convicted of terrorism, he could face the death penalty.</p> <p>The charges of inciting public disorder and social hatred carry a punishment of more than 12 years in prison.</p>					
	F04	Geständnis unter Zwang	Protasewitsch spricht im kurzen Video über seine Taten und sein Wohlbefinden	staatlicher Telegram-Kanal von Belarus veröffentlicht das Video, in dem er sagt, er	Der Regierungskritiker wurde vermutlich vom Regime zu seinen Aussagen	keine	Journalist*in	

			nach der Festnahme.	werde gut behandelt und hätte die Massenunruhen angestiftet	gezwungen: Das Video ähnelt anderen Videos von Kritiker*innen, die gezwungen wurden, in ihrer Haft gefilmt zu werden.			
	Textausschnitt		<p>In a 29-second video posted in a pro-Lukashenko Telegram account on Monday, Mr. Protasevich said he was in Minsk's central Detention Center No. 1 and was being treated "with maximum correctness." It was similar to videos that other critics of Mr. Lukashenko have been forced to record in jail.</p> <p>"I continue to cooperate with the investigation and am giving confessional testimony on charges of organizing mass unrest in the city of Minsk," Mr. Protasevich said.</p>					
NYT 240521	F01	Konsequenzen der Flugzeugentführung	EU veranlasst Flugverbotszone über Belarus und ein Verbot für belarussische Fluggesellschaften, den EU-Luftraum zu nutzen	nach Verhaftung von Journalist Roman Protasewitsch aufgrund einer von Belarus erzwungenen Landung in Minsk	Die Flugzeugentführung führte schnell zu einem der schwersten Ost-West-Konflikte der letzten Jahre.	Der Unmut und Druck der Menschen in Belarus wird laut dem belarussischen Blogger Yevgeny Lipkovich aufgrund des Flugverbots zunehmen.	Journalist*in/ belarussischer Blogger	Heranziehen von Zitaten des belarussischen Bloggers Yevgeny Lipkovich
Belarus Is Isolated as Other Countries Move to Ban Flights	Textausschnitt		<p>Sunday's ordeal – described by many European officials as an extraordinary, state-sponsored hijacking by Belarus to seize Mr. Protasevich – quickly led to one of the most severe East-West flare-ups in recent years.</p> <p>Meeting Monday evening in Brussels, European Union leaders called on all E.U.-based airlines to stop flying over Belarus and began the process of banning Belarusian airlines from flying over the bloc's airspace or landing in its airports – effectively severing the country's direct air connections to Western Europe.</p> <p>Yevgeny Lipkovich, a popular Minsk-based blogger and commentator critical of Mr. Lukashenko, said that his own travels abroad had allowed him to "remain an optimist, despite the regime's best efforts to force me into depression."</p> <p>"If they close down the air loophole, there's no question that the pressure inside the country will increase," Mr. Lipkovich said. "And it's disgusting to live in a pariah state."</p>					
	F02	Erfolgreiche Sanktionen?	außenpolitischer Druck auf Belarus könnte erfolglos bleiben	Lukashenko hat die Unterstützung von Putin und verschärft sogar noch die Gesetze gegen Pressefreiheit bei Protesten.	Lukashenko hält es laut Wissenschaftler Artyom Shraibman nicht für nötig, sich den Forderungen des Westens zu beugen.	keine	Journalist*in/ Wissenschaftler	Heranziehen eines Zitats von Wissenschaftler Artyom Shraibman, der in Minsk ansässig ist

	Textausschnitt		<p>There was no indication, however, that the intensified squeeze would alter Mr. Lukashenko's resolve – especially with President Vladimir V. Putin of Russia steadfast in his support.</p> <p>On the contrary, Mr. Lukashenko on Monday tightened restrictions on dissent even further, signing new laws that banned things like online live streams from unauthorized protests.</p> <p>“Lukashenko does not see it necessary to bow to the West's demands – he has Russia, which he relies on,” said Artyom Shraibman, a Minsk-based nonresident scholar at the Carnegie Moscow Center. “He has not been cornered.”</p>					
	F03	Ge- ständnis unter Zwang	Protase- witsch spricht im kurzen Vi- deo über seine Ta- ten und sein Wohl- befinden nach der Fest- nahme.	staatlicher Telegram- Kanal von Belarus veröffent- licht das Video, in dem er sagt, er werde gut behandelt und hätte die Mas- senunru- hen ange- stiftet	Das Video ähnelt an- deren Vi- deos von Kritiker*in- nen, die gezwun- gen wur- den, in ih- rer Haft ge- filmt zu werden. Luka- schenko scheint die Konfronta- tion mit dem Wes- ten nicht zu scheuen.	keine	Journa- list*in	
	Textausschnitt		<p>A pro-Lukashenko Telegram account posted a 29-second video of Mr. Protasevich late Monday evening. It showed him sitting with arms folded at a wooden desk, telling the camera that he is in Minsk's central Detention Center No. 1 and is being treated “with maximum correctness.” It was reminiscent of other confessional videos that critics of Mr. Lukashenko have been forced to record while in jail.</p> <p>“I continue to cooperate with the investigation and am giving confessional testimony on charges of organizing mass unrest in the city of Minsk,” Mr. Protasevich said.</p> <p>The video was the latest sign that Mr. Lukashenko, who has ruled for 26 years, did not intend to shirk from confrontation with the West.</p>					
NYT 250521  Roman Protase- vich: A Bel- arus Activ- ist Who 'Refused to Live in Fear'	F01	Auch im Flug- zeug ist man nicht vor Luka- schenko sicher	Obwohl Protase- witsch Ende letz- ten Jahres von Bela- rus als Ter- rorist ge- brandmarkt wurde, war er nicht sonderlich besorgt.	Dies än- derte sich durch seine Ver- haftung nach der Zwang- landung des Passa- gierflug- zeugs durch ei- nen Kampfjet.	Der 26- Jährige sieht sich nun der Rache von Präsident Luka- schenko ausge- setzt.	keine	Journa- list*in	
	Textausschnitt		<p>So, despite his being branded a terrorist by Belarus late last year – a capital offense – Mr. Protasevich was not particularly worried when he set off for Greece from Lithuania, where he had been living, earlier this month to attend a conference and take a short vacation with his Russian girlfriend, Sofia Sapega.</p> <p>But that sense of security was shattered on Sunday when they were snatched by Belarus security officials on the tarmac at Minsk National Airport after a MiG-29 fighter jet was scrambled to intercept his commercial flight home to Lithuania from Greece. Mr. Protasevich, 26, now faces the vengeance of President Aleksandr G. Lukashenko, the 66-year-old Belarusian leader from</p>					

			whom he once received a scholarship for gifted students but has since defied with unflinching zeal.					
	F02	Ge- ständnis unter Zwang	Protasse- witsch spricht im kurzen Vi- deo aus seiner Haft über seine Taten.	Belarussi- sche Be- hörden veröffentli- chen das Video, in dem er sagt, er hätte die Massenun- ruhen an- gestiftet.	Seine Freunde glauben, dass der Regie- rungskriti- ker vom Regime zu seinen Aussagen gezwun- gen wurde.	keine	Journa- list*in	
	Textausschnitt		In a short video released on Monday by the authorities in Belarus, Mr. Protasevich confessed – under duress, his friends say – to taking part in the organization of “mass unrest” last year in Minsk, the Belarus capital. That is the government’s term for weeks of huge street protests after Mr. Lukashenko, in power since 1994, declared a landslide re-election victory in an August election widely dismissed as brazenly rigged.					
	F03	Wie Pro- tasse- witsch zum Re- gie- rungskriti- ker und Aktivist wurde	Protasse- witsch wurde mit 16 Jahren aufgrund eines re- gierungs- kritischen YouTube- Videos von der Schule verwiesen.	2011 pos- tete er ein Video auf YouTube, in der er über die Brutalität der Polizei in Belarus spricht.	Diese Un- gerechtig- keit und Beleidi- gung trieb ihn laut Protasse- witschs Mutter in die politi- sche Op- position.	keine	Journa- list*in/ Mutter von Pro- tasse- witsch	Heran- ziehen von Zita- ten von Roman Protase- witschs Mutter
	Textausschnitt		<p>“For the first time I saw all the dirt that is happening in our country,” he said in a 2011 video posted on YouTube. “Just as an example: Five huge OMON riot police officers beat women. A mother with her child was thrown into a police van. It was disgusting. After that everything changed fundamentally.”</p> <p>A letter from the security services to his high school followed. He was expelled and home educated for six months, as no other school would take him, his mother said.</p> <p>“Imagine being a 16-year-old and being expelled from school,” Ms. Protasevich said. “It was this incident, this injustice, this insult,” that drove him into the political opposition, she said. “That is how he began his activism as a 16-year-old.”</p>					
	F04	Familie Protase- witsch im Exil	Protasse- witsch floh 2019 nach Polen.	nachdem ein anderer regierungs- kritischer Journalist in Belarus aus fingier- ten Dro- genvorwür- fen festge- nommen worden war	Er ahnte, dass ernst- hafte Prob- leme be- vorstehen würden.	Seine El- tern folgten ihm ins Exil, nach- dem sie von Sicher- heitskräf- ten unter Druck ge- setzt wur- den, ihren Sohn wie- der nach Belarus zu holen, da- mit er fest- genommen werden kann.	Journa- list*in	
	Textausschnitt		<p>In November 2019, the police in Belarus detained a fellow dissident journalist, Vladimir Chudentsov, on what were denounced as trumped up drug charges as he was trying to cross the border into Poland.</p> <p>Sensing serious trouble ahead, Mr. Protasevich decided to flee. On short notice, carrying only a backpack, according to his mother, he again left for</p>					

			<p>Poland, Belarus's western neighbor with a large population of exiles who had fled Mr. Lukashenko's rule.</p> <p>His parents followed him there last summer to avoid arrest after security agents pressured neighbors to speak with the parents about encouraging their son to return to Belarus, where he faced certain detention.</p>					
	F05	Oppositionelle Schlüsselfigur	Protasewitsch wurde bei „Nexta“ zusammen mit seinem Kollegen Stepan Svetlov zu einer Schlüsselfigur in der belarussischen Opposition.	Neben der Veröffentlichung von Nachrichten organisierte Protasewitsch über den Kanal auch die Proteste in Belarus.	Er fühlte sich dazu verpflichtet, etwas zu tun und die Stimme zu erheben, nachdem die Oppositionsführer*innen alle inhaftiert wurden.	keine	Journalist*in	Stepan Svetlov ist ein Pseudonym, sein richtiger Name ist Stepan Putilo
	Textausschnitt		<p>Mr. Protasevich stayed put in Warsaw, becoming a key opposition figure along with Mr. Putsila at Nexta, posting regular reports on the social media site Telegram. Mr. Putsila described their work as “activist journalism,” but added that Mr. Lukashenko had left no space for traditional journalism by shutting down any outlet inside Belarus that did more than parrot the government line.</p> <p>Working from an apartment in central Warsaw near the Polish Parliament, Mr. Protasevich moved further away from traditional journalism after the disputed presidential election last August, taking an active role in organizing street protests through Nexta's account on Telegram.</p> <p>Mr. Protasevich's work crossed into the realm of political activism, not only reporting on the protests but also planning them. “We're journalists, but we also have to do something else,” he said in an interview last year. “No one else is left. The opposition leaders are in prison.” Mr. Putsila said that Mr. Protasevich never advocated violence, only peaceful protests.</p>					
	F06	Freundin Sofia Sapega inhaftiert	Roman Protasewitschs Freundin Sofia Sapega wurde ebenfalls nach der Zwangslandung des Passagierflugzeugs festgenommen.	Sie begleitete Protasewitsch im Flugzeug, war aber bis zu diesem Zeitpunkt kein bekanntes Ziel des belarussischen Machtapparats.	Sie wurde offenbar wegen ihrer Verbindung zu Protasewitsch verhaftet.	Sie wird laut ihrem Anwalt für zwei Monate inhaftiert und muss sich einem Strafverfahren stellen.	Journalist*in	
	Textausschnitt		<p>A measure of that was that when the plane was forced to land in Minsk on Sunday, Belarus security agents arrested not only Mr. Protasevich but Ms. Sapega, 23. Ms. Sapega, a law student at the European Humanities University in Vilnius, Lithuania's capital, appeared to have been arrested over her association. She was not known to be a target in her own right. Her lawyer said Wednesday she would be jailed for at least two months and face a criminal trial.</p>					
	F07	Freundin Sapega gesteht unter Zwang	Sofia Sapega gesteht in Video ihr Mitwirken an einem Telegram-Kanal, der Polizeibrutalität in	Das Video wurde auf einem von Belarus kontrollierten russischen Fernsehsender veröffentlicht	Die Freundin des Regierungskritikers Protasewitsch wurde vermutlich vom Regime zu	Das Gestehen einer Straftat macht sie offiziell strafbar.	Journalist*in	

			Belarus aufdeckt und von Behörden als „Schwarzes Buch von Belarus“ bezeichnet wird.	und ist ihr erster öffentlicher Auftritt seit ihrer Festnahme.	ihren Aussagen gezwungen.			
	Textausschnitt		<p>A young woman who identified herself as Ms. Sapega, who had not been seen in public since her arrest, appeared in a video posted on Twitter on Tuesday by NTV, a state-controlled Russian television channel.</p> <p>The woman said she had been on the same plane as Mr. Protasevich to Lithuania, where she said she served as an editor for the “Black Book of Belarus,” a Telegram channel that focuses on exposing police brutality and is banned by Belarus as an “extremist” organization. Clearly speaking under duress in Russian, she confessed to publishing the personal information of Interior Ministry officers, a criminal offense in Belarus.</p>					
NYT 260521	F01	In Haft oder im Exil	Viele Journalist*innen aus Belarus sind entweder in Haft oder aus dem Land geflohen.	Gastautor nennt Journalist*innen Julia Slutsкая, Marina Zolotova von Tut.by und Jan Awsejuschkin als Beispiele – sie alle wurden festgenommen und sind zum Teil noch immer politisch Gefangene.	Laut dem Autor sind gefühlt alle Journalist*innen aus Belarus, die er kennt, weggesperrt oder geflohen.	keine	russischer Journalist	Gastbeitrag des russischen Journalisten Alexey Kovalev
Every Belarusian Journalist I Know Is in Jail or Exile	Textausschnitt		<p>In 2019, I was invited to speak at the press club in Minsk, Belarus’s capital, by Yuliya Slutsкая, a celebrated journalist with 30 years of experience. This past December, she was detained for “tax evasion.” She is still in custody.</p> <p>Then there’s Marina Zolotova, the editor in chief of Tut.by, Belarus’s most popular independent news site, whom I met last August. Dubiously charged with “tax fraud” – as was the website itself, which the authorities shut down last week – she’s also now in pretrial detention.</p> <p>And there’s Yan Avseyushkin, with whom I worked to expose the extent of Russian propaganda machine’s involvement in propping up the regime of President Aleksandr Lukashenko when it was rocked by protests last summer. In November, he spent 15 days in jail after a “trial” that lasted less than a minute, and then fled the country.</p> <p>Those are just the journalists I know. Belarus is full of similarly distressing stories.</p>					
	F02	Exil ist nicht gleich sicher	Auch jene Journalist*innen, die bereits aus Belarus geflohen sind, sind vor Lukaschenko nicht sicher.	Blogger und Journalist Roman Protasevitsch wurde aus der Luft geholt und Angehörige der bei Belsat TV	Lukaschenko macht Oppositionellen sogar aus der Ferne Angst.	Die belarussischen Behörden setzen Angehörige weiter unter Druck, in der Hoffnung, dass sich ins Exil geflohene	russischer Journalist	Gastbeitrag des russischen Journalisten Alexey Kovalev

				arbeiten- den Arina Malino- vskaja in Belarus verhört und bedroht.		Oppositio- nelle wie Mali-no- vskaja in Belarus ih- rer Strafe stellen.		
	Textausschnitt		<p>Even those who have left the country aren't free from Mr. Lukashenko's grasp – as Roman Protasevich found out on Sunday when his flight from Athens to Vilnius, Lithuania, was grounded in Minsk and he was arrested on "terrorism" charges for once helping to run an anti-government Telegram channel, Nexta.</p> <p>The day before Mr. Protasevich's arrest, Arina Malinovskaya, a journalist at a Poland-based news channel that focuses on Belarus, Belsat, fled the country fearing for her safety. Soon after, she received a phone call from a relative who was being held by the authorities until she returned and surrendered. She refused, and the police are now threatening to arrest more of her loved ones.</p>					
	F03	Belarus – ein globales Problem	Was mit der Pres- sefreiheit in Belarus passiert, ist auch für die ganze Welt rele- vant.	Es geht nicht nur um die Rechte von Journa- list*innen in einem Land, son- dern auch um die Kri- minalisie- rung der freien Presse in Teilen der Welt, in de- nen sie am lebens- wichtigsten ist.	Verpflich- tung der in- ternationa- len Ge- mein- schaft, sich gegen Machtha- bende zu stellen, die Journa- list*innen einschüch- tern und zum Schweigen bringen	Es wäre fa- tal, wenn die Druck- kampagne auf Luka- schenko – gezielte Sanktio- nen, Boy- kotte und Verurtei- lungen – nachlassen würde.	russi- scher Journa- list	Gastbei- trag des russi- schen Journa- listen Alexey Kovalev
	Textausschnitt		<p>What's happening is not just about the rights of journalists in one country; it's also about the criminalization of a free press in parts of the world where it is the most vital – and about the obligation of the international community to stand up to leaders who intimidate and silence journalists. It would be calamitous if the pressure campaign on Mr. Lukashenko – targeted sanctions, boycotts and condemnation – were to fade away.</p>					
	F04	Schlimm , schlim- mer, Belarus	Katastro- phale Ent- wicklung für die un- abhängigen Medien in Russland gesche- hen, aber die Situa- tion in Belarus ist noch viel schlimmer.	Beispiel: Der russi- sche Me- duza-Re- porter Maksim Solopov reiste nach Minsk, um über die Proteste zu berichten. Dort wurde er von der Polizei fest-ge- nommen, verprügelt, zwei Tage lang fest- gehalten und schließlich mit einem Reisever- bot abge- schoben.	Wenigs- tens wurde er nicht ge- zwungen, ein „Ge- ständnis“ aufzuneh- men, wie Sofia Sa- pega, die russische Freundin von Protase- witsch, die mit ihm verhaftet wurde.	keine	russi- scher Journa- list	Gastbei- trag des russi- schen Journa- listen Alexey Kovalev

		Textausschnitt	It's a disastrous development for independent media in Russia – but the situation in Belarus is much more dire. In August, for example, a Meduza reporter, Maksim Solopov, traveled to Minsk to cover the protests. There he was detained by the police, beaten, held for two days and finally deported with a travel ban. At least he wasn't forced to record a "confession" like Sofia Sapega, Mr. Protasevich's Russian girlfriend, who was arrested with him.					
	F05	Neues Anti-Presse-Gesetz	Ver-schlech-terung der Pressefrei-heit in Belarus durch weit-reichendes Anti-Presse-Gesetz	Luka-schenko unterzeich-nete ein Gesetz, das die Be-richterstat-tung über „nicht ge-nehmigte“ Proteste – also alle – unter Strafe stellt und es den Behörden ermöglicht, jede Nach-richten-agentur zu schließen, ohne dass auch nur ein ober-flächlicher Gerichts-beschluss ergeht.	Selbst für Luka-schenkos brutale Verhält-nisse war diese Wo-che mit der Gesetzge-bung eine Eskalation.	Diejenigen, die sich um unabhän-gige Infor-mationen bemühen, haben die Wahl zwi-schen Exil und einer Gefängnis-zelle.	russi-scher Journa-list	Gastbei-trag des russi-schen Journa-listen Alexey Kovalev
		Textausschnitt	Even by Mr. Lukashenko's brutal standards, this week was an escalation. On Monday, he signed a sweeping anti-press law that effectively criminalizes reporting from "unauthorized" – that is, all – protests and allows the authorities to shut down any news outlet without even a perfunctory court decision. For those who wish to pursue independent information, the choice is between exile and a prison cell.					
	F06	Ein schlei-chender Prozess	Repression geschieht normaler-weise nicht im Hand-umdrehen: Sie zieht sich über Wochen, Monate und Jahre hin.	Ausländi-sche Medi-enbüros werden ausgewie-sen oder in ihrer Be-richterstat-tung einge-schränkt, lokale Me-dien wer-den mund-tot ge-macht, In-formatio-nen versie-gen, und die interna-tionale Auf-merksamkeit verla-gert sich.	Alles, was übrigbleibt, ist staatli-che Propa-ganda. Protasse-witschs Festnahme war ein un-gewöhnlich schneller Schach-zug.	Stück für Stück schrumpft der Raum für unabh-ängige Unters-uchungen, bis er ganz ver-schwunden ist.	russi-scher Journa-list	Gastbei-trag des russi-schen Journa-listen Alexey Kovalev
		Textausschnitt	For all the drama of Mr. Protasevich's arrest – plucked from the sky at a president's demand – repression doesn't usually happen in a snap. It drags on for weeks, months, years. Foreign media bureaus are expelled or restricted in their reporting, local outlets are muzzled, information dries up and international attention shifts elsewhere. Bit by bit, the space for independent inquiry shrinks, until it's gone. And all that's left is state propaganda.					

<p>NYT 290521</p> <p>U.S. to Reimpose Sanctions on Belarus Over Forced Plane Landing</p>	F01	Sanktionen aus den USA	Biden-Regierung kündigt an, sie werde erneut Wirtschaftssanktionen gegen bestimmte staatliche Unternehmen in Belarus verhängen und zusammen mit der EU Sanktionen gegen Mitglieder von Lukashenkos Regierung	nachdem Lukashenko ein Passagierflugzeug zur Landung zwang und anschließend Protasewitsch und Sapega festnahm und seine Regierung Menschenrechte verletzte sowie die Präsidentschaftswahlen 2020 fälschte	jüngster diplomatischer Vorstoß einer westlichen Regierung gegen Belarus	Verantwortliche der Zwangslandung sollen laut US-Präsident Joe Biden zur Rechenschaft gezogen werden.	Journalist*in/ US-amerikanische Regierung	Heranziehen eines Zitats von US-Präsident Joe Biden
Textausschnitt			<p>The Biden administration said late Friday that it would reimpose economic sanctions on certain state-owned companies in Belarus, the latest diplomatic pushback from a Western government after the country's authoritarian leader forced down a European passenger jet last weekend.</p> <p>The plane, a Ryanair Boeing 737 headed from Greece to Lithuania, was traveling through Belarusian airspace on Sunday when it was diverted and forced to land in Minsk, the capital, with an escort from a fighter jet. Roman Protasevich, a Belarusian opposition journalist who had been living in exile abroad, was detained along with his girlfriend after the plane landed. The United States, along with the European Union and other allies, is also developing a list of sanctions to be imposed on members of Mr. Lukashenko's government associated with "ongoing abuses of human rights and corruption, the falsification of the 2020 election and the events of May 23," she added.</p>					
<p>NYT 140621</p> <p>Jailed Belarusian Activist Praises President in Surprise Public Appearance</p>	F01	Geständnis unter Zwang	Protasewitsch drückt in einer Pressekonferenz im Fernsehen seine Bewunderung für Lukashenko aus und spricht über seine Taten.	Der Regierungskritiker wurde vermutlich vom Regime zu seinen Aussagen gezwungen, da er sich noch in Haft befindet und die Methoden der belarussischen Behörden überzeugend sind.	Seine Aussagen stimmen nicht mit seinen früheren Ansichten überein. Man dürfe laut Franak Viačorka seinen Worten nicht glauben, da er immer noch eine Geisel sei.	Journalist*innen verlassen aus Protest die Pressekonferenz, weil sie nicht echt ist und nichts über die Flugzeugführung gesagt wurde.	Journalist*in/ Franak Viačorka	Heranziehen von Zitaten von Franak Viačorka, bekannter oppositioneller Aktivist aus Belarus
Textausschnitt			<p>"I understand what kind of damage I have inflicted not only on the state but on the country," he said during the news conference, which was broadcast live. "Today, I want to do everything to correct this situation."</p> <p>Mr. Protasevich, who since his teenage years was an avowed opponent of the government, said he had not been coerced into reversing his dissident stance, and he praised the country's strongman leader, Aleksandr G. Lukashenko. "No matter what he says, let's not forget: he is a hostage," Franak Viacorka, a prominent opposition activist who is now living in exile, wrote on Twitter, adding, "This is not a press conference but a scene of either Kafka or Orwell."</p> <p>Sitting next to Dmitri Gora, the head of the country's top investigative agency, Mr. Protasevich said that he "understands what crimes" he will have to</p>					

		<p>respond to. Charged with the incitement of public disorder and social hatred, Mr. Protasevich could spend more than a decade in prison if convicted.</p> <p>Only a few weeks ago, Mr. Protasevich, 26, described the Belarusian strongman leader as “a dictator” and compared him to Hitler.</p> <p>Mr. Protasevich’s abrupt change of view is not unusual in Mr. Lukashenko’s Belarus, with several opposition activists and media figures having made similar reversals in their public statements after spending time in Belarusian prisons.</p> <p>Yuri Voskresensky, a former political prisoner, described his detention as “hell” and became an avid supporter of Mr. Lukashenko upon his release. Some observers have likened these public reversals, including Mr. Protasevich’s, to Stalinist show trials.</p>
--	--	---

## Erklärung

Ich versichere, die von mir vorgelegte Arbeit selbstständig verfasst zu haben. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder nicht veröffentlichten Arbeiten anderer oder der Verfasserin/des Verfassers selbst entnommen sind, habe ich als entnommen kenntlich gemacht. Sämtliche Quellen und Hilfsmittel, die ich für die Arbeit benutzt habe, sind angegeben. Die Arbeit hat mit gleichem Inhalt bzw. in wesentlichen Teilen noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen.

---

Ort, Datum

---

Rechtsverbindliche Unterschrift